C 21734 D



Nach der Anti-Breschnew-Demo S.30-33

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.214 7.12.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–

»Winter-offensive« der USA gegen Mittelamerika

Seite 23





Alternative Liste Hamburg gegründet

Mehr als 800 Menschen nahmen an dem zweitägigen Gründungskongreß der Alternativen Liste in Hamburg teil. Nachdem ein Text zum Selbstverständnis bei 2 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen war und die Strukturdiskussion sogar mit einer einstimmigen Annahme abgeschlossen wurde, war es nach 15 Stunden teils ermüdender, aber dennoch geduldiger und engagierter Diskussion so weit: Unter großem Jubel von noch etwa 500 Anwesenden wurde die AL Hamburg gegründet, die bereits gegen Abend ca. 300 eingetragene Mitglieder hatte. Die AL hat sich als Symbol einen Biber gewählt (Er nagt überall so schön dran rum, er kann Sperrdämme speziell gegen rechte Fluten bauen, er wird sogar dort wieder angesiedelt, wo er ausgestorben ist – ein Beweis für seine Notwendigkeit). –

Die Vorbereitungen hatten Wochen und Monate gedauert, bis es zwischen dem Initiativkreis für eine Alternative Liste, dem Bunte-Liste-Initiativentreffen, Bezirksgruppen für eine AL in Altona, Mitte,

Fortsetzung Seite 26

Spanien: „... wir sehen uns nächste Woche, wenn das Militär nicht vorher putscht ...”

Die Gerüchte wollen nicht abreißen, die besagen (erwarten/befürchten), daß Spanien nach sechs Jahren relativen Aufatmens unter einer parlamentarischen Demokratie erneut eine Militärdiktatur droht. Es wird konspiriert, es wird seitens der Armee offen provoziert – das ist jedem Arbeiter und jedem politisch denkenden Menschen in Spanien klar. Die Gewißheit, daß die Militärs mehr Macht, wenn nicht gar d i e g a n z e haben wollen, diese Gewißheit gehört in allen politischen Kreisen in Spanien zu den Selbstverständlichkeiten. Die Frage ist lediglich, wann und wie „sie” es versuchen werden.

Einher mit dieser Gewißheit, die jeder spürt, geht die Lähmung der Linken, sofern die parlamentarischen Oppositionsparteien PSOE (Sozialdemokraten) und PCE (Eurokommunisten) unter diesen Begriffen zu fassen sind. Und die politische Lähmung betrifft insbesondere die Arbeiterbewegung, die mangels anderer „Vorbilder” diesen beiden Parteien zugeneigt ist – und das ist die große Masse der spanischen Arbeiterklasse.

Obgleich die Putschgefahr fast mit Händen zu greifen ist, beschwichtigte Felipe Gonzalez (PSOE) während einer Rundfunksendung die Menschen kürzlich noch mit solch dummerhaften Phrasen wie: Man lebe ja Gott sei Dank in einer Demokratie, in der nur die Stimmenzahlen und nicht Druckmanöver von Mächten im Hintergrund zählen ...

Die Vogel-Strauß-Politik von PSOE und PCE ist kaum zu überbieten. Der politische Hintergrund dafür liegt darin, daß selbst bei einer – allerdings nicht allzu „plump” ausfallenden – Regierungsübernahme durch das spanische Militär mit einem ernstlichen Widerstand seitens der Führung dieser Parteien nicht zu rechnen wäre. Als Wichtigstes erscheint ihnen, das Militär nicht zu „provozieren”, keinen Anlaß zum „Eingreifen” zu geben. Die spanische Militärführung nimmt dies dankend zur Kenntnis und rückt Zug um Zug vor.

Ist die Zeit „reif”?

Von verschiedener Seite wird eher damit gerechnet, daß es einen „weichen Putsch” geben wird, d.h. Eintritt von Militärs in die Regierung unter weitgehendem Bestehenlassen der äußeren Fassade, d.h. des Parlaments sowie einiger Parteien. Tatsache wäre jedoch, daß ein solches Parlament real keine Macht mehr hätte und daß das Versammlungs-, Demonstrations- und Streikrecht drastisch eingeschränkt würden. Auf jeden Fall wäre mit dem Verbot der wichtigsten linken Organisationen (Herri Batasuna/Baskenland und Movimiento Comunista) zu rechnen, sowie mit den entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen und einem direkten Einsatz der Armee im Baskenland.

Weiter Seite 2



Wieder Hunderttausende für ein atomwaffenfreies Europa

+++ Barcelona 200 000 +++ Athen 40 000 +++ Saloniki 7000 +++ Eleusis 15 000 +++ Kopenhagen 22 000 +++ Bern 24 000 +++ Hamburg 25 000 +++ Bukarest 300 000 +++



Friedensdemo am 5.12. in Hamburg (Fotos: argus)



250.000 Faschisten versammelten sich in Madrid am Todestag von Franco – so viele Faschisten können sich in kaum einer anderen europäischen Hauptstadt so frei, unbehelligt und am hellichten Tage versammeln.

Fortsetzung von Seite 1

Ein solcher Putsch würde die spanischen Antifaschisten vor eine sehr schwierige Aufgabe stellen, da eine einigermaßen „legale" Verkleidung sowohl drinnen wie draußen (international) den Kampf und die Solidarität erschweren würden.

Ein sogenannter „weicher Putsch" würde bedeuten, daß der spanische König mitspielt – was ihm mit Sicherheit kein großes Kopfzerbrechen bereiten würde. Doch ob sich der „weiche" gegen den harten Putsch durchsetzen kann, das ist eine offene Frage; zum einen deshalb, weil die „gemäßigten" Putschkräfte lediglich taktische Differenzen zu den harten haben, und zum anderen, weil die „Anti-Putsch-Kräfte" sich hauptsächlich durch Nachgeben auszeichnen.

UCD-Regierung am Ende

Der Versuch, mit der strammen Rechts-Regierung unter Calvo Sotelo eine im Sinne der Militärs stabile politische Situation herzustellen, kann als gescheitert betrachtet werden. Calvo Sotelo löste kurz nach dem ersten Putschversuch am 23. Februar den vorherigen Regierungschef Suarez ab, der kurz vor dem 23. Februar unter öffentlich nie plausibel erklärten Gründen zurückgetreten war. Die bisherige Regierungszeit Calvo Sotelos steht ausschließlich unter dem Zeichen des Putschdrucks der Armee und ist von immer mehr Zurückweichen gekennzeichnet. Calvo Sotelo schloß mit den „gemäßigten Put-

chen gekennzeichnet. Calvo Sotelo schloß mit den „gemäßigten Put-

schisten" der obersten Armeeführung, der JUJEM, einen Pakt, wonach diese sich bemühen wollten, die „wilden Putschisten" à la Tejero unter Kontrolle zu halten, während Calvo Sotelo die aufgewühlte politische Landschaft Spaniens mit harter Hand und solider Mehrheit regieren sollte. Doch der Regierungspartei UCD gelingt nicht die Integration nach rechts, die die Militärs von ihr verlangen.

Da ist zum einen die Wahlniederlage in Galizien, wo – allerdings bei einer nur 45 %igen Wahlbeteiligung – die rechtsextreme „Allianza Popular" des Fraga Iribarne als stärkste Partei vor der Regierungspartei abschnitt. Da ist zum anderen die fast 90 %ige Zustimmung der Andalusier zu ihrem Autonomiestatut – also sowohl von rechts als auch von links (Autonomiefrage) steckt die Regierungspartei Niederlagen ein. Das Bündnis zwischen Calvo Sotelo und den „gemäßigten Putschisten" bekam den ersten Riß, als die ETA Anfang Mai zwei schwere Attentate verübte. Die Regierung machte sich unglaubwürdig, als sie die bestialische Ermordung von drei jungen Männern in Almería durch Guardia Civil-Beamte trotz eindeutiger Beweise als „Unglücksfall" deckte. Sie machte sich vollends lächerlich, als sie den Überfall auf die Banco Central von Barcelona am 23. Mai (auf den Tag drei Monate, nachdem Tejero im Parlament rumgeballert hatte) als die Tat von Anarchisten und kriminellen Elementen hinstellte, obwohl jedes Kind in Spanien wußte, daß die Faschisten am Werk waren.

Und der andauernde öffentliche Skandal um das „Mörder-Öl" (vergiftetes Olivenöl, durch das über 160 Menschen ihr Leben verloren und Tausende lebenslang geschädigt sind) macht diese Regierung zu einem Stein des Anstoßes bei jedem Spanier. Es sei hier kurz erwähnt, daß der spanische Staat ein Monopol über Ein- und Ausfuhr des Speiseöls hat, und daß hier staatlicher- und filz-seits an dem Tod und der Krankheit unzähliger Menschen nach wie vor verdient wird.

Nun sind der UCD vor kurzem auch noch ihre einzigen sogenannten „Sozialdemokratischen" Parteiführer fortgelaufen, neun Abgeordnete und sechs Senatoren, sodaß ihre Integrationsfähigkeit ,die eh nie besonders stark war, für alle sichtbar abbröckelt. Offenbar betrachtet widersinnigerweise die parlamentarische Opposition den Niedergang der UCD als „nationale Katastrophe"; es soll kein „Machtvakuum" entstehen, Neuwahlen werden für zu riskant gehalten.

Wie das Kaninchen auf die Schlange wird auf das „Machtvakuum" gestarrt, von dem die Putschisten schon lange reden und das sie bei jeder Gelegenheit bestätigt sehen. Die Armee ist in der Offensive, und jeder Schritt, den die andere Seite zurückweicht, stößt sie vor – und das Ganze nennt sich dann „Machtvakuum".

Die zivile Macht in Spanien muß einiges einstecken. Nicht nur, daß der Verteidigungsminister unter Suarez, der sich dem ballernden Tejero im Parlament entgegenstellte und dabei zu Boden ging, sang- und klanglos abserviert wurde – der neue Verteidigungsminister Oliart wird auch nicht anders als ein Dienstbote behandelt. Der General Lopez Doriga verbot ihm Anfang Juni, an einer Versammlung in Melilla teilzunehmen, bei der dieser General gegen all jene zu Felde zog, die schlechte Dinge über die Armee verbreiteten.

Die UCD-Regierung hat scheinbar völlig widersprüchliche Maßnahmen gegenüber den harten putschistischen Kräften unternommen. Zwar wurden die sichtbarsten Köpfe des 23. Februar-Putschversuchs verhaftet, erfreuten sich jedoch der größten Freiheiten im Luxusknast, und Milans del

freuten sich jedoch der größten Freiheiten im Luxusknast, und Milans del

Bosch, der am 23. Februar in Valencia die Panzer aufmarschieren ließ und den Ausnahmezustand erklärt hatte, wurde vor kurzem von der armeeinternen Ordensvergabe mit der Auszeichnung „Leiden für das Vaterland" geehrt, was erst 24 Stunden später mit der Absetzung des ordensverleihenden Generals Ortiz Call seitens der Regierung quittiert wurde.

Der spanische Innenminister Rosón gründete in seinem Geheimdienst CESID eine Abteilung, die sich mit der Armeeverschwörung befassen soll; doch der Geheimdienst steckt selbst über beide Ohren in der Konspiration, und als am Namenstag des spanischen Königs wieder einmal ein Komplott aufgedeckt wurde und ein paar Leute verhaftet wurden, war wieder nur eine der Spitzen des Eisbergs getroffen.

Einige Putschisten sind verhaftet worden; viele von ihnen sind wieder auf freiem Fuß und befinden sich auf ihren alten Posten. Andere Putschisten wurden gar befördert. So Luis Caruana, der am 23. Februar auf Befehl von Milans del Bosch den Zivilgouverneur von Valencia festgesetzt hatte: er wurde kürzlich zum Kommandanten der Militärregion von Zaragoza befördert.

Offiziere der Panzerdivision „Brunete", der Eliteeinheit zur Verteidigung von Madrid, die am 23. Februar „vorsorglich" die Fernsehstation besetzt hatten, wurden inzwischen zu Brigadegeneralen befördert.

Das sind nur wenige Beispiele von vielen.

„Es wird verschwiegen, daß in Toledo, Valladolid und Madrid bestimmte Offiziere aktiv an der Gründung von paramilitärischen Banden und Todesschwadronen zusammen mit faschistischen Kreisen beteiligt sind", schreibt MC (Movimiento Comunista) in einer Sonderausgabe ihrer Zeitung zur aktuellen Putschgefahr.

MC ruft die Menschen auf, dem zu erwartenden Putsch in jeder möglichen Weise entgegenzutreten.

„Wir wollen keine Militärregierung. Auch nicht, wenn der König sie segnet und das Parlament sie akzeptiert".

Re., Spanien-Kommission

Demo-Sani-Prozeß: Justizskandal: Freispruch

Es war ein schlechter Tag für Hamburgs Politische Polizei: Der Prozeß gegen den Demonstrationssanitäter Hans-Günter endete mit einem Freispruch in allen Anklagepunkten. Nichts blieb übrig von den Vorwürfen des schweren Landfriedensbruchs und schweren Widerstandes. Die Aussagen der Polizeizeugen, von Richter Sanders als „Wahrnehmungsinseln" gewürdigt, waren einfach zu dürftig koordiniert. Der Versuch, mit der nachträglichen Kriminalisierung eines Demosanis die Todesumstände Olaf Ritzmanns teilweise zu bereinigen, ist damit für's erste fehlgeschlagen.

Hans-Günter hatte am 25.8.1980 als gekennzeichneter Sani an der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration teilgenommen und war von einem Trupp der sog. 4.Alarmabteilung Hamburg (AAH, Bereitschaftspolizei-Hundertschaft) festgenommen worden. Eine halbe Stunde später kam eine andere AAH am Sternschanzenbahnhof zum Einsatz, in dessen Verlauf Olaf Ritzmann vor die S-Bahn getrieben und der mitgeführte Sanibus fachgerecht zerlegt wurde. Aufklärung tat not: Die Polizei – in eigener Sache ermittelnd – präsentierte drei Zeugen, die Hans-Günter aus eben diesem zerstörten Sanibus vor seiner Festnahme eine Bierflasche werfen gesehen haben wollen, eine weitere Flasche sowie ein Stein kamen noch hinzu. Der Anklagepunkt „Widerstand" wurde angehängt. So konnte der ermittelnde Staatsschutzbeamte vermerken, daß der zerstörte Bus bereits vorher an 'kriminellen' Handlungen beteiligt war ...

Der Angeklagte hatte Glück: Staatsanwalt Ehlers mangelte es am nötigen Biß, Richter Sanders hatte offensichtlich Spaß an der Wahrheitsfindung und hielt auch den von der Verteidigung aufgezeigten Zusammenhang mit der Sternschanzen-Affäre *„für zumindest schlüssig"* und Hans-Günters Verteidiger Hartmut Scharmer ließ nacheinander die Zeugen der Polizei in ihren widersprüchlichen Aussagen absaufen. Ihre Erinnerung, nachträglich in das tatsächliche Geschehen einkopiert, wies eklatante Bruchstellen auf: Bei dem einen war es zum Zeitpunkt der Festnahme noch heller Tag, während der andere sich deutlich an die späte Dämmerung erinnerte, der eine hatte am Ort des Geschehens fließenden Straßenverkehr wahrgenommen, während der andere die Straße von Menschen gefüllt erinnerte, der eine siedelte die Polizeikette gut 50 m entfernt von der Erinnerung des anderen an – nur an die Würfe der *„braunen Halbliter-Bierflasche"* und des *„kantigen Steins"* (von einem der Zeugen *„als solcher"* in der Luft erkannt) konnten sie sich genau erinnern.

Ein Festessen für die Verteidigung: Als bei zwei Ortsterminen auch noch eine dichte Baumreihe zwischen dem angeblichen Steinewerfer und der Polizeikette gezeigt werden konnte und selbst zu diesem Zeitpunkt die Polizeizeugen ihre Aussagen noch nicht aufeinander abgestimmt hatten, war der Fall klar. Zwar forderte der Staatsanwalt Ehlers elf-einhalb Monate Freiheitsstrafe auf drei Jahre zur Bewährung und vermerkte es als strafverschärfend, daß Hans-Günter seine Taten *„unter dem Schutz der Genfer Konvention"* begangen habe, aber der Verteidigung war es ein Leichtes, anhand der Polizeiaussagen das Anklage-Gebilde zu zerbröseln.

„Im Namen des Volkes ... Freispruch!" lautete die selten gewordene Entscheidung des Gerichtes, begleitet vom Beifall der Zuschauer, die einen repräsentativen Querschnitt der Patienten der Sanigruppe bildeten. Über sechs Verhandlungstage hatten sie den Prozeß verfolgt und freuten sich mit dem Angeklagten über die Begründung, *„daß von allem nichts übrigblieb"*.

„Wir sind bei der Demo-Erste-Hilfe schon genug polizeilichem Druck ausgesetzt, als daß wir unsere Arbeit durch Steinwürfe noch zusätzlich gefährden. Das ist den auf uns angesetzten Beobachtern ja auch bestens bekannt", kommentierte Hans-Günter den Prozeß. *„Die zeitweilig bestehende Schonfrist für unsere Arbeit ist aber offensichtlich abgelaufen: in Freiburg wurde vor kurzem ein Sani zu vier Monaten verurteilt, in Westberlin wurden zwei Sanis erst nach zwei Wochen Haft gegen Auflagen freigelassen und haben demnächst auch ihr Verfahren. In Itzehoe steht Anfang Januar ein Osnabrücker Sani vor Gericht – ihm wird die Erste-Hilfe in Brokdorf als Gefangenenbefreiung gewertet. Wir werden in dieser Richtung noch einiges zu erwarten haben, schließlich sorgen wir u.a. auch dafür, daß zumindest ein Teil verletzter Demonstranten weiteren Mißhandlungen sowie Festnahmen und Ermittlungen entzogen werden – ein Gedanke, der bei Einsatzleitungen und Staatsanwaltschaften helles Entsetzen auslösen muß"*.

Ein Prozeßbeobachter



Zeitmietverträge: Mieterrechte werden vermarktet

Anders als eine Jacke oder ein Paar Schuhe unterliegt die Ware Wohnung einem besonderen Verbraucherschutz. Wer sich beispielsweise eine Jacke kauft, muß damit rechnen, sie in zwei Jahren gegen eine neue ersetzen zu müssen, weil sie dann wahrscheinlich abgenutzt ist. Wer dagegen eine Wohnung mietet, darf im Regelfall davon ausgehen, sie möglicherweise bis ans Lebensende nutzen zu können. So garantiert es der Kündigungsschutz in Form der bisher üblichen unbefristeten Mietverträge. Nach den neuesten Ankündigungen aus Bonn soll ab 1982 mit dieser Selbstverständlichkeit Schluß gemacht werden. Bundesjustizminister Schmude plant die gesetzliche Zulassung von Zeitmietverträgen, die nach maximal drei Jahren ablaufen. Es gibt zwar heute schon Zeitmietverträge, die aber zumindest noch die Möglichkeit einer Verlängerung enthalten. Die neue Variante der Zeitmietverträge sieht diese ‚soziale Härteklausel' jedoch nicht mehr vor. Das bedeutet: wer seine drei Jahre abgewohnt hat, muß sich eine neue Bleibe besorgen. Ganzen Bevölkerungsschichten droht damit das Schicksal,wie Nomadenstämme alle paar Jahre hin und her zu ziehen. Demagogisch gibt Schmude vor, mit Dreijahresmietverträgen könne und solle der selbst der Bundesregierung aufgefallene Mißstand von über 600.000 lehrstehenden Wohnungen in der BRD überwunden werden, indem die mit leeren Häusern spekulierenden Kapitalisten animiert werden, vorübergehend und zeitlich begrenzt Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Neben diesem winkenden Zusatzprofit liegt der eigentliche Gewinn für Vermieter jedoch in einem viel weitergehenden Punkt, vor dem selbst einige sozialdemokratische Wohnungspolitiker warnen: was zunächst nur für Ausnahmefälle, sprich leerstehende Häuser gilt, kann und wird – denn wer kontrolliert das – schon morgen für alle Mietverhältnisse gelten. Damit wäre der durch die Staffelmiete ab Januar 1982 ohnehin schon ramponierte Mieterschutz völlig außer Kraft gesetzt. Und der wird bezeichnenderweise von Vermietern immer wieder als Hauptursache Nr. 1 für die Misere in der Wohnungspolitik strapaziert.

Wes Geistes Kind Zeitmietverträge sind, zeigt die Tatsache, daß es die Marktwirtschaftsfetischisten von CDU und FDP sind, mit deren Unterstützung Schmude das neue Gesetz verabschieden lassen kann. Die sich noch etwas zierende SPD muß für diese Schweinerei gar nicht beansprucht werden.

Wohnungskommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aufruf zum ersten bundesweiten Kongreß aller autonomen Friedensinitiativen vom 19. bis 21. März 1982 in Osnabrück

Die Stationierung von neuen Mittelstrecken-Raketen in der Bundesrepublik steht uns ins Haus. In Bonn haben 300.000 Menschen ihre Angst und Ablehnung gegenüber einem solchen neuen Schritt der Aufrüstung zum Ausdruck gebracht. Jetzt kommt es darauf an, diesen Widerstand weiter zu entwickeln.

Eine autonome und basisorientierte Friedensbewegung ist unerläßlich

Die neue Friedensbewegung ist zu einem bedeutenden Träger des Widerstandes gegen die herrschende Politik der Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Bonner Demonstration haben aber gezeigt, daß zwar die traditionellen Friedensorganisationen in der Öffentlichkeit das Geschehen dominierten, tatsächlich aber nicht die gesamte neue Friedensbewegung repräsentierten. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag zur Friedensbewegung. Mit ihrem vorsichtigen Taktieren (z.B. die Verhinderung der Rede des Vertreters der Befreiungsbewegungen, Toni Sedat) und ihrer ängstlichen Distanzierung von anderen Widerstandsaktionen (z.B. Besetzung der Startbahn West/in Frankfurt) haben sie aber Mißtrauen gesät.

Die Bonner Parteien versuchen die Friedensbewegung parteipolitisch zu instrumentalisieren. Eine wie auch immer geartete Integration in die SPD ist für die Friedensbewegung tödlich, wird sie spalten und zur Resignation vieler Menschen führen.

Deshalb muß die neue Friedensbewegung durch die Schaffung einer eigenen Infrastruktur und durch Kooperation jenen politischen Ausdruck finden, der ihrer wirklichen Stärke entspricht. Nur so kann der neuen Friedensbewegung Stabilität und Dauer verliehen werden. Nur so kann auch gewährleistet werden, daß der entschlossene Kampf aller Menschen gegen die Aufrüstung in der Bundesrepublik und das Wettrüsten in Ost und West ungeachtet der Interessen der etablierten Parteien und Organisationen entscheidende Siege erringt.

Unsere Gemeinsamkeiten

- Wir sind gegen die Auf-/ Wettrüstung, haben mit der Abschreckungslogik gebrochen, und glauben, daß die Kriegsgefahr nicht ausschließlich von der Existenz von Waffen abhängt, sondern von den Interessen der Herrschenden.
- Wir haben erkannt, daß die westlichen Staaten, insbesondere die USA, die Aufrüstung vorantreiben. Zugleich stellen wir fest, daß die Sowjetunion sich am Wettrüsten beteiligt.
- Wir fangen an zu begreifen, wie sehr die herrschende "Sicherheitspolitik" die Menschen entmündigt und in den sogenannnten Verteidigungsszenarien zu kollektiven Geiselopfern mit Megatoten macht. Auf diese Herausforderung reagieren wir mit unserer autonomen und basisorientierten Friedensbewegung. In unserer Bewegung meldet sich die Bevölkerung selbst zu Wort.
  Aufklärung, Abschütteln der Ohnmacht, Aufkündigung der Loyalität gegenüber der tödlichen Abschreckungs- und Blocklogik der Regierenden, Unabhängigkeit von etablierten Parteien und Organisationen, Selbstbestimmung über unser Sicherheitsbedürfnis, über unsere Kampf- und Widerstandsformen sind entscheidende Charakteristika unserer Bewegung. Die Aufkündigung der Loyalität bedeutet für uns eine grundlegende Umorientierung im Denken und Handeln. Wir sind damit nicht gegen die bestehenden Friedensorganisationen, sondern für eine neue Qualität der Zusammenarbeit und die Stärkung unseres gemeinsamen Widerstandes.
- Apelle an Regierungen können zwar einen mobilisierenden Effekt haben, reichen aber nicht aus. Unser Adressat ist in erster Linie die betroffene Bevölkerung und nicht die Regierungen. Wir setzen unser Vertrauen nicht auf Regierungsverträge, die von Abrüstung und Entspannung reden und Aufrüstung und Unsicherheit bewirken.
- Aufkündigung der Blocklogik und Kampfansage gegen die Rüstungspolitik der Industrieländer bedeutet für uns die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und Völkern der Dritten Welt, die nach Frieden, Gerechtigkeit und Emanzipation streben.
- Wir wenden uns gegen die weitere Militarisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Einschneidende Maßnahmen zu einer solchen Militarisierung stehen unmittelbar bevor. 1982 soll das Gesundheitssicherstellungsgesetz verabschiedet, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr geregelt, die Verlängerung des Zivildienstes geplant und die Frage des Wehrkundeunterrichtes an den Schulen geklärt werden.
  Darüberhinaus ist eine Liberalisierung der Waffenexporte geplant.

stehen unmittelbar bevor. 1982 soll das Gesundheitssicherstellungsgesetz verabschiedet, die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr geregelt, die Verlängerung des Zivildienstes geplant und die Frage des Wehrkundeunterrichtes an den Schulen geklärt werden.
Darüberhinaus ist eine Liberalisierung der Waffenexporte geplant.

Der Kongreß als notwendiger Schritt

Aus der Erkenntnis und Sorge, daß ohne eine starke autonome und basisorientierte Friedensbewegung der Widerstand gegen die geplante NATO-"Nach"rüstung und gegen die steigende Kriegsgefahr an den oben genannten Schranken der traditionellen Organisationen der Friedensbewegung und an der Übermacht der etablierten Parteien, Institutionen, und Massenmedien scheitern könnten, haben die unterzeichnenden Friedensinitiativen beschlossen, einen Kongreß zu initieren.

Der Kongreß soll gewährleisten, daß

a) über aktuelle Fragen unserer Bewegung diskutiert wird,
b) dringend notwendig gewordene Aktionen und Kampagnen diskutiert und beschlossen werden und
c) erste organisatorische Maßnahmen zur weiteren Kooperation des gemeinsamen Widerstandes aller Friedensinitiativen ergriffen werden.

Die Form und Gestaltung unseres Widerstandes kann selbstverständlich nur aus gemeinsamer Erfahrung, Diskussion und Praxis hervorgehen.

Wir rufen alle Menschen ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, der politischen Orientierung und religiösen Weltanschauung, die die Kriegsgefahr ernstnehmen und die Stärkung der unabhängigen Friedensbewegung für wichtig erachten, dazu auf, sich an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses zu beteiligen.

Bitte diskutiert und unterstützt diesen Aufruf und schickt Vorschläge für die inhaltliche Gestaltung an nachfolgende Kontaktadresse.

Es soll eine Materialmappe erstellt werden, in die alle schriftlichen Stellungnahmen und inhaltlichen Themen aufgenommen werden.

Kontaktadresse:
Gabi Nickstadt
Dielinger Str. 43
4500 Osnabrück
Tel.: 0541 – 28426
Mo-Fr 16.00 - 20.00 Uhr

Spendenkonto: Friedenskongreß
3207255 Stadtsparkasse Osnabrück
(Spenden dringend notwendig)

Der Aufruftext wurde auf einem Kongreß-Vorbereitungstreffen am 5.12. in Göttingen von rund 80 Leuten aus mindestens 30 Gruppen diskutiert und so verabschiedet. Ein Alternativ-Entwurf, der die in dem Aufruftext enthaltenden Abgrenzungsversuche nicht enthalten hatte, wurde bedauerlicherweise abgelehnt. Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 16./17. Januar 1982 in Osnabrück statt (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben).

Ursprüglich sollte der Kongreß selbst schon Ende Januar stattfinden, ist jetzt aber leider auf den 19.-21. März verschoben worden. Die Begründung dafür war mehrheitlich, daß die Vorbereitung auf die Themen des Kongresses mehr Zeit in Anspruch nehmen würde. Demgegenüber steht aber die Notwendigkeit, z.B. zum SPD-Parteitag (im April) eine breit getragene Aktion zustande zu bringen. Die SPD will ganz offensichtlich die Diskussion um den „Nach"rüstungsbeschluß erst für den Herbst 1983 ansetzen, also kurz bevor die neuen Mittelstrecken-Raketen hier schon stationiert werden sollen.

Die Verschiebung des Kongresses drückt mehr ein Verständnis aus, über eine „inhaltliche Vereinheitlichung" den dringend notwendigen Organisierungs- und Koordinierungsprozeß in der Friedensbewegung zu erreichen. Demgegenüber wurde hauptsächlich von Vertretern der Hamburger Friedenskoordination das Element der gemeinsamen Praxis, die Diskussion und Koordination des praktischen Widerstands betont. Gerade auch über diesen Weg könnten gemeinsame weitergehende Perspektiven entwickelt werden.

Unabhängig von diesem Streit, sollten auf dem nächsten Vorbereitungstreffen am 16./17. Januar, wo es um die inhaltliche Ausgestaltung des Kongresses geht, u.a. Aktionen zum SPD-Parteitag diskutiert und dann auch gemeinsam getragen werden.

»Nullösung« – Eine Falle für die Friedensbewegung

Von der „Null-Lösung" ist im Zusammenhang mit den inzwischen begonnenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen viel die Rede. Wie „Die Welt" am 30.10 meldete, hat man sich in der NATO auf die Verhandlungslinie geeinigt, *„Moskau zur Verschrottung aller Mittelstreckenraketen aufzufordern.* **Dies wäre die ‚Null-Lösung', die im Lager der westlichen Friedensbewegung lebhaft gefordert wird".** Inzwischen haben Politiker und Militärs klargemacht, daß sie von der Sowjetunion als Gegenleistung für einen Verzicht auf die „Nachrüstung" nicht weniger fordern als die Verschrottung a l l e r sowjetischen Mittelstreckenraketen, einschließlich der SS 20 an der chinesischen Grenze und einschließlich der älteren SS 4 und SS 5.

Die Berufung der NATO-Strategen auf die Friedensbewegung ist leider nicht nur demagogisch, sondern hat reale Grundlagen. Obwohl sich die Friedensbewegung immer von der Behauptung abgegrenzt hat, es gebe eine sowjetische „Vorrüstung" auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen, sind dieser Legitimation der NATO-Aufrüster zunehmend Konzessionen gemacht worden. Das begann bei der suggerierten Gleichsetzung zwischen NATO-„Nachrüstung" und sowjetischen SS 20, wie sie beispielsweise im Aufruf der Russell Peace Foundation und im Programm der Alternativen Liste Westberlin zu finden ist. Und das steigerte sich in verhängnisvoller Weise im Aufruf zur Anti-Breschnew-Demonstration (22.11.), in dem Verzicht der NATO auf die „Nachrüstung" und **„schrittweiser Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen"** als austauschbare, also scheinbar gleichwertige Abrüstungsleistungen gefordert werden.

Die Argumentation der NATO-Politiker und -Militärs hat zumindest eine innere Logik, nämlich: Mit ihren SS 20 habe die Sowjetunion vorgerüstet und dadurch das militärische Gleichgewicht in gefährlicher Weise gestört. Um den Frieden zu erhalten, müsse das Gleichgewicht wiederhergestellt werden. Das könne entweder durch eine vollständige Aufhebung der sowjetischen Vorrüstung (Verschrottung sämtlicher Mittelstreckenraketen) geschehen oder durch eine Verschrottung zumindest des Großteils der sowjetischen Mittelstreckenraketen, wie es Schmidt und Mitterand in die Debatte brachten. Andernfalls müsse das Gleichgewicht durch eine Nachrüstung der NATO (Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa) wiederhergestellt werden.

Welche Logik aber liegt in dem von Grünen, BBU, AL Westberlin und anderen getragenen Aufruf, der „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO und „schrittweisen Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen" gegeneinander austauschen will? Die Logik der Wiederherstellung eines angeblich von der Sowjetunion gestörten militärischen Gleichgewichts durch einseitige Abrüstung der Sowjetunion auf einem Teilgebiet ihrer Streitkräfte? Also die Logik und die manipulierten Statistiken der NATO? Oder welche Logik sonst? ...

Es gibt, bis weit in die SPD hinein, niemanden in der Friedensbewegung, der eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion vermutet. Aber, so wird argumentiert, die SS 20 bedrohen unser Land. Das trifft zu. Ebenso trifft zu, daß auch viele andere Waffensysteme der Sowjetunion eine hypothetische Bedrohung für die BRD darstellen. Hiervon ausgehend könnte man als sowjetische Gegenleistung für einen „Nachrüstungs"-Verzicht der NATO also noch viel weitergehendere Forderungen erheben als bloß die Verschrottung der SS 20. Die Sowjetunion müßte, so wäre zu schlußfolgern, einseitig auf ein Niveau herunterrüsten, das w i r ihr gerade noch als notwendigen Eigenbedarf zur Selbstverteidigung zugestehen.

Will die Friedensbewegung hier Abrüstungsforderungen und Schritte im Ostblock unterstützen, so kann sie dies ernsthaft und w i r k u n g s v o l l dadurch tun, daß sie

w i r ihr gerade noch als notwendigen Eigenbedarf zur Selbstverteidigung zugestehen.
Will die Friedensbewegung hier Abrüstungsforderungen und Schritte im Ostblock unterstützen, so kann sie dies ernsthaft und w i r k u n g s v o l l dadurch tun, daß sie

t a t s ä c h l i c h e Abrüstungsschritte hier bzw. in der NATO durchsetzt. Bisher hat die Friedensbewegung hier das (noch) nicht erreicht.

Das Interesse der NATO-Strategen ist es, Forderungen an die Sowjetunion s o zu formulieren, daß deren Erfüllung das ohnehin vorhandene militärische Übergewicht des Westens weiter vergrößern würde. Die voraussehbare Ablehnung solcher Forderungen durch die sowjetische Seite kann dann als Legitimationsgrundlage für weitere Aufrüstung der NATO dienen.

Diese Taktik der NATO ist seit langem bekannt. Neu und besorgniserregend ist die gewollte oder ungewollte Anpassung von Teilen der Friedensbewegung an diese Taktik. Denn die Übernahme der NATO-„Nullösungs"-Forderung kann nur dazu dienen, Desinformation in die Bevölkerung zu tragen und der Darstellung des militärischen Kräfteverhältnisses durch die NATO (sowjetische Vorrüstung und gefährliche Überlegenheit) Vorschub zu leisten. Der anzurichtende Schaden ist erheblich, zumal solche Bedrohungslügen das deutsche Volk schon einmal dazu motiviert haben, den Zug der Lemminge anzutreten. Friedensbewegte, die allzu arglos der populären Russen-Angst Zugeständnisse machen, sollten sich über die Folgen Rechenschaft geben.

Es gibt überhaupt keinen rationalen Grund, daß die auf diesem Weg befindlichen Teile der Friedensbewegung hartnäckig darauf verzichten, die b e r e i t s in Europa v o r h a n d e n e n Mittelstreckenwaffen der NATO in ihre Kalkulationen und Forderungen einzubeziehen. Diese Weigerung kommt einer Überanpassung an die NATO-Strategen gleich, die ihrerseits längst klargemacht haben, daß für sie die bereits in Europa stationierten Waffensysteme der NATO nicht Verhandlungsgegenstand sein werden.

Das bereits v o r h a n d e n e Mittelstreckenpotential in Westeuropa ist beträchtlich. Dazu gehören Bomberfloten, see- und landgestützte Mittelstreckenraketen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, dessen Ausbau n e b e n der geplanten ‚Nachrüstung' in atemberaubendem Tempo voranschreitet. Bei einer Zusammenstellung der jetzigen Mittelstreckenwaffen des Westens in Europa kommt „Nachrüstungs"-Befürworter Theo Sommer in der „Zeit" auf 548 Trägersysteme mit 1.546 Sprengköpfen („Zeit", 24.4.81). Bastian und Piecyk errechnen in einer Broschüre 558 Trägersysteme mit 1.906 Sprengköpfen („UZ", 26.8.81). So oder so wird aus diesen Zahlen offensichtlich, daß eine einseitige Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenraketen – wie von der NATO und Teilen der Friedensbewegung gefordert – einen enormen Rüstungsvorteil für den Westen bedeuten würde. In extrem manipulierten Vergleich kommt „Die Welt" vom 3.11. zu einer Überlegenheit von 4 : 1 des Ostens. Für den Westen werden lediglich 402 Systeme und 1.410 für den Osten (bzw. 1.730 bei jeweils zwei SS-20 pro Anlage) angegeben. Mit phantastischen Tricks kommen NATO-Statistiken zu noch höherer Überlegenheit, Reagan sprach von einem Kräfteverhältnis von 8 : 1 zugunsten des Ostens. Bastian und Piecyk errechnen hingegen sogar ein Kräfteverhältnis von 1.906 zu 1.780 Sprengköpfen zugunsten des Westens, wobei die SS 20 schon mit jeweils drei Sprengköpfen berechnet und die veralteten SS 4 und SS 5 mitgezählt sind.

Daß große Teile der Friedensbewegung zu solchen makabren Zählspielchen keine Lust haben, ist verständlich. Das sollte aber nicht dazu führen, aus purer Gleichgültigkeit gegenüber den realen Kräfteverhältnissen die NATO-Forderung nach einseitiger Abrüstung der Sowjetunion zu unterstützen.

Die Friedensbewegung würde ihren Zweck gänzlich verfehlen, wenn sie sich gewollt oder ungewollt an Verhandlungslinien der NATO orientiert und Beiträge zur Schürung der Bedrohungs-Psychose in unserem Volk leistet. Die Friedensbewegung sollte tatsächlich eine Nullösung fordern, nämlich als 1. Schritt die Verschrottung sämtlicher Mittelstreckensysteme im Osten w i e im Westen, einschließlich der forward-based-systems, der britischen und französischen Waffen.

nämlich als 1. Schritt die Verschrottung sämtlicher Mittelstreckensysteme im Osten w i e im Westen, einschließlich der forward-based-systems, der britischen und französischen Waffen.

Bereitschaft zur D e b a t t e um die hier aufgeworfenen Fragen wäre der erste notwendige Schritt, um einen Marsch in die Sackgasse zu vermeiden.

Hamburger Friedenskoordination 3.12.81

Sternmarsch in Hamburg
Kloses Eintritt in die Friedensbewegung

Auf Initiative des Hamburger Forums fand am 5. Dezember ein Friedensmarsch statt, an dem sich mehr als 20.000 Menschen beteiligten. Zum Leitmotiv hatten die Träger des Hamburger Forums, DKP- und Juso-Kreise, die Parole *"Keine n e u e n Atomwaffen in Europa!"* auserkoren. Nicht nur diese Hauptforderung, sondern auch die Zusammenstellung der Hauptredner bedeuteten ein weitgehendes Zugeständnis an die SPD. Zu Wort kamen auf der Abschlußkundgebung Regina Behrend, (Betriebsrätin), Pastor Ziegenrücker (Mitglied der DFG/VK) und Hans-Ulrich Klose, welcher noch vor wenigen Monaten g e g e n das Hamburger Forum und f ü r die Nachrüstungsbeschlüsse zu Felde gezogen war. Klose bezeichnete in seiner Rede die Diskussion um die "Null-Lösung" als verlogen, sprach sich gegen die Stationierung n e u e r Atomwaffen in Europa aus und für eine zwischen Ost und West vereinbarte atomwaffenfreie Zone in Europa. Mit "Antiamerikanismus" habe diese Position ebensowenig zu tun wie mit einem "neuen linken Nationalismus". Seiner Ansicht nach gehört die NATO zu *"den Instrumenten, über die nachgedacht werden muß"*. Doch *"damit kein Mißverständnis entsteht"*,betonte er, er sei keineswegs für einen Austritt der BRD aus der NATO! Die Strategie der Abschreckung hält Klose für untauglich, da ein Atomkrieg heute für führbar bzw. gewinnbar gehalten wird.Zwar unterstelle er niemandem im Westen, eine Vernichtung der Sowjetunion durch einen atomaren Erstschlag zu planen. Er habe aber Befürchtungen, die SU könne einer derartigen Eindruck gewinnen. Einen Unterschied zwischen der Friedensbewegung und den Regierenden sah Klose lediglich in folgendem: *"Die Regierungen wollen den Frieden sichern, wir aber wollen in Frieden leben!"* Ja, wer macht eigentlich den Krieg, wenn ihn doch keiner will?

S., Hamburg

Freiheit, die s i e meinen

„Denk ich an die Startbahn in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht": O.-Ton der hessischen CDU SPDFDP dieser Tage.

Denn: allegro, ma non troppo, bringt die Startbahngegnerbewegung diesen freiheitlichsten, demokratischsten und rechtsstaatlichsten freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Rechtsstaat, den wir je hatten, aus den Angeln...

Wir wollen der geneigten Leserschaft nicht verheimlichen, wie sowas vor sich geht.

Pathetisch rief der Frankfurter Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Hellwig (CDU) aus:

„Es geht um unseren Staat". Um „unseren" Staat zu schützen - wer wäre nicht auf die Idee gekommen? - sind eben auch Opfer nötig:

„Diese friedlichen Startbahngegner werden sich jetzt immer mehr vor die Frage gestellt sehen, ob sie nicht im übergeordneten Interesse unseres Staates, im übergeordneten Interesse von uns allen, vorübergehend auf die Ausübung ihrer Grundrechte, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verzichten sollen, damit die Nicht-Friedfertigen, die Gewalttätigen, sie nicht mißbrauchen können und keinen Nährboden, keine Basis für den Kampf gegen unseren Staat, gegen uns alle, finden können".

Hellwig, namens der CDU, erinnert mahnend:

„Das Recht wurde schon einmal in unserer Geschichte danach geteilt, was bestimmten Personen nutzte. Am Ende dieser Entwicklung stand der totale Unrechtsstaat, denn Recht und Rechtsstaatlichkeit lassen sich nicht teilen, ohne daß sie zerstört werden" („FAZ", 21.11.81).

Verzicht: der Begriff lädt zum Nachdenken ein. Eine neue Methode des Vergangenheits„verzichts"... Unter dem Naziregime „verzichteten" auch Millionen (auf ewig) auf ihre „Grundrechte" ... Berufs„verzicht" statt Berufsverbot? „Lebensverzicht" statt KZs...?

Einer, der's wissen muß, nämlich Bundespräsident Carstens, meinte beim Sankt Martins Freundschaftsmahl:

„Dieses Deutschland ist weder traditions- noch orientierungslos" („FAZ", 13.11.81).

Dieses Zitat sollte nicht böswillig interpretiert werden. Die Startbahngegner brauchen sich zumindest als Antifaschisten nicht einsam zu fühlen. Zum Beispiel ist an ihrer Seite Ministerpräsident Börner: Er macht sich größte Sorge um die „juristische Terminologie" der Startbahngegnerbewegung. Diese sei nämlich nicht in Ordnung, sondern dem *„Nazi-Jargon"* anverwandt. Denn wenn die Startbahngegnerbewegung den demokratischen Rechtsstaat in Zweifel ziehe und (angeblich) mit Formeln wie „gesundes Volksempfinden" rumjongliere, dann öffne man die *„Schleuse für ganz andere 'Volksbegehren'"*, dann sei es *„ein gedanklich kleiner Schritt zu einem Volksbegehren 'Ausländer raus' oder 'Todesstrafe'"*. „Goebbels hat angefangen, von der 'Schwatzbude' zu reden und meinte den Reichstag. Und am Ende stand die Reichskristallnacht" („FAZ", 13.11.81).

Soll das als S e l b s t k r i t i k verstanden werden? Immerhin hat sich die SPD-Landesregierung an der Kampagne „Asylanten raus" führend beteiligt. Börner s e l b s t hat sich noch vor kurzem im Kreis der Ministerpräsidentenkonferenz zum Fürsprecher weiterer Aufenthalts- und Einreisebeschränkungen für Ausländer gemacht. Gerade seine sog. „Stammwähler" wären möglicherweise für eine solche Kampagne der CDU oder NPD zu haben. Dagegen haben Sprecher der Startbahngegner mehrfach bedauert, daß unsere ausländischen Mitbürger nicht am Volksbegehren gegen die Startbahn teilnehmen können, und sich für ihr Wahlrecht eingesetzt (was von der S P D abgelehnt wird!)

In Hessen wird heute viel vom „Widerstandsrecht" gesprochen. Was darunter zu verstehen sei, erläuterte der Frankfurter OB Walter Wallmann (CDU): *„Der Widerstand muß darauf gerichtet sein, die bestehende Ordnung zu sichern"*. Ordnung oder Chaos - vor der Alternative stehen wir: *„Jeder darüber hinausgehende Versuch, ein vermeintliches Widerstandsrecht für - wie immer geartete - Interessen in Anspruch zu nehmen, müßte den Bürgerkrieg (!) in diesem Land auslösen"*.

Als Rädelsführer der Startbahngegner hat Walter Wallmann Herbert Marcuse ausgemacht, der im „Eindimensionalen Menschen" zur Mißachtung von Mehrheitsentscheidungen aufgerufen habe.

„Wenn sich die Gegner des Flughafens heute dieser Argumentation bedienen, so müssen sie wissen, daß sie damit den Boden unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung verlassen, die zur Herausbildung von parlamentarischen Entscheidungsmehrheiten Regeln vorgegeben hat, deren Mißachtung zum gesellschaftlichen Guerilla-Krieg führen muß" („FAZ", 27.11.81). Aber, aber: Wer sagt denn, daß der Flughafenausbau eine „Mehrheitsentscheidung" ist? Da wollen wir den Volksentscheid doch lieber erst abwarten, gell?

Ganz in diesem Sinne fürchtet übrigens Innenminister Gries (FDP) *„weitere Tote"*, wenn sich die *„Gewalt so ausbreitet wie bisher"* (Interview in der „Quick"). Auch Börner sieht nur noch die Wahl zwischen *„Anarchie oder Diktatur"* (diese Leute haben wirklich schlimme Phantasien...). „**Anarchie**" - dies wird hervorgerufen, wenn man *„monatelang mit hetzerischen Formulierungen und skandalösen Begriffsverdrehungen wie 'Staatsstreich' und 'Verfassungsbruch' die rechtsstaatlichen Entscheidungen abwertet"*. „**Diktatur**" (worüber keiner staunen sollte) ist gegeben, *„wenn man den Polizeieinsatz als 'staatlichen Terror' denunziert"* - dann trägt man eben *„die Verantwortung für die Gewalt am Flughafen"* („FR", 26.11.81). Dies ist sozusagen logisch - denn: *„Wer zur Gewalt aufruft oder eine demokratische Regierung zu erpressen versucht, legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie"* (ebda).

Um diese bedrohliche Entwicklung -Diktatur- abzuwenden, rief der SPD-Fraktionsvorsitzende Winterstein die Betreiber des Volksbegehrens dazu auf, der Bevölkerung *„von sich aus reinen Wein einzuschenken über die auch ihnen seit langem bekannten verfassungsmässigen Bedenken gegen ein Volksbegehren"*.

Noch bestünde eine Chance, vorausgesetzt den *„Täuschungsmanövern bestimmter Kreise und Scharfmacher"* werde entgegengetreten und *„dem Recht absoluter Vorrang"* eingeräumt („FR", 25.11.81).

Eine weitaus undramatischere Lösung bietet E.H. von der „FAZ" an: Unter Umständen, so suggeriert er, seien die am 14.11. in Wiesbaden abgegebenen 220.000 Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens wenn nicht insgesamt, so doch zum Teil gefälscht:

„Ob die Unterschrift persönlich geleistet wurde, dafür gab es nur ein Indiz: den mit einzutragenden Geburtstag. Aber manche Leute kennen mancher Leute Geburtstag: äußerstenfalls aus Kundenlisten, Versicherungsverzeichnissen oder auch aus Handbüchern" („FAZ", 23.11.81). Für den Fall, daß die Unterschriften doch echt sein sollten, hat Börner schon erklärt: *„Auch mit 200.000 Unterschriften kann man nicht beweisen, daß man Recht hat"* („FAZ", 13.11.81). Übrigens auch nicht mit 30% der Stimmen (voraussichtliches SPD-Wahlergebnis bei den Landtagswahlen 82).

Altstar Rudi Arndt, Vorgänger von Wallmann im Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters, sagt es hart, aber ehrlich: Die Startbahngegner würden Leuten den Weg bereiten, gegen die *„Strauß und Dregger noch Linksabweichler"* sind („FNP", 28.11.81). Arndt (SPD) ist derjenige ..., der jetzt weg vom F e n s t e r der Macht ist (eine genauere Charaktrisierung ist uns einfach zu teuer: ca. 2000 DM vor 4 Jahren; Inflationsrate kommt also mindestens noch dazu). Jedenfalls ist er ein absoluter Spezialist in Sachen „Linksabweichler". So bringt er sich unermüdlich und unvermeidlich in Erinnerung, um seinem Lebenswerk - die SPD möglichst weit nach rechts zu peitschen - treu zu bleiben.

Alle sind sich einig: Wenn Volksbegehren und Volksentscheide einreißen, und das Volk seinen Willen gar g e g e n die Regierenden durchsetzen will, dann gibt es „Diktatur". Und die machen sie, schweren Herzens natürlich, dann schon lieber s e l b s t. Für die CDU Hessen, deren Vorsitzendem Dregger es nur in den seltensten Fällen gelingt, die vom Faschismus vorgegebenen Denkrichtungen zu verlassen (Ausländer raus, deutsche Soldaten an den Golf, Innere „Sicherheit"), ist dies beileibe kein Wunder. Aber daß Börner z.B. finster entschlossen scheint, einen Brüning noch rechts zu überholen, das zeigt doch klar, w i e diese Leute aus der Geschichte lernen.

„**Die Herrschaftsbefugnis des Staates ist die Grundlage unserer Rechts- und Friedensordnung**" (Wallmann laut „FAZ", 27.11.81). Das heißt soviel wie: Wenn das Volk anderer Meinung ist als der Staat, soll es im Interesse „von uns allen" auf seine Meinung verzichten. Auf u n s e r e Freiheit werden dann schon andere aufpassen!

KB/Gruppe Frankfurt



Während Ministerpräsident Börner am 25.11. vor dem Landtag verkündet, daß er das Volksbegehren „Keine Startbahn West" als unzulässig ablehne, hängten kletterkundige Startbahngegener den Artikel 116 der hessischen Verfassung auf das Dach des Parlamentgebäudes!

Freiheitlich-demokratische Grundlogik

Zugegeben: Es ist teilweise recht mühsam, sich in der Logik unseres Rechtsstaates zurecht zu finden. Eine Erläuterung wie zum Beispiel von Walter Wallmann **„Verzichtet auf eure Grundrechte, sonst gibt es Diktatur"** ist dabei nicht hilfreich, sondern noch verwirrender. Darum versuchen wir es zu verdeutlichen.

1. Begriffsklärung

A) An der Spitze unserer Gesellschaft finden wir den Rechtsstaat. Der Rechtsstaat wird getragen von den demokratischen Parteien (wir gehen davon aus, daß es sich rumgesprochen hat, wer damit gemeint ist).

Als Synonym für Rechtsstaat existiert der Begriff: Demokratie, oder auch Freiheit. Zur Vereinfachung im politischen Leben ist dazu das Kürzel „FDGO" eingeführt worden.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Staat unser aller Staat ist, in einem Wort: unser höchstes und kostbarstes Gut.

B) An der Basis unserer Gesellschaft finden wir das Volk. Das Volk ist insofern eine notwendige politische Einrichtung, als es diese Demokratie alle vier Jahre zu wählen hat. Das tut es auch gerne, denn es ist ja auch sein Staat.

2. Ungewöhnliche Situationen

Die oben beschriebene Situation ist sozusagen der Normalstaat.

Nun passiert es manchmal, daß es einen Widerspruch zwischen Staat und Volk gibt. Dies ist keine leicht zu nehmende Situation. Sowas nennt man Angriff auf die Demokratie. Je nachdem, von welcher Seite der Widerspruch geäußert wird, ob vom Staat oder vom Volk, nennt man das „Diktatur" oder „Anarchie". Der Gesetzgeber hat allerdings für solche Fälle vorgesorgt:

a) Das Widerstandsrecht

Das Widerstandsrecht beinhaltet die Pflicht eines jeden Bürgers die Demokratie zu verteidigen, das heißt den Staat.

Wer sich da quer stellt, den nennt man gewöhnlich einen „Chaoten". Mit „Chaoten" werden Feinde der Demokratie bezeichnet.

b) Der Widerstandsverzicht

Nicht immer sieht der Bürger seine Verpflichtung ein zum Widerstandsrecht im oben erläuterten Sinne (siehe GG).

Dazu braucht er nicht unbedingt ein „Chaot" zu sein; die Möglichkeit, daß er benutzt wird, ist auch gegeben. Solche Bürger nennt man „Vorzeigebürger".

Auch hierfür hat der Gesetzgeber vorgesorgt: in Artikel 18 des GG ist die Möglichkeit der Aberkennung der Grundrechte vorgesehen. Diese letzte Lösung führt man dann ein, wenn sonst eine Diktatur nicht mehr abgewendet werden könnte. Wie man weiß, ist diese Methode schon öfters in der Geschichte relativ erfolgreich praktiziert worden. Da allerdings unser Staat ein Rechtsstaat ist, wird vor der Einführung dieses Mittels zum Wohle aller eine weitere Möglichkeit eingebaut: Im Einvernehmen mit dem Staat verzichtet das Volk, oder auch Teile des Volkes, freiwillig und natürlich provisorisch auf die Äußerung seiner Meinung.

Sowas nennt man ein „notwendiges Opfer". Denn keinem der Beteiligten ist es angenehm wie sich jeder denken kann.

Umsonst ist dieses Opfer allerdings nicht - denn zum Schluß haben beide, Staat und Volk, noch mehr Staat (also noch mehr Demokratie). Mittels dieser Methoden sind wir nämlich alle zusammen knapp an der im Rechtsstaat ständig lauernden Gefahr vorbeigesegelt: Dem Unrechtsstaat.

Wer diese Grundformeln der Demokratie nicht einsieht, ist ein „Asozialer" oder auch „Krimineller". Meistens handelt es sich hierbei um „Schein-Deutsche", die nur in den Genuß unserer Grundrechte kommen wollen. Auch hierfür hat der Staat vorgesorgt: dazu sind hygienische Mehrzweckhallen vorgesehen, mit der Parole **„Demokratie macht frei"**.

Wir hoffen, ein bißchen Licht in eurer aller Köpfe gebracht zu haben?

E., Frankfurt


3. Hüttendorf geräumt

rb. Frankfurt, 26. 11.
Neue Krawalle an der Startbahn West: Chaoten schleuderten Molotow-Cocktails und Äxte auf Polizisten, schossen mit Stahlkugeln – zwei Verletzte. Die Beamten stürmten danach das dritte Hüttendorf – 39 Festnahmen. Die hessische Landesregierung lehnte gestern den Bau der neuen Startbahn ab: „Der Antrag ist mit der Verfassung nicht vereinbar", sagte Ministerpräsident Börner.

Nachrichten

aus: „Bild", 26.11.81

Wir rufen Dich zum Widerstand

gegen eine Politik
der vollendeten Tatsachen

gegen eine Politik
der sozialen Reaktion

gegen eine Politik,
die nur den Generalen
und Rüstungslieferanten
Vorteile bringen wird.

Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen! Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!

Sozialistische Jugend Deutschlands
[illegible]
[illegible]

Börner kannte auch mal bessere Zeiten. Den oben abgedruckten Aufruf veröffentlichte er am 21.2.52 gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Heute steht er als lebendiges Beispiel dafür, wie kaputt man wird, wenn man nicht nur 30 Jahre in der SPD war, sondern auch noch aufgestiegen ist.

Explosiv-Wurfkörper auf Startbahngegner

Nun ist es also heraus: Spezial-Einsatzkommandos der Polizei (des Bundesgrenzschutzes?) haben an der Startbahn-Baustelle im Wald sogenannte „Blend-Schock-Wurfkörper" gegen Demonstranten eingesetzt.

Dies wurde von Ärzten auf einer Pressekonferenz am 1.12. in Frankfurt mit einer umfangreichen Dokumentation von Zeugenaussagen bestätigt. Diese Metalldosen wurden, wie wir bereits in AK 213 meldeten, erstmals am 15.11. im Wald eingesetzt. Sie wurden mitten in eine Menschenmenge hineingeworfen, wo sie mit scharfem Knall und grellem Blitz explodierten. Die Ärzte gaben bekannt, daß ein Demonstrant von einem 12 Millimeter langen Metallsplitter getroffen wurde, der drei Zentimeter tief in den Unterschenkel eingedrungen sei (nach einem Krankenhaus-Attest).

Dieser Splitter stammte von einem der Wurfkörper. Die Ärzte wiesen daraufhin, daß von dieser Waffe eine erhebliche Gefährdung ausgeht. Nahestehende Menschen würden das Platzen ihres Trommelfells riskieren, ganz zu schweigen davon, was passieren kann, wenn jemand direkt getroffen wird. Die Waffe wird bei der Bundeswehr als „Übungsgranate" benutzt; in den entsprechenden Dienstanweisungen heißt es jedoch ausdrücklich, daß sie nicht in der Nähe von Menschen eingesetzt werden soll. Nach Darstellung der Ärzte habe beispielsweise die GSG 9 bei ihrer Kommando-Aktion in Mogadishu derartige Kampfmittel benutzt.

Die Polizei versuchte zunächst, sich mit einer faustdicken Lüge aus der Affaire zu ziehen. Derartige Gegenstände gehörten nicht zur Polizeibewaffnung, behauptete ein Polizeisprecher gegenüber der „FR" (Ausg. v. 2.12.81).

„Diese Wurfkörper gehörten – im Gegenteil – zum Arsenal von Startbahngegnern (!). Fahrzeuge mit Beamten aus Rheinland-Pfalz hätten mehrfach berichtet, sie seien damit angegriffen worden. Keine einzige Länderpolizei in der Bundesrepublik sei damit ausgerüstet" (ebenda).

Zwei Tage später nahm die Angelegenheit eine gänzlich andere Wendung. **Der Pressesprecher der Polizei gab überraschend zu, daß die explosiven Dinger tatsächlich im Einsatz waren.**

„Dies sei jedoch nach seinen Informationen lediglich am 15. November der Fall gewesen". An diesem Tag seien acht dieser Granaten in eine *„zahlenmäßig überlegene Gruppe von Startbahngegnern"* hineingeworfen worden. Im übrigen seien die von der Firma „Nico-Pyrotechnik" in Trittau hergestellten Wurfkörper ungefährlich und *„gehörten ebenso wie Tränengasgranaten zu den Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt, also nicht zur Kategorie der Waffen* („FR", 4.12.).

Wir sind davon überzeugt, daß auch diese Darstellung noch keineswegs die volle Wahrheit ist. Dies zeigt sich an den offenkundigen Problemen, die der Polizeisprecher damit hat, den Widerspruch zu seiner e r s t e n Version zu erklären. Angeblich habe es an der *„Kürze der Zeit"* gelegen. Noch am 1.12. *„habe die Schutzpolizeidirektion eine entsprechende Anfrage verneint. Mittlerweile stehe jedoch fest, daß die Beamten des Spezial-Einsatzkommandos der Schupo in einer Erprobungsphase mit solchen Wurfkörpern ausgerüstet wurden"* („FR", 4.12.). Sind etwa 15 Tage (so lange lag der Einsatz zurück) z u k u r z, um sich innerhalb der Polizeiführung Klarheit darüber zu verschaffen, ob solche Waffen eingesetzt wurden? Einmal abgesehen von der unverschämten Unterstellung gegenüber den Startbahngegnern, spricht immerhin auch einiges für die erste Darstellung. Geht man von der Erfahrungstatsache aus, daß die Polizei bei derartigen Angelegenheiten nur in den allerseltensten Fällen die Wahrheit sagt, so ist natürlich die erste, gewissermaßen „spontane" Falschinformation viel interessanter und lehrreicher als das, was nach zwei Tagen Überlegung in den Stäben – rundum abgesichert – an die Öffentlichkeit gegeben wird. Demnach könnte es so gewesen sein, daß – nach der Pressekonferenz der Ärzte – ein Amtsschimmel wahrheitsgemäß mitgeteilt hat, daß die Länderpolizeien (noch) nicht mit derartigen Waffen ausgerüstet sind. Und pflichtbewußt hat er dabei verschwiegen, daß a n d e r e Einheiten sehr wohl darüber verfügen. So ging es dann an die Presse, ohne gleich zu erkennen, welche politische Brisanz sich daraus ergeben könnte.

Denn damit sind wir wieder beim Thema Bundesgrenzschutz und der Behauptung der BI, GSG 9 werde auf die Startbahngegner losgelassen.

Andere Fragen hat die Polizei, gewiß ungewollt, mit ihrer Behauptung aufgeworfen, Beamte aus Rheinland-Pfalz seien „mehrfach" mit solchen Wurfkörpern angegriffen worden. Vielleicht war diese Geschichte, von der nun nicht mehr die Rede ist, einfach frei erfunden. Daraus ließe sich schließen, daß so manche andere Greuelstory, die den Startbahngegnern angelastet wird, denselben Wahrheitsgehalt, nämlich Null, besitzt. Vielleicht aber auch nicht. Dann erhebt sich natürlich die Frage, wer die Pfälzer Polizisten mit diesen Dingern beworfen hat. Dazu ist es nützlich, einige Erfahrungen mit „neuen" Polizeitaktiken heranzuziehen.

Einwandfrei nachgewiesen und von der Polizei auch gar nicht bestritten ist der Einsatz von Zivilbullen im Wald. Diese unternehmen Überraschungsangriffe auf kleine Gruppen von Startbahngegnern, nehmen Durchsuchungen, Personalienkontrollen und auch Festnahmen vor. Einwandfrei nachgewiesen (u.a. durch Fotos) ist aber auch der folgende Vorfall vom 29.11. am Baugelände. Dort zog eine Horde von Schlägern in wilder Ausrüstung vor der Mauer auf: Eisernes Kreuz am Helm, Zaunlatten, Totschläger oder Knüppel, wie man sie im Wald findet, in der Hand. Bürger von Mörfelden-Walldorf sprachen die Truppe, die auf sie einen faschistoiden Eindruck machte, an und wurden prompt bedroht. Als ein Fotograf die Szene aufnahm, entpuppt sich rasch, auf welche Seite die Schläger gehörten. Uniformierte „Kollegen" eilten zur Hilfe, nahmen den Fotografen fest und entrissen dem DKP-Stadtverordneten Rudi Hechler einen Zettel mit Notizen, die er sich über den Vorfall gemacht hatte. Die Polizei rechtfertigte diesen Vorfall damit, daß sich die Zivilen in ihrer Kleidung der „Umgebung" anpassen müßten. Innenminister Gries zog eine blöde Fresse, als ihm während einer Fernsehdiskussion von einem BI-Sprecher entsprechende Fotos vorgelegt wurden.

Offenbar war diese Truppe schon am Vortag im „Sondereinsatz" gewesen. Hierzu berichten Augenzeugen, eine Gruppe von Zivilen, ebenfalls in abenteuerlicher Aufmachung, habe das Baugeländer an einer abseits gelegenen Stelle verlassen, sich unter Demonstranten gemischt, und nicht nur munter, sondern sogar „massiv" die uniformierten Beamten auf der anderen Seite der Mauer mit Steinen und Knüppeln beworfen. Als sich dann einige Startbahngegner in jugendlichem Überschwang am Werfen beteiligten, seien sie von den Zivilen sofort festgenommen und abgeführt worden!

Vielleicht kann man die Taktik der Polizei am besten mit dem Begriff „undogmatisch" charakterisieren. Da wird dem erschreckten Fernsehzuschauer beispielsweise ein Mollie in Großaufnahme präsentiert, der an der Baustelle geworfen worden sei. Dieser, so die Darstellung der Bullen, habe allein wegen der Nässe auf dem morastigen Waldboden nicht gezündet. Freilich sieht der Mollie blitzsauber aus und hat geradezu blütenweiße Schnüren. Der muß also in eine Pfütze mit ganz klarem Wasser gefallen sein?

Angesichts solcher Merkwürdigkeiten besteht wohl doch ein öffentliches Interesse daran, daß auch der Vorfall mit den Pfälzer Polizisten aufgeklärt wird. Es müßte sich anhand abgebrannter Wurfdosen klären lassen, ob diese wirklich mit Blendgranaten beworfen worden sind. Man darf ja davon ausgehen, daß die Polizei alle Gegenstände sorgsam als „Beweisstücke" sammelt. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist uns wurscht, ob und wie sich zivile und uniformierte Bullen gegenseitig massakrieren. Das ist ihre Sache. Unser Protest richtet sich gegen die polizeiliche Provozierung von Situationen, in denen dann die Startbahngegner als Schlachtvieh preisgegeben werden.

KB-Gruppe Frankfurt



Durch Explosionsgranaten (Polizei: „ungefährlich"!) wurde 1977 in Malville ein AKW-Gegner ermordet. Er waar direkt an der Brust getroffen worden. Ein anderer verlor sein Bein. Ein Bremer AKW-Gegner, der in Unkenntnis dieser Waffe versucht hatte, sie auf die CRS (fanzösische Sonderpolizei) zurückzuwerfen, verlor seine Hand. – Innenminister Gries kündigte dieser Tage an, er könne sich vorstellen, daß es bei den Startbahnauseinandersetzungen Todesopfer gibt.

Alexander Schubarts Suspendierung war illegal

Walter Wallmann, der Mann des Rechts und der Ordnung und aufgrund von Irrtümern breiter Bevölkerungskreise zum Frankfurter Oberbürgermeister bestallt, handelte *„offensichtlich rechtswidrig"* und unordentlich, als er am 16.11. den Magistratsdirektor A. Schubart vom Dienst suspendierte und aus den unheiligen Römerhallen warf. Grund der OB-Verfügung: „Aschu" hatte auf der Wiesbadener Großdemonstration zu einer Blockadeaktion am 15.11. vor dem Frankfurter Flughafen aufgerufen. CDU-Wallmann, eine enorme Pressekampagne gegen die Startbahngegner hinter sich, wähnte sich bereits als Alleinherrscher Frankfurts, als er kraft seines Amtes die Verfügung zur Reinhaltung der städtischen Ämter erließ. Zwei Wochen später holte ihn das Verwaltungsgericht unsanft von seinen königlichen Höhen herunter. Als Oberbürgermeister habe er Schubart gar nicht seines Dienstes entheben dürfen. Und eine „Eilbefugnis" besitze er auch nicht. Wenn überhaupt, dann könne ein solcher Beschluß nur vom Magistrat als „oberstem Dienstherrn" ergehen. Nun schimpft Walter W. wie ein Rohrspatz. Nachdem ihm die Gerichte schon den Spaß an Demonstrationsverboten verleidet haben (diese sind in der Regel ebenfalls grob rechtswidrig), darf er nicht einmal Berufsverbote verhängen. Was hat das noch mit R e c h t s- und eben nicht Linksstaat zu tun? Also ließ er seinen Dezernenten Brück, der übrigens einen ausgesprochen üblen Ruf genießt, verkünden, das (lädierte) Vertrauen der Bürger in die „Rechtsstaatlichkeit" der Behörden habe es erfordert, daß der OB unverzüglich gegen Schubart zur Aktion schreitet. Ob dieses „Vertrauen" nun gestärkt worden ist?

Während die SPD keine Stellungnahme zu diesem Vorgang abgab, erklärte ihr Dissident Berkemeier, dieses Vorgehen habe erneut kein gutes Licht auf das Stadtoberhaupt geworfen. Freilich konnte er, der sich mit Schubart solidarisiert hat, die Bemerkung nicht verkneifen, daß seine Partei-„Freunde" im Magistrat sicherlich dazu bereit gewesen wären, in so einem Fall umgehend zu einer Sondersitzung zusammenzutreten (um der Suspendierung die Weihe der „Gemeinsamkeit aller Demokraten" zu verleihen). Und so geschah es denn auch. Keine zwei Tage verbrachte Schubart wieder im Amt, als der Magistrat erneut zusammentrat, um die Suspendierung – diesmal formal korrekt – zu wiederholen. Und natürlich stimmten die Magistratsmitglieder der SPD, mit vollen Hosen und leerem Kopf, der CDU-Mehrheit zu, so daß „Einstimmigkeit" gegeben war. Nun wird das Verwaltungsgericht das Verfahren in der Hauptsache behandeln und sich mit den Vorwürfen gegen Schubart befassen.

Schubart ist indes nicht der einzige Startbahngegner in Frankfurt geblieben, auf dessen persönliche Existenz es reaktionäre Kräfte abgesehen haben (Berufsverbot, Morddrohungen, Telefonterror). In der Nacht vom 3. auf den 4.12. fand ein Brandanschlag im Haus der grünen Stadtverordneten Jutta Ditfurt und Manfred Zieran statt. Zieran war gerade von einer turbulent verlaufenen Sitzung des Ortsbeirats Nordend nach Hause gekommen, wo die Grünen verlangten, daß der brutale Polizeieinsatz gegen Startbahngegner in der Rohrbachstraße (Nordend) behandelt werden müsse. Dies hatte die CDU, die sich in dieser Bezirksvertretung traditionell faschistoid aufführt, unterbunden. Gegen zwei Uhr morgens bemerkte er einen Brandgeruch. Er alarmierte andere Hausbewohner und konnte mit ihnen gemeinsam ein Feuer ersticken, das sich im 1. Stock des Treppenhauses auszubreiten begann. Ein Wandbelag aus Kunststoff hatte Feuer gefangen. Dadurch war die Decke bereits angekohlt, der PVC-Belag auf dem Boden durchgeschmort und die Holzbretter darunter glühten schon.

Es handelt sich also durchaus nicht um eine Bagatelle, sondern die Folgen wären mit Sicherheit verheerend gewesen, wenn der grüne Stadtverordnete nicht zufällig noch so spät wach gewesen wäre. Denn die anderen Hausbewohner schliefen zu diesem Zeitpunkt und wären von sich aus möglicherweise erst viel später auf das Feuer aufmerksam geworden. Polizei und Feuerwehr gehen ebenfalls davon aus, daß es sich um vorsätzliche Brandstiftung handelte. Nachzutragen bleibt, daß auch die Grünen in letzter Zeit vermehrt Drohbriefe und anonyme Anrufe erhalten haben, und daß vor längerer Zeit schon einmal Nazi-Parolen im selben Haus im Treppenaufgang angebracht worden waren.

Wenn die Bäume fallen, müssen die Menschen aufstehen

Rhein-Main. Es hat schon ein Weilchen gedauert, bis sich die Bewegung der Startbahngegner wieder gefangen hatte angesichts der Offensive, zu der die etablierten Politiker und Medien nach der Flughafenblockade am 15.11. geblasen hatten. Doch die hessische Landesregierung schreitet voran und läßt gar keine Zeit zum Bruderzwist „Gewaltfreie gegen Militante". Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß in nächster Zeit schon das Baulos 2 für die Startbahn West in Angriff genommen wird. Das würde die weitere Rodung von ca. 50 Hektar Wald bedeuten (also mehr als das, was bislang gerodet wurde). Wenn es dazu kommt, wird die Bürgerinitiative am Samstag nach Inangriffnahme von Baulos 2, spätestens aber am Wochenende danach, bundesweit zu einer Platzbesetzung aufrufen. Geplant ist, sternmarschförmig in den Wald zu demonstrieren, polizeiliche Absperrungen zu überwinden, den Platz von Baulos 2 für eine befristete Zeit zu besetzen (längstens bis Sonntagabend) und sich dann geschlossen wieder zurückzuziehen. Das politische Ziel dieser Aktion ist es, zu dokumentieren, daß der Widerstand der Bevölkerung ungebrochen ist und daß im Hessenland keine Ruhe einkehren wird, bis der Bau der Startbahn verhindert ist. Zu den Formen, in denen die Aktion ablaufen soll, hat die BI beschlossen, gewaltfrei zu verfahren, d.h. davon abzusehen, „harte Gegenstände" auf die Polizei zu werfen. Andererseits soll „Gewaltfreiheit" nicht Wehrlosigkeit gegen polizeiliche Übergriffe bedeuten. So empfiehlt die BI ausdrücklich, in Schutzkleidung zur Demonstration zu kommen (Helme, Brillen). Bei der Platzbesetzung sollen mindestens die vorderen Reihen besonders gut ausgerüstet sein.

Inzwischen brütet der Staatsgerichtshof über dem Widerspruch, den die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Keine Startbahn West" gegen das Nein der Landesregierung zur Durchführung eines Volksbegehrens eingelegt hat. Gleichzeitig hat die AGV beantragt, einen Baustopp mindestens für die Dauer des Verfahrens zu verhängen. Diesem Antrag müßten zwei Drittel der Mitglieder des Staatsgerichtshofs zustimmen. Realistisch gesehen, dürfte das wohl kaum erreichbar sein. Es ist also davon auszugehen, daß der Staatsgerichtshof zunächst den Antrag auf Baustopp ablehnen wird. Dies sollte für alle Startbahngegner und ihre Sympathisanten im Bundesgebiet das Alarmsignal sein. Denn eine derartige Ablehnung wäre für Börner, Gries und Co. die (Schein-)Legitimation, um mit dem Baulos 2 loszulegen. Dies würde bedeuten, daß im Wald weiter Bäume und im Land weiter demokratische Rechte und Prinzipien fallen, noch ehe endgültig über das Stattfinden eines Volksbegehrens entschieden ist. Und das kann für unsere Protestdemonstrationen nur heißen: Nicht kleckern, sondern klotzen!

DEMONSTRATION !

IMMER KLARER ZEICHNET SICH DER WIRKLICHE GRUND FÜR DEN BAU DER STARTBAHN WEST UND DIE UNNACHGIEBIGE HALTUNG DER LANDESREGIERUNG AB: DIE FUNKTION DIESER STARTBAHN FÜR DIE NATO UND DIE INTERVENTIONSPLÄNE DER AMIS IM NAHEN + MITTLEREN OSTEN.

WIR LEISTEN WIDERSTAND DAGEGEN, DASS UNSER LEBENSRAUM ZERSTÖRT WIRD, UM KAPITALISTISCHE PROFIT- UND MACHTINTERESSEN ABZUSICHERN.

WIR NEHMEN DIE KRIEGSPOLITIK DER AMIS NICHT HIN: WEDER DIE VORBEREITUNG EINES KRIEGES GEGEN DIE SOWJETUNION, DER GANZ EUROPA EINEM ATOMAREN INFERNO PREISGEBEN WÜRDE, NOCH DIE VÖLKERMORDPOLITIK DER USA IN DER 3. WELT, DIE TÄGLICHE REALITÄT IST.

IM RAHMEN DER 17^{00}-DEMOS IN FFM RUFEN WIR AUF ZUR DEMONSTRATION AM FREITAG, 4.12., 17^{00}, PAULSPLATZ

KEINE STARTBAHN WEST !

SCHLIESSUNG + WIEDERAUFFORSTUNG DER AIR BASE !

DER WIDERSTAND LEBT !



INITIATIVE 'KEINE NATO-STARTBAHN/VERHINDERN WIR DIE STARTBAHN WEST' FFM

SPD tritt um sich und geht ab (Fortsetzung)

Allein im Monat Oktober mußte die SPD-Hessen-Süd 371 Austritte im Zusammenhang mit dem Startbahn-Bau verzeichnen. Seit Anfang des Jahres sind es somit (nach Angaben der Geschäftsführung) 2.719. Einsam braucht man sich dennoch nicht innerhalb der südhessischen SPD fühlen: 91.404 Mitglieder sind immer noch dabei (gegenüber 93.700 letztes Jahr).

Wir setzen hiermit unsere in AK 213 begonnene Rubrik fort:

21.11.81: Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani fordert von den Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung eine klare Distanzierung von Alexander Schubart. Der Frankfurter SPD-Fraktionschef Michel bezeichnet es gar als die *„Frage des Tages"*. Der Frankfurter SPD-Sprecher Dürr erläutert hierzu: *„Es gibt kein Recht auf Widerstand gegen die legitimierten Organe des Staates"*.

Auch in der Darmstädter SPD ist Loyalität zu Börner Gebot der Stunde. Nur fünf Stadtverordnete der SPD-Fraktion sprechen sich für eine Unterbrechung der Bauarbeiten bis zum Abschluß des Volksbegehrens aus. Weitere fünf enthalten sich der Stimme.

25.11.81: Börner erklärt im Namen der Landesregierung den Gesetzentwurf zur Einleitung des Volksbegehrens für verfassungswidrig. Der vorgelegte Gesetzestext greife in die Zuständigkeit des Bundes und in die Belange des Gesamtstaates in unvertretbarer Weise ein. Der Ausbau des Flughafens Rhein-Main sei zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig.

„Völlig absurd" sei die Behauptung, die Startbahn würde für militärische Zwecke der NATO benötigt. *„Wenn das so wäre, wäre die Startbahn aufgrund des NATO-Truppenstatuts ohne Planfeststellungsverfahren längst gebaut worden"*. Oha!

Der Frankfurter SPD-Stadtverordnete und krasse Außenseiter seiner Fraktion, K.H. Berkemeier, ist anderer Meinung: *„In der hessischen Verfassung gibt es schließlich, so habe ich gesagt, zwei Gesetzgeber: an erster Stelle das Volk und an zweiter den Landtag. Aus diesem Grunde habe ich die hessische Landesregierung aufgefordert, ohne Wenn und Aber, und ohne Einschaltung der Justiz das Volksbegehren abzuhalten und einen Baustopp zu veranlassen"* („FNP", 25.11.).

26.11.81: Die Mitgliederversammlung des Frankfurter SPD-Ortsvereins Ostend veröffentlicht einen Brief an die SPD und Holger Börner. *„Wir stellen nochmals fest und fühlen uns Tag für Tag durch fortschreitende Erkenntnisse und Ereignisse darin bestätigt:*
- *Der Bau der Startbahn 18 West ist ökologisch eine Katastrophe,*
- *Der Startbahnbau ist volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch eine gigantische Fehlinvestition,*
- *Die Baudurchsetzung der Startbahn ist geeignet, in Hessen die CDU unter einem Ministerpräsidenten Dregger an die Macht zu bringen."*

Sie fordern einen außerordentlichen Landes-Parteitag zur Revidierung des Startbahnbeschlusses („FN", 26.11.).

Der Vorsitzende des DGB Hessen, Jochen Richert, bekräftigt nochmals sein „bedingtes JA" zum Startbahnbau. In einem Brief an die hessischen Gewerkschaftsmitglieder heißt es: *„Das oberste Beschlußorgan zwischen den DGB-Landesbezirkskonferenzen fällt Entscheidungen, die für die gesamte Organisation verbindlich sind und Gültigkeit haben. Mehrheitsbeschlüsse (???) sind die alleinige Grundlage demokratischen Handelns. Dies gilt für Regierungen ebenso wie für Gewerkschaften."* Abschließend bemerkt Richert: **„Alles andere ist Krawall"** („FAZ", 26.11.). Schöne Grüße an Deinen Nachfolger, Jochen!

Die mehrstündige Landtagsdebatte vom Vortag wurde mit einer namentlichen Abstimmung zum Startbahnbau beendet: Alle 109 Abgeordneten stimmten Börner zu. **„Spontan"** bedankte sich Börner per **„Händedruck"** beim Landtagsoppositionsführer Milde (CDU).

In die gleiche Debatte greift Kultusminister Krollmann (SPD) ein: **„Lehrern, die die geplante Startbahn West als NATO-Startbahn deklarieren, hielt Krollmann vor, der Versuch, der Startbahn eine militärische Bedeutung zu unterschieben, sei eindeutig darauf gerichtet, Furcht vor Krieg und Zerstörung zu wecken. Eine solche Darstellung durch den Lehrer im Unterricht sei unverantwortlich"** („FAZ", 26.11.). Von unseren Pädagogen muß erwartet werden, daß die kindischen Ängste vor dem Krieg ausräumen und Wehrbereitschaft sowie soldatisches Heldentum fördern. Im Namen der staatsbürgerlichen Verantwortung:

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Winterstein wirft den „maßgeblichen Leuten" der Bürgerinitiativen vor, „weniger am Volksentscheid als an der Gründung einer Grünen Partei" interessiert zu sein („FR", 26.11.).

27.11.81. Die Frankfurter Jusos wünschen sich eine „Erneuerung an Haupt und Gliedern" für die SPD. Eine Rücktrittsforderung gegenüber Börner sei aber ihrer Meinung nach *„folgen- und sinnlos"*. Vielmehr sei das *„Ziel der Jusos die personelle und inhaltliche Erneuerung der hessischen SPD im Auge zu behalten"* („FR", 27.11.). Sie versichern der Parteiführung, ihr nicht den Gefallen zu tun und die Mitgliedschaft aufzukündigen. Diese sei nämlich *„strategisch begründet"*. Gleichzeitig bekräftigten sie ihre *„absolute Solidarität"* mit Alexander Schubart („FNP", 27.11.).

28.11.81: Auf dem Unterbezirksparteitag der Frankfurter SPD wird die Landesregierung mit knapper Mehrheit aufgefordert, *„auf die Durchsetzung dieses Projektes zu verzichten, da der Bau nur unter Bedingungen durchführbar ist, die politisch weder durchhaltbar noch durchsetzbar sind"* („FNP", 28.11.).

Als Wortführer der Gegner des Antrages erklärt Rudi Arndt (Dynamit-Rudi), mit diesem Beschluß werde all das aufgegeben, was diejenigen, die 1933 miterlebt hätten, 1945 verfassungsrechtlich geschaffen hätten. *„Nur Gesetze, nicht Sachfragen, könnten einem Plebiszit unterliegen. Wer jetzt Parlaments- und Gerichtsentscheidungen vom Tisch wischen wolle, ebne jenen den Weg, gegen die Leute wie Strauß und Dregger noch Linksabweichler seien"* („FNP", 28.11.).

Der in der Vergangenheit versehentlich als „links" bezeichnete Holzapfel (Landtagsabgeordneter) meint ähnlich: *„Die Landesregierung hat nach Recht und Gesetz auch in den letzten Tagen nicht anders handeln können als sie gehandelt hat"* („FR", 28.11.).

Tendenz: An der Basis dumpfe Resignation. Von den Rechten (Börner, Arndt, Krollmann, Gebhardt, Michel) eine innerparteiliche Offensive, um die SPD der 80er Jahre durchzusetzen. Diese hat politisch mit der Richtung eines Wallmann bemerkenswerte Übereinstimmungen; mit dem, was z.B. die SPD Südhessen einmal war, hat sie nichts mehr gemein.



14.11.81: 150 000 demonstrieren für das Volksbegehren in Wiesbaden (alle Fotos dieser Seite aus „Beilage des Umweltexpress")



Flughafenblockade am Sonntag, den 15. November: (oben) BGS-Truppen landen auf der Autobahn. Ein Demonstrant bleibt nach der Explosion einer Granate und Knüppelschlägen liegen. (unten) Die Demonstranten wurden immer wieder auf die Autobahn getrieben.



US-Eingreiftruppe aus Ägypten zurück

US-Eingreiftruppe aus Ägypten zurück

Während die bürgerliche Öffentlichkeit mit Bedacht der r e a l e n militärischen Nutzung des Rhein-Main-Flughafens kaum Interesse schenkt, hat sich eine lebhafte Debatte um diese These entwickelt, ob der Bau der Startbahn West nicht in Wirklichkeit auf den Druck Washingtons zurückzuführen ist. *„Mit der 3. Startbahn in den 3. Weltkrieg?"* – diese von den Startbahngegnern aufgeworfene Frage hält die schäumende „FAZ" für den „Kalauer des Jahres" (was uns mit gelindem Stolz erfüllt). Wenn dem so wäre, daß die Amis hinter dem Projekt stünden, wäre die Betonpiste doch längst gebaut, hämmert sie ihren Lesern ein. Sehen wir einmal davon ab, daß diese Leute offensichtlich keine sehr hohe Meinung von der „fairen Partnerschaft" zwischen den Europäern und ihren „Freunden" jenseits des Atlantiks haben, denen sie ja unterstellen, gegebenenfalls recht drastisch in westdeutsche Belange eingreifen zu können. Gehen wir vielmehr davon aus, daß diese Agitation für eine rechtsüberlastige Zeitung, die den Startbahnbau befürwortet, durchaus 'normal' ist. Doch der Haken ist: Die „FAZ" gibt nur wieder, was der Ministerpräsident des Landes Hessen höchst persönlich und ohne Schamesröte verkündet. Wenn es die Amis wünschten, so Börner, ginge es auch ohne Planfeststellungsbeschluß (und mit GI's, die dann die Baumaßnahmen im Wald absichern würden?). Diese Argumentation wird nun von der gesamten Reaktion fleißig nachgebetet und als schlagender Beweis gegen die Behauptung militärischer Hintergründe der Startbahn West ins Feld geführt. Überzeugend? Oder eher peinlich?

Wirklich gelungen äußerte sich neben Börner insbesondere die hessische Bundesratsministerin Vera Rüdiger. Es bedürfte gar nicht der Startbahn West, damit sich militärische Interessen am Flughafen Frankfurt durchsetzten. Das würde auch ohne erweiterte Kapazitäten laufen (nach „FR", 16.11.81).

Man muß ihr leider voll und ganz recht geben. Dies beweist insbesondere die Abwicklung des jüngsten US-Manövers, „Bright Star", bei dem klammheimlich die Anlagen von Rhein-Main einbezogen wurden. Mit „Bright Star" übte die „Schnelle Eingreiftruppe" der USA den Einsatz in Nahost. Das Manöver fand von Anfang November bis Anfang Dezember in Ägypten statt und umfasste u.a. den Abwurf eines Bombenteppichs in der ägyptischen Wüste nahe der libyschen Grenze. Zum politischen Inhalt des Manövers braucht nicht viel gesagt zu werden: Im (nach dem Tod Sadats) unruhigen Ägypten wurde demonstriert, wer die Macht innehat, und dem frechen Libyer Ghaddafi wurde gezeigt, daß der Welt-Sheriff topfit ist.

Interessant ist, was die Startbahn-Bürgerinitiative bekannt gibt. US-Lufttransporter des strategischen Kommandos MAC starteten Anfang November von Frankfurt aus nach Kairo. Diese Nutzung westdeutscher Flugplätze, Hafenanlagen, Treibstoffdepots usw. ist bislang keine Selbstverständlichkeit gewesen, sondern beruht auf NATO-Vereinbarungen vom Mai dieses Jahres. Dort sagte Verteidigungsminister Apel (laut „Spiegel" 21/81) „Hilfeleistungen" der BRD für militärische Extravaganzen der USA im Nahen Osten zu. Auf diesem Weg wird die schrittweise Ausdehnung des NATO-„Geltungsbereiches" betrieben, wogegen sich SPD-Politiker in der Vergangenheit noch gewehrt hatten. Doch eine Verschärfung der Kriegsgefahr und ein Versagen der Sozialdemokratie, das kommt immer Hand in Hand, das ist sozusagen eine historische Koinzidenz (Zusammentreffen).

1954: Hochverratsprozeß gegen Volksbefragung

Am 2. August 1954 verkündete der Bundesgerichtshof im „Verfahren gegen leitende Funktionäre des Hauptausschusses für Volksbefragung" das Urteil:

Je drei Jahre Gefängnis für die Angeklagten N. und D., acht Monate für den Angeklagten B.

Es versteht sich beinahe von selbst, daß die drei Verurteilten KPD-Mitglieder waren. Hatte doch die Adenauer-Regierung schon drei Jahre zuvor die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung als *„Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung"* bezeichnet und die Volksbefragungsausschüsse als *„verfassungswidrige Vereinigungen"* verboten.

Zwar hatte der Hauptausschuß über 200 Mitglieder, die aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und weltanschaulichen Lagern der Bewegung gegen die Remilitarisierung kamen. Aber da es sich ja um eine *„kommunistische Tarnorganisation"* handelte — so der damalige Innenminister Lehr — wurden diese drei herausgegriffen und exemplarisch bestraft.

Zu welchen Konstruktionen die Justiz dabei griff, und von welchen mittelalterlichen Geist sie sich leiten ließ, soll anhand der Argumentation der damaligen Bundesanwaltschaft gezeigt werden.

Zunächst am Beispiel von N. Ihm wurde vorgeworfen, der eigentliche Kopf der Volksbefragungsaktion gewesen zu sein. Wenn auch andere nach außen hin *„angeblich als führend in Erscheinung"* traten und selbst *„nicht einmal erkannt haben, in welchem Umfange sie für kommunistische Zwecke eingespannt wurden"*, so lag es daran, daß er (N.) *„ihnen politisch in jeder Richtung weit überlegen war"*.

Gerade daß *„er sich nach außen nicht auffällig betätigte, bestätigt seine führende Rolle"*.

Womit mal wieder bewiesen wäre, wie geschickt sich Kommunisten zu tarnen verstehen. Auch Ns „Charakterstrukturen" wurden herangezogen: *„Nach seiner Persönlichkeit und Veranlagung ist der Angeklagte auch nicht der Mann, der eine Sache nur halb tut"*.

Daß er sich nicht nach außen „auffällig betätigte", beweise zweierlei: einerseits die Heimtücke von Kommunisten, zweitens, daß der Hauptausschuß für Volksbefragung eine kommunistische Tarnorganisation gewesen sei. Denn: *„Diese Zurückhaltung lag gerade in der Linie der kommunistischen Politik... Schon in ihren Anfängen war die Volksbefragung als eine*

sei. Denn: *„Diese Zurückhaltung lag gerade in der Linie der kommunistischen Politik... Schon in ihren Anfängen war die Volksbefragung als eine*

kommunistisch gesteuerte Aktion bezeichnet worden... Es mußte deshalb entscheidender Wert darauf gelegt werden, daß sich diese Auffassung nicht alsbald und allgemein durchsetzte. ... Das wiederum war nur möglich, wenn die Führung des Hauptausschusses und seiner Untergliederungen nach außen nicht in der Hand von Kommunisten lag".

Ein weiterer Beweis für die Konstruktion der Bundesanwaltschaft war demgemäß: Der Angeklagte N. widmete dem Gedanken, daß *„die Führung in den Untergliederungen unter allen Umständen eine möglichst breite politische Basis behalten müsse, seine besondere Aufmerksamkeit"*. Daß dies, wie anfangs erwähnt, in der Praxis erfolgreich war, ist wiederum nur ein „Beweis" dafür, wie geschickt die KPD andere Menschen für sich und ihre Ziele einsetzte. Wie mans auch macht als Kommunist, so ist es grad b e s o n d e r s gefährlich.

Beim Angeklagten D. handelte es sich um den Leiter der Werbeabteilung des Hauptausschusses. Wie er es der Bundesanwaltschaft zufolge anstellte, daß der Informationsdienst desselben *„sehr schnell und mit wachsender Ausschließlichkeit in die Linie der kommunistischen Politik einmündete"* wird an späterer Stelle beschrieben. Angeklagter B. war Kassierer und Geldverwalter des Hauptausschusses. Vorwurf der Anklage: die Tätigkeit des Hauptausschusses sei hauptsächlich mit Geldmitteln „aus dem Osten" finanziert worden. Der Beweis hierfür: *„Sie behaupten, daß die erforderlichen Geldmittel ausschließlich durch Sammlungen im Gebiet der Bundesrepublik aufgebracht worden seien. Das ist schon an sich unglaubwürdig, weil die häufigen Tagungen, zum Teil sogar mit mehreren hundert Teilnehmern, durch Reisekosten und Spesenersatz sowie die ständige Bezahlung der hauptamtlich tätigen Präsidialmitglieder und aller Hilfskräfte der geschäftsführenden Leitung l a u f e n d erhebliche Mittel erforderten"*. Und: *„Einige andere Zeugen — insoweit durchaus glaubwürdig — haben bekundet, im Hauptausschuß sei augenblicklicher Geldmangel mehrfach damit entschuldigt worden, daß der Kurier aus der Ostzone noch nicht eingetroffen sei"*.

Solche Erläuterungen, so der Bundesgerichtshof, *„werden im allgemeinen nicht aus der Luft gegriffen"*.

Eine herrliche Logik:

— Geldüberfluß bedeutet Finanzierung durch den „Osten",
— Geldmangel bedeutet das Gleiche.

Und wenn einige Zeugen das selber meinen, muß man annehmen, daß „sowas" nicht aus der Luft gegriffen wird, jedenfalls im allgemeinen Kalten Krieg.

Der „Informationsdienst des Hauptausschusses für Volksbefragung"

Die Anklage stellte fünf Abschnitte in der Entwicklung des „Informationsdienstes" fest.

1. *„In der ersten Zeit bis etwa zur Nr. 14 [16. Juni 1951] wahrte der Informationsdienst durchgängig eine sachliche Haltung. Die Veröffentlichungen zeigen noch nicht die typische Art kommunistischer Propaganda... In den Veröffentlichungen kommen in erster Linie nichtkommunistische Stimmen zu Wort"*. Dies freilich nur deshalb, um dem Vorwurf einer „kommunistischen Tarnorganisation" möglichst wirksam auszuweichen...
2. *„Im zweiten Abschnitt bis Ende August 1951 [Nr. 28] treten zunächst*

„kommunistischen Tarnorganisation" möglichst wirksam auszuweichen...
2. *„Im zweiten Abschnitt bis Ende August 1951 [Nr. 28] treten zunächst*

vereinzelt aber stetig zunehmend verunglimpfende Äußerungen gegen die Bundesregierung auf".
3. *„Spätestens mit der Nr. 29 beginnt ein systematischer Hetzfeldzug nicht nur gegen die Bundesregierung, sondern auch gegen die Führer der deutschen Sozialdemokratie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, d.h. gegen alle, die sich nicht bedingungslos der kommunistischen Politik unterwarfen"*.

Mit dem „systematischen Hetzfeldzug" ist folgendes gemeint:

Der Bundesrepublik wird „unverhüllt" der Vorwurf gemacht, sie bereite den *„Angriffskrieg mit Vorbedacht und Absicht"* vor; Adenauer wird *„laufend als Kriegsverbrecher bezeichnet und auf eine Linie mit Hitler gestellt"*.

4. *„Dieser Hetzfeldzug wird bis zur Auflösung des Hauptausschusses weitergeführt"*. Ende Januar 1952 (etwa ab Nr. 50 des Informationsdienstes) soll die Propagandatätigkeit eine „entscheidende Wendung" genommen haben: *„Die Propaganda des Informationsdienstes war von jetzt ab auch gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet"*.
5. *„Der letzte Abschnitt [etwa ab Nr. 65] ist dadurch gekennzeichnet, daß unter Beibehaltung der bisherigen Methoden in immer stärkerem Umfange für andere Organisationen — die inzwischen den Kampf gegen die Politik der Bundesregierung aufgenommen hatten — Propaganda gemacht wird"*.

Von besonderem und aktuellem Interesse im Zusammenhang mit der Volksbegehrens-Diskussion (Startbahn West) in Hessen ist die sogenannte *„entscheidende Wendung"* (siehe Punkt 4).

Im Januar 1952 wurde nach einer außerordentlichen Vollversammlung des Hauptausschusses ein Massenflugblatt *„An alle Deutschen"* vertrieben. Dort heißt es unter anderem: *„... Weder das Parlament noch das Bundesverfassungsgericht sind nach dem Grundgesetz befugt, den Willen des deutschen Volkes zu mißachten und willkürlich das Schicksal jedes Deutschen zu bestimmen. Das Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung. Nur das Volk kann sein Geschick zum Guten wenden...*

Stärkt und verbreitet die Protestbewegung und den Widerstand gegen Schuman plan, Generalvertrag und Wehrgesetz! Führt den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen bis zu Streiks und Demonstrationen! Fordert den Rücktritt Adenauers!".

Dieses Flugblatt sei nicht nur *„in grober Weise verunglimpfend und hemmungslos im Sinne der kommunistischen Politik"* ausgerichtet. Vielmehr beginne dort die Propagandatätigkeit, die sich *„offen und deutlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung"* richte.

„Ihr Leitmotiv ist folgendes: Das Volk nimmt sein Schicksal in die eigenen Hände, aber nicht nach den Grundsätzen der in der Verfassung verankerten repräsentativen Demokratie. ... Wie die Ausführungen über die Annahme des Schumanplanes mit



1954 : Demo gegen Wiederbewaffnung

1954 : Demo gegen Wiederbewaffnung

kaum überbietbarer Deutlichkeit zeigen, soll die Entscheidung den verfassungsmäßig bestellten Organen gerade entzogen werden...

Weder das Parlament noch das Bundesverfassungsgericht sei nach dem Grundgesetz befugt, den Willen des deutschen Volkes zu mißachten und willkürlich das Schicksal der Deutschen zu bestimmen, das Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung"

Hochverrat: was ist das?

Alle drei Angeklagten waren ursprünglich des „Hochverrats und Staatsgefährdung" bezichtigt worden.

N. und D. wurden eines Vergehens nach § 90a StGB schuldig befunden. Alle drei Angeklagten wurden ferner wegen „Verbrechens" nach § 129 Abs. 2 StGB verurteilt und der „verfassungsfeindlichen Absicht im Sinne des § 94 StGB" überführt.

Die Anklage ging von folgender Konstruktion aus:

Die gesamte Volksbefragungsaktion sei vom Parteivorstand der KPD in Absprache mit den „Machthabern der sowjetisch besetzten Zone" ausgegangen. Unter Ausnutzung *„politisch verblendeter, der Öffentlichkeit gegenüber unverdächtigen Persönlichkeiten hätten die Hintermänner des Unternehmens mit Hilfe der Angeklagten die wirkliche Führung fest in der Hand behalten"*. Ziel und Absicht sei dabei gewesen, *„möglichst breite Volksmassen zu gewinnen und ihnen auf diese Weise allmählich und unmerklich auch kommunistische Gedankengänge und Auffassungen nahezubringen und sie dafür zu begeistern"*.

So sollten die Voraussetzungen für einen *„gewaltsamen Umsturz"* geschaffen werden.

Es wurde den Angeklagten „zugute" gehalten, daß die breite Stimmung gegen die Wiederaufrüstung nicht von ihnen geschaffen worden sei, sondern daß sie diese vorfanden. Leider, stellte der Senat fest, hätten die Zeugenvernehmungen keine sicheren Anhaltspunkte für das *„Bestehen eines hochverräterischen Plans"* ergeben.

Die kommunistischen Zeugen waren unglaubwürdig — die nicht-kommunistischen aber auch.

Was die Ersten betrifft: *„Den Beweiswert ihrer Aussagen hat der Zeuge R. selbst gekennzeichnet, ... er stehe nicht vor Gericht als leidenschaftsloser Chronist, das dürfe man nicht von ihm erwarten, sondern als kämpfender Anhänger der kommunistischen Weltanschauung... Auch der Zeuge O. hat mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß ein Beitrag zur Wahrheitsforschung nicht in seiner Absicht lag. Er ließ keinen Zweifel, daß er den Willen, seine Freunde zu schützen, über die staatsbürgerliche Pflicht zur Bekundung der Wahrheit stelle"*.

Was die Zeiten betrifft: *„Gegen die nichtkommunistischen Zeugen ... besteht das Bedenken, daß sie entweder nicht in der Lage waren, einen etwaigen hochverräterischen Plan zu erkennen, oder aber trotz einer solchen Kenntnis mitgemacht haben, und sich jetzt naturgemäß scheuen, eine solche Kenntnis einzuräumen"*. Überwältigend!

N. und D. wurden nach dem heute noch (oder schon wieder) beliebten § 90 a StGB verurteilt:

„§ 90a StGB setzt voraus, daß die Zwecke oder Tätigkeit der Vereinigung sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten". *„Die Vorschrift bildet den Kern der Tatbestände über die Staatsgefährdung. Bei ihrer Schaffung ging der Gesetzgeber von der Erkenntnis aus, daß im modernen Staat der Umsturz der bestehenden Ordnung vorwiegend mit Mitteln der Zersetzung und nicht mehr mit Waffengewalt betrieben wird, daß mindestens — als Folge der Strukturwandlungen der Gesellschaft — der gewaltsame Umsturz regelmäßig nur als Abschluß einer längeren Entwicklung beabsichtigt wird. Dieser letzte Schritt wird zielbewußt mit allen Mitteln der Agitation, der Propaganda und der Hetze unter Mißbrauch der Grundrechte vorbereitet, unter Verschleierung der wahren Absichten, unter sorgfältiger Tarnung der eigentlichen Drahtzieher und mit der Folge, daß auf dieser Entwicklungsstufe die Feststellung eines bestimmten h o c h v e r r ä t e r i s c h e n Unternehmens auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Dieser veränderten Gefahrenslage begegnet der Gesetzgeber mit den Tatbeständen über die Staatsgefährdung"*.

Die Tätigkeit sei schon dann gegen die „verfassungsmäßige Ordnung" gerichtet, wenn sie darauf abziele, *„diese verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben, ihre Anerkennung durch das Volk und die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung zu zersetzen"*.

Diesen Tatbestand hätten N. und D. jedoch nicht von Anfang an erfüllt. *„Dadurch allein, daß der Hauptausschuß sich für eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung einsetzte und sie durchzuführen versuchte, obwohl eine solche Abstimmung im Grundgesetz nicht vorgesehen ist, war seine Tätigkeit noch nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet"*. Dies war noch eine *„neutrale Zielsetzung"*.

„Mit Sicherheit steht die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Zielsetzung des Hauptausschusses ab Ende Januar 1952 fest. In diese Zeit fällt der Aufruf ‚An alle Deutschen', der mit deutlichen Worten erklärt, der Bundestag möge beschließen, ‚was er wolle, seine Beschlüsse seien null und nichtig".

Höhepunkt dabei sei gewesen: *„Das Volk wird gegen die verfassungsmäßig bestellten Organe des Volkswillens ausgespielt"*!. Dabei sollte mit der Berufung auf die Entscheidung des Volkes *„der Anschein einer demokratischen Legitimation"* gegeben werden. In Wirklichkeit bedeute das aber *„Unterhöhlung der staatlichen Ordnung, indem die wesentlichen Grundlagen der repräsentativen Demokratie und ihre Anerkennung durch das Volk angegriffen und erschüttert werden"*.

Das ist die Sprache von Diktatoren — mensch sollte sich diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen:

Das Volk wird gegen die Regierung ausgespielt... Das sei Staatsgefährdung. Besser und prägnanter können marxistisch-leninistische Analysen zum Wesen der bürgerlichen „Demokratie" gar nicht bestätigt werden! Wir — das Volk — sind für die Regierung, den Staat etc. Sklaven. Sie alleine bestimmen, was für uns gut und richtig ist. Bedenkt mensch zudem, daß es sich um Wiederaufrüstung, also um die Frage von Krieg und Frieden, handelte, stimmt es haargenau: S i e meinen, bestimmen zu können über u n s e r Leben und u n s e r e n Tod. Was ist das anderes als Sklavenhalterei?!

Die Verurteilung nach § 94 StGB wurde damit begründet, der Kampf gegen die Bundesregierung sei in *„kaum überbietbarer hetzerischer Weise"* betrieben worden — auf einen *„Ton abgestimmt, der jeder Beschreibung spottet"*.

„Der Bundeskanzler und die Mitglieder der Bundesregierung sind Verbrecher, bewußte Kriegstreiber und Kriegsgewinnler, die Führer der Opposition, deren Stellungnahmen nicht in die kommunistische Linie passen, sind die Helfershelfer dieser Verbrecher. Es kann keine Rede davon sein, daß ein solcher Hetzfeldzug unter irgendeinem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden könnte". Dann der Satz: *„Das bedarf keiner weiteren Erörterung"* (!).

tigt werden könnte". Dann der Satz: *„Das bedarf keiner weiteren Erörterung"* (!).

Alle drei Angeklagten wurden als „Rädelsführer einer verfassungswidrigen Vereinigung" verurteilt. Als Beweis hierzu wurde nochmals ihre „kommunistische Weltanschauung" genannt.

„Sensibel" gab der Senat zu, er habe den Werdegang der Angeklagten „berücksichtigt", die *„sämtlich unter der Willkürherrschaft des Nationalsozialismus schweres Unrecht erlitten haben, sei es persönlich oder in der engeren Familie"*.

Da reicht e i n e Ohrfeige nicht aus!

Wir haben diesen Prozeß nicht nur deshalb so ausführlich dokumentiert, weil er so herrlich grotesk-reaktionär war, nicht nur weil er die Mentalität der Herren im bundesdeutschen Staatsapparat so unverhüllt demaskiert, und auch nicht nur, weil er eine solch traurige Illustration deutscher Schicksale ist: zum Beispiel Oskar Neumann (der Angeklagte „N."). Neumann war unter der Nazi-Herrschaft im KZ gewesen. Es verging kein Jahrzehnt — und er war wieder im Knast. Diesmal aufgrund der „FDGO"..., sondern so ausführlich deswegen, weil Parallelen zwischen der „Rechts"sprechung der finstersten Reaktion und den heutigen, zunächst verbalen Angriffen gegen das Volksbegehren „Keine Startbahn West!" leider nicht von der Hand zu weisen sind. Die gleiche Diktion — die gleichen Vergleiche — die gleichen Urteile??

An der Bürgermeisterei von Plogoff in der Bretagne (wo sich die Bevölkerung gegen den Bau eines AKWs wehrt) steht geschrieben:

„Ein Volk, das sich beugt, ist ein Volk von Sklaven. Ein Volk, das aufsteht, wird Berge versetzen."

KB-Gruppe Frankfurt

P.S. Zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung der BRD siehe AK Nr. 213.

Sämtliche Zitate in diesem Artikel stammen aus: „Hochverrat und Staatsgefährdung — Urteile des Bundesgerichtshofes", Verlag C.F. Müller, Karlsruhe, 1957.



Von Sanrizuka lernen!

Narita. Ein fast magisches Wort – nicht nur für die „FAZ", die bei fast keiner Gelegenheit versäumt, an die sechs Toten von Narita zu erinnern, und die die hessische Landesregierung auffordert, endlich – ähnlich wie die japanische Regierung, im Flughafenkonflikt von Sanrizuka – aufzuräumen, sondern auch für die bundesrepublikanische Linke, für die N a r i t a zum Synonym von gewaltsamen Widerstand geworden ist. Was verbirgt sich eigentlich dahinter? Einiges Erstaunen rief im August dieses Jahres der Besuch einer Delegation des Oppositionsverbandes der Bauern von Sanrizuka in Walldorf/ Mörfelden hervor, wo diese militanten Bauern einen Film über den Aufbau von Windmühlen gegen den neuen internationalen Flughafen von Tokio zeigten und sich als gewaltfreie Kämpfer vorstellten.

Die „FAZ" behauptet, seit dem der Widerstand dort gewaltsam unterdrückt worden sei, wäre er auch erledigt. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Was Mann und Frau von den Bauern, Arbeitern und Studenten von Sanrizuka lernen kann, ist: D e r K a m p f g e h t w e i t e r ! Zwar wurde der Flughafen im Mai 1978 im Schutz von 14.000 Mann Eliteeinheiten der japanischen Polizei eröffnet, aber im Gegensatz zur ursprünglichen Planung sieben Jahre später und nur mit e i n e m statt wie ursprünglich geplant d r e i Rollfeldern. Dazwischen liegt eine der härtesten Auseinandersetzungen, die je um ein Industrieansiedlungsprojekt geführt worden ist.



Das Desaster dieses gefährlichsten Flughafens und die lokale Feindschaft dagegen ist eines der am besten gehütetsten Geheimnisse! Wir wollen im folgenden ein wenig Licht in dieses Dunkel bringen.

Von beiden Seiten, der japanischen Regierung wie auch der japanischen Linken, wird dem Kampf exemplari- Linken, wird dem Kampf exemplarische Bedeutung beigemessen. Haben hier doch erstmals in der japanischen Geschichte Bauern mit der Unterstützung von Arbeitern und Studenten ein alternatives Modell von regionaler und menschlicher Entwicklung aufgebaut. Hauptsächlich deshalb blieb Sanrizuka auch 1981, was es schon in den 60ziger Jahren war, das Zentrum einer breiten Koalition des Kampfes gegen kapitalistische Entwicklung, Militarismus, gegen US- und japanischen Imperialismus, gegen rassische, kulturelle und sexuelle Unterdrückung und sexuelle Diskriminierung, politischer Unterdrückung und Kriminalisierung.

Zentraler Inhalt des Kampfes war von Anfang an seine Verbindung mit den Bewegungen in der „Dritten Welt": nicht nur weil der Flughafen, ähnlich wie der Haneda-Flughafen von Tokio während des Vietnamkrieges, für militärische Zwecke von der US- und der japanischen Luftwaffe benutzt würde, sondern auch weil er ein Instrument der ökonomischen Aggression in Asien und imPazifik darstellt.

Die Standortfrage

Am 4. Juli 1966 verkündete der japanische Premierminister Sato, daß der neue internationale Flughafen von Tokio in Sanrizuka (66 km von Tokios City entfernt) gebaut werden soll. Im November 1962 wurde erstmals von der Regierung angekündigt, daß ein neuer Flughafen benötigt würde, auf dem die Jumbos und SST's landen könnten, da damit zu rechnen sei, daß der Haneda-Flughafen seine Sättigung zwischen 1967 und 1970 erreichen würde. Dahinter stand aber der ehrgeizige Fünfjahresplan der japanischen Regierung zur Modernisierung der japanischen Luftfahrt, der das US-Luftverkehrsmonopol über dem Pazifik und Japan beenden und die japanische Technologie in diesem Bereich weiterentwickeln sollte.

Der neue Flughafen war Teil einer größeren Rekonstruktion des japanischen Kapitalismus, der mit dem Plan des Premierminister I k e d a nach Einkommensverdopplung (1960) beginnt. Der Flughafen-Plan hängt zusammen mit dem 1962 veröffentlichten ZENSO (Nationaler Entwicklungsplan), nach dem die gigantischen schwerindustriellen Komplexe Tokio-Chiba und Kashima gebaut wurden.

Als 1965 das Flughafenprojekt in die Chiba-Präfektur gelegt wurde, wurde es für die Planer zu einem Zentrum, um das herum eine neue Stadt- und Industrieregion gelegt wurde, die die Industriezonen von Tokio-Chiba und Kashima verbinden sollte.

1966, als Sanrizuka als Standort ausgewählt wurde, hatte soeben die rasche Expansion des japanischen Kapitals im pazifischen Raum und in Südostasien begonnen. Japan Airlines entwickelte gerade seine ausgefuchsten Luftfrachtanlagen, die heute als die entwickeltsten in der ganzen Welt gelten. Diese Anlagen sollten wichtiger Bestandteil der infrastrukturellen Verbindungen werden, die den Prozeß der expandierenden Kapitalakkumulation unterstützen sollten, um das japanische Kapital an der neuen internationalen Arbeitsteilung zu beteiligen.

Der neue internationale Flughafen von Tokio sollte so etwas wie ein Symbol des wachsenden Aufstiegs der japanischen Industrie gegenüber den USA sein.

Vier Jahre dauerte die Suche nach einem Standort für dieses Projekt (von 1962 bis 1966). Der erste Standort westlich von Tokio wurde – entgegen früheren Versprechen der US-Militärbehörden (wegen des Vietnamkrieges) – gekippt: Die Luftkorridore waren wegen der dortigen Militärbasen der US-Airforces ausschließlich für die Amerikaner reserviert, sodaß sich die Regierung schließlich für die Präfektur Chiba entschied. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch noch, daß die US-Streitkräfte durch den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag (AMPO) das Recht haben, jede Flughafenanlage Japans zu benutzen.

So stieg mit Beginn des amerikanischen Engagements in Vietnam in den Jahren 1964 - 1968 z.B. der Anteil der militärischen Frachtflüge in Haneda (im Gegensatz zum Rhein-Main Flughafen ein rein ziviler!) um das viereinhalbfache auf fast 40% der Flugbewegungen. Das war ein Hauptgrund für die Überfüllung Hanedas in diesen Jahren. Dies wurde allerdings offiziell nie zugegeben.

Sowohl die großen Industrieansiedler, als auch die Bodenspekulanten und die staatliche Bürokratie unterstützen die Entscheidung für Chiba. Japan Airlines, das nach eigenen Plänen 1970 20% des Luftverkehrs in Südostasien kontrollieren wollte, drängte auf baldige Fertigstellung und favorisierte gleichfalls Chiba.

Doch als im November 1965 die Gemeinde Tomisato als Standort benannt wird, gibt es die ersten Schwierigkeiten. Sofort entsteht eine starke Oppositionsbewegung. Als im Februar 1966 gar diese lokale Opposition nach Chibacity, dem Präfektensitz , zieht und den Verwaltungssitz angreift, wird die Entscheidung zurückgezogen. Nach einigen Hin und Her erfolgt dann am 4. Juli 1966 die Entscheidung für Sanrizuka. Für Sanrizuka deshalb, da hier der Staat und die Präfektur schon mehr als ein Drittel des benötigten Landes besaßen und die Mehrzahl der Bauern, die dort lebten, als arm und ohne jeglichen politischen Einfluß galten. Außerdem dachte man, sie für ein Apfel und ein Ei kaufen zu können. Dies sollte sich allerdings in der Folgezeit als eine der größten Fehlentscheidungen des japanischen Staates in der Nachkriegsperiode entpuppen.

Die Hintergründe des Sanrizuka-Kampfes

Die Bauern der Hokusa Ebene

Die Geschichte der Entwicklung der Hokusaebene ist die Geschichte der Unterdrückung ihrer Bewohner durch den Staat. In früherer Zeit gehörte der überwiegende Teil der 40 000 ha dem Tokugawa Shogunat, das hier Kriegspferde züchtete. Nach der Meiji Restauration 1868 wurden mehr als 4000 ha für den kaiserlichen Haushalt als Musterfarm reserviert; das meiste Land jedoch wurde für arme Bauern und Samurais geöffnet. 1869 wurde ein großes Landentwicklungsprogramm gestartet, das allerdings schon drei Jahre später gescheitert war. Die Siedler wurden Pächter des Landes, das ihnen der Staat versprochen hatte, und ihre Geldgeber, ehemals Kaufleute, entwickelten sich zu Großgrundbesitzern. Die erbitterten Pächterkämpfe, die sich bis zum 2. Weltkrieg hinzogen, haben hier ihren Ursprung. Einige Führer der Sanrizuka-Widerstandsbewegung haben aktiv an diesen Kämpfen teilgenommen.

1945 ist eine analoge Situation wie 1868: Viele arbeitslose Repatriierte aus den früheren Kolonien und Soldaten müssen wiedereingegliedert werden. Daher werden im Zuge der Landreform der amerikanischen Besatzungsmacht 1956 1000 ha des Kaiserlichen Besitzes an Ausgebombte aus Tokio und Exilierte aus Okinawa verteilt.

Daher gibt es 1966 drei Dorfformen auf der Hokusaebene: Die alten Dörfer, manche über 700 Jahre alt, in den umliegenden Tälern gelegen, prosperieren durch den Reis- und Gemüseverkauf für den nahegelegenen Tokioer Markt, ebenso die Meiji-Ansiedlungen. Die Nachkriegsdörfer – sie bauen hauptsächlich Gemüse, Erdnüsse, Weizen und Kartoffeln an, das meiste davon zum Eigenbedarf – sind verschuldet und verarmt. Sie sind es auch, die als erste verkaufen werden. Die Veränderung der staatlichen Subventionspolitik für die Landwirtschaft, die vor allem die Groß- und Mittelbauern bei der Mechanisierung unterstützt, hat den Ruin der Kleinbauern Mitte der 60ziger Jahre vorangetrieben.

Die Entwicklung berührt die Dörfer unterschiedlich: Die sechs Nachkriegsdörfer werden von totaler Auslöschung bedroht, ebenso drei der fünf Meiji Dörfer. Die meisten der 20 alten Dörfer jedoch liegen außer-

fünf Meiji Dörfer. Die meisten der 20 alten Dörfer jedoch liegen außer-

halb des unmittelbaren Baugeländes, aber innerhalb der Anflug- und Lärmzone. Drei davon sind allerdings schon aufgelöst, weitere werden unbewohnbar, wenn die zweite Ausbauphase des Flughafens beendet ist.

325 Bauernfamilien sind von der Enteignung bedroht. Später wird klar, daß noch weitere 61 Haushalte vertrieben werden sollen, da sie in der Anflugschneise liegen. Weitere 3000 - 4000 Familien werden durch den Fluglärm geschädigt, da sie in unmittelbarer Nähe leben.

An dieser unterschiedlichen objektiven Situation versucht die Regierungspolitik in der Folgezeit anzusetzen, um die entstehende Widerstandsbewegung zu spalten. So werden z.B. arme Bauern mit der Vergabe von „lukrativen" Geschäftslizenzen im zukünftigen Flughafenterminal zum Verkauf ihres Landes gelockt.

Die Bewegung gegen den Vietnamkrieg

Der Kampf gegen den neuen Großflughafen von Tokio, sein Verlauf und die spezifischen Formen des Widerstands werden nur verständlich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen gegen den Vietnamkrieg, die in Japan zu dieser Zeit von Arbeitern und Studenten geführt werden.

Als am 8. Oktober 1967 Ministerpräsident Sato vom Haneda-Flughafen in Tokio zum Besuch Südvietnams und der USA abfliegen will, kommt es trotz Verbots und massiven Polizeieinsatz zu einer großen Demonstration gegen den US-Imperialismus und die japanische Unterstützung des Vietnamkrieges. Über 4000 Jungarbeiter und Studenten nehmen an den Auseinandersetzungen am Flughafen teil. Durch den brutalen Polizeieinsatz wird ein Student getötet. HANSEN (Kampfkomitee der Jangarbeiter gegen den Krieg) und ZENGAKUREN (Zusammenschluß verschiedener linker Studentengruppen) rufen darufhin zu einer zweiten Demonstration am Flughafen auf. Dabei kommt es zu der ersten großen Massenverhaftung (1508 Verhaftete, viele bis zu einem Jahr). Doch die Auseinandersetzungen reißen nicht ab.

Jan. 1968: Demonstration gegen den Besuch des US-Flugzeugträgers Enterprise.

März/April 1968: Ojikampf gegen die Errichtung eines US Militärhospitals in Tokio, an dem sich die Bevölkerung des ganzen Stadtteils beteiligt.

21. Okt. 1968: Über 20.000 Demonstranten stürmen den Shinjukubahnhof in Tokio und blockieren einen Kerosintransport, der für die US-Airforce bestimmt ist. Das Aufruhrgesetz wird verhängt. Massenverhaftungen folgen.

Parallel dazu spitzen sich die Kämpfe im Hochschulbereich weiter zu: Die Nihon-Universität wird von Studenten besetzt. Auch an der Tokio-Universität kommt der Lehrbetrieb zum Erliegen. Die Auseindersetzungen weiten sich auf zahlreiche andere Universitätsstädte aus.

Am 28. April 1969 beginnen die Auseinandersetzungen um Okinawa, das immer noch unter US-militärischer Besatzung ist und als wichtigste Nachschubbasis der Amerikaner im Vietnamkrieg gilt. Das Gesetz gegen subversive Tätigkeit wird verhängt, mehrere Linke vorbeugend verhaftet. Trotzdem kommt es zu Demonstrationen. Der US-Stützpunkt Okinawa wird in der Folgezeit zur Hauptzielscheibe der japanischen Linken. Höhepunkt ist der Generalstreik in Okinawa im Oktober/November 1971, an dem sich auch die Arbeiter der US-Stützpunkte beteiligen. Am 15.5.1972 wird Okinawa schließlich nach fast 27 jähriger Besetzung an Japan zurückgegeben.

(Wird fortgesetzt)

M., Frankfurt

ist da !!!

HDW-Ausschlüsse:

Ortsverwaltung setzt auf Spaltung

Die Ortsverwaltung der Hamburger IG Metall hat beschlossen, dem Hauptvorstand den Ausschluß von sechs „Aktiven Metallern" vorzuschlagen. Weitere 31 Kollegen sollen mit einem zweijährigen Funktionsverbot belegt werden. Nach dem Willen der Ortsverwaltung, die dem Vernehmen nach diese Entscheidung mit neun gegen fünf Stimmen faßte, soll auf diese Weise geahndet werden, daß die Kollegen bei den vergangenen Betriebsratswahlen mit einer Kandidatenliste angetreten waren, die nach heftigen innerbetrieblichen Auseinandersetzungen bei HDW nicht den offiziellen Segen der IGM bekommen hatte. Die „Aktiven Metaller" erreichten bei der Wahl die absolute Mehrheit der Stimmen.

Mit ihrem Beschluß hat die Ortsverwaltung die Empfehlung der Untersuchungskommission abgeändert, die – mit drei zu zwei Stimmen – den Ausschluß von 17 Kollegen gefordert hatte. Die sechs vom Ausschluß Bedrohten waren bis zur Einleitung des Ausschlußverfahrens entweder Mitglieder der Vertrauenskörperleitung bei HDW (4 Kollegen) oder Mitglieder der IGM-Vertreterversammlung.

Damit sollen offenbar die „ranghöchsten" Funktionäre getroffen werden. Mit dieser Auswahl dürfte die Ortsverwaltung zweierlei im Auge haben: Innerbetrieblich hofft sie auf einen Einbruch und eine Entsolidarisierung der bisher geschlossen handelnden Liste „Aktive Metaller", indem einem großen Teil der Kollegen ein Verbleib in der IG Metall in Aussicht gestellt wird. Sollte es der IG Metall gelingen, mit diesem „Angebot" auch nur wenige Kollegen zu verlocken, könnte dies ein Ansatzpunkt für weitere Erpressungsmanöver sein, um das seit der Wahl bestehende Kräfteverhältnis im Betriebsrat entscheidend zu verändern. Gegenwärtig verfügen die „Aktiven" im 27köpfigen Betriebsrat über 14 Sitze und können bei Abstimmungen auch regelmäßig auf die Stimme des RGO-Betriebsrats rechnen. Die „offiziellen" IG Metaller um den abgehalfterten Ex-Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters haben zu den elf Stimmen ihrer Liste den einzigen DAG-Vertreter auf ihrer Seite, kommen also auf zwölf Stimmen. Bei dieser Konstellation würde es der Ortsverwaltung und der von ihr unterstützten Peters-Clique genügen, zwei Kollegen durch Verlockungen und Erpressung zu sich herüberzuziehen. Unter dieser Maßgabe ist der Ausschlußantrag gegen einen verhältnismäßig kleinen „harten Kern" der Liste viel geschickter als ein Schlag gegen fast die Hälfte der „Aktiven Metaller", wie es ursprünglich die Untersuchungskommission vorgeschlagen hatte. Viele Fehler werden der neue Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler und seine Kollegen sich nicht leisten können, auch wenn gegenwärtig eine konkrete Gefahr für ihre Einheit nicht in Sicht ist.

Eine sicherlich wichtige Rolle für die Entscheidung der Ortsverwaltung dürfte die Ankündigung der „Aktiven" gespielt haben, einen Ausschluß notfalls auch vor Gericht anzufechten. Verunsichert durch richterliche Entscheidungen aus jüngster Zeit, die der IG Chemie das Ausschließen schwermachten, müssen die IG Metall-Führer darauf achten, ihre Verfahren möglichst „wasserdicht" zu machen.

Inwieweit das Argument, daß von langjährigen und gut geschulten Funktionären, wie den sechs gemaßregelten, ein besonderes Maß an Loyalität erwartet werden kann, vor Gericht Bestand hat, dürfte sich vielleicht bald herausstellen. Dann nämlich, wenn der IGM-Vorstand in Frankfurt, wie allgemein erwartet, seine Hamburger Ortsverwaltung nicht im Regen stehen läßt und ihren Beschluß als entscheidendes Gremium absegnet. Diese Entscheidung wird wahrscheinlich noch im Dezember fallen. Danach geht der Streit wohl an die Gerichte.

Ein Genosse der Kommission B & G

Die IG Metall informiert

Die IG Metall informiert

Erklärung der Hamburger Ortsverwaltung vom 23. Nov. 1981 zum Untersuchungsverfahren nach § 11 der Satzung der IG Metall.

1. Am 3. Nov. 1981 hatte die Untersuchungskommission folgende Empfehlung an den Vorstand beschlossen:
   - Ausschluß von 17 IG Metall Mitgliedern bei HDW Hamburg, die auf der gegnerischen Liste "Aktive Metaller" kandidierten und ursprünglich als Kandidaten für die IG Metall-Liste vorgesehen waren.
   - Abberufung von den gewerkschaftlichen Funktionen für weitere 20 IG Metall Mitglieder dieser Liste für 2 Jahre.
2. Nach den Bestimmungen der Satzung der IG Metall hat die Ortsverwaltung Hamburg diese Empfehlung am 11. und 23. Nov. 1981 beraten.

   Sie beschloß, abweichend von der Empfehlung der Untersuchungskommission, dem Vorstand folgende Maßnahmen vorzuschlagen:
   - Ausschluß von 6 IG Metall Mitgliedern, die als Leitungsmitglieder des IG Metall Vertrauenskörpers bei HDW und Mitglieder der Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall maßgeblich an der Aufstellung einer gegnerischen Liste beteiligt waren und selbst gegen die IG Metall kandidierten.
   - Abberufung von den gewerkschaftlichen Funktionen für die weiteren 31 IG Metall Mitglieder der genannten gegnersichen Liste für 2 Jahre.
3. Dieser Ortsverwaltungsbeschluß wird jetzt an die Bezirksleitung und den Vorstand der IG Metall weitergeleitet, der die abschließende Entscheidung trifft.

Industriegewerkschaft Metall
f.d. Bundesrep. Deutschland
-Verwaltungsstelle Hamburg-

gez. J. Müllner gez. W.A. Engelmann gez. O. Mohr



Bürokraten geben bekannt

Zusammenarbeit zwischen Hamburger IGM und GEW »ernstlich gestört«

Große Aufregung hat ein kleiner und eigentlich recht zahmer Beschluß der Hamburger GEW zu den geplanten Gewerkschaftsausschlüssen der 'Aktiven Metaller' der HDW bei der Ortsführung der Hamburger IGM hervorgerufen.

Der Landesvertreterversammlung der GEW, dem höchsten Organ des Landesverbandes, lag ein Antrag vor, in dem gegen die geplanten Gewerkschaftsausschlüsse aus der IGM Stellung bezogen wurde. Der Betriebsratsvorsitzende der HDW und Listenführer der 'Aktiven Metaller', Holger Mahler, erhielt auf der Versammlung Gelegenheit, die Vorgänge, die zur Bildung einer eigenen Liste zu den Betriebsratswahlen führten, eindringlich darzustellen.

In der anschließenden Debatte bemühten sich der Landesvorsitzende Griep und seine Hilfstruppen engagiert, eine Beschlußfassung der LVV zu diesem Thema zu verhindern. Griep betonte, daß man nicht in andere Gewerkschaften hineinregieren dürfe und daß dies der GEW als Schulmeisterei ausgelegt würde. Der zweite Vorsitzende Trede ergänzte: *„Wir dürfen nicht in den Ruf kommen, als wären wir ein Oberschiedsgericht für andere Gewerkschaften"*. Doch die Empörung der Delegierten über das undemokratische Vorgehen der IGM-Führung war stärker als diese kleinlichen Bedenken. Einem als links geltenden Kollegen gelang es allerdings, einen Änderungsantrag durchzubringen, der die ursprüngliche (und auch von der Großen Funktionärskonferenz der IGM beschlossene) Vorlage wesentlich verwässerte (siehe Faksimile).

Doch auch dieser recht harmlose Beschluß war den Hamburger IGM-Oberen schon zuviel. Ihr hier faksimiliertes Schreiben ist ein beredtes Zeugnis für die im DGB-Apparat vorherrschenden Denkstrukturen. Norbert Cobabus hat in seinem lesenswerten Buch „ne große Show für'n paar Pfennige" diese Strukturen treffend charakterisiert: *„Die Begriffe bleiben abstrakt und völlig allgemein. Weiterhin sind sie in einem Befehlston verfaßt, der lediglich fordert und unterdrückt. Es wird weder abgewartet, zugehört oder diskutiert, sondern es werden einfach formale Fakten gesetzt, die als objektiv und verbindlich dargestellt werden, weil sie aus dem Munde von Funktionären kommen. Die Ausführungen haben einen Sprachstil, daß sie keinen Widerspruch dulden. Wer Widerspruch erheben sollte, hat keine Chance, in der Gewerkschaft zu bleiben"*.

Vom Bundesvorstand der IG-Metall hat die GEW nun wohl noch ein ähnliches Schreiben zu erwarten. Kann es da ausbleiben, daß die „Zusammenarbeit ernstlich gestört" wird?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB
Landesverband Hamburg

Beschluß der Landesvertreterversammlung vom 9.11.1981

Betr.: "Aktive Metaller" bei HDW

Die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg nimmt die gewerkschaftlichen Maßregelungen gegen die Liste "Aktive Metaller" bei HDW zur Kenntnis (17 Ausschlüsse, 20 Funktionsverbote für zwei Jahre).

Die LVV bekräftigt die Auffassung der GEW, daß statt mit den Mitteln des Gewerkschaftsausschlusses und des Funktionsverbotes innergewerkschaftliche Differenzen durch solidarische Diskussion einer Lösung zugeführt werden sollten, die den Interessen der unmittelbar betroffenen Kollegen entspricht.

An den Landesvorstand der
G E W Hamburg
z.H. Herrn Rainer Griep
Rothenbaumchaussee 15
2000 Hamburg 13

Hamburg, d. 28.11.1981

Betr.: Schreiben mit Anlage vom 13.11.81 Gri/Lö

Betr.: Schreiben mit Anlage vom 13.11.81 Gri/Lö

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vom Kollegen Rainer Griep und uns anderweitig mitgeteilte Vorgang ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung, weil u.E. die Solidarität unter den DGB-Einzelgewerkschaften in grober Weise verletzt worden ist.

Wir fordern Euch daher auf, Eurem Landesvorstand und Eurer Landesvertreterversammlung folgende Stellungnahme zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Befassung der Landesvertreterversammlung der GEW am 09.11.81 mit einem Antrag, der eine ausschließlich interne Angelegenheit der IG Metall betrifft, ist eine unerhörte Anmaßung. Der Landesvorstand hätte die Befassung als absolut unzulässig und gegenstandslos verhindern müssen.
2. Es ist für die IG Metall unbegreiflich, daß nach den uns vorliegenden Informationen darüberhinaus der Kollege Holger Mahler als einer der Hauptbeteiligten des anstehenden IG Metall-internen Untersuchungsverfahrens persönlich Stellung nehmen durfte.
3. Dies ist neben den formalen und solidarischen Aspekten dieses Vorgangs ein zusätzlicher Eklat. Die Landesvertreterversammlung hat somit nicht nur ihre Nichteinmischungsverpflichtung verletzt, sondern außerdem durch einseitige Stellungnahmen vorab Partei ergriffen. Offenbar waren die Mitglieder der Landesvertreterversammlung noch nicht einmal an einer Sachdarstellung aller Beteiligten interessiert.
4. Wir werden diesen Vorgang wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung an unseren Vorstand sowie an den DGB-Kreisvorstand weiterleiten. Wir betrachten durch diese Einmischung unsere örtliche Zusammenarbeit als ernstlich gestört.

Mit freundlichen Grüßen

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Hamburg — Bezirksleitung Hamburg -

J. Müllner W. Engelmann O. Mohr O. vom Steeg

Bundeswehroberst hetzt im Betrieb gegen »Chaoten, Revoluzzer und Drückeberger«

Jetzt hat sie doch stattgefunden, die zweite Rekrutenvereidigung in einem Betrieb. 220 Rekruten mußten am 24. November in einer Halle der Firma Keiper in Rockenhausen antreten, nachdem es zuvor im Parademarsch übers Werksgelände ging. Zuschauer waren die Arbeiter und Angestellten der Firma, von denen viele - so verschiedene Presseberichte - die Aktion ,dufte' fanden. Obwohl es zunehmend heftige Proteste auch aus der IG Metall und der SPD gegen diese ,,*unheilige Allianz von Militär und Kapital*'' gab (siehe auch ausführlich zum Hintergrund AK 213), ließ sich der Betriebsratsvorsitzende und Mitglied der IGM-Ortsverwaltung Kaiserslautern, Jess, eine Ansprache an die Rekruten nicht nehmen. Für ihn war diese Militarisierung des Betriebs Beweis, der ,,*Bundeswehr den Platz anzuweisen, an den sie gehöre, nämlich mitten in der Gesellschaft*''.

Eine gewerkschaftliche Protestdemonstration am Vorabend der Vereidigung (mit nach unterschiedlichen Angaben 300 - 700 Beteiligten) hatte offensichtlich den Kommandeur der Heimatschutzbrigade 54, Oberst Loch, zu einigen kernigen politischen Ausfällen animiert: ,,*Neutralismus und Pazifismus müssen früher oder später das Ende für unsere Bundesrepublik bedeuten. Eine Minderheit - aber schreiende Meute von Gewaltdemonstranten, primitive Spruchbänder zwischen Vulgärpazifismus und Revolution, banale Sprechchöre - will diesen Staat in Frage stellen*''. In trauter Eintracht würden sich ,,*Kommunisten, Chaoten, progressive Pastoren, Revoluzzer und Drückeberger*'' zusammenfinden. ,,*Das Gelöbnis ist der Anlaß, die Zielrichtung ist die Bundeswehr*''. Die ,,Nie wieder Krieg' rufen, so weiß Militarist Loch, meinen ,,*Weg mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung*''.

Proteste im Betrieb soll es nicht gegeben haben, was den Oberst vermutlich zu seiner militärischen Vereidigungsrede der Bundesrepublik ermutigt hat.

Gespannt darf man sein, ob die IG Metall gegen ihr Vorstandsmitglied Jess, ohne dessen Beteiligung das Gelöbnis nicht hätte ablaufen können, mit dem Gewerkschaftsausschluß vorgeht oder ob auch weiterhin linke Kritiker von der Ausschlußpraxis betroffen sind, während sich Militaristen und Kontaktleute der ,,Nationalzeitung'' (der Jess bereitwillig ein Interview gab) in der Gewerkschaft rumtummeln können?

Lohnraub mit staatlicher »Notverordnung«

Die diesjährige Lohntarifrunde nimmt konkrete Formen an. Man spricht zwar von Erhalt des Reallohns, man streitet aber nur noch über die Höhe des Reallohnabbaus. Vorreiter soll in diesem Jahr der öffentliche Dienst sein. Per Gesetz verordnet – und nicht tariflich geregelt – sollen den Arbeitern, Angestellten und Beamten beim Staat 1 % Verdienst durch Kürzung der Zulagen abgezogen werden. Einen vergleichbaren staatlichen Eingriff in die Lohnpolitik hat es zuletzt 1931 gegeben, als der damalige Reichskanzler Brüning staatliche Sparpolitik zu Lasten der Werktätigen verordnete und diese über ,,Notverordnungen'' durchsetzte (ohne daß allerdings die Wirtschafts- und Finanzkrise beseitigt werden konnte).

Neben der Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst ist bemerkenswert: Die Gewerkschaft NGG, Vorreiter des Lohnverzichts in der Tarifpolitik, setzt in diesem Jahr deutliche Zeichen und verzichtet auf die Aufstellung einer Lohn f o r d e r u n g in den Verhandlungen. Die IG Metall hat mit 7,5 % das erste Datum gesetzt.

Am Montag, den 1.12., beschloß der IGM-Vorstand, ,,*Einkommensverbesserungen mit dem Ziel des Preissteigerungsausgleichs in das Zentrum der Tarifauseinandersetzung zu stellen*''.

Die Forderungen sollen sich nicht über 7,5 Prozent bewegen. Die IGM-Führung geht in ihrer Begründung von einer durch nichts begründeten Inflationsrate für '82 von 5,5 Prozent und einem Produktivitätszuwachs von ca. zwei Prozent aus.

Ein erstes Modell der Vorstandsempfehlung kommt aus dem Hause Steinkühler (Baden-Württemberg). Dort wird eine Lohnerhöhung von 3 % plus 100 DM Festbetrag für alle erwogen.

Ebenfalls aus Baden-Württemberg kommt Kapitalistenlob für die maß-

3 % plus 100 DM Festbetrag für alle erwogen.

Ebenfalls aus Baden-Württemberg kommt Kapitalistenlob für die maß-

volle IGM-Vorstandsempfehlung. Steinkühlers baden-württembergischer Widerpart Stihl von Gesamtmetall bezeichnete die Forderung als ,,einigermaßen vernünftig'' und macht folgende Rechnung auf: 1981 forderte die IGM 8 % bei 5,3 % Preissteigerung (abgeschlossen wurde bei 4,9 %), in diesem Jahr seien die Daten 7,5 % mehr Lohn gegen 6,7 % Preissteigerung - eine in der Tat verblüffend einfache Rechnung, die zeigt, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht einmal die von Steinkühler aufgestellte Formel, 1982 der ,,Reallohnsicherung einigermaßen nahezukommen'', erreichen wird.

Am 8. Dezember wird die Große Tarifkommission von Rheinland-Pfalz ihre Lohnforderung beschließen, einen Tag später folgen die Tarifkommissionen von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und die der Eisen- und Stahlindustrie in Mühlheim/Ruhr. Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre bewegen sich die Forderungen der Tarifkommissionen immer in der Nähe der ,,Empfehlungen'' des Bundesvorstandes.

Streik im öffentlichen Dienst?

Nicht besser sieht es für die 4 Mio Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus. Im Gegenteil: Bevor hier überhaupt Tarifverhandlungen angesagt sind, eröffnete die Bundesregierung mit einem Paukenschlag den Lohnraub '82. Dem Bundestagsbeschluß vom 12.11. folgend, sollen den Arbeitern, Angestellten und Beamten die Zulagen/Zuschläge um ein Prozent des Grundgehalts ab März 1982 gekürzt werden!

Der erste Schritt wurde am 1.12. mit der Kündigung der Zulagetarife für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes getan. Die ÖTV-Führung hatte für diesen Fall schon Wochen zuvor umfangreiche Kampfmaßnahmen angekündigt. Als erste Reaktion kündigte die ÖTV (und DAG) ihrerseits entsprechende Tarife bei den Angestellten.

Offensichtlich ist, daß im kommenden Jahr der Bund selbst die Vorreiterrolle beim Reallohnabbau machen will. Der ,,Durchbruch'' soll wiederum an einem ,,schwächeren'' Glied vollzogen werden (im letzten Jahr scheiterte ja ein solcher Versuch an dem Eigentor der IG-BSE) und welcher Bereich sollte dafür geeigneter sein als der Öffentliche Dienst? Dieser Bereich ist stimmungsmäßig ,,reif'' gemacht worden, um den Solidarisierungseffekt zu vermindern.

Umsomehr hängt der Ausgang der kommenden Tarifrunde davon ab, inwieweit die einprozentige Lohn- und Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst verhindert werden kann. Wie stellt sich nun die DGB-Führung zu diesem Konflikt?

Die Ankündigung der einprozentigen Kürzung wurde von Kluncker als ,,Kampfansage der öffentlichen Arbeitgeber'' bezeichnet. Es werde noch vor den nächsten Tarifverhandlungen einen Streik geben; ,,*keine spontanen Aktionen*'', sondern ,,*ein umfassender, nach einem vorbereiteten Plan ablaufender Arbeitskampf gegen alle drei öffentlichen Arbeitgeber*'' (,,FAZ'', 25.11.). In den Medien werden angebliche ,,Geheimpläne'' teilweise gezielt aufgebaut (so phantasiert das ,,Hamburger Abendblatt'' vom 1.12. z.B. von einer ,,*Abschaltung ganzer Stromnetze*'', der ,,*Trockenlegung der Wasserleitung*'', dem angeblich geplanten ,,Abdrehen der Gasversorgung'' - und das alles zur Weihnachtszeit...)

Von der ÖTV-Führung in dic öf-

lich geplanten ,,Abdrehen der Gasversorgung'' - und das alles zur Weihnachtszeit...)

Von der ÖTV-Führung in dic öffentliche Diskussion gebracht werden Vergleiche mit der Entwicklung vor '33, der 1930 von Brüning durchgeführten Zwangsverordnung zur Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter (,,Reichshilfe der Person im öffentlichen Dienst'') etc.

In der Tat sind solche geschichtlichen Vergleiche durchaus angebracht, nur welche Schlußfolgerung zieht die ÖTV-Führung daraus?

Der zentrale Punkt für sie ist nicht, die angestrebte Einkommenskürzung um ein Prozent zu Fall zu bringen. Die ÖTV-Führung ist sogar grundsätzlich bereit, einen ,,Sparbeitrag'' zu leisten. In erster Linie - und das natürlich auch zu recht - sieht die ÖTV-Führung in dem staatlichen Vorgehen einen Angriff auf die ,,Tarifautonomie''. In diesem Sinne machte Kluncker Innenminister Baum den Vorschlag, ,,*die Kürzung bis zum Abschluß der Tarifverhandlungen auszusetzen*'' (,,HA'', 24.11.), was von Baum aber abgelehnt wurde. Sollte es zu Kampfhandlungen kommen, so wird die ÖTV-Führung versuchen, diese gegen das staatliche ,,wie'' und nicht gegen das ,,ob überhaupt'' zu wenden. Hierüber wird erhofft, den ,,sozialen Frieden'' zu bewahren und als ,,Tarifpartner'' nicht ausgebootet zu werden. Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gehts also nur noch darum, bei der Entscheidung nicht übergangen zu werden - das nennen sie dann Mitbestimmung! Sollte damit nicht auch ein Baum leben können?

Kommission B + G

GEW-NRW: Ilse Brusius abgewählt
Schwere Niederlage für DGB-hörigen Flügel

Nach dem kläglichen Abgang des langjährigen GEW-Vorsitzenden Frister auf dem GEW-Gewerkschaftstag im Oktober fand jetzt auch im mitgliederstärksten Landesverband, der GEW-NRW, die Ära Frister ihr Ende: Auf der vom 15.- 18.11. in Essen tagenden Landesvertreterversammlung wurde die seit sechs Jahren amtierende und zum Frister-Flügel zu rechnende Landesvorsitzende Ilse Brusis abgewählt. Das Ergebnis war schon seit Monaten absehbar und fiel mit 248 : 181 Stimmen für den neuen Landesvorsitzenden Hammelrath sogar weniger kraß aus als erwartet.

Ilse Brusis Stern begann zu sinken, als Anfang des Jahres die Gesamtschullehrer gegen das damals vor der Verabschiedung stehende Gesamtschulgesetz aufbegehrten. Für den 17.3. wurde eine landesweite demonstrative Arbeitsniederlegung beschlossen. Dem Landesvorstand war dies zu ,,früh'' und er orientierte auf eine Demonstration zu diesem Zeitpunkt. Doch wenige Tage vor dem 17.3. wurde auch die Demonstration vom Landesvorstand abgesetzt. Die GEW-Stadtverbände Essen, Köln und Düsseldorf führten daraufhin die Demo unter eigener Regie durch, was ihnen den wütenden Protest des Brusis-Vorstands einbrachte. In dieser Auseinandersetzung kündigte Ilse Brusis an, daß sie ,,zur Fortsetzung dieser Politik'' (,,NDS'' 9/81) wieder zur Vorsitzenden kandidieren werde.

Wie weit Ilse Brusis den Blick für die realen Kräfteverhältnisse verloren hatte, zeigte sich nach dem GEW-Gewerkschaftstag im Oktober, als sie eine Lobrede auf Erich Frister (,,*dessen einzige Frage immer war, was der GEW und den in ihr organisierten Kolleginnen und Kollegen dient*''; ,,NDS'' 19/81) und eine wüste Hetze gegen die Mehrheit der Delegierten vom Stapel ließ. So kritisierte sie, ,,*mit welch unglaublicher Arroganz, ja sogar Militanz der DGB, seine Einzelgewerkschaften, gemeinwirtschaftliche Unternehmen des DGB und er selbst* (Erich Frister, Anm.) *brüskiert und diffamiert wurden*''.

Einen Kollegen veranlaßte dies zu der Entgegnung: ,,*Man erfährt durch den Artikel mehr über Ilse Brusis als über den Gewerkschaftstag*'' (,,NDS'' 21/81) - eine Aussage, die früher in der Zeitung des GEW-Landesverbandes unmöglich gewesen wäre. Doch die Zeiten haben sich geändert. Während die ,,Neue Deutsche Schule'' früher mit Artikeln und Fotos von Ilse Brusis erschien, kommen jetzt auch mal kritische Stimmen zu Wort. So beklagte jüngst ein Stadtverband ,,*die Tolerierungspolitik der GEW-NRW gegenüber den Streichungsplänen der Landesregierung*'' (,,NDS'' 21/81).

Angesichts dieser Vorgänge konnte die Abwahl der Ilse Brusis niemanden überraschen. Dennoch war von interessierter Seite schon seit längerem die Parole ausgegeben worden, hier seien Kommunisten am Werk. Manfred Wilke sah bereits 1979 die ,,*Übernahme des Landesbezirks durch das ,fortschrittliche Bündnis' auf der Tagesordnung*'' (,,Der Marsch der DKP durch die Institutionen'', S. 36).

Und persönlich sorgte er für Abhilfe: ,,*1980 freilich unternahm die Landesverbands-Vorsitzende* (Ilse Brusis, Anm.) *einen letzten Versuch, die GEW-Verhältnisse im demokratischen Sinne zu konsolidieren: Sie holte den profilierten DKP-Kritiker Dr. Manfred Wilke als Geschäftsführer nach Essen*'' (Fritz Vilmar: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung?, S. 40).

Als Wilke dann sein bekanntes Machwerk veröffentlichte, tauchten im Landesverband vereinzelte Rücktrittsforderungen auf, die von Wilke wiederum als Beleg kommunistischer Unterwanderung ausgegeben wurden.

Kurz vor der sich abzeichnenden Abwahl der Ilse Brusis erschien in der ,,Westdeutschen Allgemeinen Zeitung'' ein Beitrag, der die Mär von der kommunistischen Unterwanderung weiterstrickte: ,,*Die Allianz zwischen der DKP und den anderen GEW-Linken, die sich selbst gern als ,fortschrittliches Bündnis' tituliert, ist so stark, daß Brusis-Anhänger schon nicht mehr von einer Unterwanderung durch die DKP reden mögen: ,Wir werden überrollt'* '' (der Artikel wurde in der ,,Welt der Arbeit'' v. 29.10. kommentarlos nachgedruckt).

Was ist nun an diesen Behauptungen dran? Der neue Landesvorsitzende, Alf Hammelrath, in der bürgerlichen Presse gern als ,,*Kandidat der DKP*'' (,,FAZ'', 14.11.81) bezeichnet, ist nicht nur in Essen Schulrat, er ist auch ,,*eher rechter Sozialdemokrat*'' (,,WAZ'' Nr. 235). Er wurde mit den Stimmen der DKP gewählt, aber das wurde Ilse Brusis vor zwei Jahren auch noch.

Überrollt wurde die Brusis-Fraktion nicht von der DKP, sondern von den Folgen ihrer eigenen Politik, die im wesentlichen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung bestand, statt Entfaltung gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen die Regierung. Die Kollegen wollen sich ,,*nicht länger als Schachfiguren der DGB-SPD-Oberen manipulieren lassen*'' (R. Mährlein, 2. Vors. der GEW Mittelfranken, lt. ,,FR'', 25.11.).

So sind auch einige positive Beschlüsse der Vertreterversammlung zu erklären: Der DGB-Unterschriftenerlaß wurde verurteilt und seine Aufhebung verlangt; der DGB wurde aufgefordert, mit dem Friedensaufruf nicht ein eigenes Süppchen zu kochen, sondern auch andere Friedensappelle und Initiativen zu unterstützen.

In der schon seit Monaten umstrittenen Frage, ob ein Streik nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder auch zur Durchsetzung bildungspolitischer Forderungen möglich sein solle, setzte sich die zweite Position durch. Allerdings wurde eine weitergehende Formulierung, nach der Arbeitsniederlegungen auch ein Mittel seien, ,,*mit denen die GEW politische Forderungen durchzusetzen versucht*'', mit 185 : 225 Stimmen abgelehnt.

Allein diese Niederlage kann die DKP, die geschlossen gegen diese Formulierung stimmte, als Erfolg für sich verbuchen. Wegen der zahlreichen nicht erledigten Anträge wird die Versammlung im kommenden Jahr fortgesetzt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

11. DGB-Jugend-Konferenz

Noch mehr Druck für die Jugendarbeit

Unter dem Motto „Nicht ducken – Aufmucken" fand vom 19. bis 21. November in Willingen (Sauerland) die 11. Bundesjugendkonferenz der DGB-Jugend statt. Nach den Ereignissen auf der 10. Bundesjugendkonferenz 1977, wo es um die Weltjugendfestspiele in Havanna und einen Bahro-Solidaritätsantrag heftige Kontroversen gegeben hatte, hat sich in der DGB-Jugend einiges verändert. Da gibt es zum einen die von DGB-Rechten und auch einigen Linken vorgetragene Behauptung, die DGB-Jugend sei von DKP und SDAJ unterwandert. Und dies, so wurde scharfsinnig geschlußfolgert, verhindere eine Hinwendung der DGB-Jugend zu dem „normalen Jugendlichen". Zu diesem Unterwanderungsvorwurf entwickelten sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe inhaltlicher Differenzen (angefangen vom Verhältnis betrieblicher und offener Jugendarbeit, Infragestellen linker Positionen in der Bildungsarbeit bis hin zur unterschiedlichen Bewertung der Aufrüstung in den USA und der Sowjetunion).

Diese inhaltlichen Widersprüche entwickeln sich in einer Zeit, in der es für die fortschrittlichen Kräfte in der BRD immer schwieriger wird, gegen die Herrschenden Positionen durchzusetzen. Ein großer Teil der Jugendlichen radikalisiert sich u.a. aufgrund dieser Entwicklung und kämpft in den verschiedenen Bewegungen (Frieden, Hausbesetzer, Frauen ...). Diese Entwicklung hat auf die DGB-Jugend bisher nur wenig Auswirkungen. Im Gegenteil: Von 1,1 Millionen organisierten Gewerkschaftern unter 25 sind, laut DGB-Statistik, nur 4.000 in DGB-Jugendgruppen aktiv. Vor diesem Hintergrund tagte die 11. Bundesjugendkonferenz.

Wenn man sich die Zusammensetzung der Bundesjugendkonferenz (BJK) ansieht, so wird klar, daß es sich hier weniger um ein Treffen der aktiven Basis handelte, als vielmehr um ein ziemlich abgehobenes Gremium. Von den 146 Delegierten waren nur 28 Frauen, allein 33 waren Hauptamtliche und es gab nur sage und schreibe fünf Lehrlinge. Fast ein Drittel (42) Delegierte waren schon auf der letzten BJK 1977 dabei. Abgesehen von der Zusammensetzung stellt sich noch die Frage, ob überhaupt alle Delegierten von der Gewerkschaftsjugend gewählt oder nicht vielmehr von Hauptamtlichen „ausgeguckt" wurden. Zu den 146 Delegierten kamen noch einmal fast 100 Gastdelegierte sowie Gasthö-

oder nicht vielmehr von Hauptamtlichen „ausgeguckt" wurden. Zu den 146 Delegierten kamen noch einmal fast 100 Gastdelegierte sowie Gasthö-

rer, Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften sowie ein ansehnlicher Presseblock. (Seit in der DGB-Jugend von „kommunistischer Unterwanderung" die Rede ist, hat offensichtlich auch die bürgerliche Presse ihr Herz für die Gewerkschaftsjugend entdeckt.)

Was ist dran an den „Freiräumen"?

In den Grundsatzreferaten von Karl Schwab (DGB-Abt. Jugend), H.-O. Vetter (DGB-Vorsitzender) und Hans Brauser (Vorsitzender der DGB-Jugend) war des öfteren die Rede davon, daß man der Jugend heute mehr Freiräume gewähren müsse, wenn man sie an der Arbeit in der DGB-Jugend überhaupt interessieren wolle. Wie ernst man es mit „mehr Freiräumen" meint, veranschaulicht Schwab an dem Beispiel einer Jugendgruppe, deren Zeitung ins Kreuzfeuer des Kreisvorstands gekommen ist. Aus Angst vor Zensur hat sich diese Jugendgruppe aufgelöst. Ein leider alltägliches Beispiel. Karl Schwab fragt nun: *„Ist daran der Kreisvorsitzende schuld? Haben die jungen Redakteure vielleicht nicht sorgfältig genug recherchiert? Haben sie — bevor sie einen ihnen als heißes Eisen oder Knüller erscheinenden Vorgang veröffentlichten — auch einmal mit dem Betriebsrat des Betriebes, in dem der Vorgang sich abspielte, gesprochen und auch seine Sicht berücksichtigt?"* Als ob es nicht auch unter den Betriebsräten genug sozialpartnerschaftlich eingestellte Leute gäbe, die gegen die Veröffentlichung von „heißen Eisen" sind!



Weiter meinte Schwab, daß die Jugendlichen auch lernen müßten, Grenzen zu respektieren. Damit ging er, so die „Frankfurter Rundschau" vom 21.11., *„auf einen Konflikt in der Delegation der IG-Metall-Jugend ein, die kurz vor dem Kongreß in Willingen durch ein Veto ihres Gewerkschaftsvorsitzenden Loderer veranlaßt worden war, einen kritischen Antrag zur Atomenergie zurückzuziehen. Loderer hatte seinen Einspruch vor dem IG-Metall-Jugendausschuß damit begründet, dieser Antrag entspreche nicht der Beschlußlage der IG Metall insgesamt."*

Daß es den DGB-Oberen nicht ernsthaft um mehr Freiräume geht, wird auch aus der von Vetter gehaltenen Rede deutlich. Da bringt er zuerst ein Zitat von einer seiner Reden auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß: *„Wir müssen auf die Jugend zugehen und ihr zeigen, daß es einen Sinn hat, in den Gewerkschaften zu arbeiten... Das erfordert von uns allen, die Verhärtungen jahrelanger Tätigkeit abzulegen und den Kern der Ideale sehen, der in dem steckt, was wir wollen. Das erfordert aber auch, daß wir Raum geben für Phantasie, für Experimente, für eigenverantwortliche Tätigkeit, ja für Irrtümer."* Er fährt dann in seiner eigentlichen Rede fort, indem er auf den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes zur Bonner Demo eingeht: *„Meine Bemerkungen auf dem Außerordentlichen Kongreß stehen in keinem Widerspruch zu diesem Beschluß."* Und nachdem er vom Mißbrauch der Friedensbewegung durch „bestimmte Kräfte" gewarnt hat, meint er: *„Unsere Bedenken haben auch bei nachträglicher Beurteilung ihre Berechtigung behalten."* So sieht das also mit den „neuen Freiräumen" praktisch aus.

Völlig unverständlich erscheint angesichts dieser klaren Aussagen, wie die „UZ" (Zeitung der DKP) die Diskussion auf der BJK zum 10.10. kommentiert. Indem sie Karl Schwab zitiert, der sich etwas schwammiger als Vetter zum 10.10. äußerte, will sie offensichtlich den Eindruck erwecken, als ob so etwas wohl nicht wieder vorkommen würde. Wörtlich: *„Schwab, der eingestand, daß es bei der Diskussion ... um die Friedensdemonstration ... eine gewisse 'Verengung' der Sicht gegeben habe, betonte, daß der DGB-Bundesvorstand aus der Diskussion gelernt habe"* (1). Worin das „Lernen" besteht, wird leider nicht weiter ausgeführt.

Streit um das „Positionspapier"

Bei der Diskussion um die vorliegenden 150 Anträge ging es als erstes um ein „Positionspapier", welches im März dieses Jahres vom Bundesjugendausschuß und DGB-Bundesvorstand verabschiedet wurde. Dieses „Positionspapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit" sollte einen Kompromiß darstellen zwischen den Vorstellungen der IG Metall, DPG, HBV auf der einen und IG Chemie, BSE, Bergbau und Energie etc. auf der anderen Seite. Während die einen an alten Positionen der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz 1971 festhalten wollten, ging es den anderen darum, die Jugendarbeit mehr zu „öffnen", keine Bildungsinhalte mehr „überzustülpen" und dergleichen mehr. Die noch 1971 festgehaltene Position, *„gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form von Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital"*, findet sich in dieser Schärfe im neuen Positionspapier nicht wieder.

Ein weiterer zentraler Punkt im Positionspapier (vielgelobt von der bürgerlichen Presse) betrifft die sogenannte Unterwanderungsgefahr. Dort heißt es, daß, wenn die Zahl von aktiven jungen Mitgliedern zu gering bleibe, *„politischen Gruppen innerhalb der Gewerkschaftsjugend die Besetzung von Funktionen in einem Ausmaß ermöglicht (wird), das in keinem Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Mitgliedsstärke steht. Damit ... besteht auch die Gefahr des Mißbrauchs gewerkschaftlicher Funktionen für parteipolitische Zwecke. Damit wird gewerkschaftliche Arbeit nach innen und außen diskreditiert und den Gewerkschaften insgesamt Schaden zugefügt."*

Daß hiermit nicht die Parteipolitik der SPD, sondern die der DKP/SDAJ und anderer Linker gemeint ist, dürfte wohl klar sein.

Während nun die IG Bergbau in Willingen in einem Antrag forderte, das „Positionspapier" *„als Grundlage für die gewerkschaftliche Jugendarbeit"* zu verabschieden, wollte die IGM es nur als e i n e Grundlage verstanden wissen.

Außerdem war von der DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Niedersachsen ein Antrag vorgelegt worden, der die alten IGM-Positionen noch einmal aktualisiert auf den Punkt brachte. Dort hieß es u.a.: *„Wer die gesellschaftlichen Bedingungen langfristig verändern will, muß über die betriebliche Realität hinaus die Machtstruktur der kapitalistischen Gesellschaft in allen Lebensbereichen zum Gegenstand der Auseinandersetzungen machen."*

All diese Positionen waren für die Sprecher von der Chemie (Andres, Reibsch) der Bergbau und der BSE (Hoeger) einfach zuviel. Sie erklärten mehrmals, in der Pose der unterdrückten Minderheit, sie würden sich nicht wie in Sevilla von der IGM-Abstimmungsmaschinerie unterbügeln lassen (dort hatten dieselben Leute es nicht geschafft, die Erwähnung der SS 20 in Zusammenhang mit dem „Nachrüstungsbeschluß" in die Friedensresolution mit aufnehmen zu lassen).

Als dann der DPG-Bundesjugendsekretär Treml plötzlich von einer Meldung des Südwestfunks berichtete, nach der u.a. die IG-Chemie-Jugend einen Auszug plane, wenn sie sich nicht durchsetzen könne, schlugen die Wogen in der Konferenzhalle hoch. Dieser Eklat war seit einem dreiviertel Jahr in verschiedenen Delegationen (IGBE, BSE, Chemie, DruPa) diskutiert worden. So zeigte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schon am Eröffnungstag der Konferenz recht gut informiert, indem sie schrieb, daß es das *„erklärte Ziel der Gewerkschaftsjugend der IG Chemie"* sei, *„die eigentlichen Konflikte anzusprechen"* („FAZ", 19.11.81).

Die Reaktion der IGM Delegation und anderer auf dieses offensichtliche Erpressungsmanöver der Rechten fiel

sprechen" („FAZ", 19.11.81).
Die Reaktion der IGM Delegation und anderer auf dieses offensichtliche Erpressungsmanöver der Rechten fiel

ausgesprochen flau aus. Die Delegationen wurden recht straff von den Hauptamtlichen geführt, die — teilweise wieder auf Druck von oben — kein Interesse an einem Eklat hatten und die Parole ausgaben, keinen größeren Widerstand gegen die Rechten zu leisten. So kam es, daß kein einziger Hauptamtlicher den Antrag der IGM-Jugendlichen verteidigte, nur einige ehrenamtliche Kolleg/inn/en rafften sich noch dazu auf.

Schließlich kam es auf Weisung von

Fortsetzung nächste Seite

»Neue Formen« und Gewerkschaftsausschluß — wie geht das zusammen?

Zu den Jugendsekretären, die von notwendigen „neuen Formen" in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit reden und sich an Oberursel orientieren, gehört auch Ingo Lehmann, Hauptvorstandsmitglied der IG Druck, zuständig für Jugendarbeit und Bildung. In der „Tageszeitung" vom 6.3.81 ist nun ein recht aufschlußreiches Interview abgedruckt, wo Martin Kempe von der „taz" ihn befragt, wieso er im DruPa-Hauptvorstand für den Ausschluß von Harald Schöpfer gestimmt habe. Harald Schöpfer wurde *„vom Ortsverein Stuttgart geschlossen unterstützt und im vollen Wissen, daß er KBW-Mitglied war, als er im Ortsverein in verschiedene gewerkschaftliche Funktionen gewählt wurde – ein Fall von selbstbestimmter gewerkschaftlicher Meinungsbildung, für die du dich im Jugendbereich so stark machst"*. Darauf antwortete Ingo: *„Ich bin eigentlich dafür, daß mit den jungen Kolleginnen und Kollegen über ihren Irrtum – so sehe ich das – diskutiert wird"*. Und an anderer Stelle des Interviews: *„Glaub' doch nicht, daß das ein Spaß ist, da einen jungen Menschen rauszuschmeißen, für wen auch immer ... Arbeiten wir alle so, daß wir wohl die Möglichkeiten unseres Handelns innerhalb der Gewerkschaften immer wieder erweitern, immer wieder zu neuen Ufern kommen, zu mehr Demokratie ... Aber machen wir es doch so, daß wir die Organisationstrukturen erweitern, daß wir sie nicht so überlasten, so daß eines Tages welche auf die Idee kommen: jetzt müssen wir diesen oder jenen rausschmeißen"*. Wenn es nicht so traurig wär', mensch müßte darüber lachen, wie sich der Ingo windet. Aber eine Frage sei doch erlaubt: Wie will Ingo Lehmann die sensiblen Jugendlichen heutzutage „mit neuen Formen" gewinnen, wenn er selbst für einen Gewerkschaftsausschluß stimmt?!

Nur 4.000 aktiv in den DGB-Jugendgruppen?

Nach einer Umfrage, die die DGB - Organisationsabteilung 1981 in den DGB-Kreisen durchführte, ist die Zahl der Jugendgruppen der Einzelgewerkschaften gegenüber 1980 um 21% von 612 auf 483 zurückgegangen. Der Umfrage zufolge soll es in 102 von insgesamt 222 DGB-Kreisen keine DGB-Jugendgruppen und in 99 DGB-Kreisen auch keine Jugendgruppen von Einzelgewerkschaften geben. Demnach gäbe es in fast der Hälfte der DGB-Kreise keine Jugendarbeit. Es gibt jedoch in 187 DGB-Kreisen Kreisjugendausschüsse. Es gibt demnach etliche Kreise, in denen es zwar einen Kreisjugendausschuß, aber keine Jugendgruppen gibt.

Weiter geht aus der Organisationsumfrage hervor, daß es in den DGB-Kreisen insgesamt nur 197 DGB-Jugendgruppen gibt. Vergleicht man diese Zahl mit der entsprechenden des Jahres 1980 (366 Jugendgruppen), so ist die Zahl der Jugendgruppen um 46,2% zurückgegangen. Um die Zahl der aktiven DGB-Jugendlichen herauszubekommen, rechnet die Organisationsabteilung wie folgt: *„Legt man der Zahl der DGB-Jugendgruppen (197) eine Mitgliederzahl von 20 Jugendlichen pro Gruppe* (was relativ viel ist) *zugrunde, so sind 3940 Jugendliche in den DGB-Jugendgruppen aktiv. Bezogen auf die Mitgliederzahl (April 1981: 1.153.402) ergibt dies einen Prozentsatz von 0,34%"*.

Eine weitere für den DGB-Apparat nicht gerade erfreuliche Meldung ist, daß sich die Zahl der organisierten Jugendlichen seit 1978 um fast 200.000 verringert hat. Die Organisationsabteilung schreibt dazu im Geschäftsbericht der DGB-Jugend: *„Der Grund ist darin zu finden, daß bei diesen (z.B. der IGM) Gewerkschaften in 1980 die Erfassung der Mitglieder unter 25 Jahren ebenfalls durch die elektronische Datenverarbeitung erfolgte und die in den Vorjahren vorgenommene Hochrechnung dadurch relativiert wurde"*.

Forsetzung von voriger Seite

Karl Schwab und seinem möglichen Nachfolger Frank von Auer (GEW-Vorstandsmitglied und Mitautor des „Positionspapiers" (2) zu dem „Kompromiß", das „Positionspapier" als Grundlage der Arbeit anzunehmen und den umstrittenen Antrag der IGM-Jugendlichen zusammen mit anderen Anträgen dem Bundesjugendausschuß als Material zu übergeben. Der Antrag der IGBergbau, der noch weitergehender gefordert hatte, das Positionspapier beim DGB-Bundeskongreß im Mai '82 vorzulegen, um dem Papier noch mehr Gewicht zu geben, wurde abgelehnt.

Unterm Strich haben sich die Rechten doch voll durchgesetzt.

Gruselstory Nr. 2: Brauser kungelt mit dem SDAJ-Vorsitzenden

Die „Jungkanalarbeiter" („FR") von der BSE, Chemie und Bergbau-Gewerkschaft hatten jedoch noch eine weitere Gruselstory auf Lager: So berichtete der Chemie-Jugendsekretär Reibsch von einem Gespräch zwischen dem SDAJ-Vorsitzenden Stürmann und dem DGB-Jugendsekretär Brauser am Rande der letzten Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes. Reibsch will gehört haben, wie Stürmann Brauser zugesichert habe, daß es „auf seiner Seite" keine Konfliktstrategie für diese Konferenz gebe. Dies gelte allerdings nur, wenn Brauser seinerseits dafür sorgte, „die Scharfmacher" in seinen Reihen (Chemie, Bergbau etc.) ruhigzustellen. In einem Gespräch mit der „FR" (4) legte Reibsch seine Absichten dar. *„Er habe ... darstellen wollen, daß es für diese Konferenz politische Einflüsse von außen und 'Fernsteuerungen' gegeben habe."* Daß es den Leuten von der IG Chemie um reine antikommunistische Stimmungsmache ging, beweist auch ein anderes Zitat aus der „FR" vom 23.11.: Da ist von *„bewußt in die Anträge eingebauten politischen Herausforderungen"* die Rede, *„mit denen — so das ungenierte Eingeständnis von IG Chemie-Vorstandsmitglied Hermann Rappe und seines ehemaligen Jugendsekretärs Gerd Andres — die Kommunisten und ihnen nahestehende Gewerkschafter 'aus der Reserve gelockt' werden sollten."*

Doch nicht nur die IG Chemie tritt mit solchen Strategien an. Auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer hatte rechtzeitig vor der Jugendkonferenz in einer Erklärung vor dem Einfluß der DKP gewarnt. Diese Partei wolle ein Gesellschaftssystem, *„das die IG METALL und der DGB prinzipiell ablehnen"*. Loderer erwarte von der Gewerkschaftsjugend die konsequente Zurückweisung jener Einflußversuche, *„die unter dem Deckmantel der Einheitsgewerkschaft und unter dem Motto der Aktionseinheit fortwährend gestartet werden"* (5).

In diesem Sinne äußerte sich denn auch Heinz-O. Vetter in seiner Rede auf der Bundesjugendkonferenz, als er sagte, man dürfe sich nicht wundern, *„wenn außergewerkschaftliche Organisationen diese Schwäche* (zu wenig Aktive, Anm. AK) *dazu nutzen, um die große Zahl der Gewerkschaftsjugend als Massenbasis für ihre eigenen, außergewerkschaftlichen Ziele zu mißbrauchen."* Und zum Thema Einheitsgewerkschaft meinte er: *„Niemand soll sich dem Trugschluß hingeben, der Begriff der Toleranz könne beliebig als Tarnung für politisch unlautere Absichten mißbraucht werden."*

Diese Angriffe der rechten Sozialdemokraten blieben unbeantwortet.

Tarnung für politisch unlautere Absichten mißbraucht werden."

Diese Angriffe der rechten Sozialdemokraten blieben unbeantwortet.

Das war wohl auch auf so einer Konferenz nicht anders zu erwarten. Es ist jedoch immer wieder erstaunlich, mit welcher Blindheit die DKP solche klaren Drohungen behandelt. In der „UZ" vom 23.11. werden fast ausschließlich die Teile der Reden wiedergegeben, die in das DKP-Weltbild passen, z.B. daß sich der Bundesjugendsekretär in seinem Geschäftsbericht mit dem vom Berufsverbot betroffenen Postbeamten Hans Peter solidarisierte. Angesichts der Tatsache, daß die Konferenz mehrmals zu platzen drohte, ist es kaum verständlich und eine glatte Desinformation, wenn die „UZ" schreibt: *„Die Diskussion war sachlich."*

Auch vom Kapitalistenblatt „Handelsblatt" gab es lobende Worte (6): *„Die sich abzeichnende Wende in der gewerkschaftlichen Jugendpolitik wäre ohne die Offensive Vetters, Schwabs, Loderers und Rappes gegen kommunistische Unterwanderungsversuche kaum möglich gewesen. Sie haben die vor allem von dem IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz und dem HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz betriebene Tabuisierungsstrategie des DKP-Einflusses durchkreuzt."*

Weiter empfiehlt das „Handelsblatt" „den jungen Gewerkschaftern", *„Unterwanderungsversuche* (zu) *benennen und öffentlich* (zu) *machen. Sie müssen über Ziele und Taktiken der Marxisten-Leninisten aufklären. Vor allem aber ist Personalentscheidungen im Jugendbereich größeres Augenmerk beizumessen. Es sind die hauptamtlichen Jugendsekretäre, die nicht nur in der praktischen Arbeit, sondern auch bei der Formulierung politischer Aussagen der Gewerkschaftsjugend das Heft in der Hand halten."* Daß diese „Ratschläge" der Kapitalisten ihre Wirkung bei den Gewerkschaftsführern nicht zu verfehlen scheinen, zeigen die zahlreichen Personal- und Zensurmaßnahmen in den letzten Jahren (Kündigung der 'ran-Redaktion, Verbot der Broschüre zum Antikriegstag 1980, Absetzung des Bundesjugendsekretärs Hawreliuk, Umbesetzung in der Abteilung Jugend usw.).



Norbert Römer, Redakteur der IG-Bergbau-Zeitung "Einheit". Leute, die in der US-Regierung die Hauptkriegstreiber sehen, beschimpft er als "Friedensimperialisten".



Gerd Andres, ehem. IG-Chemie Jugendsekretär, jetzt Leiter der Abt. Bildung beim IG-Chemie Hauptvorstand. "Mit platten marxistischen Positionen kann man heute keine Jugendlichen mehr gewinnen."

Nicaragua-Solidarität nicht gefragt?

Unter dem Motto „Werkzeug für Nicaragua" hat die DGB-Jugendabteilung jetzt eine Spendenkampagne für Ausbildungszwecke in Nicaragua begonnen. Auch während der Bundesjugendkonferenz gab es einen Stand von IG Metall Kolleg/inn/en zu diesem Thema. Als am Ende der dreitägigen Konferenz, zwei Stunden vor Schluß, immer noch nicht mehr als 500 DM gespendet worden waren, platzte einem Delegierten förmlich der Kragen. In einer engagierten Rede forderte er die Delegierten zu mehr praktischer Solidarität auf. Und siehe da, innerhalb von zwei Stunden erhöhte sich das Spendenergebnis auf 6.500 DM. Hans Brauser ließ es sich nicht nehmen, das Ergebnis stolz bekanntzugeben. Lag es an der luxuriösen Umgebung (Drei-Sterne-Hotel, jede Mahlzeit mit mehreren Gängen), die das Wissen über Nicaragua verdrängte?

IG Chemie macht die Schlappe von Sevilla wieder wett

In der Debatte um das Bonner Demo-Verbot fuhren die IG Chemie und andere einen besonders beuchlerischen Kurs. Den Kritikern des Demo-Verbots setzte Gerd Andres frech entgegen, daß sie, anstatt die DGB-Führung zu kritisieren, lieber ihre eigenen Führer kritisieren sollten, die im DGB-Bundesvorstand das Demo-Verbot unterstützt hätten. Was nützten denn die Appelle an den DGB, wenn man es nicht schaffe, so eine Demo in der eigenen Organisation durchzusetzen. Die IG Chemie habe immerhin 16 Busse mit 1.000 Leuten nach Bonn geschickt. Zur Bonner Demo wollten sich die Sprecher der Chemie und der Bergbaujugend mit einem „undogmatischen Mäntelchen" verkleiden. Was an Andres Aussagen wahr bzw. unwahr ist, führte Eugen Loderer auf der 11. IGM Vertrauensleutekonferenz in Frankfurt aus: (aus „Frankfurter Rundschau", 19.11.) *„Er, Loderer wehre sich gegen die Unterstellung, nur sein Votum habe den Ausschlag gegeben. Einstimmig sei der Beschluß erfolgt. Dies zielte gegen die Vorsitzenden der IGBE, Adolf Schmidt, und der ChPK Karl Hauenschild, die immer wieder berichten (lassen), daß sie für eine Teilnahme der DGB-Jugend gewesen seien. Das ursprüngliche Wohlwollen der beiden bestritt Loderer nicht. 'Doch als wir festgestellt haben, mit wem wir es zu tun haben, da haben wir entschieden: Unter diesen Hut hat der DGB es nicht nötig, zu gehen.'"* (7).

Soweit Eugen Loderer. Doch noch aus einem anderen Grund macht uns das Geheuchel von Andres und Co. sauer. Derselbe Andres war es, der in Sevilla die Meinung einiger Delegierter unterstützte, eine Kritik an dem Verbot der DGB-Führung zur Bonner Demo habe in einer internationalen Erklärung (gemeint war die Friedensresolution) nichts zu suchen.

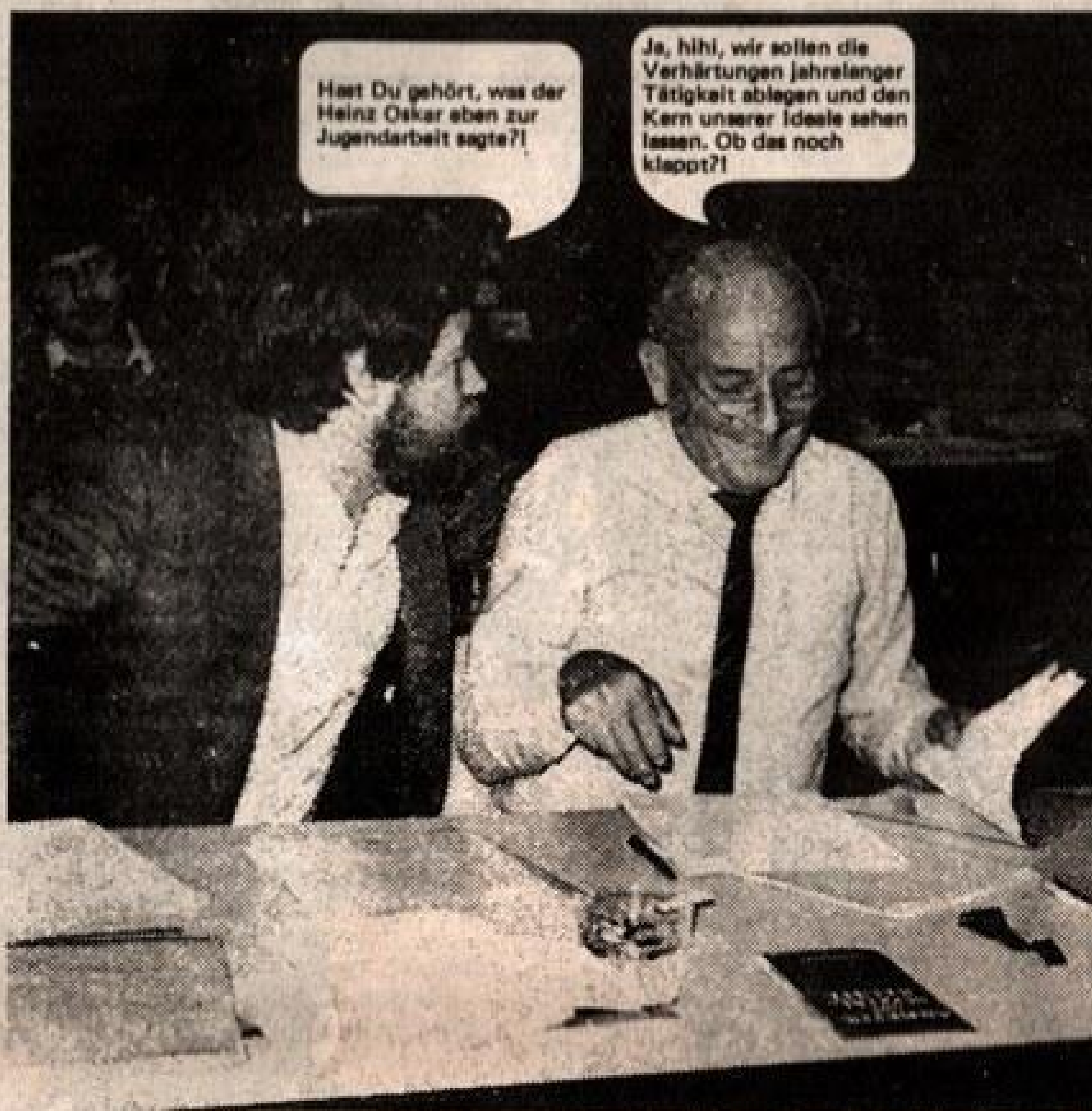
Die Bundesjugendkonferenz kam aufgrund der zahlreichen Interventionen von IG Chemie u.a. nicht dazu, das Antragspaket Frieden und Abrüstung auch nur anzudiskutieren.

Stattdessen brachte dann die IG Chemie eine Grußadresse an Breshnew ein, in der solch denkwürdige Sätze stehen wie: Wir sind stolz darauf, *„Sie in einem Land begrüßen zu können, in dem die Arbeitnehmer das grundgesetzlich verbriefte Recht haben, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen."* Bei wurde die Debatte per Geschäftsordnungsantrag abgeblockt. Bei der dann folgenden Abstimmung wurde die „Grußadresse" bei ca. 30% Gegenstimmen angenommen.

Den DGB-Jugendfunktionären wird schon einiges abverlangt. Erst das Bonner Demo-Verbot, dann diese Grußadresse und schließlich die Aufforderung von Karl Schwab auf der Jugendkonferenz: *„Zieht Euch jetzt nicht in den Schmollwinkel zurück oder meint, hat der Bundesvorstand nicht gewollt - jetzt wollen wir auch nicht ... Setzen wir ab heute alle unsere Kraft und Phantasie dafür ein, möglichst viele ... für die Unterstützung unserer DGB-Aktion Frieden durch Abrüstung zu gewinnen"*. Diese Aufforderung war auch nötig, denn bis zur Jugendkonferenz waren erst 470.000 Unterschriften gesammelt worden ... . Worum es Schwab inhaltlich ging, machte er in seiner Rede auch recht deutlich: *„Uns geht es darum — und da müßte eigentliche Übereinstimmung möglich sein — realisierbare Forderungen an die Politik zu stellen, Forderungen, die auch aufgenommen werden und für die sich die Bundesregierung auch einsetzen kann"*. Na, und da ist doch so ein Grußtelegramm soviel Stolz auf den „freien Westen" mußten natürlich auch Polen und Afghanistan erwähnt werden. Und zu guter Letzt, sozusagen um die „Einäugigkeit" von Sevilla wieder auszubügeln (s.o.), wird Breshnew aufgefordert, *„auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten (und) die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen."* Einen wesentlichen Grund für die Friedensgefährdung sehen die Sprecher der Chemie-Jugend in den *„anhaltenden Rüstungsanstrengungen sowohl der NATO als auch des Warschauer Paktes."*

In der IGM-Delegation wurde nun wieder mal die Parole ausgegeben, diese Resolution zähneknirschend durchgehen zu lassen, denn die DGB-Unterschriftensammlung, die man ja auch unterstützen müsse, sei inhaltlich auch nicht viel besser.

Ansonsten wäre wieder die Gefahr da, daß die Chemie u.a. ausziehen würden und das wolle man ja nicht. Als trotzdem vor allem wieder ehrenamtliche Kolleg/inn/en reden wollten,



DGB-Jugendsekretär Brauser zusammen mit Jugendopa Karl Schwab (61 J.)

DGB-Jugendsekretär Brauser zusammen mit Jugendopa Karl Schwab (61 J.)



wirklich geeigneter als ausgerechnet der Krefelder Appell?!

Was tun?

Es scheint fast unmöglich auf der Bundesjugendkonferenz eine eigene Position zu entwickeln. In den Delegationen der Einzelgewerkschaften wird die jeweilige Linie durchgepaukt. Fast undenkbar wäre es, daß ein Delegierter der IG Chemie z.B. gewisse Denkansätze der IG Metall unterstützen würde.

Der „Frankfurter Rundschau" vom 23.11. kann mensch entnehmen, daß die für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder auf einer „Krisensitzung" in Düsseldorf Ende Oktober die Marschrichtung für die Jugendkonferenz abgesteckt haben. *„Dem Zufall oder unkalkulierbaren Kongreßstimmungen sollte nichts überlassen werden"*. Der einzige, der auf dieser Krisensitzung fehlte, soll Hermann Rampe gewesen sein. Hier drängt sich förmlich das Bild auf von den Jugendfunktionären, die von den jeweiligen sozialdemokratischen Strategen für deren Positionen herhalten müssen.

Da auf der Bundesjugendkonferenz von 350 Anträgen nur etwa 50 behandelt wurden, soll Karl Schwab sich beim Bundesvorstand dafür einsetzen, daß die Konferenz fortgesetzt wird. Falls der Bundesvorstand keine Fortsetzung der Konferenz vor Mitte Februar — dem Antragsschluß zum DGB-Bundeskongreß — bewilligt, sollen die restlichen Anträge auf der Grundlage der allgemeinen Aussprache im Bundesjugendausschuß behandelt werden. Das soll dann so laufen, daß die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften im Bundesjugendausschuß bei der Beschlußfassung die Stimmen aller Delegierten ihrer Organisation abgeben sollen. Wahrlich, das ist direkte Demokratie!

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

(1) „UZ", 23.11.81
(2) „Handelsblatt", 24.11.81
(3) „Tageszeitung", 24.11.81
(4) „Frankfurter Rundschau" 21.11.81
(5) „Tageszeitung", 10.11.81
(6) „Handelsblatt", 23.11.81

Dr. med. Mabuse

ZEITUNG IM GESUNDHEITSWESEN

– Geschenkempfehlung zum »Fest« –

Herbert Spaich:

»Fremde in Deutschland«

(Beltz-Verlag, Weinheim, DM 48)



Kinder in Hildesheim

Der Autor (31) ist Redakteur beim Süddeutschen Rundfunk und betreut dort das Ausländerprogramm. Ebenfalls in diesem Jahr brachte er auch das Buch „Asyl bei den Deutschen, Texte zum Schutz der Fremden" heraus.

Dem vorliegenden Buch liegt eine Sendereihe des Südfunks Stuttgart über „Fremde in Deutschland" zugrunde. Anstoß für die Sendung und später das Buch gab für H. Spaich die Tatsache, daß im Sommer 1980 die Bereitschaft in der BRD, Fremde zu akzeptieren, einen neuen Tiefpunkt erreicht hatte. „Spitze des Eisbergs" war eine Serie von Anschlägen auf ‚Asylbewerber'-Unterkünfte: In Leinfelden-Echterdingen wurde ein Molotowcocktail in das Hotelzimmer von Eritreern geworfen. In Lörrach explodierte eine Bombe vor einem ‚Asylanten'-Wohnheim. Jedesmal wurden ‚Asylbewerber' verletzt. Zwei Vietnamesen starben bei einem Brandanschlag auf ihre Unterkunft in Hamburg. Der Autor fragte sich, ob die Behandlung der Ausländer in der BRD (und früher in Deutschland) schon einmal anders war, und er untersuchte daraufhin die deutsche Geschichte. H. Spaich konzentrierte sich bei dieser Untersuchung auf folgende Gruppen: die Sinti und Roma, die Hugenotten, die Polen, die Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern/Hitlers Sklaven, ausländische Arbeiter heute, Asylanten heute. Ausgeklammert blieben die Juden. Spaich begründet das damit, daß sie keine „Fremden" gewesen seien, sondern erst dazu gemacht wurden, sie sich selbst aber immer als loyale deutsche Staatsbürger verstanden hätten.

Das Buch ist mit ausgezeichneten Fotos, Zeichnungen, Lithographien ausgestattet; der Text ist einfach und verständlich geschrieben, auf gutem Papier gedruckt und fest gebunden. (Insofern ist das Buch nicht nur inhaltlich besonder gut als Geschenk geeignet).

Die Sinti/Roma

Sehr ausführlich geht H. Spaich auf die Geschichte der Sinti ein. Sie leben am längsten im deutschsprachigen Raum und durchlebten sämtliche Stadien der Fremdenfeindlichkeit. Sie sind ein lebendiges Beispiel dafür, was Fremden geschieht, die nicht als Arbeitskräfte gerufen wurden, sondern die das Gastrecht in Anspruch nehmen und nach eigener Kultur und Gesetzmäßigkeit leben wollen. Ihr Schicksal ist ständige Vertreibung.

Zwischen 40.000 und 70.000 Sinti sollen in der BRD leben. Die Mehrheit von ihnen ist bereits seßhaft geworden und hat damit, mehr äußeren Zwängen folgend, den wichtigsten Bestandteil ihrer Kultur und ihres traditionellen Selbstverständnisses aufgegeben. Dafür erhielten sie keinen Ausgleich, vielmehr war die zunehmende Verelendung die Folge. Der Durchschnitt der deutschen Sinti lebt unter dem Existenzminimum in Primitivsiedlungen zwischen Schutthalden, Güterbahnhöfen und Kläranlagen an der trostlosen Peripherie der Großstädte.

Die Verfolgung der Sinti begann mit dem Edikt des Kurfürsten von Brandenburg vom 15.1.1482, mit dem den Sinti der Aufenthalt grundsätzlich verboten wurde. Um 1500 wurden die Sinti für vogelfrei erklärt. Zwischen 1500 und 1700 wurden 150 solcher zigeunerfeindlichen Edikte, Befehle und Verordnungen erlassen. Vor allem im Preussen des 18. Jahrhunderts erlebte der Terror gegen die Sinti einen Höhepunkt. 1686 befahl ‚der Große Kurfürst' Friedrich Wilhelm die Ausweisung der Zigeuner aus Brandenburg. 1725 bestimmte der preußische König Friedrich Wilhelm I. in einem Erlaß, daß jeder erwachsene Zigeuner, der innerhalb der preußischen Staatsgrenze angetroffen wird, ohne Unterschied des Geschlechts unverzüglich am Galgen zu exekutieren sei.

Trotz der massiven Verfolgungen ließen sich die Sinti nicht vertreiben. Die Fürsten versuchten deshalb in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, sie unter staatliche Kontrolle zu nehmen und mit mehr oder weniger sanfter Gewalt seßhaft zu machen.

In den einzelnen Ländern des Reiches, die jeweils über die entsprechende Gesetzgebungskompetenz verfügten, wurden bis zum 1. Weltkrieg laufend Verordnungen zur Beschränkung der Sintis erlassen. *„Die industrielle Revolution machte den Sinti eine Existenzsicherung durch das traditionelle Wandergewerbe immer schwerer. Zum erstenmal gerieten die in Jahrhunderten gewachsenen sozialen Strukturen und kulturellen Spielregeln dieses Volkes in eine ernsthafte Krise. Viele Sinti zogen in die Großstädte, um hier in der Industrie Arbeit zu finden und um gleichzeitig den polizeilichen Sanktionen zu entgehen. Sie erhofften sich Schutz in der Anonymität. In den einzelnen Ländern wurde ihnen das Hausieren verboten, Gewerbescheine mit dem Hinweis auf die allgemeine Sicherheit und Ordnung versagt ... 1899 richtete das Innenministerium bei der Königlichen Polizeidirektion München einen Nachrichtendienst in Bezug auf die Zigeuner ein ... 1926 legitimierte Bayern mit dem ‚Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen' die Unterdrückung der Sinti und gab jeglichem Polizeiterror freie Hand"* (S. 27, 30). In dem Kapitel sind auch Kohlegemälde des im 3. Reich verfemten Malers Otto Pankok (1893-1966) abgebildet, der sich schon früh mit dem Schicksal der Sinti beschäftigte. 1932/33 lebte er in einem Zigeunerlager am Rande Düsseldorfs. In dieser Zeit entstand ein umfangreicher Zyklus aus Kohlegemälden und Holzschnitten über Zigeuner-Leben im Schatten einer Großstadt.

Die Nazis schließlich führten die vor '33 in den Anti-Zigeuner-Gesetzen formulierten Gedanken zur äußersten Konsequenz. In den „Nürnberger Gesetzen" von 1935, in denen die faschistische Rassenideologie von „Arier" und „Untermensch" ihr pseudo-juristisches Fundament erhielt, wurden neben den Juden die Zigeuner als „Angehörige artfremden Blutes" ausgegrenzt und damit ihre Ausrottung eingeleitet.



Otto Pankok: „Zurück von Auschwitz" Kohlegemälde 1948

‚Asylanten'

Eine weitere Gruppe, die Spaich untersucht, sind die Asylanten.

Im Faschismus, wo sich viele Deutsche auf der Flucht vor der Gestapo befanden, waren sie darauf angewiesen, von anderen Ländern aufgenommen zu werden. Nur deutsche Emigranten mit Geld und einem Namen wie etwa Thomas Mann konnten auf Aufnahme im Ausland hoffen. Alle anderen hatten den langwierigen Weg durch die Instanzen der Visa-Erteilung zu gehen, waren der Gnade der Bürokraten möglicher Aufnahmeländer ausgeliefert, die ihre Lebensbedrohung im Deutschen Reich Adolf Hitlers zynisch bagatellisierten.

„Die bittere Erfahrung deutscher Emigranten und die Erinnerung an den unvorstellbaren Massenmord des NS-Regimes war bei der Formulierung von Artikel 16, Abs. 2, Satz 2 des Grundgesetzes noch gegenwärtig. In der knappen Feststellung ‚Politisch Verfolgte genießen Asyl' wurde Asyl nicht als Gnadenakt des Staates gegenüber einem Fremden definiert, sondern als einklagbares Verfassungsrecht" (S. 260). Wie dieses Recht für Asylbewerber heute wieder zum Problem wird, beschreibt Spaich eindrucksvoll: Zunahme der Ablehnungen von Asylanträgen, immer längere Dauer der Anerkennungsverfahren, katastrophale Unterbringung in Massenquartieren, längeres Arbeitsverbot, gesellschaftliche Isolation. Anhand der „Boat people" beschreibt Spaich auch, wie zwischen den Asylanten Unterschiede gemacht werden.

Die „Hugenotten"

Anders erging es den Hugenotten, protestantisch-reformierte Glaubensflüchtlinge aus dem Frankreich Ludwig XIV. 1685 hatte Ludwig XIV. in seinem Land den protestantischen Glauben verboten. Denjenigen, die nicht willens waren, zum Katholizismus zu konvertieren, drohten drakonische Kerker- und Galeerenstrafen. 200.000 Hugenotten kehrten daraufhin ihrer Heimat den Rücken und suchten im Ausland Asyl, das sie in Holland, England und Deutschland fanden. Allein Preußen nahm 20.000 von ihnen auf. Da die Hugenotten der wirtschaftlichen und kulturellen Elite Frankreichs angehörten, wurden sie vom Brandenburger Großen Kurfürst Friedrich Wilhelm mit landesväterlicher Fürsorge in seine Mark gelockt. Sie sollten der Mark Brandenburg zu wirtschaftlichem und militärischem Aufschwung verhelfen. Alteingesessene Handwerker und Zünfte dagegen sahen in den Franzosen unliebsame Konkurrenten und bekämpften sie.

Fremdarbeiter: Polen, Zwangsarbeiter, „Gastarbeiter"

Seit über 100 Jahren sind Ausländer ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Aus den weniger industriell entwickelten Teilen Europas wurden sie für die schwersten Arbeiten angeworben. Von den ausländischen Arbeitnehmern der BRD führt über die Zwangsarbeiter des Dritten Reichs ein direkter Weg zurück zu den ausländischen Wanderarbeitern in der ‚Gründerzeit' um die Jahrhundertwende. Der industrielle Boom nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich 1870/71 hatte zu einem Beschäftigungsengpaß auf dem deutschen Arbeitsmarkt geführt. Besonders betroffen war die Kohlen- und Stahlindustrie des Rheinlandes. Ausländer in großer Zahl wurden gebraucht. Es kamen Italiener für den Straßenbau und die Landwirtschaft, Polen für den Bergbau. Industrie und Administration ließen keinen Zweifel aufkommen, daß sie nur an der Arbeitskraft der Ausländer Interesse hatten, und sprachen offiziell von ihnen als „Konjunkturpuffer". Die Öffentlichkeit betrachtete die Ausländer als ‚notwendiges Übel', ebenso wie 100 Jahre später die „Gastarbeiter".

Die große Ausbeutung der Polen im deutschen Bergbau sei hier ebenfalls kurz skizziert, da diese heute weithin unbekannt ist, sie aber wichtige Aspekte für die Beurteilung der heutigen Ausländerpolitik in der BRD liefern kann: Zwischen 1850 und 1870 konnte die westdeutsche Kohleförderung und Roheisenproduktion die größten Zuwachsraten aller Zeiten verzeichnen. Daran hatten die polnischen Arbeiter großen Anteil. Wurden 1861 bei einer Volkszählung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur 16 Polen gezählt, so lebten 1890 allein in den Regierungsbezirken Arnsberg, Münster und Düsseldorf bereits 30.290 Einwohner mit polnischer Muttersprache. Im „Revier" stellten die Polen bereits nach wenigen Jahren einen Großteil der Zechen-Belegschaft.

Als im Laufe der Zeit klar war, daß die Beschäftigung der Polen keine vorübergehende Episode sein würde, reagierte der preußische Staat auf die Neubürger zunehmend gereizter. In der deutschen Öffentlichkeit wurde bereits von einer „Gefahr für das Deutschtum" gesprochen. Wer dem Gastland nicht kurzfristig den Rücken kehrte, hatte sich nach den Maximen des Staates der absoluten ‚Germanisierung' zu unterwerfen. Als ein besonders wirksames Mittel setzte dazu der Staat die Schulpolitik ein. Alles, was mit polnischer Sprache oder Polen auch nur in entferntester Beziehung stand, galt als suspekt. Das Schimpfwort „Polacke" wurde so schon vor dem 20. Jahrhundert gebräuchlich.

„Die Unterdrückung der Polen hatte neben innenpolitischen Gründen auch rassistisch-ideologische Ursprünge, die auf der Ebene des militanten Nationalismus zusammenfanden. Die wesentlichen Anstöße zu den zahlreichen Anti-Polen-Kampagnen gingen dabei von der ursprünglich kleinen, aber einflußreichen Gruppe der sogenannten ‚Hakatisten' aus. So nannten sich die Mitglieder des 1894 gegründeten ‚Deutschen Ostmarken-Vereins' nach den Anfangsbuchstaben der Gründer Hansemann, Kennemann und Tiedemann. Dieser Nationalistenverein setzte sich für eine massive Verstärkung der deutschen Interessen in Posen bzw. dem als ‚Ostmark' bezeichneten Teil Polens ein. Er profilierte sich durch gezielte Hetzkampagnen gegen die Polen und die polnische Kultur und säte damit bereits um die Jahrhundertwende den Geist, der 1939 den Überfall auf Polen für die deutsche Führung begründbar machte. Die ‚Hakatisten' verfügten über enge Bindungen zur Regierung in Berlin und hatten direkten Einfluß auf entsprechende Entscheidungen. Zusammen mit den ihnen im Geiste verwandten ‚Alldeutschen' bzw. den ihnen nahestehenden Politikern vermieden sie keine Gelegenheit, um die Polen-Einwanderung als nationale Bedrohung zu bezeichnen. In der deutschen Öffentlichkeit fanden sie damit großen Anklang. Über die deutschnationale Presse wurden die in der Bevölkerung bestehenden Ressentiments gegenüber Fremden im Zeichen des anti-polnischen Chauvinismus aktiviert. Den Höhepunkt der Anti-Polen-Agitation bildete 1909 die Einrichtung einer ‚Zentralstelle für die Überwachung der Polenbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet' in Bochum. Sie hatte die Aufgabe, die von jeher stattfindende Observierung der polnischen Bevölkerung durch die Polizei zu koordinieren und in halbjährlichen Berichten das Berliner Innenministerium, die örtlichen Dienststellen sowie die Regierungspräsidien über die Ergebnisse zu informieren ... Die zentrale Überwachungsstelle arbeitete bis 1914, die von ihr angelegten Akten wurden noch von der Gestapo des NS-Regimes benutzt" (S. 149).

Die Polen bildeten gegen diese feindliche Umwelt eigene Organisationen, den „Bund der Polen", eine polnische Berufsvereinigung, eine eigene Zeitung „Polnischer Genosse", Turnvereine.

Das NS-Regime schließlich betrieb die Ausbeutung von Fremdarbeitern in den Industriebetrieben bis zum Massenmord. Bis zum Ende des 3. Reiches mußten über 6 Millionen Ausländer in den Rüstungsbetrieben und der Landwirtschaft in allen Teilen des Reiches Zwangsarbeit leisten.

Neben den KZ-Häftlingen und den „Fremdarbeitern" waren die Kriegsgefangenen die dritte Gruppe der Zwangsarbeiter in Deutschland, vor allem in der Phase des Krieges, als der deutsche Vormarsch ins Stocken geraten war und der Nachschub an Rüstungsgütern immer drängender notwendig wurde. Von den 7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben rund 5,7 Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft.

1955 kamen wieder Ausländer in die BRD, um hier zu arbeiten. 1955/56 betrug ihre Zahl 98.800, 1959 waren es 166.000, und 1961 schließlich 500.000. Die deutsche Industrie brauchte wieder einsatzbereite Kolonnen für schwere körperliche Arbeit. Die ersten „Gastarbeiter", die Italiener, waren teilweise bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt, als 1970 die Zahl der in der BRD arbeitenden Türken sprunghaft zunahm. Es folgten Jugoslaven, Griechen und Spanier.

1973, mit der weltweiten Rezession, verfügte die Bundesregierung einen „Anwerbestop". Es folgte 1975 die „Regionalsteuerung" – der Zuzug in Siedlungsgebiete mit über

Fortsetzung nächste Seite



Hingerichtete Zivilisten in einem polnischen Dorf 1941. Sie hatten sich geweigert, nach Deutschland zu gehen.

Forsetzung von voriger Seite

12 % Ausländeranteil wurde verweigert.

Im weiteren beschreibt H. Spaich das Unvermögen der Verantwortlichen, die Lage der ausländischen Arbeiter/innen und ihrer Kinder merklich zu verbessern.

Das Buch von Spaich bietet insgesamt einen guten Ansatzpunkt, den Hintergrund der Entwicklung deutscher Ausländerfeindlichkeit zu beleuchten. Mit der Kenntnis der älteren Geschichte und besonders der Erfahrung des deutschen Faschismus stellt sich heute die Frage, ob erneut die Gefahr besteht, daß sich rassistische Ideologien ausbreiten, die sich die Spaltung der Arbeiterklasse in deutsche und ausländische Arbeiter zunutze machen. – Vermutlich wird der deutsche Imperialismus bei der Vorbereitung kriegerischer Auseinandersetzung auch in Zukunft auf das alterprobte Instrument des Rassismus, der Ausländerfeindlichkeit, der nationalen Überheblichkeit nicht verzichten wollen. Die Kontinuität eines großen Teils rassistischer Ideologie, Erkenntnisse und Praxis nach 1945 (so z.B. die Weiterführung der Sinti-Akten) macht dieses Instrument besonders gefährlich.

Wenn die Friedensbewegung gegen die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung unseres Landes Front macht, so ist dies für die Verhindederung eines erneuten Krieges sehr wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die Ausbreitung von Rassismus und Chauvinismus in unserem Land zu verhindern.

Ma., Antifa-Kommission Hamburg

beiter/innen und ihrer Kinder merklich zu verbessern.

Das Buch von Spaich bietet insgesamt einen guten Ansatzpunkt, den Hintergrund der Entwicklung deutscher Ausländerfeindlichkeit zu beleuchten. Mit der Kenntnis der älteren Geschichte und besonders der Erfahrung des deutschen Faschismus stellt sich heute die Frage, ob erneut die Gefahr besteht, daß sich rassistische Ideologien ausbreiten, die sich die Spaltung der Arbeiterklasse in deutsche und ausländische Arbeiter zunutze machen. – Vermutlich wird der deutsche Imperialismus bei der

eines großen Teils rassistischer Ideologie, Erkenntnisse und Praxis nach 1945 (so z.B. die Weiterführung der Sinti-Akten) macht dieses Instrument besonders gefährlich.

Wenn die Friedensbewegung gegen die zunehmende Aufrüstung und Militarisierung unseres Landes Front macht, so ist dies für die Verhindederung eines erneuten Krieges sehr wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die Ausbreitung von Rassismus und Chauvinismus in unserem Land zu verhindern.

Ma., Antifa-Kommission Hamburg

Nazi-Bombenanschlag auf Bremer Buchladen

Die „Volksbuchhandlung" in Bremen wurde am 21. November durch die Explosion einer profimäßig gebastelten Bombe z.T. zerstört. Nur durch Zufall kamen keine Menschen zu Schaden. Die Täter können nur im rechtsradikalen Lager, wahrscheinlich bei der NRAF - dem Bremer NSDAP-Ableger – zu finden sein.

Einige Wochen vorher waren Mitglieder dieser Bande gefaßt worden – Fabel in München, unterwegs mit einem mit Waffen beladenen Auto zu einem Bankraub; Töpfer in Belgien mit einem Gewehr im Gepäck. Zusammenhänge mit dem einige Tage vorher erfolgten Bombenanschlag auf das jüdische Viertel in Antwerpen, bei dem es 2 Tote und mehr als 100 Verletzte gab, sind zumindest nicht ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit dieser Bande mit den NSDAP-Gruppen im In- und Ausland ist der Polizei bekannt.

Dennoch wird einmal mehr die zynisch-verharmlosende Platte aufgelegt: Die Bremer Neonazis habe man fest im Griff; wahrscheinlich seien es Nazis von außerhalb Bremens gewesen; bei den Bremer Neonazis habe man bisher keinerlei Hinweise auf Gewalt oder Waffen entdeckt. Inzwischen scheint man sich auf einen Einzeltäter zu verlegen: einen Jugendlichen, der am Tatort aufgefallen sein soll. Spuren zur NPD, die am selben Wochenende ihren Landesparteitag durchführte, sowie zu einer Gruppe Nazi-Lieder gröhlender Jugendlicher, die am selben Tag durch die Straßen gezogen war, wurden von vornherein als abwegig betrachtet. Ein Mann, der Verbindungen zu Lembke hatte, dem Forstmeister mit den Riesenwaffenlagern bei Celle, und bei dem die Polizei Waffen in der Wohnung gefunden hatte, gilt als unverdächtig, da politisch von ihm lt. Aussage des Staatsanwalts bisher nichts bekannt ist.

Der Anschlag rief in der Bremer Linken einige Erschütterung hervor. Zu einer Kundgebung am folgenden Montag erschienen nicht nur die direkten Betroffenen – DKP, VVN – sondern auch Jusos und die radikale Linke. Die anderen linken Buchläden drückten ihre Solidarität in einem Flugblatt aus. In Sponti-Kreisen wurde erstmals seit langer Zeit über neofaschistische Banden diskutiert und als ein erster praktischer Schritt ein Flugblatt herausgegeben, das die Verharmlosungstaktik von Staatsapparat und Medien angreift.

KB/Gruppe Bremen

Ermittlungsarbeit mit den Bullen? Ein Briefwechsel

„Liebe Genoss[inn]en!

Seit der Veröffentlichung des Fotos [„Stern" vom 29.10.] von einer „Wehrsportübung" der NJO [Nationale Jugend Ostfrieslands] gibts relativ großen Wirbel. Wir haben im Rahmen unserer Antifa-Ini eine Presseerklärung zur NJO und ihren Aktivitäten in die hiesige Regionalzeitung gebracht und einige Sachen in den Zeitungen der Umgebung lancieren können. Desweiteren haben wir inzwischen eine Runde zusammenbekommen, die besucht wird von Grünen, ALern, Falken, div. Schülergruppen, den Autonomen Frauen u.a., um eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.

Obwohl wir schon seit ca. 1 1•2 Jahren im Antifa-Bereich arbeiten, sind unsere Erfahrungen bzgl. der Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen sehr gering. Wir stoßen da auf Schwierigkeiten, die sich u.a. aus der rechtlichen Unklarheit der Situation [z.B.: wie kann man mit einem Personalarchiv in der Öffentlichkeit umgehen] ergeben.

Eine sehr wesentliche Frage ist heute aufgetaucht: Und zwar werden wir inzwischen von den pol. Bullen kontaktiert, mit der Bitte [!], ihnen die Arbeit zu erleichtern, sprich:abzunehmen.

Es geht dabei in erster Linie um Recherchen über angebliche Waffendepots, um die Hintermänner [in der NJO und HIAG] und die Hintergrundinformationen.

Uns ist nicht klar, wie damit umgegangen werden soll. Auf der einen Seite haben wir natürlich ein massives Interesse daran, die auf dem Foto abgelichteten Nazis in den Knast zu bringen.

Nur ist die Frage, ob eine solche Sache [und weitergehend käme es natürlich darauf an, die gesamte NJO aufzudecken und auch die Hintermänner in der HIAG bzw. die BuWe-Kontakte] sinnvoll und möglich ist durch eine verdeckte Zusammenarbeit mit den Bullen.

Wir stehen zweifellos vor der Situation, daß die Ermittlungen bzgl. unerlaubten Waffenbesitzes s c h n e l l e r, aber eben nicht öffentlich laufen würden bei einer verdeckten Zusammenarbeit, das würde aber per se noch lange nicht auf die Öffentlichkeit wirken. Was tun? ...".

Lieber Genosse,

Du fragst, ob es mit Blick auf das gewünschte Ausheben des nazistischen Sumpfes, konkret mit Blick auf die Aufdeckung der bei euch aktiven NJO-Nazis, richtig sei, mit der Polizei „verdeckt" zusammenzuarbeiten. Du meinst, daß die Ermittlungen bzgl. Waffenbesitz dann „zweifellos ... schneller, aber eben nicht öffentlich laufen würden...".

All unsere Enthüllungsarbeit der letzten Jahre hat zum K e r n die strategische und z.T. ganz handfest taktische und aktuelle Zusammenarbeit, das Zusammenwirken zwischen Staat und Nazi-Banden, Nazi-Umtrieben, mindestens eine wohlwollende Duldung des Neo-Nazismus seitens der Polizei, der Gerichte u.a.m. Gerade die letzten Ereignisse - Oktoberfest München, die „Schießerei" in München vor zwei Monaten, der Fall Lembke - offenbaren erneut, daß der Staat nicht nur kein Interesse an der tatsächlichen Aufdeckung des Nazi-Hintergrundes hat, sondern daß seine „Ermittlungen" eher der Abschirmung dieses Hintergrundes dienen. So war das Massaker von München die Tat eines „Einzeltäters" - alle weiterführenden Spuren u.a. zur „VSBD", u.a. zu Lembke etc. wurden verwischt. So wurden nach der kürzlichen Erschießungs-Aktion in München zwar vier Mitglieder der „VSBD" in Gent festgenommen - die Mitgliederkartei, die sie nach Meldungen der niederländischen Presse bei sich hatten - wurde aber unter dem Siegel der Verschwiegenheit eingemottet. Im Fall Lembke ist es wieder dasselbe: alle Spuren werden verwischt, insbesondere die zur Bundeswehr. Abgesehen von der allgemeinen Verharmlosung, Duldung bis Aufpäppelung des Neonazismus, liegt der Grund für diese Vertuschungs-Tätigkeit der staatlichen Ermittlungsorgane eben auch darin, daß der Staat bei gründlichem Vorgehen gegen sich selbst ermitteln müßte! Das meine ich nicht nur allgemein in dem Sinne, daß die allgemeine Rechtsentwicklung zu den konkreten Erscheinungen rechten Terrors führt, sondern so konkret, daß der Staat über seine Geheimdienste, die Bundeswehr u.ä. auch d i r e k t in der rechten Szene drinsteckt, z.T. sogar - wie der Fall Lepzien zeigte - über agents provokateurs die Entwicklung vorantreibt.

Antifaschistische „Ermittlungsarbeit" unterscheidet sich prinzipiell dadurch von staatlicher „Ermittlungstätigkeit", daß es darum geht, durch antifaschistische Enthüllungen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß und wie Nazis mit dem Staatsapparat kungeln bzw. der Staatsapparat mit den Nazis - damals und heute! Insofern widerspräche eine „verdeckte" Zusammenarbeit in den „Ermittlungen" zwischen euch und

so konkret, daß der Staat über seine Geheimdienste, die Bundeswehr u.ä. auch d i r e k t in der rechten Szene drinsteckt, z.T. sogar - wie der Fall Lepzien zeigte - über agents provokateurs die Entwicklung vorantreibt.

Antifaschistische „Ermittlungsarbeit" unterscheidet sich prinzipiell dadurch von staatlicher „Ermittlungstätigkeit", daß es darum geht, durch antifaschistische Enthüllungen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß und wie Nazis mit dem Staatsapparat kungeln bzw. der Staatsapparat mit den Nazis - damals und heute! Insofern widerspräche eine „verdeckte" Zusammenarbeit in den „Ermittlungen" zwischen euch und

den Bullen eurer politischen Zielsetzung, nämlich einer Mobilisierung antifaschistischen Massenbewußtseins. Ganz abgesehen davon, daß es eine lächerliche Farce ist, wenn die „Herren des Morgengrauens", denen ein Millionen-Etat und ein nach Tausenden zählendes Spitzelheer u.a.m. zur Verfügung stehen, nun gerade bei euch ankommen, um Informationen zu sammeln - die sie bereits längst haben oder haben müßten, mindestens aber haben könnten...! - und um sie dann eben n i c h t zu benutzen...! Umgekehrt wird ein Schuh draus: der Staat tut - wenn überhaupt - nur dann etwas gegen die Nazis und auch nur solange, wie es durch die Aktivität antifaschistischer Arbeit gelingt, einen entsprechenden ö f f e n t l i c h e n Druck zu mobilisieren. Öffentlichkeit, Schärfung der Massenaufmerksamkeit durch öffentlich betriebene Untersuchungsarbeit unsererseits (mit Flugblättern, Plakatsteckbriefen, Artikeln u.a.m.) ist daher das „A und O" antifaschistischer Arbeit. Auf der Grundlage e i g e n e r Recherchen kann dann die Bullerei ö f f e n t l i c h zu Aktivitäten aufgefordert werden, so wie z.B. auch diesbezügliche parlamentarische Anfragen auf der Grundlage von Bewegung an der antifaschistischen Basis und eigenen Kenntnissen ihren Sinn haben, während sie sonst archivierte Worthülsen bleiben. Nur wo wir in diesem Sinne eine Enthüllungsarbeit organisiert haben, die auch (relative) Massen ergreifen und deren Kenntnisse, antifaschistischen Initiativen etc. verwerten konnte, haben wir kleinere Erfolge erzielen können. Das gilt bei uns z.B. für die Kampagne gegen die Hansa-Bande, das gilt örtlich gegen die Harting-Bande u.a.m. Ich hoffe, daß ich das einigermaßen deutlich machen konnte.

Darüber hinaus - was die „rein rechtliche" Seite anbetrifft - solltet ihr euch evtl. „Steckbriefe", Flugblätter usw. (Bild und Namen betreffend) anwaltlich beraten lassen, was erlaubt ist und was nicht, wobei man die Grenzen immer zu eigenen Gunsten auslegen sollte... Darüber hinaus ist bekanntlich nicht alles auch richtig, was hierzulande Recht ist...

Seid gegrüßt

F.
Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sanfter Umgang mit Topnazi – oder Küßt sie!

Während gegen den Frankfurter VSBD-Führer Kexel und einige andere ein Revisionsverfahren in Frankfurt wegen der „legenderen" Hauptwachenschlägerei vom 12.1.80 läuft, endete dieser Tage in Offenbach, – der Öffentlichkeit vorher nicht bekannt gemacht, – ein Prozeß gegen Arndt Marx (Hanau), einem der weiteren Beteiligten an jenem 12.1.

Die meisten seiner Kumpane wa-

gener Tod am 24.12.80 an der Schweizer Grenze) und dem oben genannten Walther Kexel steckte er darauf hin eng zusammen; mit einem Kreis verschiedener Nazis, darunter Henry Beier und Wolfgang Koch (beide „NSDAP-Gau Hessen/Nassau", Koch auch VSBD) gründete er die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG); 1980 ging er mit einer Reihe Hoffmann-Anhän-

Sanfter Umgang mit Topnazi – oder Küßt sie!

Während gegen den Frankfurter VSBD-Führer Kexel und einige andere ein Revisionsverfahren in Frankfurt wegen der „legenderen" Hauptwachenschlägerei vom 12.1.80 läuft, endete dieser Tage in Offenbach, – der Öffentlichkeit vorher nicht bekannt gemacht, – ein Prozeß gegen Arndt Marx (Hanau), einem der weiteren Beteiligten an jenem 12.1.

Die meisten seiner Kumpane waren im Frühjahr '81 rechtskräftig, aber mild, verurteilt worden, – um sie nicht zu „stigmatisieren".

Acht Monate auf Bewährung und 2000 DM Geldbuße lautete nun der Spruch des Gerichts gegen Arndt Marx wegen schwerem Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz an genanntem Ort, wo er u.a. mehrmals mit der Gaspistole in die Gegend schoß. Das Geld soll an den Bund der Kriegsblinden gehen, nachdem der Richter den Antrag des Staatsanwaltes abgelehnt hatte, die Summe für das Sozialwerk der Juden in Deutschland zu bestimmen, da durch diesen Adressaten der überzeugte Rechtsextremist zusätzlich provoziert würde...!!!

Ein Blick auf A.M.'s Laufbahn zeigt, wem solche Milde dient: Arndt Marx kam über die NPD zum Kreis Schönborn, den er – während er schon in die WSG-Truppe Hoffmanns eingebunden war – in seinem, z.T. gewalttätigen, Europawahlkampf (ANE) unterstützte, wie es auch die Dilgergruppe (Rodgau), Roland Tabbert (Hanau, Ex-Terrorbande „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung") und andere taten; innerhalb der Hoffmannbande brachte er es zum Unterführer, der u.a. den angeblichen Oktoberfest-Einzeltäter mit ausbildete; die Filiale Hoffmanns in Frankfurt/Rodgau, den „Sturm 7", führte er auch noch nach dem Verbot der WSG an; mit dem Naziterroristen Frank Schubert (zwei Morde und eigener Tod am 24.12.80 an der Schweizer Grenze) und dem oben genannten Walther Kexel steckte er darauf hin eng zusammen; mit einem Kreis verschiedener Nazis, darunter Henry Beier und Wolfgang Koch (beide „NSDAP-Gau Hessen/Nassau", Koch auch VSBD) gründete er die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG); 1980 ging er mit einer Reihe Hoffmann-Anhänger zu Faschisten in den Libanon. Nach seiner Rückkehr Mitte diesen Jahres konnte er gar als „Wachmann" (!) unterkommen; für die Bankraube und weiteren Vorhaben der NSDAP-AO/VSBD'ler Busse, Uhl u.a. soll A.M. zum mitmachen aufgefordert worden sein. Trotz Ablehnung von seiner Seite bedeutet dies, daß er zum Kern der potentiellen Naziterroristen zählt!

Untergetaucht

Untergetaucht sind derweil zwei andere Frankfurter Braune. Einmal Herr Grau, seines Zeichens Geschäftsführer der CSU-nahen „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" (s. „Braunzone", bei Buntbuch) und der Neonazi Nikolaus Dittel, der erst vor einigen Monaten mit Bruder und Vater wegen nazistischer Propaganda u.ä. verurteilt wurde. Gegen beide läuft gegenwärtig ein Prozeß, weil sie den berüchtigten Aufkleber „Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn – Jungsozialisten der SPD" herstellten und verbreiteten. Da beide am 2.12. nicht zum Prozeß erschienen, stellte das Amtsgericht Haftbefehle aus; ein „Hexenschuß"-Attest eines Genfer Arztes zur Entschuldigung für Graus Abwesenheit, reichte den Juristen in diesem Fall nicht mehr aus.

Antifakommission
KB/Gruppe Frankfurt

Berufsverbote ausgesprochen – Kollegen stellen Barbara Larisch ein

Im Dezember soll endgültig das seit 6 Jahren andauernde Berufsverbote-Verfahren gegen die beiden Lehrerinnen Barbara Larisch und Heidi Schellhove abgeschlossen werden – mit der Entlassung.

Nachdem das Verwaltungsgericht im Sommer den Entlassungsbescheid für rechtens erklärt hatte, legten Barbara und Heidi Beschwerde ein. In der 2. Instanz wurde dann vom Oberverwaltungsgericht auf eine mündliche Verhandlung völlig verzichtet!

Beiden Lehrerinnen werden – lange zurückliegende – KBW-Aktivitäten vorgeworfen. In den Verhandlungen war allerdings ein „Beweis" nach dem anderen wie Seifenblasen zerplatzt. Übrig blieben die berühmten „Zweifel" an der Verfassungstreue, die allein für die Entlassung ausreichten – im Zweifel also g e g e n die Angeklagten.

Dies bedeutet im „demokratischen Musterländle" Bremen eine üble Verschärfung der Berufsverbotepraxis.

Barbara und Heidi hatten sich nicht ausdrücklich vom KBW distanziert – was in zwei vergangenen Fällen zur Wiedereinstellung der „Abschwörer" geführt hatte.

Bürgermeister Koschnik („es gibt keine Berufsverbote") hatte noch kürzlich im Gespräch mit Barbaras Kollegen gesagt, er wünsche keine Lehrer ohne Rückgrat – seine Praxis straft nun seine Reden Lügen!

In Barbaras Schule ist jetzt Kampfesstimmung. Am 27.11. wurde im Schulgebäude eine Pressekonferenz einberufen, die die Schulbehörde umgehend verbot. Sie fand trotzdem statt – der Schülerring hatte schnell die Einladung ausgesprochen–und viele kamen: Rundfunk, Regionalfernsehen, alle Bremer Tageszeitungen und die „FR". Noch am gleichen Tag wurden in Radio und Fernsehen sehr positiv für die Frauen berichtet! Inzwischen werden die zuständigen Reporter als „Gesinnungsjournalisten" diffamiert. In ausnahmslos allen Zeitungen war die Berichterstattung ausgesprochen positiv und wohlwollend – allerdings mit dem Touch: Unsere Lehrerin hat niemals die Schüler politisch indoktriniert!

Das Kollegium und die Klasse von Barbara (Eltern und Schüler) wollen „ihre" Lehrerin nunmehr privat einstellen, ein Konto ist bereits eröffnet. Allen ist aber auch klar, daß die Behörde versuchen wird, ihr Hausrecht mit allen Mitteln durchzusetzen. Das hat aber noch niemanden abgeschreckt.

Die Schulleitung ist bereits angewiesen worden, Vertretungsunterricht für den „Tag X" vorzubereiten, damit der Schulfrieden nicht gestört werde. Aber das werden die Kollegen nicht mitmachen: „Frieden an der Gesamtschule Ost heißt: Barbara Larisch muß Lehrerin bleiben" – so formulierten sie ihre Entschlossenheit auf einer Friedensdemonstration der gesamten Schule.

Geldstrafen gegen fünf Frauen im Koblenzer »Parolen-Prozeß«

Am 26.11. wurde im Koblenzer 129a-Prozeß das Urteil gesprochen: 120 Tagessätze von 10 DM für drei der Frauen, 120 Tagessätze von 20 DM für die vierte, und eine „Wiedergutmachung" von 404 DM für die fünfte Angeklagte, weil sie erst 19 Jahre alt ist. Außerdem müssen die Frauen die Kosten des Verfahrens tragen. Der seit einem halben Jahr bestehende Haftbefehl wurde aufgehoben.

Obwohl das Urteil noch relativ „glimpflich" ausgefallen ist – der Staatsanwalt hatte 8 Monate Knast auf drei Jahre Bewährung gefordert – ist es doch immerhin so, daß das Gericht v e r u r t e i l t hat, obwohl im Prozeß überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte, daß die fünf Frauen Parolen gesprüht haben, und daß das Gericht in seiner Urteilsbegründung (und auch schon zuvor bei der Ablehnung von Anträgen) ausdrücklich festgeschrieben hat, daß der 129a auf Parolen zum Hungerstreik und zu den Haftbedingungen von RAF-Gefangenen anzuwenden ist.

Gleich zu Beginn des Verfahrens waren die Anträge der Verteidigung auf Verlegung des Prozesses vor ein gewöhnliches Amtsgericht und auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Klärung der Frage, ob der 129a auf Parolen zu Hungerstreik und Knast angewendet werden dürfe, abgelehnt worden. Das Gericht berief sich dabei auf die Rechtsprechung des BGH. Im Urteil heißt das dann folgendermaßen (sinngemäß):

Der Senat habe hier einen Fall zu entscheiden, der in der Öffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregt habe. Dieses Aufsehen beruhe auf groben Entstellungen und der Behauptung, wir leben hier in einem Polizeistaat, in dem 5 Frauen nicht mal mehr nachts auf der Straße laufen dürfen. Dieser ‚Unsinn' habe vor allem bei jungen Leuten Gehör gefunden, die eben nicht wüßten, daß dies der freiheitlichste Staat auf deutschem Boden ...

Der Senat stütze sich nicht auf das Urteil eines Bundesinnen- oder Bundesjustizministers, sondern auf die Gesetze. Die Auslegung, die der Senat dem Wort ‚werben' gibt, entspreche der Rechtsprechung des BGH; es sei z.B. bereits Werbung, die drei Buchstaben RAF zu sprühen oder den ‚fünfzackigen RAF-Stern'.

Ebenfalls abgelehnt hatte das Gericht Beweisanträge der Verteidigung zur Frage, daß der fünfzackige Stern nicht das spezielle Kennzeichen einer bestimmten Organisation ist, und zur Frage, daß die Haftbedingungen menschenvernichtend sind. Bezüglich des ersten Antrags schloß sich das Gericht der Auffassung der Staatsanwaltschaft an, daß es für das Verfahren unbedeutend sei, ob außer der RAF noch jemand fünfzackige Sterne verwendet oder nicht.

Zum zweiten Antrag erklärte das Gericht, die ‚inhaftierten terroristischen Gewalttäter' seien an ihren Haftbedingungen selber Schuld (mangels Kooperationsbereitschaft), und im übrigen sei der Antrag ja wohl dazu da, die Parolen als humanitär hinzustellen. Ob sie humanitär sind oder nicht sei aber für das Verfahren uninteressant, weil (und jetzt kommt die Vorverurteilung:) weder das ‚Werben für eine terroristische Vereinigung' noch die ‚Verunglimpfung des Staates' noch die ‚Sachbeschädigung' geeignete Mittel seien, humanitäre Forderungen vorzubringen.

Im Urteil sieht das dann folgendermaßen aus: Wer die Freilassung von Günter Sonnenberg und Verena Bekker fordere, wolle damit zum Ausdruck bringen, ihre ‚Taten', nämlich ‚Polizistenmord', seien nicht strafbar. Davon, daß diese Forderung humanitär gemeint sein könnte, sei in der Parole nämlich nichts zu lesen gewesen. Überhaupt sei die einzige humanitär auslegbare Parole die (bereits vom Stuttgarter OLG kriminalisierte) Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Gefangenen, da diese zwar von den RAF-Gefangenen zwecks Konsolidierung gestellt würde, es aber durchaus möglich sei, daß die angeklagten das nicht gewußt und humanitär gemeint haben.

Zur Parole ‚Schluß mit den Morden an den RAF-Gefangenen' urteilte das Gericht, selbst wenn damit die Vorgänge in Stammheim gemeint sein sollten, sei vorsätzlich der Staat beleidigt worden, denn ‚vorsätzlich handelt, wer sich besserer Einsicht verschließt', und die staatliche Selbstmord-Version sei schließlich ausführlich genug in der Presse erklärt worden.

Daß trotz alldem nur eine geringe Strafe verhängt wurde, begründet das Gericht damit, es gehe davon aus, daß die Angeklagten verführt worden seien, und wolle ihnen deswegen eine Chance geben. Außerdem sei nicht auszuschließen, daß die Angeklagten ‚emotionalisiert' gehandelt hätten aufgrund des Todestages von Sigurd Debus, denn ‚wer Sympathien für die RAF hegt, könnte davon betroffen sein'.

Der wirkliche Grund dafür liegt natürlich woanders, nämlich darin, daß die große Öffentlichkeit, die das Verfahren hatte, sehr wohl Eindruck gemacht hat, vor allem in Zusammenhang damit, daß im Laufe der Verhandlungen nicht nur keinerlei Beweise erbracht wurden, sondern auch einige Mauscheleien von Polizei und Justiz aufgeflogen sind.

So ist aufgeflogen, daß die Staatsanwaltschaft (entlastendes) Aktenmaterial zurückgehalten hat: 2 Tage vor der Festnahme der fünf Frauen hatte der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren nach 129a gegen unbekannt eingeleitet, weil schon über zwei Monate hinweg in Koblenz ähnliche Parolen aufgetaucht waren wie in dieser Nacht in der Fußgängerunterführung. Allein das Auftauchen dieser Akte hätte eigentlich zur Einstellung des Verfahrens bzw. Freispruch führen müssen.

Stattdessen wurde ein Fernschreiben des BKA, welches darüber genauer hätte Aufschluß geben können, vom Innenminister Rheinland/Pfalz und von Rebmann einbehalten, weil es anscheinend geheime Arbeitsweisen der Polizei ans Tageslicht bringen würde.



Ebenfalls aufgeflogen ist, daß die Polizeizeugen einer gemeinsamen ‚Belehrung' unterzogen wurden, in der ihnen u.a. Anweisung gegeben wurde, eben über diese anderen in Koblenz aufgetauchten Parolen nichts im Prozeß zu erzählen, und auch nichts darüber, daß sie in dieser Nacht Sonderstreife gefahren sind, um nach den Leuten, die die Parolen geschrieben haben, zu suchen. Im Urteil heißt es dazu: *„Es handelt sich sicher um eine Ungeschicklichkeit der Polizeibehörden".*

Auch die örtliche Presse, die Koblenzer „Rhein-Zeitung", mochte sich der Rechts-Findung des Gerichts nicht anschließen: *„Wurden Polizisten auf Prozeß vorbereitet?", „Neue Akten aufgetaucht", „An Spraydosen waren nur die Fingerspuren eines Beamten", „An Kleidern waren keine verwertbaren Lackspuren", „OLG-Prozeß fortgesetzt"*, sind Beispiele für deren Überschriften.

Einer der Verteidiger hat das Urteil sehr treffend so bewertet: *„Die Tatsache, daß den Angeklagten die Tat nicht nachgewiesen werden konnte, hat sich strafmildernd ausgewirkt".*

Auch sonst hat das Gericht an seiner Gesinnung keinen Zweifel aufkommen lassen: Am 11.11. mußte Dr. Gerhard Härdle, einer der Verteidiger, seine Strafe in Stammheim antreten, nachdem sich das Koblenzer OLG geweigert hatte, ihn als Pflichtverteidiger anzuerkennen (dies hätte Strafaufschub bedeutet). Als deswegen an diesem Verhandlungstag die übrigen Anwälte erklärten, sie wollten jetzt die Verhandlung unterbrechen und (wie viele andere Anwälte auch) ihren Kollegen zum Stammheimer Gefängnistor begleiten, drohte das Gericht nicht nur mit allen möglichen Disziplinarmaßnahmen, sondern sperrte noch gleich vorsorglich (zur ‚Sicherung des Verfahrens') die fünf Frauen im Gerichtsgebäude ein. Daraufhin sahen sich auch die Anwälte gezwungen, auf die Solidaritätsaktion zu verzichten; das Gericht hätte sonst am Nachmittag mit Zwangsverteidigern die Verhandlung weitergeführt.

Am Tag der Urteilsverkündung verhängte das Gericht Ordnungsstrafen von je 200 DM gegen neuen Zuschauer, die Transparente hochgehalten haben mit der Aufschrift:

„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht",

und

„In schwarzen Roben angetreten zur letzten Machtausübung. Ihr unantastbare Talarenbrut! Im Namen des Volkes abtreten!".

Zum ersten Transparent meinte der Vorsitzende Richter Schuth, es käme 40 Jahre zu spät.

richt Beweisanträge der Verteidigung zur Frage, daß der fünfzackige Stern nicht das spezielle Kennzeichen einer

tär auslegbare Parole die (bereits vom Stuttgarter OLG kriminalisierte) Forderung nach Zusammenlegung der

müssen.
Stattdessen wurde ein Fernschreiben des BKA, welches darüber genauer hätte Aufschluß geben können, vom

Freispruch

Westberlin:

Urteile gegen »Demonstrationstäter« werden noch härter!

Mittlerweile hat die Westberliner Justiz ca. 100 Prozesse gegen die Besetzer und Umfeld hinter sich gebracht. Acht Verfahren haben bereits die zweite Instanz durchlaufen, und – bis auf eine Ausnamhme – wurden die Urteile noch härter, als in der ersten Instanz.

38mal wurde insgesamt freigesprochen, 20mal wurde nach Eröffnung des Hauptverfahrens eingestellt oder Geldstrafe verhängt, in etlichen Verfahren wurde Jugendarrest verhängt.

In den 29 Verfahren, in denen Urteile zur Bewährung ergingen, wurden insgesamt **24 Jahre und drei Monate Knast** ausgesprochen. Die Verurteilten haben damit die „Eintrittskarte" in den Knast erhalten. Den politischen Zweck der „Bewährungsstrafe" formulierte ein Richter in einer Urteilsbegründung so: *„Eine Strafaussetzung zur Bewährung sei ein ausgezeichnetes Mittel (und) Instrument, zur Selbstbeherrschung zu erziehen"* (TSP, 1.10.81).

Zum Teil haben die Verurteilten noch die zweite Instanz vor sich, und hier scheinen Richter und Staatsanwälte eine Haftstrafe o h n e Bewährung für ein noch besseres Instrument zur politischen Disziplinierung zu halten: so geschehen jedenfalls im Prozeß gegen Peter, der am 20.10. im Berufungsverfahren zu 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde. *„Das erstinstanzliche Gericht hatte den Angeklagten lediglich des schweren Widerstands für schuldig gehalten und ihn im Februar zu einer Bewährungsstrafe von 9 Monaten verurteilt"* (Volksblatt Berlin, 21.10.81). Peter war bei seiner Festnehme am 13.10. brutal zusammengeschlagen worden. *„Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte bei seiner Festnahme in einem Hausflur mißhandelt worden sei. Dabei könne nicht ausgeschlossen werden, daß die beiden Polizeibeamten daran beteiligt gewesen seien"* (ebenda) Einem der beiden Beamten wurden seine belastenden Aussagen trotzdem geglaubt; der andere sagte gar aus, *„noch niemals von seinem Schlagstock Gebrauch gemacht zu haben"*, (ebenda), was dann selbst dem Gericht zuviel der Lüge war. Aber e i n Bulle als Zeuge reicht ja auch für 14 Monate Knast in zweiter Instanz: diesmal noch zusätzlich wegen „schwerem Landfriedensbruch". Von einem Urteil gegen die prügelnden Beamten ist selbstredend nichts bekannt.

Am 10.11. wurde dann in Moabit ein Freispruch in der Berufung zu sieben Monate Knast ohne Bewährung umgewandelt, auch hier genügt dem Gericht ein polizeilicher Belastungszeuge.

Gleich 15 Monate in den Knast soll ein 23-jähriger Student, dem das Einwerfen von fünf Scheiben vorgeworfen wurde. In erster Instanz hatte er ein Jahr abbekommen. Es nützte auch nichts, daß Entlastungszeugen der Verteidigung bekunden konnten, *„sich am Abend des 15.Oktober mit R. in einem Lokal getroffen zu haben, da er auch noch nach dem ‚date' die Scheiben eingeworfen haben konnte"* (TAZ, 24.11.81). Auch, daß die polizeilichen Belastungszeugen eine falsche Personenbeschreibung abgaben, änderte nichts mehr an der Verurteilung durch das Gericht.

Insgesamt wurde in den bislang gelaufenen acht Berufungsverhandlungen viermal das Strafmaß zum Teil drastisch erhöht, dreimal wurden die Urteile – alle sowieso schon ohne Bewährung – bestätigt, und lediglich das Urteil gegen Alfred wurde von 30 auf 20 Monate ohne Bewährung gesenkt. Zur Zeit sitzen vierzehn Menschen aus dem Umfeld der Besetzerbewegung im Knast. Es werden etliche mehr werden, wenn die Urteile rechtskräftig sind. Und dazu kommen demnächst die ersten Verfahren mit dem § 129 – Hausbesetzer als kriminelle Vereinigung – in der Anklageschrift... (Alle Angaben vom Ermittlungsausschuß).

KB/Westberlin
Anti-Repressionskommission

Freispruch für Hausbesetzer

Das Hamburger Amtsgericht mußte mangels Beweisen neun Häuserkämpfer freisprechen. Ihnen war vorgeworfen worden, anläßlich einer Hausbesetzung in der Kellinghusenstr. 10 am 20.3.81 den Hausfrieden gebrochen zu haben. Aus dem Plädoyer des Staatsanwaltes und auch aus der Argumentation des Richters geht jedoch hervor, daß an eine Beendigung der Kriminalisierung von Hausbesetzern überhaupt nicht zu denken ist. Den Wert des Urteils schätzen die Freigesprochenen in einer Erklärung folgendermaßen ein:

„Schon während der letzten Verhandlungstage war die Anklage der Staatsanwaltschaft in sich zusammengebrochen. Die zur Rettung der staatsanwaltlichen Ermittlungen herbeizitierten Polizeizeugen konnten sich an nichts Konkretes erinnern, geschweige denn Personen, die sich im Haus befunden haben, identifizieren.

Das hielt den Staatsanwalt Heers nicht davon ab, von der politischen Gesinnung der Angeklagten, die sich voll mit der Hausbesetzung solidarisierten, auf den Tatbestand des Hausfriedensbruchs zu schließen. Sein Plädoyer für ein Gesinnungsurteil war „eine Spitzenleistung Hamburger Justizgebaren", wie ein Anwalt die Ausführungen von Heers sarkastisch charakterisierte. Richter Brüchner sprach frei mit dem Hinweis auf das Prinzip, im Zweifelsfall für die Angeklagten zu entscheiden.

Mit keinem Wort nahm Richter Brüchner zum grundsätzlichen Problem Stellung, ob überhaupt ein Hausfrieden bei leerstehendem Wohnraum gebrochen werden kann. Damit zählt er nicht zu den „nachdenklichen Juristen", die sich nach den Ausführungen des Strafrechtlers Erich Küchenhoff fragen sollten, ob „ein zu spekulativen Zwecken leerstehender ja demolierter Mietwohnungsraum ... noch Träger eines Hausfriedens sein (könne)" (zit. nach ‚Tat' Nr. 45 v. 6.11.81). Zumal Richter Brüchner als wahr annimmt, daß Ruppert jahrelang Wohnungen vorsätzlich und rechtswidrig leerstehen und verfallen gelassen hat. Brüchner hätte auch noch einen Schritt weiter gehen können und Instandbesetzern zuerkennen können, daß sie „insofern ein gesellschaftliches Verdienst haben, daß sie auf Fehlleistungen und Mißstände hingewiesen haben," wie die „Frankfurter Rundschau" am 24.8.81 den Verfassungsrichter Simon zitierte. Nach Simons Auffassung haben die Instandbesetzer „erst, als sie gewisse Regelverletzungen, die strafbar sind" durchgeführt haben „mit diesem Hinweis Aufmerksamkeit" gefunden (zit. nach „FR" v. 24.8.81).

Wir jetzt freigesprochenen Angeklagten halten es weiterhin für völlig gerechtfertigt, wenn Menschen, denen Wohnungen zu erschwinglichen Mieten verweigert werden, in leere Wohnungen einziehen und diese durch eine jahrelange verfehlte Wohnungspolitik entstandenen Mißstände durch Hausbesetzungen anprangern und zu beseitigen suchen. Nicht wir hätten auf die Anklagebank gehört, sondern Spekulanten, Kaputtbesitzer und Miethaie wie Heinz Ruppert oder die staatliche SAGA!

Wir fordern nach wie vor:

- *Sofortige Belegung aller bewohnbaren leerstehenden oder anders zweckentfremdeten Wohnungen mit Mietern zu sozial angemessenen Mieten*
- *Schaffung von ausreichendem billigen Wohnraum. Ausbau des sozialen Wohnungsbaus*
- *Freisprechung aller Angeklagten in Hausbesetzer-Prozessen, insbesondere Solidarität mit den Nürnberger Angeklagten*
- *Sofortige Amnestie für alle schon verurteilten Hausbesetzer*
- *Keine neuen Strafprozesse gegen Hausbesetzer."*

Hamburg, 27. November 1981

Kontakt: Michael Wildt
Flotowstr. 14, 2000 Hamburg 76
Tel.: 229 66 39

Die U-Boot-Affäre und die »Sicherung der NATO-Nordflanke«



Bild: Sowjet-U-Boot, schwedischer Bewacher.

Über den Sieg in der Affäre um das sowjetische U-Boot in den Schären gibt es längst keine Zweifel mehr. Das ist Schwedens Militär. In den dramatischen zehn Tagen, während derer das U-137 auf Grund saß, hat sich die Einstellung der Schweden zu ihrer Verteidigung radikal geändert. 86 % der Schweden meinen nun, eine starke Verteidigung sei sehr oder ziemlich wichtig" („Frankfurter Rundschau", 13.11.).

Glaubt man den hiesigen Kommentaren und Berichten über die U-Boot-Affäre, so hat die anläßlich dieses Vorfalls geführte Propagandakampagne über die „sowjetische Bedrohung" Skandinaviens den NATO-freundlichen Kräften im gesamten Nordeuropa erheblichen Auftrieb gegeben. Das drückt sich besonders in der Diskussion um den sowjetischen Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa aus. Die NATO-Strategen glauben, dieser Diskussion jetzt den endgültigen Todesstoß verpassen zu können. Die NATO-Planungen sehen (neben anderem) vor, in den bisher atomwaffenfreien Ländern Dänemark und Norwegen Rüstungsdepots für amerikanische Eingreiftruppen aufzubauen, zu deren Ausrüstung auch taktische Atomwaffen gehören könnten.

Präsenz-„Spiel"?

Ende Oktober lief ein sowjetisches U-Boot der veralteten ‚Whisky'-Klasse mitten im Militärsperrgebiet vor dem Marinehafen Karlskrona auf Grund. Von den schwedischen Abwehrsystemen unbemerkt hielt sich das U-137 längere Zeit in diesem Gebiet auf, bevor es – manövrierunfähig aus dem Wasser ragend – entdeckt wurde. Die Regierung des neutralen, oder besser: nichtpaktgebundenen Schweden setzte das Boot fest und forderte von der SU die *„vollständige Aufklärung"* über die Gründe für das Eindringen des Bootes in schwedische Gewässer. Die SU erklärte Navigationsfehler und technische Defekts zur Ursache. Das Boot sei auf einer normalen Übungsfahrt gewesen: *„In der Geschichte der Seefahrt gibt es seit jeher viele solcher Fälle, darunter solche, an denen schwedische Schiffe beteiligt waren"* (TASS lt. FR v. 12.11.). Dies mag wohl stimmen, wenngleich „solche Fälle" wohl in den seltensten Fällen „technische Defekte" oder ähnliches zur Ursache haben. So wußte die FR (29.10.) zu melden: *„Die schwedischen Hoheitsgewässer werden häufig von fremden U-Booten verletzt. Dies gilt gleichermaßen für Boote des Warschauer Pakts als auch der NATO. 1980 sind der Marine 13 Fälle bekannt geworden. Im September und Oktober vergangenen Jahres machte die Marine fast drei Wochen vergeblich Jagd auf ein U-Boot, das in die Stockholmer Schären eingedrungen war".* Zwischen 1976 und 1980 verbuchte Schweden insgesamt weitere 49 Verletzungen der Hoheitsrechte (lt. Hamburger Abendblatt, 7/8.11.81). Die Gründe für derartige „Verletzungen der Hoheitsrechte" liegen – folgt man der Presse – im militärischen Bereich. Die Abwehr- und Aufklärungsstärke Schwedens werde laufend „getestet". Die entsprechenden Küstengebiete würden auf Abwehrsysteme geprüft. Zweck der „Sondierungen" sei u.a. die Erkundung von U-Boot-Verstekken für den „Kriegsfall". Hinzu kommt sicherlich noch das sogenannte „Spiel der Kräfte", ein weltweit zu Lande, in der Luft und im Wasser betriebenes „Spiel" zur Unterstreichung politischer Ansprüche, das bei Zuspitzung politischer Konflikte sehr schnell ernst werden kann. Erinnert sei hier nur an den Abschuß zweier libyscher Flugzeuge durch die US-Luftwaffe im Golf von Syrte! Die Schweden selbst sind auch nicht gerade zimperlich bei der Vertreibung von U-Booten aus ihren Gewässern: Diese werden *„mit Hilfe von Wasserbomben zum Verlassen der schwedischen Territorialgewässer aufgefordert"* (Frankfurter Allgemeine, „FAZ", 1.10.80). Nach Angaben des schwedischen Marinestabes (lt. FAZ v. 1.10.80) operieren *„ständig 49 sowjetische (sowie) vier polnische U-Boote"* in der Ostsee. *„Die NATO wiederum operiere in der Ostsee mit 30 Unterseebooten, von denen 24 die deutsche Bundesmarine und sechs die Dänen stellen".*

Atom-Geheimnis?

Die schwedische Reaktion auf das Eindringen des U-137 war von Beginn an stark darauf orientiert, das Ereignis propagandistisch auszuschlachten. Der schwedische Außenminister Ullsten erklärte stolz: *„Unsere Aktion war die deutlichste, die seit langer, langer Zeit gegen die Russen unternommen wurde"* (STERN, 12.11.). Ein Minengürtel wurde um das U-Boot gelegt und Spezialeinheiten der schwedischen Armee sicherten das Gelände, gerade so, als ob die Russen einen Ausbruch zu Lande geplant hätten. Der sowjetische Kapitän wurde schließlich verhört, und reges diplomatisches Treiben zur Klärung der Herausgabe-Bedingungen herrschte. Das alles gab jedoch nicht viel her, wenngleich zumindestens hierzulande die Presse die Vorgänge begierig aufgriff und in fette Schlagzeilen umsetzte: *„Russen U-Boot in Falle. Hungern es die Schweden aus?"* (BILD, 31.10). Oder: *„Muß der Kapitän sterben? (...) Er hat Angst vor der Rückkehr in die Sowjetunion"* (BILD, 30.10).

Nach etwa einer Woche Verhandlungen kam endlich Handfesteres über. Das U-Boot habe **Atomwaffen an Bord!** Unter dem Aufmacher: *„U-Boot freigepreßt! Atom-Torpedos"* berichtete BILD (6.11.): *„Weltweites Aufsehen erregte gestern die Enthüllung des schwedischen Ministerpräsidenten Fälldin, daß das sowjetische U-Boot gefährliche Atomwaffen an Bord hat. Es sollen sechs Torpedos mit Atomsprengköpfen sein. Jedes einzelne ist viermal so stark wie das größte konventionelle Torpedo der Welt. ‚Auf dem Boot wurde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Uran-238 gefunden' (...) Mit diesem Uran werden Atombomben gebaut. Trotzdem wird ‚U-137' an die Russen ausgeliefert – ganz offenbar hat Moskau ‚U-137' freigepreßt".* An dieser und an allen ähnlichen Meldungen stimmt fast nichts! Sie stützen sich einzig und allein auf die B e h a u p t u n g schwedischer Militärs, bei Strahlenmessungen an dem Boot das – nicht explosive – Uran 238 festgestellt zu haben. Uran 238 ist ein relativ harmloses radioaktives Element, das wegen seines hohen spezifischen Gewichts bei Flugzeugen und Schiffen als **Ballast** verwendet wird (STERN, 12.11.). Die schwedische Regierung präsentierte jedoch eine weltweit als Tatsache verkaufte T h e o r i e, wonach Uran 238 von den Sowjets als Ummantelung der explosiven Elemente Uran 235 oder Plutonium benutzt werde. Dieser Mantel habe die Aufgabe, eine Messung der darunterliegenden Stoffe zu verhindern. Die Strahlung gehe nicht hindurch, weshalb man eben Uran 235 oder Plutonium nicht nachweisen könnte (FR, 13.11.).

Wie dem auch sei. Ihren Zweck erfüllten die schwedischen Behauptungen voll und ganz. Bisher galten nach NATO-Lesart die U-Boote der ‚Whisky'-Klasse als konventionelle Einheiten. Die gegenteiligen (von der SU übrigens dementierten, s. FR, 17.11.) Behauptungen lockten sofort zu ersten Hochrechnungen: *„Sollten alle 50 Boote* (der ‚Whisky'-Klasse), *von denen jedes 18 Torpedos mit sich führt, atomar bewaffnet sein, so käme man auf eine Zahl von 900 Nukleartorpedos in der Ostsee"* (HA, 8.11.). Weiter spekuliert Springers „Abendblatt", daß *„auch die U-Boote der ‚Whisky'-Klasse, die an der Halbinsel Kola am Eismeer stationiert sind, über gleiche Torpedos verfügen".* Fazit: „Nach einhelliger Meinung der vom ‚Abendblatt' befragten Experten, muß die Erkenntnis von der nuklearen Bewaffnung der insgesamt 115 ‚Whisky'-U-Boote zu einer tiefgehenden Revision der NATO-Seestrategie führen".

Eine wahrhaft f a b e l hafter Exkurs, wie aus einer T h e o r i e eines neutralen Staates über die Bewaffnung veralteter sowjetischer U-Boote die Notwendigkeit einer Revision der NATO-Strategie erwächst. Die Frage nach der Existenz von Atomwaffen war – wie gesehen – schnell geklärt. Blieb natürlich noch die Frage nach dem Sinn und Zweck dieser Waffen. Auch hier wilde Spekulationen: Zum einen wurde angeführt, Atomtorpedos seien für die U-Boot-Jagd notwendig, da die aus antimagnetischem Stahl gebauten NATO-U-Boote von den Sowjets nicht zu orten seien. *„Aber ein quasi blinder Schuß auf sie mit einem Nuklearkopf würde sie vernichten"* (HA, 8.11.). Allerdings, wendet der Verfasser gleich selbst ein, *„würde eine nukleare Explosion auch den Angreifer selbst vernichten",* da die U-Boote der ‚Whisky'-Klasse eine *„zu geringe Geschwindigkeit"* hätten, um den Gefahrenbereich schnell genug zu verlassen. *„Wahrscheinlicher aber ist, daß die Nukleartorpedos für den Angriff auf Flugzeugträgergruppen im Nordatlantik bestimmt sind".* Zwar müßte auch dafür das Argument der „zu geringen" Fluchtgeschwindigkeit zutreffen, sollte man denken, aber den Verfasser des „Abendblatt"-Artikels stört es nicht, denn er ist am Ziel: **„Damit wären die Verbindungslinien zwischen den USA und Westeuropa weit gefährdeter, als bisher angenommen".**

Eine ganz neue Version lieferte eine Woche später, am 15.11., die „BILD am Sonntag": **Rote Atom-Minen vor unserer Küste?"** (fett, S.1). *„19 Tage nach der Entdeckung des atomwaffenbestückten sowjetischen U-137 auf schwedischem Hoheitsgebiet ist eine Bombe von höchster Brisanz geplatzt: Es besteht der schwere Verdacht, daß die Sowjets an der deutschen, aber auch an der dänischen und schwedischen Ostseeküste heimlich Atomminen gelegt haben, oder eine solche Verseuchungsaktion unmittelbar vorbereiten! Das erfuhr BILD am SONNTAG aus bestinformierten neutralen und NATO-Quellen. Schwedens Verteidigungsexperten schätzen jetzt, daß die Sowjetunion unter größter Geheimhaltung die Ostsee, die der Kreml ja zum ‚Meer des Friedens' erklärt hatte, mit 300 bis 400 Atom-Raketen, -Bomben und -Minen gespickt hat. Auch darüber wird bei Breschnews Besuch in Bonn (...) zu sprechen sein".*

„BamS" weiß erstaunlicherweise sogar schon genau zu berichten, wie die Atom-Minen beschaffen sind: *„Nach Auskunft von Fachleuten sind die Atom-Minen etwa sechs Meter lang. Bei einem Durchmesser von 110 cm haben sie die Form eines Zylinders. Ein Anker hält sie 30 cm über dem Meeresgrund fest. Sie können per Funk über eine Entfernung von bis zu 800 Kilometer ferngezündet werden. Da die Ostsee an den meisten gefährdeten Stellen 30 bis 40 Meter tief ist, die Strahlung der Waffen aber nur zehn Meter weit reicht, ist es ungeheuer schwierig, diese ‚Teufelseier' zu orten (...) Die Lebensdauer der Atom-Minen soll etwa acht Jahre betragen".* (Man weiß zwar nicht, ob es sie überhaupt gibt, aber dank der genauen Beschreibung wird man sie schon noch finden. Wäre ja gelacht ...) *„Sehr gefährdet ist auch die Kieler Bucht. Sie wurde bereits abgesucht – ohne Ergebnis!"*, was nur beweist, wie gut versteckt ...

„BamS" weiß auch, w o f ü r diese Atom-Minen verlegt wurden – oder werden sollten: *„NATO-Pläne sehen vor, bei einem Angriff aus dem Osten durch schnell geworfene Minensperren ein Auslaufen der gewaltigen baltischen Flotte der Sowjets in die Nordsee zu verhindern. Ferngezündete Atomminen aber können diese Verteidigungssperren in die Luft jagen".* Klar, dann können sie durch – sofern dann noch 'ne Durchfahrt da ist. *„Fachleute"* – so BamS – *„weisen darauf hin, daß die deutschen Küsten über weite Strekken für den Einsatz von Kernwaffen zu flach sind und daß hochgehende Atom-Minen gewaltige Wellen auslösen würden, die bis an die ‚DDR'-Küsten schlagen würden".* „BamS" endete mit den Behauptungen, daß die U-Boot- und Minen-Abwehr der NATO *„sehr schwach"* sei, die Ostsee *„voll von der Sowjetunion beherrscht"* werde und die *„Reden der Sowjetunion von der Ostsee als einem ‚Meer des Friedens' nicht mehr länger glaubwürdig"* seien.

Für die NATO-Propagandisten stand das Ergebnis der „Untersuchung" schon vorher fest: Die NATO muß „ihre Nordflanke stärker schützen", also noch mehr aufrüsten. Weitaus interessanter als all die wilden Spekulationen über sowjetische A-Waffen war folgende klitzekleine Meldung: „Kein westlicher Politiker oder Militär hat sich zu Fragen äußern wollen, ob auch die NATO in der Ostsee Kernwaffen stationiert hat. Der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagte, er würde die Frage nicht beantworten können. Sie falle mit Sicherheit unter den Geheimschutz" (HA, 8.11.).

Die Diskussion um die atomwaffenfreie Zone

Die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien geht zurück auf den 1963 vom finnischen Staatspräsidenten Kekkonen gemachten Vorschlag, die de facto in Skandinavien bestehende Atomwaffenfreiheit vertraglich festzuschreiben. Dänemark, Schweden und Norwegen lehnten damals und auch bei allen späteren ähnlichen Vorstößen ein solches Ansinnen ab. Dänemark und Norwegen hatten sich bei ihrem Eintritt in die NATO 1949 selbst auferlegt, keine fremden Truppen auf ihrem Boden zu stationieren, und sie erweiterten diese Selbstbeschränkung später auch noch auf Atom-Waffen. Diese Selbstbeschränkungen waren der Preis, den sie u.a. für einen innenpolitisch möglichst reibungslosen Eintritt in die NATO zu zahlen hatten. Diese Selbstbeschränkungen sind bereits heute erheblich aufgeweicht, und die Regierung Dänemarks und Norwegens sind z.Zt. dabei, sie vollends zur Formel werden zu lassen, indem sie den USA gestatten, Rüstungsdepots für mit taktischen Nuklearwaffen ausgerüstete Einheiten der US-Marine einzurichten. Mit dem Regierungswechsel in den USA erstarkte auch in Skandinavien die Friedensbewegung und griff natürlich das Thema Atomwaffenfreie Zone auf. Fast zeitgleich mit dem norwegischen Wahlkampf, wo die noch in Regierungsverantwortung stehende sozialdemokratische Partei, ganz im Zeichen der sich abzeichnenden Wahlniederlage, sich auf die Oppositionsrolle besann und eine solche Zone zum Programmpunkt erhob, gab es von der Sowjetunion vorsichtige Andeutungen, daß sie beim Zustandekommen eines solchen Vertrages bereit wäre, ihrerseits über *„flankierende Maßnahmen"* zu reden (FAZ, 9.7.und 7.8.). Diese Faktoren zusammengenommen führten zu wochenlangen Diskussionen und Schlagzeilen. Zum Zeitpunkt der U-Boot-Affäre allerdings hatte diese Diskussion nicht zuletzt auf Druck der NATO ihren Zenit schon überschritten, und plätscherte nur noch vor sich hin. Die Sozialdemokraten Dänemarks und Norwegens hatten zum Schluß erklärt, sie würden ein solches Vertragswerk über eine Atomwaffenfreie Zone **nur „in enger Abstimmung" mit den übrigen NATO-Partnern** zustandekommen lassen (siehe „Spiegel" 34/81, „Europ. Wehrkunde" 8/81 und FAZ 25.7.81).

Die wesentlichen NATO-„Partner" waren von Beginn an gegen diese Idee: *„Schmidt brüsk gegen Pläne einer atomwaffenfreien Zone"* (FAZ, 17.7.); *„Idee eines atomwaffenfreien Nordens bringt Washington in Rage"* (FR, 16.7.). *„Die Verankerung einer solchen Zone würde der NATO-Nordflanke eine Sonderstellung geben, meinten amerikanische Sprecher (...). Für den Kriegsfall aber würden der NATO auf diese Weise Beschränkungen auferlegt, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten"* (ebenda).

Die Tatsache berücksichtigend, daß die SU Andeutungen gemacht hat, ihrerseits *„flankierende Maßnahmen"* zu ergreifen, äußerte sich Genscher ausgesprochen deutlich für die Haltung der BRD-Regierung: *„Sollten die Sowjets einen Teil ihres nördlichen Territoriums, beispielsweise die Halbinsel Kola, in eine atomwaffenfreie Zone einbringen, so würde dies n i c h t s an einer Bedrohung Skandinaviens durch die in weiter entfernten Teilen Rußlands stationierten SS-20 Raketen ändern"* (Welt, 8.7., Hervorhebung d.AK).

Das eigentlich Wichtige an der heftigen Ablehnung der Schmidts, Haigs und Genschers beschreibt die „Süddeutsche Zeitung" wie folgt: *„Wer heute mit dem Stchwort ‚Atomwaffenfreie Zone' konfrontiert wird, muß erkennen, daß es sie längst gibt. Sie umfaßt die NATO-Länder Dänemark und Norwegen, das bündnisfreie Schweden und (...) Finnland. Für die NATO liegt darin insofern ein Problem, als Dänemark und Norwegen damit (...) eine praktische Ausnahme machen"* (SZ,17.7.).

Mit anderen Worten: **Eigentlich bräuchten sich die NATO-Politiker überhaupt nicht darüber aufregen, wenn ein b e s t e h e n d e r Zustand – die Atomwaffenfreiheit – festgeschrieben werden soll; es sei denn, sie wollten diesen Zustand v e r ä n d e r n.** Das ist der springende Punkt und die Ursache für die schroffe Ablehnung jeglicher Verhandlungen.

Die „Bedrohung Skandinaviens" durch die SU

Um die NATO-Staaten Norwegen und Dänemark stärker in den aggressiven USA/BRD-Kurs einzubeziehen, sowie Schweden enger an die NATO zu binden, läuft von Zeit zu Zeit eine entsprechende Kampagne ab, die die „sowjetische Bedrohung" in den grellsten Farben ausmalt. Gut umschrieben ist der ständige Inhalt dieser Kampagnen mit folgenden Zitaten: *„Washington sorgt sich um die Nordflanke der NATO".* Unter dieser Schlagzeile zitierte die „FAZ" (8.4.) den US-Oberbefehlshaber Atlantik, Admiral Train: *„Heute ist die nörd-*

Fortsetzung nächste Seite

Forsetzung von voriger Seite

liche Flanke nicht gesichert. Wenn wir tatsächlich die Nordflanke verlieren würden, so verlören wir nicht nur eines der Mitgliedsländer, nämlich Norwegen, sondern auch die Fähigkeit, Verstärkungen und Nachschub nach Europa zu bringen. Und wenn das geschieht, haben wir Deutschland verloren". Die „Welt" (22.5.81) meldet: „*Genscher besorgt über Bedrohung der Nordflanke (...). Genscher hat sich besorgt über die Massierung des militärischen Potentials der Sowjetunion auf der Halbinsel Kola... geäußert und entsprechende* Gegenmaßnahmen der NATO *als* erforderlich *bezeichnet (...). Die Wiederherstellung des Gleichgewichts erfordere im Bündnis abgestimmte Schritte.* "(Hervorhebung d. AK). Und als drittes Beispiel eine Meldung, die jährlich mindestens einmal abgedruckt wird (ähnlich wie alte US-Spielfilme, die im Zwei-Jahres-Rhythmus wiederholt werden): „*Russen rüsten auf im Norden – Oslo – Die Sowjetunion baut ihr Waffenarsenal im hohen Norden Europas immer stärker aus: In der Nähe der norwegischen Grenze bauen die Russen den größten Flottenstützpunkt der Welt. NATO-Militärs sprechen von einer wachsenden Bedrohung durch die sowjetische Nordmeerflotte: 185 U-Boote, 59 Zerstörer, elf Kreuzer und der Flugzeugträger Kiew sollen ‚im Kriegsfall die Lebenslinien Westeuropas zu den USA unterbrechen'* " („Hamb. Morgenpost, 2.6.81 – ein wirklich zeitloser Artikel).

Normalerweise könnte jetzt eine Darstellung des t a t s ä c h l i c h e n militärischen Kräfteverhältnisses erfolgen, um den Gehalt solcher Meldungen anschaulich zu machen. Aber seit dem Antritt der Reagan-Truppe ist es oftmals einfacher, diese selbst zu zitieren, um die Situation aus der tatsächlichen NATO-Sicht darzustellen. (Wen das Kräfteverhältnis genauer interessiert, dem sei die Lektüre der „Z" Nr.11 oder der zum Thema „sowjetische Marine" authentischere Beitrag von D.S.Lutz in „Friedensanalysen für Theorie und Praxis 11", edition suhrkamp, empfohlen).

Der US-Marineminister J.Lehmann erklärte, daß die USA „*ihre Kriegsmarine von zur Zeit 456 Schiffseinheiten und U-Booten auf 600 verstärken und die Zahl ihrer Flugzeugträger-Kampfgruppen um drei auf 15 erhöhen (wollen). Für 4,4 Milliarden Dollar soll die US-Flotte so ausgerüstet werden, daß sie die ‚Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses im hohen Norden und im Mittelmeer garantiert', die Sowjets von Nordnorwegen fernhalten und sogar den größten nördlichen* sowjetischen Flottenstützpunkt in Murmansk a n g r e i f e n *kann(...). Gleichzeitig sollen Schlachtschiffe mit Marschflugkörpern ausgerüstet werden, die*

Nordnorwegen fernhalten und sogar den größten nördlichen sowjetischen Flottenstützpunkt in Murmansk a n g r e i f e n *kann(...). Gleichzeitig sollen Schlachtschiffe mit Marschflugkörpern ausgerüstet werden, die*

auch atomare Sprengköpfe tragen" („Welt",5.3.81,Hervorh.d.AK). Eine Woche später hielt Reagan selbst eine Rede zur künftigen US-Marine-Politik. Das Ziel sei: „Zurück in die Gebiete höchster Bedrohung unserer nationalen Interessen. Wiedererlangung unserer Fähigkeit, die sowjetische Bedrohung unserer Interessen a u s z u s c h a l t e n "(„Welt",11.3.81, Hervorhebung d.AK). Deutlicher können wir es auch nicht machen.

Sie lieben den Sozialstaat

Natürlich gibt es neben der äußeren Bedrohung wie überall auch die innere. Adalbert Weinstein von der „FAZ" – hierzulande Spezialist für Bedrohungen aller Art – kennt sich natürlich auch in Skandinavien aus. „*Dänemarkisierung*" drohe, schimpfte er, weil Dänemark die 1977 im Rahmen der NATO beschlossene jährliche Erhöhung des Kriegsetats um real 3 % nicht einhalten wolle. „*Die in ihren Wohlfahrtsstaat verliebte Regierung*" – so Weinstein (was der liebt, wissen wir), „*setzt den Rotstift da an, wo alle sozialistischen Politiker zu sparen beginnen (...): am Wehretat*". („FAZ", 21.8.81). Im Sommer 1980 besuchte eine Delegation des US-Repräsentantenhauses Dänemark, um die Bedingungen für die Einrichtung von US-Depots zu sondieren. Im Bericht dieses Ausschusses hieß es u.a., Dänemark leiste sich den „*teuersten Sozialapparat*" aller NATO-Länder. Es wende „*fünfzigmal mehr für die Arbeitslosenunterstützung als für die Verteidigung auf, während die Vereinigten Staaten ein Achtfaches der Sozialleistungen zugunsten der Arbeitslosen für die Verteidigung aufbrächten. Der dänische Wunsch nach amerikanischen Verstärkungen für den Krisenfall... laufe im Grunde auf die Bitte an die amerikanischen Steuerzahler hinaus,* ‚verteidigungsschlappe Wohlfahrtspolitiker *zu unterstützen.*' " („FAZ", 22.4.81 - Hervorhebung AK).

Der norwegische Generalstabschef Hamrin entdeckte die Wurzel des Übels auch im Innern, natürlich bei den anderen: „*Die Süd- und Ostflanke des Landes (sei) durch den in den letzten Jahren stetig reduzierten Verteidigungsaufwand Dänemarks und Schwedens gefährdet*" („Welt", 16.7.81). Zur Abrundung dieser Auswahl bekommt nun Norwegen noch seine Lektion: „*Nach Ansicht von NATO-Militärs (sind) vor allem in Norwegen intensive Anstrengungen erforderlich, um die Luftstreitkräfte zu verstärken*" („Welt", 2.6.81). Wie man es auch dreht und wendet: keiner tut genug, und alle lassen sie angeblich den Kriegsetat bluten – aus Liebe zum Sozialstaat. Ungeheuerlich! Wie die Dinge wirklich stehen, soll der folgende kurze Abriß über z.Zt. wesentliche Aufrüstungsprojekte in Skandinavien ansatzweise vermitteln.

Dänemark

Im August einigten sich die großen Parteien über den Wehretat. Er sieht für die nächsten drei Jahre eine reale Steigerung um 2 % jährlich vor. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Jörgensen mißachtete dabei den Beschluß seiner eigenen Partei, die sich für eine ‚Nullösung' ausgesprochen hatte. Die Truppe soll um 1200 Mann aufgestockt werden (schon vorher hat das Heer 120 neue Leopard-Panzer gekauft), und die Torpedoboote werden modernisiert. Beschlossen wurde auch die Aufstellung von zwei zusätzlichen HAWK-Raketenbatterien („FR", 13.8.81). Der Schwerpunkt der dänischen Rüstung liegt bei der Luftwaffe. Die Anschaffung von 58 Maschinen des amerikanischen Produkts F-16 ist angelaufen („FAZ", 22.4.81). Trotz der dänischen Selbstverpflichtung, keine fremden Truppen und keine A-Waffen auf seinem Territorium zu stationieren, stehen die Verhandlungen über die Errichtung von Rüstungsdepots für taktisch-atomar bewaffnete US-Marines, die „im Krisenfall" herangeschafft werden sollen, kurz vor dem Abschluß („FAZ", 22.4.81). Die Rede ist von insgesamt 70 000 Ledernacken, für die Material gelagert werden soll. Zusammen mit den britischen, bundesdeutschen (die über solche Depots in Dänemark bereits verfügen) und dänischen Soldaten, stehen dann im Krisenfall 250 000 NATO-Soldaten in Jütland bereit. („FR", 2.7.80). Im Zusammenhang mit der Einrichtung von Depots steht „*folgerichtig*" auch der Ausbau dänischer Flughäfen zur „*Heranführung alliierter Luftwaffenverbände*" („FAZ", 22.4.81). Das alles klingt weniger nach „verteidigungsschlappen Wohlfahrtspolitikern" oder – Sozialisten.

(„FAZ", 22.4.81). Das alles klingt weniger nach „verteidigungsschlappen Wohlfahrtspolitikern" oder – Sozialisten.

Island

Auf Island wird der US-Stützpunkt Keflavik um weitere bombensichere Hangars für je zwei Phantom-Kampfflugzeuge ausgebaut. Die Arbeiten sollen 1982 beendet sein („Welt", 2.3.81..

Schweden

Daß das z.Zt. verbreitete Gejammer über Schwedens militärische Schwäche reiner Unsinn ist, zeigt sich allein schon darin, daß innerhalb der NATO lediglich die USA mehr Geld pro Kopf der Bevölkerung für die Rüstung ausgeben als die ‚neutralen' Schweden („FR", 13.11.81). Die schwedische Regierung ist derzeit in einer Entscheidungsphase um die Beschaffung einer neuen Flugzeug-Generation für die Luftwaffe der 90er Jahre. Zur Diskussion steht insbesondere ein in Schweden zu bauendes, aber mit US-Motoren bestücktes Flugzeug ‚JAS' (Jagd, Aufklärung und Angriff), das nach Schätzungen in den nächsten 10 - 15 Jahren ca. 50 Milliarden Kronen verschlingen soll. „*Die bürgerlichen Parteien haben bereits einhellig ja zum JAS gesagt. Die Sozialdemokraten zögern noch, – aber ein Nein wird ihnen viel schwerer fallen als noch vor drei Wochen*", nämlich vor der U-Boot-Affäre („FR", 13.11.81 und „FAZ", 7.8.81).

Norwegen

Norwegen spielt wegen seiner exponierten geographischen Lage eine besondere Rolle in der NATO-Strategie trotz seiner Selbstbeschränkungen bezüglich fremder Truppen und Atomwaffen. 1974 hatte ein norwegischer Offizier für seine Staatsexamensarbeit eine „*Untersuchung der in Norwegen stationierten militärischen Navigationssysteme der USA*" durchgeführt, die „*die offizielle Stützpunktpolitik ins Reich der Legende*" verwies. Dazu schrieb „die tat" (24.10.80): „In Wahrheit ist Norwegen das wichtigste Steuerpult für die US-Marine und Luftwaffe im Atlantik und in Nordeuropa geworden". Diese Examensarbeit wurde nach dreijähriger Untersuchung von einem Ausschuß der norwegischen Regierung zum Staatsgeheimnis erklärt. In einem späteren Prozeß gegen den „zu sehr" mit dieser Angelegenheit befaßten Journalisten Ivar Johannsen legten die Friedensforscher Gleditsch (Oslo) und Owens (Stockholm) ein Gutachten vor, aus dem hervorging: „*Die amerikanischen Funknavigationssysteme ‚Loran C' und ‚Omega' – von Nord nach Süd über das langgestreckte Land verteilt – dirigieren die mit Atomwaffen beladenen U-Boote der ‚Poseidon'- und ‚Polaris'-Typen. Die Standorte in Norwegen sind so eingerichtet, daß sie in Zukunft auch zur Steuerung der sogenannten dritten Generation verwendet werden können – nämlich der ‚Trident'-Sprengköpfe. Weitere elf Lausch- und Peilstationen haben dieselben Aufgaben im Dienste der amerikanischen Strategie, wie dies auf die (früheren) Stützpunkte im Iran zutraf, und wie es auf die Basen in der Türkei weiterhin zutrifft*" („die tat", 24.10.80).

Norwegen ist in absehbarer Zeit nicht mehr nur ‚Steuerpult' der USA, sondern auch Stützpunkt für US-Marines und Luftwaffe. „*In mehreren Etappen enthüllten die norwegischen Medien ein Abkommen zwischen Norwegen und den USA, nach dem Norwegen sich verpflichtet, einen Teil seiner Flughäfen so auszubauen, daß sie für amerikanische Atombomber benutzbar sind. Die Pläne sollen außerdem vorsehen, daß im Bedarfsfall die Amerikaner das Kommando über die Flughäfen übernehmen. Nach längeren Dementis sah das norwegische Verteidigungsministerium sich gezwungen, die Existenz des Abkommens zu bestätigen.*"(„taz",17.8.81). Vor allem geht es dabei um Flughäfen in Örland und Vernes in Zentralnorwegen, die als „*Landebasen und Operationsstützpunkte für die unterstützenden Luftstreitkräfte dienen, die im Krisenfall von US-Flugzeugträgern im Nordatlantik abgesetzt werden*" („Welt", 22.1.81). Diese Luftstreitkräfte bestehen aus „*zwei Luftverteidigungsstaffeln von je 12 Phantom F-4S, zwei Staffeln von je zwanzig AV-8 Harrier und A-4 Sky Hawk für die Nahunterstützung, rund zehn Maschinen für Aufklärung, Erkundung und elektronische Abwehr und Feuerleitaufgaben sowie 75 Hubschraubern für Transport und Kampfunterstützung*" (ebenda). Dieses beachtliche Arsenal ist das „Luftstreitelement" für jene US-Marines-Brigade (ca. 10 000 Soldaten), die „im Ernstfall" innerhalb von drei Tagen in Norwegen abgesetzt werden kann und für die – ebenfalls in Zentralnorwegen – Depots für Waffen und schweres Gerät eingerichtet werden. Ein entsprechendes Abkommen wurde in diesem Jahr unterzeichnet. Zu den amerikanischen Einheiten gesellen sich „im Krisenfall" (was auch schon in Manövern geübt wurde) etwa 3 500 Marines aus Großbritanien und den Niederlanden sowie 6 400 Kanadier. Insgesamt ein Kontingent von Truppen, das sich durch die hohe Beweglichkeit mittels der zur Verfügung stehenden Lufttransportkapazität sowie durch die Verfügung über taktische Atomwaffen (Standard-Bewaffnung der US-Marines) auszeichnet.

Die USA drängen seit längerem darauf, daß Norwegen seine „Luftverteidigung" verstärkt. Sie unterbreiteten Norwegen (sowie auch Dänemark, den Niederlanden und Belgien) ein Angebot, das US-Jagdflugzeug F-16 mit einem Rabatt von einer Million DM pro Maschine zu ordern, unter der Bedingung, mit dem „*eingesparten*"Geld „*zusätzliche F-16 zu kaufen*". Wohl sehr zum Leidwesen der US-Flugzeugindustrie prüfen die Norweger jedoch, ob sie nicht mit dem Kauf des Flugabwehr-Raketen-Systems ROLAND aus der BRD besser beraten sind („Welt", 2.6.81).

Streit um den Depot-Standort

Vor dem Abschluß eines Abkommens über die Einrichtung der US-Depots in Zentralnorwegen gab es einen längeren Streit um die Frage, ob es nicht besser wäre, diese Depots in Nordnorwegen anzulegen, in unmittelbarer Nähe der Halbinsel Kola und der dort massierten sowjetischen Marine. Dies hatte – glaubt man der Presse – Norwegen selbst zunächst vorgeschlagen. Aus der Tatsache, daß die SU Norwegen im Zusammenhang mit der Einrichtung der US-Depots kritisiert hatte und der Abkehr von der Entspannungspolitik bezichtigte, konstruierte die NATO-freundliche Presse, die spätere Entscheidung für einen Standort in Zentralnorwegen, 1 000 Kilometer von der Kola-Halbinsel entfernt, sei ein Kniefall vor der SU. So schrieb die „FAZ" (15.7.81): „*Von den sowjetischen Zeitungen immer wieder gewarnt und unter Androhung nicht näher beschriebener ‚Konsequenzen', massierten Einschüchterungen ausgesetzt, gab Oslo den Amerikanern am Ende zu verstehen, sie möchten die Depots lieber in Mittelnorwegen ... anlegen*". Diese Darstellung fügt sich zwar ausgezeichnet in die NATO-Propaganda von der „sowjetischen Drohpolitik", gibt aber unter militärischen Aspekten wenig her. Auf der Kola-Halbinsel sind große Teile des sowjetischen atomaren Zweit-Schlag-Potentials stationiert. Ein Angriff auf diese Insel – egal ob er konventionell, taktisch-atomar oder mit strategischen Atomwaffen erfolgt – wäre ein Angriff auf eine strategische Einrichtung ‚erster Ordnung' und würde bedeuten, daß der strategische Atomkrieg beginnt. Von daher ergibt sich zwingend, daß ein solcher Angriff auf die Kola-Halbinsel nicht durch eine 10 000 Mann starke US-Brigade erfolgen könnte (denen etwa 100 000 sowjetische Soldaten gegenüberstehen würden), deren Anrücken eine mehrstündige – wenn nicht mehrtägige Vorwarnzeit bedeutet, sondern daß ein solcher Angriff mit strategischen oder „eurostrategischen" Atomwaffen mit der entsprechend notwendigen kürzeren Vorwarnzeit erfolgen müßte.

Be achtet man, daß das Gros der für den Einsatz zur „Sicherung der Nordflanke" vorgesehenen US-Marines in Dänemark einen Stützpunkt erhält, und daß lediglich ein Siebtel davon nach Zentralnorwegen soll, kommt man, die Ausrüstung und Ausbildung der US-Marines für Lande- und Brückenkopf-Unternehmen berücksichtigend, eher zu dem Schluß, daß diese Einheiten für Kriegsoperationen an der sowjetischen Ostseeküste eingeplant sind. Ein US-Stützpunkt in Zentralnorwegen macht bei einer s o l c h e n Überlegung schon einen Sinn, denn die Luftentfernung bis Leningrad beispielsweise ist kürzer als die von Dänemark aus.

Im Oktober hielt sich der US-Kriegsminister Weinberger in Stockholm auf, um mit der schwedischen Regierung über die „*strategische Lage in Nordeuropa*" zu beraten. „*Gleichzeitig mit den Gesprächen erklärte ein schwedischer General vor Journalisten, im Falle eines Krieges sei sein Land bereit, amerikanische Cruise Missiles abzuschießen, wenn sie schwedisches Gebiet überqueren sollten. Das neutrale Schweden müsse sonst befürchten, Zielscheibe für sowjetische Atomraketen zu werden*" („HA", 17.10.81). War Weinberger mal wieder zu deutlich geworden?!...

Antimil-Kommission

»Abrüstungs«-Verhandlungen

Kriegstreiber Paul Nitze, ehem. US-Marineminister als Chefunterhändler in Genf.

Inzwischen haben die Verhandlungen schauung, welche die kommunisti- zu vermitteln, indem sie Nitze zu

»Abrüstungs«-Verhandlungen

Kriegstreiber Paul Nitze, ehem. US-Marineminister als Chefunterhändler in Genf.

Inzwischen haben die Verhandlungen um die Mittelstreckenwaffen zwischen den USA und der SU begonnen. Die bürgerliche Journaille entblödete sich nicht und pries den Friedens- und Abrüstungswillen Reagans in höchsten Tönen. Damit Rechtes aus diesen Verhandlungen wird, dafür dürfte schon der Chefunterhändler der US-Delegation, der ehemalige Marineminister Paul Nitze, in Genf sorgen.

Nitze kann auf eine Vergangenheit zurückblicken, die ihn wahrhaft als prädestinierten Fachmann in Sachen Atomkrieg abstempelt.

Er leitete von 1944 bis 46 die amtliche Untersuchung der Effektivität (!) des amerikanischen strategischen Bombenkrieges in Europa und Asien (Ob er mit der Effektivität der beiden Atombombenabwürfe wohl zufrieden war?). 1949 wurde Nitze Mitglied des von George F. Kennan geleiteten Politischen Planungsstabes, dem wohl wichtigsten Gremium des Kalten Krieges (Kennan selbst ist der geistige Vater des Kalten Krieges).

Nachdem die Sowjets erfolgreich die erste Atombombe gezündet hatten, forderte Nitze sogleich größere konventionelle Rüstungsanstrengungen. „*Es könnte sich deshalb als notwendig erweisen, den zivilen Lebensstandard zu senken, statt ihn zu erhöhen, um Waffen statt Verbrauchsgüter zu produzieren ...*" (Nitze, nach „konkret" 11/81, S. 20).

Den Westeuropäern mutete er dann zu, daß sie 20 Prozent ihrer Volkswirtschaften für Rüstungszwecke aufwenden sollten, statt bis dahin 5 Prozent.

1950 wurde Nitze Leiter des Politischen Planungsstabes und arbeitete dann an der Seite vom damaligen US-Außenminister Dean Acheson an der Politik der „Eindämmung". U.a. leitet er die Arbeit an der „Geburtsstunde" dieser Politik, dem Dokument 68 des Nationalen Sicherheitsrates (NSC 68).

Dieses Papier war eines der bestimmenden Dokumente für die amerikanische Politik nach 1950. Mit dem Hinweis auf die wahrscheinlich unüberbrückbare Kluft zwischen kommunistischer und der bourgeoisen Weltanschauung, „*welche die kommunistische und die nichtkommunistische Welt auf unabsehbare Zeit in Widerstreit halten wird*", wurden vier Alternativlösungen vorgeschlagen (zitiert in „Kalter Krieg", D. Horowitz, S. 243).

„*Amerika konnte nichts über das hinaus tun, was es bereits tat, es konnte seine internationalen Verpflichtungen fallenlassen und sich hinter die ‚Festung Amerika' zurückziehen; es konnte versuchen, der Gefahr (?) durch einen Präventivkrieg (!!) vorzubeugen oder es konnte einen massiven Wiederaufbau des eigenen sowie des Verteidigungssystems der freien Welt durchführen und seinen Feinden gegenüber die Haltung einer unerschütterlichen ‚Kampfentschlossenheit' annehmen*" (ebenda).

Für den letzten Kurs entschlossen sich die „Schöpfer" des Dokuments und legten ausführlich dar, daß „*die Nation Waffenausgaben in einer Größenordnung von fünfzig Milliarden Dollar im Jahr erwägen müsse (im Gegensatz zu den gegenwärtigen dreizehn Milliarden)*" (ebenda). Die Rüstungsausgaben stiegen dann auch auf 43,9 Mrd. Dollar ims Etatjahr 1952 (ebenda).

Wie sehr Nitze die Abrüstung am Herzen lag, bewies er abermals im Gaither Bericht (Ende 1957), dessen Ausschußmitglied (Gaither-Ausschuß) er war. Im Zeichen des „Sputnik-Schocks" empfahl der Bericht ein 22-Mrd.– Dollar – Bunker-Bau-Programm, eine Vergrößerung der Streikräfte und 60 Mrd. Dollar Ausgaben für die nationale Sicherheit, anstatt der 35 Mrd. Dollar, die Eisenhower ausgeben wollte.

Von 61 bis 63 war Nitze im Pentagon Unterstaatssekretär für „internationale Sicherheitsfragen". Hier ließ er u.a. ein „Planspiel zur Berlin-Situation" ausarbeiten, in dem sogar der Einsatz strategischer Kernwaffen vorgesehen war. 1969 trat bei Nitze dann eine radikale geistige Wandlung ein, vom radikalen Aufrüster entwickelte er sich zum Rüstungsbegrenzer. Das jedenfalls versuchte die US-Regierungsetage der Öffentlichkeit zu vermitteln, indem sie Nitze zu einem Vertreter in der amerikanischen SALT-I-Delegation machte; allerdings war er „*als vom Verteidigungsministerium entsandter ‚Bremser'*" („FR", 30.11.) delegiert worden!

Nach der Ratifizierung des SALT I-Vertrages im Jahre 1972 trat Nitze 1974 auf dem Höhepunkt der Watergate-Affäre zurück und „*begann – jetzt wieder unter seiner gewohnten alten Flagge – seinen Kampf gegen die Bemühungen um SALT II*" (konkret"11/81, S. 20).

„*Sein 1976 gegründetes anti-kommunistisches ‚Komitee für die allgegenwärtige Gefahr'* (eine Art pressure group für eine neue Hochrüstung Anm.) *lieferte die Munition, die schließlich SALT II im amerikanischen Kongreß zu Fall brachte*" (FR 30.11.81).

„*Die ‚gegenwärtige Gefahr' ortete er als ‚Studiendirektor' des Komitees in vielen Artikeln und Vorträgen insbesondere in der angeblichen Fähigkeit der Sowjetunion, 90 Prozent der stationär verbunkerten Interkontinentalraketen der USA bis 1985 mit einem Präventivschlag auszuschalten (das ‚Fenster der Verwundbarkeit')*" (konkret"11/81).

So wurde er dann zum geistigen Vater des superteuren Programms für mobile Stationierung der MX-Interkontinentalraketen. Wer könnte „qualifizierter" sein, die amerikanische „Abrüstungs"-Delegation zu leiten?

Bisher haben nach Angaben des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine seit 1945 „*mindestens 6.000 offizielle Besprechungen über Abrüstung stattgefunden. Erreicht wurde so gut wie nichts*" (FR, 2.11.81). Die Genfer Gespräche dürften dem in nichts nachstehen. Dafür dürfte Nitze schon sorgen.

Übrigens, ein treuer Verbündeter Nitzes, der General a.D. Edward Rowny, wird voraussichtlich Leiter der amerikanischen Delegation bei den künftigen SALT-Verhandlungen.

(Angaben, falls nicht anders gekennzeichnet, nach „konkret", 11/81)

E/KB Heidelberg

Die Folgen eines thermonuklearen Krieges auf Menschen und Ökologie

Wir beginnen hier mit dem Abdruck einer Artikel-Serie, die 1965 (!) im „Deutschen Ärtzteblatt" erschienen ist (Die Serie trug den Titel: „Die medizinischen Folgen eines thermonuklearen Krieges").

Die Artikel beruhen im wesentlichen auf der Übersetzung einer US-Studie und beschäftigen sich weit über die streng medizinischen Aspekte hinaus auch mit psychologischen, sozialen und ökologischen Folgen eines Atomkrieges.

Diese Serie ist aus mehreren Gründen bemerkenswert:

- **Sie enthält eine Fülle von detaillierten und zuverlässigen Informationen, die selbst dem interessierten Experten heutzutage nur schwer zugänglich sind.**
- **Genau die Veröffentlichung dieser Fakten war zum großen Teil das Anliegen des „Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges" am 19./20.September '81 in Hamburg (s.auch AK 209: „Die Überlebenden werden die Toten beneiden"). Es spricht für sich, wenn heute nur auf Grund des politischen Drucks und der gemeinsamen Anstrengung von 2000 Ärzten aus der ganzen BRD Tatsachen an die Öffentlichkeit gebracht werden können, die vor 16 Jahren sogar als Serie im „Deutschen Ärzteblatt" erschienen sind.**

Pikanterweise ist erst durch die Bundesärztekammer selbst bekannt geworden, daß diese Serie existiert. Dem Vorwurf der Ärzte auf dem „Medizinischen Kongreß", die Ärztekammer würde zur Verharmlosung der Atomkriegsfolgen und zur Vorbereitung eines Atomkrieges auf dem Sektor des Zivilschutzes mit beitragen, wußte man sich nicht anders zu erwehren, als durch das armselige Argument, man hätte ja vor 16 Jahren ausführlich zu diesem Problem Stellung bezogen. Es erscheint allerdings höchst fraglich, ob h e u t e diese Artikel noch mal im „Deutschen Ärzteblatt" veröffentlicht würden.

Warum bringen wir diese Serie? „Einen Atomkrieg kann sowieso keiner überleben" – hört man/frau oft, wenn über die wachsende Kriegsgefahr, Zivilschutz, Bunkerbau geredet wird.

Stimmt das? Es gibt innerhalb der Linken und der Friedenbewegung durchaus unterschiedliche Auffassungen, wie wir uns zum Ausbau des Zivilschutzes stellen sollen: Die einen meinen, solche Maßnahmen sind ideologische und materielle Kriegsvorbereitungen, die die Bevölkerung in Sicherheit wiegen sollen und im Kalkül der Kriegsstrategen einen Atomkrieg „kalkulierbar" und führbarer machen sollen. Es wird deshalb gefordert, jegliche Vorbereitungen auf diesem Gebiet zu verhindern. – Die anderen legen mehr Wert auf die Tatsache, daß es nur für einen verschwindend geringen Teil der Bevölkerung Bunkerplätze gibt (typischerweise darunter viele Privatbunker für Kapitalisten und Gutbetuchte).

Es gibt gleichzeitig von Seiten der Herrschenden durchaus Anstrengungen, die Bunkerplätze zu vermehren, beim Bau von U-Bahnen u.ä. werden sogenannte Mehrzweckanlagen errichtet, die es ermöglichen, diese Bahnhöfe, Schalterhallen, Tiefgaragen usw. als „Atombunker" zu nutzen; alte Bunker aus dem letzten Weltkrieg werden wieder instandgesetzt. Ideologisch rollt immer stärker eine Kampagne an, um die Bürger „zivilschutz" (oder auch „selbstschutz")-bewußt zu machen – über Deutsches Rotes Kreuz, Bundesverband für den Selbstschutz (mit dem „Vorsorge-Paket" im Auftrag des Innenministeriums); es gibt Hauswurfsendungen mit Angeboten für „Selbstschutzkurse". Ärzte werden zu „Triage-Kursen" geladen, um dort die Selektionen von Verletzten (und auch von Strahlenkranken) unter Katastrophenbedingungen zu üben.

Diese Dinge sind zweifellos Bestandteil der Kriegsvorbereitungen durch die Herrschenden. Um dieser Kampagne entgegentreten zu können, ist es auch erstmal notwendig, die Fakten zu kennen.

Wie unerwünscht die massenhafte Verbreitung dieser Tatsachen ist, zeigt sich u.a. auch an dem Umstand, daß der englische Film „WAR GAME" („Kriegsspiel"), der nach denselben Fakten wie die Artikelserie entstanden ist, bereits 1965 von der BBC produziert wurde, aber bisher im englischen Fernsehen – genauso wie im NDR – nicht gezeigt werden durfte.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit den ersten beiden Folgen: „Menschliche und ökologische Auswirkungen in Massachusetts durch einen fiktiven thermonuklearen Angriff auf die Vereinigten Staaten".

Die Abschnitte „Die Aufgaben des Arztes nach dem Angriff" und „Psychiatrische und soziale Gesichtspunkte des Luftschutzprogramms" folgen später.

Während der letzten Monate haben Angst und Verwirrung in der Öffentlichkeit über Möglichkeit und Folgen eines thermonuklearen Krieges erheblich zugenommen, ausgelöst durch umfangreiche (und oft widersprechende) Publikationen in Zeitungen und populären Magazinen, durch Ankündigungen von Regierungsstellen auf Bundes- und lokaler Ebene sowie durch kommerzielle Reklame bezüglich des Luftschutzprogramms. Viele Menschen haben sich an ihre Ärzte gewendet, von denen sie fachmännischen Rat über etwaige Maßnahmen erwarten. Derartige Anfragen beschäftigen sich mit der unmittelbaren Wirkung des radioaktiven Niederschlages, der optimalen Konstruktion eines Schutzraumes gegen radioaktive Niederschläge, den Aussichten auf eine Blutkrankheit auf lange Sicht sowie dem Vorschlag, den Lehrplan der medizinischen Fakultäten abzuändern, um den Notwendigkeiten einer Praxisausübung nach der Katastrophe zu genügen.

Umgekehrt hatten viele Ärzte keine Gelegenheit, sich über die Daten zu informieren, die für jede wissenschaftliche und realistische Beurteilung der medizinischen Konsequenzen eines thermonuklearen Angriffes erforderlich sind. Obwohl sich zahlreiche medizinische Veröffentlichun-

Umgekehrt hatten viele Ärzte keine Gelegenheit, sich über die Daten zu informieren, die für jede wissenschaftliche und realistische Beurteilung der medizinischen Konsequenzen eines thermonuklearen Angriffes erforderlich sind. Obwohl sich zahlreiche medizinische Veröffentlichungen mit der einen oder anderen Seite des Problems unterschiedlich genau befaßt haben, waren die daraus gezogenen Schlußfolgerungen widersprüchlich.

Dies zeigt die unterschiedliche Interpretation dieser Daten, oder, was häufiger der Fall ist, die differierenden Voraussetzungen bezüglich Ausmaß, Natur und Merkmalen eines hypothetischen Angriffs.

Es erscheint daher zweckmäßig, für den medizinisch vorgebildeten Leser die Natur eines klar definierten und spezifizierten thermonuklearen Angriffes auf die Vereinigten Staaten mit seinen kurzfristig auftretenden menschlichen und ökologischen Folgen innerhalb eines fiktiven Gebietes zu besprechen, im vorliegenden Fall für das Stadtgebiet von Boston und einiger anderer Ziele in Massachusetts. Kritiklose Übertragung der Beobachtungen auf andere Teile des Landes ist nicht ohne weiteres gerechtfertigt, jedoch dürften bei gleichartigen Untersuchungsmethoden ähnliche Erkenntnisses für andere Staaten und Regionen zustande kommen. Obwohl viele einschlägige Fakten unbekannt oder nicht veröffentlicht worden sind, stehen genügend Informationen zur Verfügung, um eine solche Besprechung zu gestatten.

Das Problem

Die Beratungen vor dem Radiation Subcomittee of the Joint Congressional Committee on Atomic Energy (Holifield Committee) im Jahre 1959 beschäftigten sich zu einem großen Teil mit der Analyse eines „begrenzten Angriffs" mit 1446 Megatonnen auf ausgewählte Ziele in den Vereinigten Staaten. Wir haben diesen Angriff zur Grundlage unserer Besprechung gemacht. Es sollte hierzu jedoch bemerkt werden, daß ein solcher Angriff, der 1959 noch als realistisch angesehen werden konnte, im Lichte der jüngsten Waffenentwicklungen weit überschritten werden könnte.

Es wird angenommen, daß der Angriff im Spätherbst, nach der Ernte,

cher Angriff, der 1959 noch als realistisch angesehen werden konnte, im Lichte der jüngsten Waffenentwicklungen weit überschritten werden könnte.
Es wird angenommen, daß der Angriff im Spätherbst, nach der Ernte,

bei gutem Wetter, an einem Werktag erfolgt, und daß eine Vorauswarnung von 20 bis 30 Minuten entsprechend der Flugzeit einer Interkontinentalrakete zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten gegeben wird. Weitere Voraussetzung ist, daß nur ein Angriffsschlag erfolgt, so daß radioaktiver Niederschlag, Feuer und andere Wirkungen proportional der Zeit abklingen. Schließlich wird angenommen, daß individuelle und gemeischaftliche Schutzräume gegen radioaktiven Niederschlag gemäß den Empfehlungen der Office of Civil Defense Mobilisation vorhanden sind. Der Angriffsplan sieht 10 Bomben mit insgesamt 56 Megatonnen für Massachusetts vor.

Zur Vereinfachung der sich überschneidenden Wirkungen in zahlreichen Zielgebieten beschränken wir die detaillierte Untersuchung auf die Auswirkungen einer Bodenexplosion von 20 Megatonnen im Zentrum von Boston sowie von 8 Megatonnen auf dem nahegelegenen Luftstützpunkt von Bedford. Zusätzlich übertragen wir das gesamte Schema dieser Angriffe auf das südliche Neu-England, um das Ausmaß der Problematik für eine Gesamtplanung in Massachusetts aufzuzeigen. Die physikalischen Folgen eines solchen Angriffs umfassen die Zerstörungen durch Explosionsdruck, Hitzeentwicklung und radioaktiven Niederschlag. Sie werden im folgenden einzeln besprochen.

Die unmittelbaren Wirkungen des Explosionsdrucks

Die hier angenommene Bodenexplosion von 20 Megatonnen würde einen Krater von 250 bis 300 Fuß (etwa 30 m) Tiefe und einer halben Meile (etwa 800 m) Durchmesser reißen und das umliegende Gebiet mit Erdmassen überschütten. (Eine Explosion in der Atmosphäre würde keinen Krater bilden, aber nahezu das doppelte Areal zerstören.)

Die Hitzeentwicklung einer 20-

wa 800 m) Durchmesser reißen und das umliegende Gebiet mit Erdmassen überschütten. (Eine Explosion in der Atmosphäre würde keinen Krater bilden, aber nahezu das doppelte Areal zerstören.)
Die Hitzeentwicklung einer 20-

Megatonnen-Bombe würde folgende Wirkung haben:

Bei einer Explosion	in der Luft bis zu (km)	am Boden bis zu (km)
Verbrennung 1. Grades Entzündung von Glanzstoffgeweben	80	47
Verbrennung 2. Grades Entzündung leichter Stoffe u. trockenen Laubes	56	33,5
Entzündung dicker Pappkartons u. Autopolster	33,6	20
Schmelzen gewalzten Metalls (Autokarosserie)	15,6	9
Verdampfen gewalzten Metalls, Schmelzen von Glasscheiben	9	5,4

Die Druckwelle nach der Explosion einer Bombe von 20 Megatonnen würde folgende Wirkung haben:

Bei Detonation	in der Luft bis zu (km)	am Boden bis zu (km)
Verletzung von Personen durch Trümmer oder Umherschleudern	37	31
Einsturz von Holzhäusern, Umstürzen von Bäumen	22,5	17
Trommelfellverletzungen, Unterbrechung von Telefon- und Hochspannungsleitungen	17	12
Beschädigung von betonverstärkten Gebäuden	11	9
Lungenverletzungen, Straßen unpassierbar	6	6

Das Gebiet völliger Vernichtung, in dem sogar die massivsten Betonbauten und tiefgelegenen Schutzräume zerstört würden, hätte einen Radius von 4 Meilen (etwa 6,4 km). In einem Radius von 6 Meilen (etwa 9 bis 10 km) würden alle Holz- und Ziegelbauten sowie sämtliche in Kellergeschossen gelegenen Schutzräume völlig zerstört. Lungenschädigungen durch die Explosionswelle allein würden den Tod der gesamten betroffenen Bevölkerung verursachen.

Bei einem Radius von 10 Meilen (etwa 16 km) würden betonverstärkte Gebäude schwer beschädigt, aber z.T. wiederherstellbar sein, während alle sonstigen Bauten vernichtet würden. Tiefgelegene Schutzräume gegen den Explosionsdruck wären in dieser Zone ein wirksamer Schutz, Schutzräume gegen radioaktive Niederschläge dagegen nutzlos.

Bis zu einem Radius von 15 Meilen (etwa 24 km) würden alle Holzhäuser auf das schwerste beschädigt und die Schutzräume unter ihnen gefährdet. Ernstlicher Schaden entstünde in diesem Gebiet durch infolge der Erschütterungswellen umhersausenden Objekte.

Menschliche Körper wären besonders gefährliche „Geschosse", ebenso Steine und Glas. Bei einer exponierten Bevölkerung wird der Prozentsatz der Todesfälle durch diesen Faktor auf bis zu 15 % geschätzt. Eine gewisse Schädigung von Bauten würde sich auf weit größere Entfernungen erstrecken und mit den Wirkungen anderer Explosionen überschneiden.

Für Verluste durch den Explosionsdruck sind drei Gefahrenmomente verantwortlich. Das erste, die primären Auswirkungen des explosionsbedingten Überdrucks, bedingen Trommelfell- und Lungenrupturen, obwohl Personen, die diesem Druck ausgesetzt sind, mit höherer Wahrscheinlichkeit durch sekundäre und tertiäre Wirkungen getötet werden. Das zweite besteht in sekundären Wirkungen durch Schädigung beim Einsturz von Gebäuden und Auftreffen penetrierender und nichtpenetrierender Objekte, die durch Explosionsdruck, Winde und Gravität umhergeschleudert werden. Viele dieser Gegenstände, wie Glas und Mauerwerk, die bis zu einer Entfernung von 18 Meilen (etwa 40 km) eine Gefahr darstellen, bewegen sich mit Schallgeschwindigkeit.

Diese Gefährdung besteht für Personen außerhalb von Gebäuden, selbst wenn sie flach in geschützten Bodenlöchern liegen. Eine im voraus gewarnte Bevölkerung könnte in Häusern und Kellern Deckung suchen. Für diese Personen bestünde wiederum erhöhte Gefahr durch Einsturz von Gebäuden und herabfallende Trümmer. Das letzte Gefahrenmoment umfaßt tertiäre Wirkungen und schließt Verletzungen ein, die bei der Displazierung von Menschen durch die Druckwelle, durch Erschütterung und Winde entstehen können. Eine derartige physikalische Fortbewegung könnte einen Mann mit 160 Pfund Gewicht noch in einer Entfernung von 20 Meilen vom Ziel verletzen, wenngleich für Personen, die in dieser Entfernung im Freien erfaßt werden, die Thermische Schädigung eine größere Gefahr als die Explosionswelle darstellen würde.

Entfernungsangaben auf deutsche Verhältnisse übertragen:

ca. 80 km	ca. 56 km	ca. 33 km	ca. 15 km
von München nach			
Ingolstadt, Altötting, Kufstein, Garmisch, Mindelheim, Donauwörth	Landshut, Rosenheim, Murnau, Landsberg, Augsburg, Schrobenhausen	Freising, Ebersberg, Holzkirchen, Fürstenfeldbruck	Dachau, Gauting
von Frankfurt nach			
Fulda, Heidelberg, Koblenz, Ludwigshafen, Marburg	Gießen, Limburg	Friedberg, Mainz, Darmstadt, Aschaffenburg	Bad Homburg
von Köln nach			
Dortmund, Siegen, Koblenz, Malmedy	Bochum, Oberhausen, Krefeld, Aachen	Düren, Düsseldorf, Remscheid, Bad Godesberg	Bergisch-Gladbach

von Köln nach
Dortmund, Siegen, Koblenz, Malmedy | Bochum, Oberhausen, Krefeld, Aachen | Düren, Düsseldorf, Remscheid, Bad Godesberg | Bergisch-Gladbach

Thermische Wirkungen

Thermische Energie wird von der Bombe in zwei Stößen freigesetzt. Der erste, ein kuzer ultravioletter Blitz, bedeutet keine Gefahr. Aber die folgende Infrarot-Freisetzung, in der sich nahezu 35 % der Bombenenergie entladen, würde Verbrennungen an exponierten Personen verursachen und auf viele Meilen brennbares Material entzünden. Bis zu 21 Meilen von der Bodenexplosion der 20-Megatonnen-Bombe entfernt würde eine Person zweitgradige Verbrennungen der gesamten exponierten Haut erleiden, und die Kleidung sowie andere leicht brennbare Stoffe in der Umgebung würden entzündet.

Noch in einer Entfernung von 40 Meilen würde ein reflektorischer Blick auf den Feuerball eine Erblindung durch Verbrennung der Retina verursachen. (Nach den Tests bei den Marshall-Inseln fand man 345 Meilen entfernt kleinere Tiere mit herdförmigen Netzhautverbrennungen.) Die Entfernungen, bis zu welchen diese thermischen Wirkungen auftreten, würden durch Explosion in der Atmoshäre im Vergleich zu einer Bodenexplosion vergrößert, bei Anwesenheit von Nebel oder Rauch verringert.

Nach Schätzungen enthalten typische amerikanische Städte 5 bis 25 potentielle Zündpunkte pro Morgen Fläche; trockene Landgegenden könnten noch viel mehr aufweisen. Sobald die Bombe explodiert, breitet sich eine ungeheure Druckwelle mit einer Initialgeschwindigkeit, die höher ist als die Schallgeschwindigkeit, vom Zentrum der Explosion aus, ihr folgt ein Wind mit einer zeitweiligen Geschwindigkeit von mehr als 1000 Meilen/h. Dieser Wind schafft bei einer Aufwärtsbewegung ein Tiefdruckgebiet, in das die umgebenden Luftmassen einströmen, wobei sie die zahlreichen Feuer anfachen, die durch die thermische Strahlung und den initialen Explosionsschaden entstanden sind. In einem Umkreis mit dem Radius von 16 bis 21 Meilen um das Zielgebiet Boston würde so die unmittelbar Entzündung von Häusern, Laub, Öltanks, Benzin usw. einen riesigen Feuerorkan verursachen, der anfänglich mit 150 bis 200 Meilen/h dahinfegen würde und später durch Winde mit geringer Geschwindigkeit, die ihrerseits durch die Feuersbrunst entstehen, unterhalten würde.

Ein derartiger Feuerorkan entwickelte sich nach einer Reihe konventioneller Luftangriffe auf Hamburg im Jahre 1943, wobei Temperaturen von schätzungsweise 800 Grad entstanden. Als Tage nach dem Angriff einige Luftschutzräume geöffent wurden, war darin die Hitze noch so groß, daß der einströmende Sauerstoff den gesamten Schutzraum in Flammen aufgehen ließ. Der Tod innerhalb der Schutzräume wurde in Hamburg als Folge von Hitzschlag, Dehydrierung durch intensive Hitze und Kohlenmonoxyd-Vergiftungen beschrieben.

Die Erfahrungen von Hamburg (und Leipzig) stehen in besonders enger Beziehung zu dem Problem der Schutzräume, denn es hatten nur diejenigen Personen, die aus ihren Schutzräumen in den frühen Stadien der Feuersbrunst flohen, überhaupt eine Hoffnung, mit dem Leben davonzukommen. Daher könnte ein Zusammenpferchen in einem Heimschutzraum, besonders einem ohne ein in sich geschlossenes Luftreservoir, leicht tödlich sein, wenn sich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung nächste Seite



darüber ein Feuerorkan entwickelt. Nahe der Peripherie eines Feuerorkans würden tiefgelegene, gegen den Explosionsdruck wirksame Schutzräume, eine ausreichende thermische Isolierung bieten, jedoch nur dann, wenn ein ausreichender Sauerstoffvorrat vorhanden ist, um für mehrere Tage einen völligen Abschluß von der äußeren Atmosphäre zu gestatten.

Die vorausgegangenen Einzelheiten ermöglichen eine zahlenmäßige Schätzung der Menschenverluste durch Explosionsdruck und Hitze, wie sie im Gebiet von Boston auftreten würden, vorausgesetzt, daß sich jede Person zur Zeit des Angriffs in einem Schutzraum aufhielte und daher nicht der Strahlung ausgesetzt wäre. Innerhalb des 4-Meilen-Radius totaler Zerstörung betrüge die Zahl der direkt getöteten Bewohner Bostons mindestens 739 000, ohne dabei die Bevölkerung im täglichen Pendelverkehr mitzurechnen. Innerhalb des 16-Meilen-Radius des Feuerorkans würde unter der Voraussetzung, daß sich kein wesentlicher Bevölkerungsteil in adäquaten, tiefgelegenen drucksicheren Schutzräumen aufhält, weitere 1 501 000 Personen getötet, womit die Gesamtverluste sich im Gebiet von Boston auf 2 240 000 erhöhen würden. Personen in größerer Entfernung, die die Sofortwirkungen überlebt haben, bedürfen möglicherweise der Behandlung wegen Verletzungen durch Verbrennungen 2. und 3. Grades einschließlich Netzhautschädigungen, durch umherfliegende Objekte oder Explosionsdruck und auch wegen Hitzschlag oder Kohlenmonoxyd-Vergiftungen.

Strahlenwirkungen

Die vorausgegangenen Untersuchungen zeigen, daß die Schädigungen durch Explosionsdruck und Feuer, eher als Strahlung, die hauptsächlichen Gefahren für große Gebiete in der Umgebung des Abwurfzentrums darstellen. Die Strahlung würde jedoch für die Menschen ein Problem bedeuten, das über die unmittelbare Vernichtung hinausgeht. Das initiale Freisetzen (5 % der Bombenenergie) von Neutronen und Gammastrahlen mit hoher Energie wirkt örtlich letal, ist jedoch beschränkt auf das durch den Explosionsdruck zerstörte Gebiet. Durch diesen initialen Neutronenstrom werden einige Stoffe aktiviert, die zu dem später auftretenden radioaktiven Niederschlag beitragen.

Die 10 % der Gesamtenergie der Bombe, die sich in den radioaktiven Spaltprodukten entladen,, verteilen sich in zwei Anteile. Bei einer Bodenexplosion bestehen etwa 20 % aus
Spaltprodukten entladen,, verteilen sich in zwei Anteile. Bei einer Bodenexplosion bestehen etwa 20 % aus
sehr kleinen Teilchen, die mit dem Atompilz in die Stratosphäre getragen werden. Sie bewegen sich mit den Winden in großer Höhe weiter und fallen über einen Zeitraum von Monaten oder Jahren als globaler radioaktiver Niederschlag langlebiger Isotopen nieder. Die verbleibenden 80 % kurz- und langlebiger Kernteilchen beginnen schon nach Minuten für die Dauer von 48 Stunden niederzugehen, wobei die Senkungsgeschwindigkeit von der jeweiligen Teilchengröße abhängt. Indiesem Zusammenhang sollte betont werden, daß der beschriebene Ablauf nicht im Falle einer Explosion in der Atmosphäre zutrifft, wie etwa bei Hiroshima oder Nagasaki, wo nur ein geringer oder gar kein örtlicher radioaktiver Niederschlag bestand.

Die physikalische Verteilung des radioaktiven Niederschlages

Aus den Gründen der Berechnung wurde ein idealisiertes Muster des radioaktiven Niederschlages in den offiziellen Publikationen vorausgesetzt. Unsere eigenen Berechnungen setzen einen Wind von 40 Meilen/h voraus, wie bei den Beratungen des Holifield-Komitees. Winde mit geringerer Geschwindigkeit würden demgegenüber einen stärkeren Niederschlag über einem kleineren Areal bedingen.

Man nimmt einen „Boden-Null-Kreis" von etwa 8 Meilen an, der den radioaktiven Niederschlag schwerer Partikel aus der initialen Explosionssäule und der pilzförmigen Wolke einschließt. Dieses Material sinkt innerhalb der ersten Stunde nach der Explosion nieder und verursacht eine Strahlung, die insofern ohne Bedeutung ist, als in diesem Gebiet nur mehr wenige Überlebende von Explosion und Hitze sein würden.

Die leichteren Teilchen brauchen längere Zeit zum Absinken und werden mit dem Wind fortgetragen; sie bilden so anfangs eine Ellipse, später eine zigarrenähnliche Form. Die beste verfügbare Schätzung der Partikelgröße in Gebieten gefährlichen radioaktiven Niederschlages liegt bei 50 bis 400 Mikron. Ein Teilchen von 340 Mikron benötigt dreiviertel Stunde, ein Teilchen von 75 Mikron 16 Stunden, um aus einer Höhe von 80 000 Fuß niederzusinken. Mit einem Wind von 40 Meilen pro Stunde wird ein Teilchen von 340 Mikron etwa 22 Meilen vom „Boden-Null" abgetrieben, ein 75-Mikron-Teilchen etwa 560 Meilen. Sie würden auf diese Weise in einem Winkel von 5 bzw. 0,1 Grad sinken und könnten so durch ein offenstehendes Fenster gelangen.

Im allgemeinen wird angenommen, daß 80 % der auf örtlichen Niederschlag zurückzuführenden Strahlung innerhalb der ersten 48 Stunden niedergehen würde. Nach diesem idealisierten Schema würde eine 20-Megatonnen-Explosion in Boston ein Verseuchungsgebiet von 4000 Quadratmeilen nach sich ziehen, so daß eine ungeschützte Person am Rande dieses Gebietes innerhalb von 48 Stunden 450 rem (das ist eine LD-50-Dosis) erhalten würde. Jedoch werden die oben beschriebenen glatten Konturlinien lediglich von idealisierten Windmustern gebildet, wie sie in der Natur nicht vorkommen. So wurden beispielsweise bei den Tests im Jahre 1954 an einer Stelle 100 Meilen vom Explosionszentrum entfernt 2300 r in 36 Stunden gemessen. An einer anderen Stelle, 25 Meilen
Meilen vom Explosionszentrum entfernt 2300 r in 36 Stunden gemessen. An einer anderen Stelle, 25 Meilen
von der ersteren und 115 Meilen vom Explosionszentrum entfernt, wurden dagegen nur 150 r festgestellt.

Die Vermutung, daß 80 % des gebildeten radioaktiven Materials als örtlicher Niederschlag zur Erde fällt, ist ebenfalls in Frage gestellt worden. Es ist möglicherweise viel weniger. Andererseits stammt unser gesamtes Wissen über den örtlichen radioaktiven Niederschlag von Silikatböden oder von Megatonnen-Explosionen auf Korallensand. Der radioaktive Niederschlag einer Oberflächenzündung in einer Stadt aus Beton oder Stahl hat möglicherweise ganz andere Eigenschaften.

Die medizinischen Folgen der Strahlung

Eine Betrachtung des Strahlenproblems bei einer exponierten Bevölkerung muß die Zeit der anfänglichen Exposition vor Erreichen der Schutzräume, die geringgradige Akkumulation innerhalb der Schutzräume und den späteren Eintritt in eine radioaktive Umwelt berücksichtigen.

Will man die medizinischen Folgen einschätzen, dann muß vor allem darüber Klarheit bestehen, bei welcher Strahlenmenge Schädigungen auftreten. Die meisten offiziellen Berichte verwenden bei ihren Schätzungen den Begriff LD50. Bei dieser Menge, nämlich 400 bis 500 r, könnten, als Kurzzeitdosis gegeben, 50 % einer gesunden jungen Erwachsenenbevölkerung überleben. Vom medizinischen Standpunkt würden jedoch auch weit geringere Mengen (etwa 225 r) einige Personen töten, insbesondere Junge, Alte, Kranke und solche mit Explosions- und Brandverletzungen. Zudem werden bei der Festsetzung von 400 bis 500 r als LD50 nicht die genetischen und langfristigen somatischen Wirkungen (z. B. Leukämie) dieser hochgradigen Exposition berücksichtigt. Schon Strahlenmengen von 50 bis 100 r würden das spätere Auftreten von Krebs und Leukämie erhöhen und spontane Genmutationen verdoppeln.

Die kurzfristigen Wirkungen des radioaktiven Niederschlages können in drei Gruppen eingeteilt werden: Ganzkörper-Strahlenschädigungen durch penetrierende Strahlen, oberflächliche Verbrennungen durch weiche Strahlen (Beta- und Gammastrahlen von geringer Energie) und Schädigungen durch Ablagerung strahlender Kernteilchen in bestimmten Organen. Jede einzelne dieser Arten einer Strahlenschädigung können akute und später auch chronische Erscheinungen machen.

Dosen von 1500 r machen oft nur ein „gastro-intestinales Syndrom" mit Nausea, Erbrechen, Diarrhoe und Nekrose der Darmschleimhaut vor Eintritt des Todes. Obwohl der Tod gewöhnlich schon während der ersten Woche eintritt, wären diese Fälle Teil des unmittelbaren medizinischen Notfallproblems.

Strahlendosen unter 1500 r resultieren in einem gastro-intestinalen Syndrom von abnehmender Schwere, so daß bei einer Menge von 200 r bei den meisten Menschen lediglich eine milde Strahlenkrankheit eintritt, deren Symptome in Haarverlust, Übelkeit, Diarrhoe, allgemeinem Unwohlsein und Schwäche, verzögerter Wundheilung und verminderter Resistenz gegenüber Infektionen bestehen. Granulozytopenie, Anämie und Thrombozytopenie können Hypoxie und Purpura erzeugen und die
stehen. Granulozytopenie, Anämie und Thrombozytopenie können Hypoxie und Purpura erzeugen und die
Möglichkeit einer Infektion erhöhen. In Japan (wo bei den Eyplosionen in der Atmosphäre nur wenig radioaktive Niederschläge entstanden) waren Todesfälle durch Infektion am häufigsten in der 2. und 3. Woche und durch Hämorrhagie in der 3. bis 6. Woche, obwohl auch noch einige strahlenbedingte Todesfälle in der 7. Woche und danach vorkamen.

Das Ineinandergreifen der Reaktionen und die Ähnlichkeit der auftretenden Symptome bei Personen, die eine tödliche Strahlenmenge erhalten haben und denen mit den sehr viel kleineren Dosen würde in der Zeit nach dem Angriff erhebliche diagnostische Probleme schaffen. Kaum ein Überlebender würde wissen, ob er 1000 r oder 100 r erhalten hat. Versuchte man aus praktischen Erwägungen die strahlenexponierten Menschen in drei Gruppen einzuteilen, nämlich solche, deren Überleben unwahrscheinlich, möglich oder wahrscheinlich ist, müßte man sich auf sehr grobe symptomatische Faustregeln verlassen, da adäquate Laboreinrichtungen, gelernte technische Assistentinnen sowie die Möglichkeit, Überlebende systematisch mehrere Wochen oder noch länger zu beobachten, fehlen. Die nachfolgende Allgemeinbeschreibung bezieht sich auf die verschiedenen Kategorien strahlengeschädigter Überlebender.

Gruppe 1 (Überleben unwahrscheinlich): Wenn sofort Erbrechen eintritt und anhält, gefolgt von schneller Erschöpfung, Diarrhoe, Appetitlosigkeit und Fieber, ist die Prognose ernst. Selbst intensive Therapie kann wirkungslos bleiben.

Gruppe 2 (Überleben möglich): Diese Patienten zeigen frühzeitig kurzdauerndes Erbrechen mit einer nachfolgenden Periode anscheinenden Wohlbefindens. Die Lymphozytenzahl ist über Monate vermindert, es besteht Depression der Neutrophilen, sie fallen nach 7 bis 9 Tagen auf Null und bleiben während der zweiten Woche unter 1000 pro Kubikmillimeter. Die Blutplättchen können ihren Tiefstwert nach 2 Wochen erreichen, wobei äußere Blutungszeichen in 2 bis 4 Wochen manifest werden können. Bei den am stärksten bestrahlten Personen dieser Gruppe kann die Latenzperiode 1 bis 3 Wochen dauern, wobei, abgesehen von Mattigkeit, nur geringe Zeichen einer Schädigung bestehen. Gegen Ende dieser Zeit kommt es zu Haarausfall, Purpura, Diarrhoe und Infektionen mit einer hohen Sterblichkeit, sofern intensive Behandlung fehlt. Wenn solche Personen die Schutzräume erst erreichen, nachdem sie ihre initiale Strahlung erhalten haben, würde ein ernstes Problem hinsichtlich ihrer Versorgung während der nächsten Wochen bestehen.

Gruppe 3 (Überleben wahrscheinlich): Diese Personen zeigen manchmal am ersten Tag eine vorübergehende Übelkeit. Fehlen weitere Symptome, dann sind die hämatopoetischen Veränderungen der beste Indikator für den Grad der Strahlenexposition. Die Lymphozyten erreichen innerhalb von 48 Stunden niedrige Werte, die Granulozyten können von der 2. bis zur 7. Woche oder darüber hinaus reduziert sein. Die Blutplättchen erreichen ihre niedrigsten Werte etwa um den 30. Tag. Die medizinische Problematik liegt hier in der Beeinträchtigung des Immunitätsmechanismus und der schlechten Wundheilung.

Weitere unmittelbare Symptome

Weitere unmittelbare Symptome

Wenn auch oberflächliche Verbrennungen durch Betastrahlen nicht zu der hämatologischen Depression beitragen, so erhöhen sie doch die Infektionsgefahr und schaffen sonstige Probleme. 24 bis 48 Stunden nach der Exposition litten 25 % der 64 betroffenen Bewohner der Marshall-Inseln an Hautjucken und -brennen; einige hatten Augenbrennen und Tränenfluß. Die Symptome verschwanden nach 2 Tagen, jedoch kam es innerhalb von 2 Wochen nach der Exposition zu Haarausfall und Hautschädigungen. Frühzeitiger Juckreiz, Brennen und leichte Schmerzen traten mit diesen Schädigungen auf. Tiefere Läsionen machten stärkere Schmerzen, Fußbeteiligung war besonders behindernd. Es bestanden keine weiteren allgemeinen Syptome neben diesen Schädigungen, die innerhalb von 7 bis 10 Tagen ausheilten.

Ein ernsteres Problem könnte die verminderte Heilungstendenz kleinerer Wunden bei Personen sein, die subletale Strahlendosen erhielten. Die mittlere Letaldosis für viele Zellarten liegt bei 100 r; daher sind bei diesen Bestrahlungsmengen nicht nur die hämatopoetischen Abwehrkräfte sondern auch die allgemeinen Heilvorgänge beeinträchtigt. Wie schon oben ausgeführt, würde bei einem hypothetischen Angriff die weit überwiegende Zahl der Überlebenden solche Strahlenmengen empfangen. Mangelernährung, extreme Ermüdung und psychischer Streß würden ebenfalls die Genesung problematisch gestalten. Patienten, die auf regelmäßige Gaben von Insulin, Digitalis, Cortison usw. angewiesen sind, hätten zusätzliche Schwierigkeiten. Es ist wahrscheinlich, daß während der ersten Wochen größere medizinische Probleme aus dieser Kombination von Verbrennungen und Verletzungen, geschwächter Wundheilung und Versagen des Immunmechanismus entstehen würden.

Die innere Absorbtion des radioaktiven Niederschlages würde keine ernste unmittelbare Gefahr sein, sondern gehört zu den langfristigen Problemen. Möglicherweise ist hierbei die Inhalation feiner Teilchen durch eine Bevölkerung in den Schutzräumen mit der Folge von Lungenfibrose und strahlenbedingter Lungenentzündung eine Ausnahme.

Die Aufgabe der Ärzte bei der Behandlung aller dieser Probleme sowie zusätzlicher Komplikationen durch den Verlust medizinischer Einrichtungen und Personals wird Thema des folgenden Artikels sein.

Spätwirkungen

Es ist schwierig die Auswirkungen der verbleibenden Strahlung quantitativ zu erfassen, da viele der kurzlebigen Spaltungsprodukte nach 3 bis 6 Monaten weitgehend zerfallen sind.

Die restliche Radioaktivität ist die Summe dieser noch aktiven Spaltprodukte sowie der langlebigeren Kernteilchen mit langsamem Zerfall. Der radioaktive Niederschlag in grossen Teilen des südlichen Neu-Englands mit Einschluß der Niederschläge von entfernteren Detonationen würde einen radioaktiven Rest von 0,1 bis 1 r pro Stunde für die Dauer von 3 Monaten ergeben. Im zweiten Jahr nach der Detonation würde die Menge der Radioaktivität langsam von 0,01 r abfallen, so daß eine dauernd exponierte Person 90 r pro Jahr erhielte, eine Menge, die mit dem Leben vereinbar ist. Viele dieser dauerhaften radioaktiven Reste sind Betastrahler. Außerdem kommt es zu Verwitterungen und Eindringen in den Erdboden, wodurch eine realistische Schäzung noch schwieriger wird. Viele Elemente in diesen langlebigen radioaktiven Resten (vgl. die Ausführungen von Aronow in seinem Artikel weiter unten) sind physiologisch wichtig und tendieren zu einer Konzentration in bestimmten Organen des Körpers. Wenn diese residuale Radioaktivität auch vereinbar mit dem menschlichen Leben ist, so würden ihre Auswirkungen nicht vorauszusagende Gefahren mit sich bringen, und zwar: Vermehrtes Auftreten von Leukämie und anderen Neoplasmen, vermehrte degenerative Krankheiten, schnelleres Altern und damit verminderte Lebenserwartung, erhöhtes Auftreten kongenitaler Mißbildungen, Totgeburten, frühkindlicher Tod und Schwachsinn, Fertilitätsstörungen und erhöhtes Auftreten von Katarakten.

Ein empfindlicher Indikator für die biologischen Wirkungen ist der in Entwicklung begriffene Embryo. Ein eindrucksvoller Aspekt dieses Problems ist die Empfindlichkeit des sich entwickelnden Nervengewebes gegenüber der Strahlenresistenz ausgereifter Nervenzellen. Viele Zellen zeigen morphologische Zeichen einer Nekrose weniger als 4 Stunden, nach-
gereifter Nervenzellen. Viele Zellen zeigen morphologische Zeichen einer Nekrose weniger als 4 Stunden, nach-
dem 40 r auf den Körper der Mutter oder des Neugeborenen gegeben wurden. In Hiroshima fanden sich viele Fälle von Mikrozephalie sowie gehäuftes Auftreten von Geistesschwachheit bei Kindern, die während der Zeit des Bombardements im vierten Schwangerschaftsmonat in utero waren. Darüber hinaus stammte die Hälfte der substantiellen Zahl geistig defekter Kinder, die in der Periode nach dem Angriff geboren wurden, von Müttern, die einer unmittelbaren Strahlung im Bereich von nur 200 bis 300 r ausgesetzt waren. Ein Bericht über die abnorme Termination der Schwangerschaft bei 45 von 177 schwangeren überlebenden Frauen in Nagasaki zeigt die Abhängigkeit der embryonalen Schädigung von der aufgenommenen Dosis. Zu einem Abort kam es bei allen Frauen, die sich innerhalb 1,8 Meilen vom Explosionszentrum befanden, bei 15 von 20 in der Entfernung zwischen 1,8 und 11,2 Meilen und bei 11 von 138 jenseits dieser Entfernung.

Derartige Effekte würden innerhalb von wenigen Monaten nach einer Explosion ein erhebliches Ausmaß erreichen. Andere biologische Auswirkungen auf lange Sicht sollen hier nicht im einzelnen untersucht werden, da nur geringe experimentelle Kenntnisse über das Phänomen der verzögerten Reaktion vorliegen.

Die tiefgreifend veränderte Ökologie der betroffenen Gebiete würde selbst nach einem Angriff mit nur 1446 Megatonnen von erheblicher Bedeutung sein. In vielen Gebieten würde das Feuer die Waldbestände vernichten und so zu schweren Überflutungen während des Frühjahrstauwetters, einem Fortfall der Wasserspeicherung in den trockeneren Landstrichen und zur Entstehung ausgedehnter Dürregebiete führen. Blütenpflanzen und junge Bäume sind äußerst strahlenempfindlich und würden neben der Schädigung durch Feuer, Überflutungen und Trockenheit auch durch die Strahlung beeinträchtigt.

Außerdem wäre zu erwarten, daß kurz- und langfristige Strahlenwirkungen des radioaktiven Niederschlages

das normalerweise bestehende Gleichgewicht in der Pflanzen- und Tierwelt stören würde. Säugetiere und Vögel sind sehr strahlensensitiv; Insekten sind demgegenüber höchst widerstandsfähig (so werden beispielsweise Küchenschaben durch Gammastrahlung von 40 000 r nicht merkbar geschädigt, bei einer Dosis also, die der hundertfachen LD50 für den Menschen entspricht). Bakterien sind in ähnlicher Weise resistent gegenüber Strahlen, wenn auch dabei die Mutationshäufigkeit zunimmt. So werden beispielsweise nur 10 % einer Escherichla-Coli-Population durch eine Gammastrahlung von 20 000 r abgetötet. Viren und Pilze sind sogar noch resistenter. Das Überleben menschlicher Bevölkerungsgruppen nach dieser ökologischen Umwälzung wäre demnach auf lange Sicht unsicher. Selbst wenn die soziale Struktur intakt wäre und ausreichende Arbeitskräfte erhalten blieben, würde die Landwirtschaft, insbesondere die Haustiere, weitgehend vernichtet. Bevor jedoch Ernährungsschwierigkeiten zu einem größeren medizinischen Problem würden, käme es zu einer erhöhten Bedrohung durch Epidemien aufgrund der erwähnten Tatsache, daß Bakterien, Pilze, Viren und Insekten die Strahlungseffekte überstehen würden. Das endgültige Ausmaß ihrer Vermehrung in Abwesenheit ihrer natürlichen Feinde kann kaum abgesehen werden.

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel prüft die kurzfristigen menschlichen und ökologischen Folgen eines „begrenzten" thermonuklearen Angriffs auf die Vereinigten Staaten gemäß den Vorstellungen des Holifield-Komitee-Berichts aus dem Jahre 1959 in Massachusetts, insbesondere im Stadtgebiet von Boston. Dieser Bericht rechnet mit 10 Bomben von insgesamt 56 Megatonnen für Massachusetts. Der Schaden käme zustande durch die Explosionswelle, die sich entwickelnde Hitze sowie den radioaktiven Niederschlag.

Eine Bodenexplosion von 20 Megatonnen im Zentrum von Boston würde alle Gebäude aus Beton im Umkreis von 10 Meilen, einem Gebiet, das in groben Zügen von der ringförmig verlaufenden Straße 128 begrenzt würde, beschädigen und alle anderen Bauten vernichten.

Innerhalb eines Umkreises mit dem Radius von 16 bis 21 Meilen käme es zu Verbrennungen zweiten Grades und einer Entzündung von Textilien, Häusern, Laub, Benzin usw. und damit zur Auslösung eines Feuerorkans. Menschliches Leben in diesem Areal wäre praktisch ausgeschlossen und allein durch die Explosionswelle und die Hitzeentwicklung käme es im Stadtgebiet von Boston zu schätzungsweise 2 250 000 Toten.

Jenseits des durch Feuer vernichteten Gebietes wären viele Personen einer tödlichen Strahlendosis durch
sionswelle und die Hitzeentwicklung käme es im Stadtgebiet von Boston zu schätzungsweise 2 250 000 Toten.

Jenseits des durch Feuer vernichteten Gebietes wären viele Personen einer tödlichen Strahlendosis durch
den örtlichen radioaktiven Niederschlag ausgesetzt. Für einige dieser Menschen würden die Schutzräume die komulative Dosis der Radioaktivität auf einen Grad reduzieren, der ein Überleben ermöglichte, sofern die Schutzräume sofort aufgesucht und ein Verbleiben in ihnen über mehrere Wochen erfolgte.

Viele Menschen würden durch sofortige Netzhautverbrennungen erblinden und wären dadurch nur schwer in der Lage, einen Schutzraum aufzusuchen. Viele der in den Schutzräumen Überlebenden würden schließlich Opfer der akuten Strahlenkrankheit sowie langfristiger somatischer und genetischer Strahlenwirkungen.

Die akute Ganzkörperbestrahlung verursacht eine Vielzahl klinischer Erscheinungen, die weitgehend von der absorbierten Strahlendosis abhängen. Die Ähnlichkeit der Symptomatik bei Personen mit einer tödlichen Strahlendosis und solchen mit sehr viel geringeren Strahlenmengen würde erhebliche diagnostische Probleme in der Preiode nach dem Angriff bereiten. Die Morbidität und Mortalität von Personen mit schon vorher bestehenden Krankheiten, mit Explosionsverletzungen, Verbrennungen und Infektionen würde sich durch Bestrahlung mit nichttödlichen Dosen erhöhen.

Strahlenwirkungen auf lange Sicht durch den radioaktiven Niederschlag bestünden u.a. in vermehrtem Auftreten von Neoplasmen, Todgeburten, kongenitalen Mißbildungen und Katarakten.

Ernste ökologische Probleme ergäben sich aus der thermischen Vernichtung von Forsten und der ausgedehnten letalen Bestrahlung von Säugetieren und Vögeln, bei relativer Schonung von Bakterien, Pilzen, Viren und Insekten, die sämtlich hochgradig strahlenresistent sind.

(wird fortgesetzt)

Zur Entwicklung des imperialistischen Krieges

Nachdem der Kapitalismus im 19. Jahrhundert seine Herrschaft durch die Eroberung von Kolonien über die ganze Erde ausgedehnt hatte, änderte sich auch der Charakter des Krieges. Das Ziel der Imperialisten im Krieg ist schier unbegrenzt.

Der deutsche Imperialismus war es dann, der den 1. Weltkrieg zur Erringung der Weltherrschaft auslöste. Doch die Absicht, seine Konkurrenten niederzuschlagen, endete sehr schnell in einem sinnlosen und grausamen Stellungskrieg. Die Kriegsmittel waren – aus heutiger Sicht – noch allzu beschränkt.

Nach der Niederlage rüstete der deutsche Imperialismus zur 2. Runde. Die immer noch ‚beschränkten' militärischen Vernichtungsmittel sollten durch die vollkommene Mobilisierung zum „totalen Blitzkrieg" ersetzt bzw. ergänzt werden.

Doch der barbarische Vernichtungsfeldzug des deutschen Faschismus führte zu einer geschlossenen Front der Gegner und zur totalen Niederwerfung des deutschen Imperialismus. Die Entwicklung von „Superwaffen", von totalen Vernichtungswaffen gelang dem deutschen Faschismus nicht mehr; aber am Ende des 2. Weltkrieges setzte dann der US-Imperialismus doch noch die Atombombe ein. Nach diesem Krieg waren spätestens mit der Entwicklung der Wasserstoffbombe der Vernichtungskraft der Waffen keine Grenzen mehr gesetzt. Der totale Krieg zur Vernichtung der Menschheit war möglich geworden. Führte der Stellungskrieg im 1. Weltkrieg zu Massenaufständen in den am Krieg beteiligten Ländern und zur russischen Oktoberrevolution, und führte der totale Krieg des Faschismus zur einheitlichen antifaschistischen Koalition, so muß die Entwicklung der totalen Vernichtungskraft im Atomkrieg zur vollkommenen Ächtung des Atomkrieges führen, um eine Katastrophe, die ein solcher Krieg herbeiführen kann, rechtzeitig zu verhindern. Dies drückt sich in den heutigen Antikriegsstimmungen aus.

Der Imperialismus ging angesichts dessen dazu über, dieses Hindernis für sein totales Kriegsziel, die Weltherrschafft, mit der Strategie des angeblich „begrenzten" Atomkrieges zu überwinden, um unter diesem Deckmantel die Vorbereitung auf den 3. Weltkrieg zu betreiben.

Der vorliegende Artikel soll die Entwicklung des imperialistischen Krieges darlegen und Veränderung seines Charakters nachzeichnen.

Der vorliegende Artikel soll die Entwicklung des imperialistischen Krieges darlegen und Veränderung seines Charakters nachzeichnen.

„Kann Europa abrüsten", diese heute (wieder) aktuelle Frage stellte sich Engels schon 1893. Man glaubt in seinen Ausführungen einen aktuellen Abrüstungsaufruf vorzufinden: *„Seit fünfundzwanzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maß. Jeder Großstaat sucht dem anderen den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft. Deutschland, Frankreich, Rußland erschöpfen sich in Anstrengungen, eins das andere zu überbieten"*(Engels in „Kann Europa abrüsten"? aus MEW 22, S. 371-399). Engels ging davon aus, daß *„das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grad, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruinieren oder in einem allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß"*. (S. 371).

Engels behauptete: Von einem *„rein militärischen Standpunkt"* aus sei eine *„allmähliche Abschaffung des stehenden Heeres"* und eine Verkürzung der Wehrdienstzeit, die durch eine immer stärkere Vernichtungswirkung der Waffen und eine Modernisierung der Armee mehr als ausgeglichen würde, möglich. Weiter stellte Engels die These auf: *„Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar"* (MEW, S. 373). Diese Abrüstung könne durch eine *„internationale Festsetzung zwischen den Großmächten des Kontinents"* geschehen. (S. 375). Weder ist die Entspannung damals eingetreten, noch ist es bei einem Vernichtungskrieg geblieben. Wir stehen heute, 90 Jahre danach, am Vorabend des 3. „allgemeinen Vernichtungskrieges".

Clausewitz schrieb zum Rüstungswettlauf, daß auch dieser das politische Ziel eines Krieges voraussetzt: *„Niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden"* (Clausewitz, „Vom Kriege", rororo 138, S. 22): *„Haben beide Teile sich zum Kampf gerüstet, so muß ein feindseliges Prinzip sie dazu vermocht haben, solange sie nun gerüstet bleiben, d.h. nicht Frieden schließen, muß dieses Prinzip vorhanden sein, und es kann bei jedem der beiden Gegner nur unter einer einzigen Bedingung ruhen, nämlich einen günstigeren Zeitpunkt des Handels abwarten zu wollen..."* (S. 18). Engels schrieb seine Thesen im Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Imperialismus, also zu einer Zeit, als sich der wahnsinnige Drang nach Expansion, Aggression und Krieg erst andeutete. Der Hang zum Wahnsinn ist tendenziell schon im Kapitalismus vorhanden: Kalle Marx zitiert in seinem ‚Kapital': *„Kapital"*, sagt der Quaterly Reviewer, *„flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens..."*(Karl Marx, "Das Kapital", MEW 23, S. 788).

Der Drang der Monopole nach Expansion und Sicherung von Einflußsphären ließ einen Run auf die Kolonien zwischen den Großmächten entstehen. Dieser Wettlauf um die Aufteilung der Welt war um 1900 beendet. Seit diesem Zeitpunkt ist eine Neuverteilung zwischen den Großmächten **nur noch durch Krieg gegeneinander erreichbar.**

In imperialistischer Logik heißt das aber: Neuverteilung i s t m ö g l i c h – und wenn die Welt an den Rand des Abgrundes getrieben werden muß. Krieg ist unter imperialistischen Bedingungen unvermeidlich, wird zur Haupttendenz. Friede ist somit die Zeitdauer, **währenddessen die Imperialisten den Krieg vorbereiten.**

Lenin beschrieb Friedens- und Entspannungsverhandlungen als *„Atempausen zwischen Kriegen"* (Lenin, „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Dietzverlag, S. 127). Und noch genereller schrieb er: *„Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik"* (ebenda, S. 128).

Der deutsche Imperialismus, aus dem preußischen Militarismus geboren, war beim Run auf die Kolonien zu spät gekommen. Der Widerspruch *„zwischen seinem sich stürmisch entfaltenden ökonomischen Potential und seinen begrenzten Expansionsmöglichkeiten prägen sein besonders aggressives Wesen"* („Konzept für die ‚Neuordnung' der Welt", Dietzverlag 1977, S. 7).

1905 wurde der deutsche Kriegsplan entwickelt, der Schlieffenplan. Danach sollte der Überfall auf Frankreich mit konzentrierten Kräften begonnen werden, während gegenüber Rußland der Krieg hinhaltend begonnen werden könnte. Aufgrund der starken französischen Grenzbefestigungen sollte durch einen schnellen Vormarsch durch das neutrale Belgien das französische Heer umfaßt und vernichtet werden. Die vorgesehene Zeit waren 4-6 Wochen, um dann alle Kräfte gegen Rußland zu werfen.

Da eine volle Mobilmachung Rußlands wegen seiner großen Rückständigkeit mehrere Wochen dauern würde, sollte es bis zur Vernichtung Frankreichs durch geringe Kräfte hingehalten werden. Als dieser Plan dann viel später in die Tat umgesetzt wurde, mußte der Berufsunfall des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Franz Ferdinand, in Sarajewo als Vorwand dienen. Lenin schrieb dazu: *„Die deutsche Bourgeoisie, die*

dann viel später in die Tat umgesetzt wurde, mußte der Berufsunfall des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, Franz Ferdinand, in Sarajewo als Vorwand dienen. Lenin schrieb dazu: *„Die deutsche Bourgeoisie, die*

das Märchen auftischt, sie führe einen Verteidigungskrieg, hat in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt aus günstigsten Zeitpunkt für den Krieg gewählt, um ihre letzten Errungenschaften in der Kriegstechnik auszunutzen und den von Rußland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen neuen Rüstungen zuvorzukommen" (Bd. 21, Leninwerke, S. 14).

Aber der Plan des deutschen Imperialismus und die Wirklichkeit waren zwei Paar Schuh:

Trotz großer Anfangserfolge blieb der deutsche Vormarsch vor Paris stecken. Die Möglichkeit einer schnellen Entscheidung im Bewegungskrieg war vertan, der Krieg wurde zum langwierigen Stellungskrieg.

Damit aber kamen für den (deutschen) Imperialismus zwei ungünstige Faktoren zum Tragen:

– In einem langwierigen Krieg entscheidet das stärkere industrielle Potential, also die Fähigkeit, größere Mengen an Waffen herzustellen, und ebenso die Fähigkeit, bessere oder neue Waffen zum Einsatz zu bringen. Die Einführung des Panzers durch England 1918 brachte die Fronten wieder in Bewegung, aber zu ungunsten des deutschen Imperialismus, der kapitulierte, um nicht das eigene Land zum Kriegsschauplatz zu machen.

– Wenn die äußeren Fronten zum Stillstand kommen, geraten die inneren in Bewegung. Je mehr sich der Krieg in die Länge zieht, desto mehr zeigt sich, daß die Interessen der Mehrheit der Menschen den verbrecherischen Zielen der Herrschenden völlig entgegengesetzt sind. Wegen der Schwäche des russischen Imperialismus und der guten Vorbereitung der Bolschewiki auf diesen Schwachpunkt des imperialistischen Krieges, des Imperialismus, schlug diese Entwicklung um:

Die sozialistische Oktoberrevolution 1917, die Entstehung und Konsolidierung der Sowjetunion ist das bedeutendste Ergebnis des ersten Weltkrieges.

Der deutsche Imperialismus konnte 1918/19 mit Hilfe der Sozialdemokratie den Kopf noch einmal aus der Schlinge ziehen.

Aber gerade weil sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hatte und das Einflußgebiet des deutschen Imperialismus noch mehr eingeschränkt worden war, seine Aggressivität sich also noch mehr steigern mußte, war mit dem Auffangen der Revolutionsgefahr der Zweite Weltkrieg auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der deutsche Imperialismus wertete seine Erfahrung aus und bereitete sich gründlich auf den zweiten Versuch vor.

Der 1. Weltkrieg: Versuch eines totalen Krieges mit beschränkten Mitteln

Spätestens mit Beginn des Stellungskrieges im 1. Weltkrieg war das Kriegsziel der Imperialisten scheinbar nicht mehr zu erkennen und die These von Clausewitz, daß der Krieg ein Mittel der Politik sei, scheinbar über den Haufen geworfen. Kriegsstratege Kissinger beschrieb das folgendermaßen (in Henry Kissinger, „Kernwaffen und Auswärtige Politik", R. Oldenbourg, 1974, 2. Auflage – mit Schmidt-Vorwort – herausgegeben von ‚Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik', S. 14):

„Zwischen dem Wiener Kongreß von 1815 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren die Kriege durch die politischen Ziele der Gegner begrenzt (...) Aber mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges schien der Krieg plötzlich zum Selbstzweck zu werden. Nach den ersten Monaten des Krieges wäre keiner von den Hauptbeteiligten in der Lage gewesen, ein anderes Kriegsziel als das der totalen Niederwerfung des Feindes zu nennen (...) Dies ist umso bemerkenswerter, als die politischen Führer bloß einen Krieg im Stil des

des Krieges wäre keiner von den Hauptbeteiligten in der Lage gewesen, ein anderes Kriegsziel als das der totalen Niederwerfung des Feindes zu nennen (...) Dies ist umso bemerkenswerter, als die politischen Führer bloß einen Krieg im Stil des

neunzehnten Jahrhunderts mit seinen schnellen Bewegungen und raschen Entscheidungen vorbereitet hatten, so daß der Stillstand im ersten Kriegswinter vor allem eine Folge der Erschöpfung der beiderseitigen Munitionsvorräte war.

Im Laufe des Ersten Weltkrieges tat sich eine Kluft zwischen der militärischen und politischen Planung auf, die seither niemals überbrückt worden ist. Die Generalstäbe hatten Pläne mit dem Ziel eines totalen Sieges vorbereitet, weil bei dieser Art der Planung der vollen Entfaltung der Gewalt keine politischen Grenzen gesetzt und alle entscheidenden Faktoren der Kontrolle der Militärs unterworfen sind (...)

Es war in Vergessenheit geraten, daß die schnellen Entscheidungen bei der Kriegsführung des neunzehnten Jahrhunderts vor allem darauf zurückzuführen waren, daß die eine oder andere Seite bereit war, ihre Niederlage einzugestehen, und dies war verhältnismäßig leicht, weil die Folgen nie den nationalen Bestand bedrohten. Mit dem Kriegsziel des totalen Sieges nahm der Konflikt jedoch immer furchtbarere Formen an (...)"

Der Krieg wurde zum Selbstzweck. Die Unterordnung der Politik unter den Krieg fand ihren Ausdruck in der Diktatur Lud endorfs, der Diktatur der Obersten Heeresleitung. Lud endorf erklärte dazu (in General Lu dendorf, "Der totale Krieg", München 1937, S. 10):

„Das Wesen des Krieges hat sich geändert, das Wesen der Politik hat sich geändert, so muß sich auch das Verhältnis der Politik zur Kriegsführung ändern. Alle Theorien von Clausewitz sind über den Haufen zu werfen (...) Darum hat die Politik der Kriegsführung zu dienen."

Mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Imperialismus mußte das Kriegsziel förmlich explodieren. Der Drang nach Sicherung von Einfluß-

sphären findet seine Grenze letztlich nur in der Weltherrschaft eines imperialistischen Staates. Diese Unbegrenztheit des Kriegszieles bewirkt zwangsläufig, daß der Krieg immer härter und grausamer wird.

Um an die Einflußsphären des imperialistischen Konkurrenten heranzukönnen, muß der Konkurrent selber vernichtet werden. Da das politische Kriegsziel und das militärische Ziel sich annähern, wird der Krieg zu einer Sonderform, dem totalen Krieg. Die Unbegrenztheit des Kriegszieles bewirkt die Totalität des Krieges, sie stellt zugleich extreme Anforderungen an die militärische Stärke.

Die Vernichtungswirkung der Waffen zu Beginn des 20. Jahrhunderts war jedoch aus heutiger Sicht vergleichsweise gering. Die Begrenztheit des militärischen Mittels mußte darum mit der Unbegrenztheit des Kriegszieles in Widerspruch geraten.

Der deutsche Imperialismus ist sich des Problems sehr wohl bewußt gewesen: *„1914 schlug die Hoffnung der Deutschen Obersten Heeresleitung fehl, im Westen mit unterlegener Kraft den Feind zu besiegen"* (Ludendorf, S. 99). *„Aber schließlich war es doch die zahlenmäßige Überlegenheit unserer Feinde, die die Führung des Weltkrieges von vornherein auf des Messers Schneide stellte"* (S. 49).

Schlußfolgerungen des deutschen Imperialismus

1. Kriegswirtschaft:

Der deutsche Imperialismus war auf eine Kriegswirtschaft schlecht vorbereitet (s. Ludendorf, S. 30/42). In wenigen Wochen waren die Munitions- und Waffenvorräte verbraucht (Kissinger, s.o.; Ernst Schneller, „Arbeiterschaft und Wehrpolitik", 1928, nachgedruckt in „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", Buntbuch-Verlag, S. 224-229 ff). Daraus wurden Konsequenzen gezogen. 1928 konstatierte Schneller(s.o./S.229):"*Es gibt kein Land der Welt, das diese Unterordnung der Wirtschaft unter die Kriegspolitik in so hohem Grade erreicht hat wie Deutschland"*. Gebraucht wurde eine Wirtschaft, die in der Lage war, "*im Verlauf von wenigen stunden eine Unmenge von Waffen und Material herauszuwerfen*"(S.229)

2. Blitzkriegsführung:

Die Angriffsgeschwindigkeit wurde 1914 noch durch die Marschgeschwindigkeit des Heeres diktiert. Die Motorisierung der Verbände macht es schon 1928 absehbar, daß *„im kommenden Krieg, in dem alle Waffenarten zusammenwirken müssen, (...) es keine so feste Frontlinie geben wird wie 1915 bis 1918, sondern sich das Schlachtfeld auf Hunderte von Kilometern in die Tiefe erstreckt..."* (S. 231).

3. Kampf um „Lebensraum":

erstreckt..." (S. 231).

3. Kampf um „Lebensraum":

Der Zweite Weltkrieg sollte bewußt als totaler Krieg begonnen werden. Ludendorf beschreibt die „Durchführung des totalen Krieges" folgendermaßen:

„Es ist eine irrtümliche Ansicht, ein Krieg müsse mit einer Kriegserklärung beginnen (...) Die unglückseligen Kriegserklärungen des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg an Rußland und Frankreich in den Augusttagen 1914 stehen noch in frischester Erinnerung. Mit ihnen wurde der Feindpropaganda das Stichwort zugeworfen, mit dem sie die Seele der Feindvölker stärken, die unseres Volkes schwächen konnte.

Völker haben kein Verständnis für Angriffskriege, wohl aber für einen Kampf für ihre Lebenserhaltung. In einer Kriegserklärung erblicken sie leicht den Willen zum Angriff. Sie fühlen sich nicht bedroht, die Volksseele kann nicht in ihnen lebendig werden. Darum war bei uns das Wort ‚drohende Kriegsgefahr' das Wort, das die Volksseele viel mehr zum Sprechen brachte, als es der Mobilmachungsbefehl tat. Es kam bei dem deutschen Volke noch hinzu, daß das deutsche Heer im Westen angriff, und nun das Volk erst recht glaubte, wir führten einen Angriffskrieg. (...)

Es ist die ernsteste Aufgabe der totalen Politik – und der Feldherr hat hierauf zu halten –, daß nicht durch Kriegserklärung, aber auch nicht durch mangelhafte Volksaufklärung, der Kriegsführung und dem Volke gleich zu Beginn eines Krieges so außerordentlicher Schaden zugefügt wird, wie es 1914 und in den folgenden Jahren das deutsche Volk und auch die deutsche Wehrmacht durch die deutschen Kriegserklärungen in Sonderheit hat erleben müssen."

Damit war die inzwischen zur Doktrin ausgebaute Vorstellung geboren, daß, je totaler der Krieg ist, man umso mehr ‚Verteidigungsgründe' erfinden müsse, um diesen Krieg der Bevölkerung nahezubringen. Heute gibt es praktisch nur noch ‚Verteidigungssituationen' und -Strategien.

4. Die totale Mobilmachung:

Als das „Problem der modernen Wehrpolitik der Bourgeoisie" nennt Ernst Schneller 1928:

"Zur Kriegsführung gehört m e h r als ein Heer, m e h r als eine große Rüstungsindustrie! Ein moderner Krieg, der um sein oder Nichtsein eines imperialistischen Landes, ja d e s Imperialismus als Weltsystem geht, erfordert die Anspannung aller Kräfte, Einsetzung der letzten Reserven des Landes! (...)

Im kommenden Krieg wird alles, was irgendwie Waffen bedienen kann, heranmüssen" (E.Schneller, S.225).

Da eine entscheidende technische Erhöhung der Vernichtungswirkung der Waffen weder in Aussicht war, noch bis zum zweiten Weltkrieg erreicht werden konnte, blieb zur Vervielfachung der militärischen Stärke nur der zweite Faktor: der Wille der Menschen.

Dieser Wille wird gewöhnlich dann fast unbezwingbar, wenn die Menschen für ihre eigenen Interessen kämpfen, einen „revolutionären Kampf" führen.

Es ist dem deutschen Imperialismus über eine besondere ideologische Variante, dem "Nationalsozialismus", gelungen, diesen Willen der Menschen gewissermaßen konterrevolutionär für seine extrem reaktionären Ziele zu vervielfachen; als "Heiligen Vernichtungskrieg" gegen den Bolschewismus und das "Weltjudentum".

Dieser entscheidende politische Schritt, begleitet von mörderischem Terror, lag zeitlich sehr weit im Vorfeld des Krieges.

Der Beginn der Faschisierung Ende der Zwanziger Jahre ist zugleich der Beginn des zweiten Anlaufs einer „Neuverteilung der Welt" zugunsten des deutschen Imperialismus.

Die Kriegsmaschine läuft – der Poker beginnt

Mit der faschistischen Machtübernahme 1933 wurde die Kriegsvorbereitung deutlich verstärkt, aber den entscheidenden Schritt stellt der Vierjahresplan von 1936 dar.

Rüstungsausgaben des Reiches 1933 - 1939 (in Mrd. RM)

1933 (Febr. - Dez.)	1,5
1934	2,8
1935	5,5
1936	11,0
1937	14,1
1938	16,6
1939 (Jan. - Aug.)	16,3
Rüstungsausgaben der zivilen Ressorts	4,0
Zusammen	71,8

Aus: Dietrich Eichholtz, „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft", Bd. 1, 1939 - 41, Akademie-Verlag Berlin 1971, S. 31)

Die Ziele dieser außerordentlichen Rüstungsaufwendungen beschreibt D. Eichholtz so: *„(...) Ziel war eine Erweiterung des rüstungswirtschaftlichen Potentials und eine Blockadefestigkeit, die für eine Reihe von ‚Blitzfeldzügen', für eine jeweils ‚rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten' ausreichten"* (Eichholtz, s.o., S. 16).

An diesem Vierjahresplan zeigt sich die ganze Problematik des deutschen Imperialismus: Er mußte mit begrenzten Mitteln sein unbegrenztes Ziel erreichen, was letztlich überhaupt nur durch eine enorme Risikobereitschaft denkbar war.

Es kam dann zu einer Debatte über die „Breitenrüstung" und „Tiefenrüstung". Generalmajor Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsstabes des Oberkommandos der Wehrmacht, stellte in einem Vortrag vor Herren des Auswärtigen Amtes , am 24.5.39 das Problem noch einmal dar:

Unter Breite einer Rüstung verstehe ich Zahl und Stärke der Friedenswehrmacht und die Vorbereitungen, die zu ihrer Vergrößerung im Kriegsfalle getroffen werden. Die Tiefe der Rüstung umfaßt dagegen alle Maßnahmen in Sonderheit materieller und wirtschaftlicher Natur, die der Versorgung im Kriege, also der Stärkung der D u r c h h a l t e m ö g l i c h k e i t dienen. Über die augenblickliche Überlegenheit der Breite und ersten Schlagkraft unserer Rüstung sind wir uns bereits klar geworden (...)." (s.o., S. 18).

Rüstungsausgaben der Großmächte (umgerechnet in Mrd. Dollar)

	Summe 1935 - 1938	1938
USA	4,3	1,1
Sowjetunion	12,3	4,5
Großbritanien	4,8	1,9
Frankreich	3,7	1,0
Deutschland	15,9	5,7
Italien	3,8	0,8
Japan	5,5	2,5

(Eichholtz, S. 32)

„Nach diesen Zahlen rüstete der deutsche Imperialismus in den Vorkriegsjahren fast doppelt so stark wie der englische und französische zusammengenommen. Den Rüstungen des faschistischen Dreierblocks konnten die vier Hauptmächte der späteren Anti-Hitler-Koalition nur vereint, und auch dann noch denkbar knapp, Paroli bieten. Die internationale Bilanz der Rüstungsanstrengungen demonstrierte eine eindeutige Überlegenheit des faschistischen Deutschlands über seine westlichen und östlichen Nachbarn" (S. 32).

Für einen Blitzkrieg war der deutsche Imperialismus gerüstet. Dazu wieder Generalmajor Thomas:

„(...) so darf ich wohl feststellen, daß wir auf dem reinen militärischen Rüstungsgebiet wohl unseren Vorsprung noch eine gewisse Zeit werden halten können, daß aber auf dem erweiterten wirtschaftlichen Rüstungsgebiet der Vorsprung leider (gar) nicht vorhanden ist und daß in der Rüstungs-

weiterten wirtschaftlichen Rüstungsgebiet der Vorsprung leider (gar) nicht vorhanden ist und daß in der Rüstungs-

tiefe die Westmächte uns vorläufig (immer) überlegen sein werden. (...)

Die militärische Führung wird immer einen kurzen Krieg fordern. Ob er geführt werden kann, wird nicht nur von uns, sondern auch vom Gegner abhängen... Glückt dies nicht und kommt es zu einem Abringen wie im Weltkriege, so entscheidet die Tiefe der wehrwirtschaftlichen Kraft, d.h. die Durchhaltemöglichkeit" (S.18).

In dieser Hinsicht sah es tatsächlich schlecht für den deutschen Imperialismus aus:

Anteile der Großmächte am rüstungswirtschaftlichen Potential der Welt (1937) in Prozent

USA	41,7
Sowjetunion	14,0
Großbritanien	10,2
Frankreich	4,2
Deutschland	14,4
Italien	2,5
Japan	3,5
Zusammen	90,5

(nach: Eichholtz, S. 33)

Mit dem Anlaufen des Vierjahresplanes wurde der Krieg unwiderruflich, ja er wurde zu einem ‚Sachzwang'.

Es war die aus den innerimperialistischen Widersprüchen geborene bewußte Entscheidung des deutschen Imperialismus, eine kriegerische Lösung für eine Neuverteilung der Welt zu suchen, die den Vierjahresplan schaffte und erst dieser macht die innere Ursache zu äußeren Zwängen.

Aus dieser Konstellation entwickelte sich der Kriegspoker des deutschen Reiches: entweder der Blitzsieg oder die ‚totale Kapitulation'. Da der Sieg in einem langwierigen Krieg unmöglich war, setzte der deutsche Imperialismus seine ganze Kraft und Aggression auf den Blitzsieg.

Der Plan des deutschen Imperialismus war wahnsinnig, wahnsinnig waren aber auch seine Chancen:

Mit dem Rohstoff- und Arbeitskräftepotential der Sowjetunion hätte Deutschland schlagartig das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändert. Der dann mögliche Dritte Weltkrieg gegen die USA war schon eingeplant.

Der 2. Weltkriegsverlauf

Im Sommer 1941 konzentrierte der deutsche Imperialismus seine ganzen Kräfte auf sein strategisches Ziel, der Vernichtung der Sowjetunion.

Die Eroberung großer Teile Europas hatte sein wirtschaftliches Potential erweitert (Tab. 1 und 2).

„In den Hauptstoßrichtungen waren die faschistischen Truppen den sowjetischen teilweise um das vier- bis fünffache überlegen" („Der 2. Weltkrieg"..., S. 132).

Durch die militärischen Erfolge von 1939 und 1940 verfügte das faschistische Heer *„über reiche Erfahrungen im Führen beweglicher Operationen mit Panzer- und motorisierten Verbänden sowie Fliegerkräften"* (ebenda).

Die Vernichtung der sozialistischen Sowjetunion war das gemeinsame imperialistische Ziel. Die imperialistischen Mächte gewährten dem deutschen Imperialismus relative Ruhe und ermöglichten es ihm, seine volle Kraft gegen die Sowjetunion zu konzentrieren (Tab. 3).

Die Vorbereitung der Sowjetunion erscheint selbst in der DDR-Forschung widersprüchlich. Einmal heißt

Die Vorbereitung der Sowjetunion erscheint selbst in der DDR-Forschung widersprüchlich. Einmal heißt

es:

„Die kommunistische Partei und die Sowjetregierung, die der wachsenden Gefahr eines faschistischen Überfalls Rechnung trugen, bereiteten das Land und die Streitkräfte verstärkt auf die Abwehr einer Aggression vor."

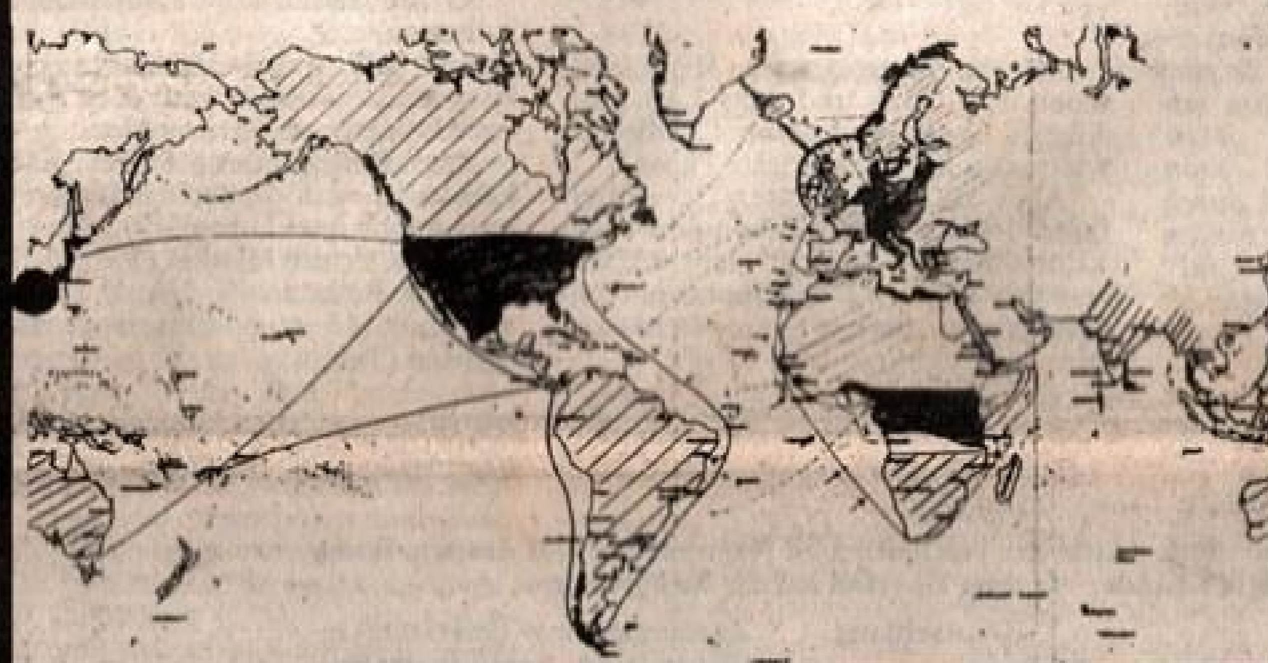
„Die Sowjetarmee hatte sich (...) zu einem kampfkräftigen und zuverlässigen Machtinstrument zur Verteidigung der UdSSR entwickelt."

Nur wenige Seiten später heißt es dann: *„So mußten die sowjetischen Streitkräfte den Kampf gegen den kriegserfahrenen, mit moderner Kriegstechnik ausgestatteten und skrupellos handelnden faschistischen Aggressor in einer Zeit aufnehmen, da die Umrüstung und Neuformierung noch nicht abgeschlossen war und der wesentlich erneuerte Kaderbestand noch nicht über ausreichend militärische Erfahrung verfügte"* (alle Zitate aus „der 2. Weltkrieg", S. 120/2/4/5).

Hinter der Formulierung „wesentlich erneuerter Kaderbestand" verbirgt sich ein trauriges Kapitel der sowjetischen Geschichte: Die „Säuberung" der Roten Armee.

„Einige der bedeutendsten und bewährtesten Generäle der Roten Armee wurden verurteilt und hingerichtet: Tuchatschewski, Jakir, Uborewitsch, Primakow, Eideman, Feldman, Kork und Putna. Dem Militärgericht gegen diese Armeeführer hatte noch Marschall Blüchner angehört; 1938 wurde auch er erschossen. (...) Nach nicht vollständig übereinstimmenden sowjetischen Angaben wurden in den Jahren vor dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion verhaftet und z.T. erschossen: 3 von 5 Marschällen; 3 von 4 Armeekommandeuren des höchsten Ranges; alle 12 Armeekommandeure des zweithöchsten Ranges; 60 von 67 Korpskommandeuren (nach anderen Angaben: alle); 136 von 199 Divisionskommandeuren und 221 von 397 Brigadekommandeuren (nach an-

Der dritte Weltkrieg war schon geplant



Bis 1945 blieb die deutsche Kriegsmarine dem Weltmachtdenken des Großadmirals von Tirpitz verpflichtet. Diese Karte aus den Akten der Seekriegsleitung wurde 1941 skizziert: Sie nimmt bereits den dritten Weltkrieg vorweg – mit den USA als Angriffsziel (schwarze Fläche). Rußland und England sind erledigt, das britische Empire und Südamerika deutschem Einfluß preisgegeben (schraffierte Flächen); der Atlantik ist ein deutsches Meer geworden, Mittelafrika als Kolonie vereinnahmt. Ein Netz von Inselstützpunkten umspannt den Erdball. Island und Grönland sind Vorposten für den Krieg der Kontinente

„Und morgen die ganze Welt", von K.H.Janßen, aus: „Zeit-Magazin", Nr. 36, S. 16

Aus der geheimen Denkschrift Adolf Hitlers

41, Akademie-Verlag Berlin 1971, S. 31)

Aus der geheimen Denkschrift Adolf Hitlers vom 26. August 1936 über den Vierjahresplan

Seit dem Ausbruch der französischen Revolution treibt die Welt in immer schärferem Tempo in eine neue Auseinandersetzung, deren extremste Lösung Bolschewismus heißt, deren Inhalt und Ziel aber nur die Beseitigung und Ersetzung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das international verbreitete Judentum ist.

Kein Staat wird sich dieser geschichtlichen Auseinandersetzung entziehen oder auch nur fernhalten können. Seit sich der Marxismus durch seinen Sieg in Rußland eines der größten Reiche der Welt als Ausgangsbasis für seine weiteren Operationen geschaffen hat, ist diese Frage zu einer bedrohlichen geworden

[. . .]

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist aber, in kürzesten Umrissen gekennzeichnet, folgende:

1.) Wir sind übervölkert und können uns auf der eigenen Grundlage nicht ernähren [. . .]

5.) Es ist aber gänzlich belanglos, [. . .] immer wieder festzustellen, daß uns Lebensmittel oder Rohstoffe fehlen, sondern es ist entscheidend, jene Maßnahmen zu treffen, die für die Zukunft eine endgültige Lösung, für den Übergang eine vorübergehende Entlastung bringen können.

6.) Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen.

7.) Die vorübergehende Entlastung kann nur im Rahmen unserer heutigen Wirtschaft gefunden werden. Und dazu ist folgendes festzustellen:

a) Da das deutsche Volk in seiner Ernährung steigend von der Einfuhr abhängig sein wird, desgleichen aber auch gewisse Rohstoffe unter allen Umständen wenigstens teilweise aus dem Auslande beziehen muß, ist mit allen Mitteln auf die Ermöglichung dieser Einfuhr hinzuarbeiten.

b) Die Steigerung des eigenen Exports ist theoretisch möglich, praktisch aber kaum wahrscheinlich. Deutschland exportiert nicht in einen politisch oder wirtschaftlich luftleeren Raum, sondern in unerhört hart umstrittene Gebiete [. . .]

c) Es ist aber unmöglich, bestimmte Rohstoffdevisen für den Import von Lebensmitteln zu verwenden, wenn nicht der sonstigen deutschen Wirtschaft ein schwerer, ja vielleicht vernichtender Schlag zugefügt werden soll. Es ist aber vor allem gänzlich unmöglich, dies auf Kosten der nationalen Aufrüstung zu tun [. . .]

Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. Genauso wie wir zur Zeit 7 oder 800000 t Benzin produzieren, könnten wir 3 Millionen t produzieren. Genauso wie wir heute einige tausend t Gummi fabrizieren, könnten wir schon jährlich 70 und 80000 t erzeugen. Genauso wie wir von 2½ Millionen t Eisenerz-Erzeugung auf 7 Millionen t stiegen, könnten wir 20 oder 25 Millionen t deutsches Eisenerz verarbeiten, und, wenn notwendig, auch 30. Man hat nun Zeit genug gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen das, was wir können.

Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

aus: Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-39; Hrsg.: W. Kluge und W. Schumann, Röderbergverlag 1977, S. 30/1

Fortsetzung von voriger Seite

deren Angaben: fast alle); beide Flottenadmirale des höchsten Ranges; beide Flottenadmirale des zweithöchsten Ranges; alle 6 höchstrangigen Admirale; 9 von 15 Admiralen des zweithöchsten Ranges; beide Armeekommissare des höchsten Ranges; alle 15 Armeekommissare des zweithöchsten Ranges; 25 von 28 Korpskommissaren; 79 von 97 Divisionskommissaren; 34 von 36 Brigadekommissaren (nach anderen Angaben: fast alle Kommissare bei den Korps, Divisionen und Brigaden und bei einem Drittel der Regimenter)" (Texte zur Stalinfrage, Verlag Buntbuch 1979, S. 60/1).

In Ploetz „Geschichte des 2. Weltkrieges" wird eine Zahl von ca. 35.000 von der „Säuberung" betroffenen Offizieren genannt.

„Prozentual gesehen erfaßt die Säuberung 90 % aller Generale und 80 % aller Obersten. (...) Die Rote Armee ist zu diesem Zeitpunkt fast ohne Führung. (...) Trotz aller Bemühungen sind die Folgen dieses Aderlasses der Armee kurz vor dem Ausbruch kriegerischer Auseinandersetzungen schwerwiegend. (...)" (Ploetz, S. 449).

Eine weitere Kritik der DDR-Forschung bezieht sich auf Stalins falsche Einschätzung: *„Auch die militärpolitische Fehleinschätzung Stalins, der glaubte, den Beginn der faschistischen Aggression mit politischen und diplomatischen Mitteln hinauszögern zu können, komplizierte die Lage der Sowjetunion"* („Der 2. Weltkrieg", S. 125). Aber der Krieg war weder zu verhindern, noch hinauszuzögern.

„Überhaupt hatte sich die sowjetische Regierung nach den Spannungen im Herbst und Frühjahr geradezu an Freundlichkeit überboten, um Hitler bei Laune zu halten. Peinlich genau wurden die Handelsvereinbarungen eingehalten. (...) Es gibt keinen Zweifel: Hitler brauchte seinen Krieg gegen Rußland jetzt. Durch nichts hätte Stalin ihn davon abbringen können, es sei denn durch die Selbstauflösung der Sowjetunion und einen Rückzug hinter den Ural" (K. H. Janßen in „Zeit-Magazin" Nr. 26, Juni 81, S. 15: „Die blutigste Schlacht").

Im Morgengrauen des 22. Juni 1941 begann der faschistische Überfall. Die sowjetische Armee und die Verteidigungslinien wurden völlig überrannt.

Nach 3 Wochen war die faschistische Wehrmacht bis 600 km tief in die Sowjetunion vorgestoßen.

Allein die Verluste durch Einkesselung der sowjetischen Verbände waren ungeheuer, bis zum Oktober 41 wurden von der faschistischen Armee 2.069.000 Gefangene gemacht.

Den faschistischen Truppen auf den Fuß folgten die Sonderkommandos und das Wirtschaftsrüstungsamt, die Ausplünderung der Sowjetunion und der barbarische Terror gegen die sowjetischen Völker begann.

Trotz der bedeutenden Erfolge der faschistischen Wehrmacht war für sie der Sieg eine Zeitfrage, denn sie hatte nur ein begrenztes militärisches Potential. Aber die faschistische Wehrmacht war von Anbeginn an mit einem erbitterten verlustreichen Widerstand konfrontiert. *„Dieser Feldzug war von Anbeginn viel schwerer als die vorangegangenen Blitzkriege. Bereits am zweiten Tag, (...) berichteten die Armeen vom „zähen", „tapferen", „verbissenen" Widerstand der Sowjetsoldaten"* (ebenda, S. 23). Im Rücken der Wehrmacht bildeten sich Partisanengruppen.

Nach 3 Monaten, am 22.9.41, betrugen die Verluste der faschistischen Wehrmacht 534.000 Soldaten und nur noch 1.600 Panzer (47 %) waren einsatzbereit. Die militärische Kraft des deutschen Imperialismus begann sich zu verschleißen.

Im Verlauf des September 1941 konzentrierte der deutsche Imperialismus noch einmal (durch Umgruppierungen der Heeresverbände und Einsatz der Reserven) stark überlegene Kräfte vor Moskau (Weisung Nr. 35).

Als die Heeresgruppe Mitte zwischen dem 30.9. und dem 2.10. zum Angriff überging, begann für die Sowjetunion die schwierigste Phase.

Aber als in den ersten Dezembertagen 1941 die Offensive nur wenige Kilometer vor Moskau steckenblieb, war der Blitzkrieg des deutschen Imperialismus bereits zum Scheitern verurteilt.

Die Front ist von Moskau weniger als siebzig Kilometer entfernt
zu Fuß 12 Stunden
mit dem Flugzeug 10 Minuten
und auf der Karte anderthalb Zentimeter
Auf der Karte gibt es keinen Schnee
keinen Wind
keinen Tag, keine Nacht, keine Lebenden, keine Toten
gibt es keine Menschen
Die Karte ist Papier
die Karte ist eine Zeichnung
Die Front ist auf der Karte anderthalb
Zentimeter von Moskau entfernt
Und auf der Erde, auf der es schneit, sind es weniger
als siebzig Kilometer.
Aber auf der Erde, auf der es schneit,
kämpft ein strahlendes Leben gegen den Tod
Und der Feind
ist unglaublich weit entfernt von Moskau
so weit entfernt, wie die Größe eines ganz
neuen Menschen.

Nazim Hikmet, Menschenlandschaften

Noch sollte es 3 Jahre dauern, bis sowjetische Soldaten die Rote Fahne auf das Reichstagsgebäude pflanzten, aber der Ausgang des Krieges war entschieden.

Der barbarische Charakter des Imperialismus schafft barbarische Waffen

Für die gewaltigen Ziele des deutschen Imperialismus war die gegebene militärische Stärke zu klein. Noch während des 2. Weltkrieges arbeitete er fieberhaft an der technischen Lösung dieses Problems, an den „Wunderwaffen".

Drei Projekte sollten das Kriegsglück wenden:
- Atombomben
- V 1 und V 2 oder neudeutsch: Cruise Missiles und ballistische Raketen.

Damit sollten die Vernichtungswirkung und die Reichweite der Waffen entscheidend erhöht werden.

Die Fertigstellung einer Atombombe ist dem deutschen Imperialismus nicht mehr geglückt, aber sowohl die Cruise Missiles (V 1/Fi 103) als auch Raketen (V 2/A 4) konnten ab Ende 43 zum Einsatz gebracht werden (Tab. 4).



Bombardiertes London

Bombardiertes London

Tabelle 1

Tabelle 1

Das Industriepotential der faschistischen Aggressoren und der von ihnen unterjochten Länder vor dem Überfall auf die Sowjetunion

	Deutschland	Zusammen mit besetzten Gebieten und Satellitenstaaten
Bevölkerung in Mill.	70,2	283
Industriearbeiter in Mill.	10,0	28,0
Kohleförderung in Mill. t	257,4	403
Erdölförderung in Mill. t	0,9	4,7 (ohne synthetische Produktion)
Stahlproduktion in Mill. t	20,8	31,8

(aus: „Der 2. Weltkrieg", Militärhistorischer Abriß, Förster, Helmert, Schnitter, Militärverlag der DDR, 4. Auflage 1981, S. 115)

Tabelle 2

Die Entwicklung des faschistischen Heeres September 1939 bis Juni 1941

	1.9.39	10.5.40	21.6.41
Gesamtzahl der Feldverbände	103	156	214
davon			
Panzerdivision	7	10	21
Infanteriedivision, mot.; leichte Division (...)	8	7	14
SS-Division	2/3	31/2	51/2
Panzer und Sturmgeschütze	ca. 3200	ca. 3400	5693

(ebenda)

Tabelle 3

Die prozentuale Verteilung der faschistischen Landstreitkräfte 1941 bis 45

Zeit	Deutsch-sowjetische Front	übrige Fronten	Okkupierte Gebiete
22. Juni 1941	69,9	0,9	29,2
1. Jan. 1942	70,0	1,3	28,7
1. Jan. 1943	70,8	2,0	27,2
1. Jan. 1944	62,7	6,2	31,1
1. Juli 1944	51,8	28,8	19,4
1. Jan. 1945	60,6	34,9	4,5

(aus: „Der 2. Weltkrieg", S. 416)

Tabelle 4

Unterschiede V1 / V2

	Preis in RM	Arbeitsstunden	km/h	Reichweite in km	Sprengladung in t. TNT
V1	3500	280	656	240	850
V2	38000	12950	1900	320 - 380	975

Die V1 ist ein relativ langsamer, aber sehr billiger, unbemannter Flugkörper

Von diesen Waffen sind über 20.000 zum Einsatz gekommen.

Wegen ihrer Langsamkeit sind sie, einmal erkannt, relativ leicht abzufangen. *„Dank der wirksamen britischen Luftverteidigung, die sich mit großem Erfolg rasch auf die Abwehr dieser Waffen einstellte, sowie durch ein ausgedehntes Warnsystem blieben die Auswirkungen dieser Angriffe begrenzt"* (Olaf Groehler, „Geschichte des Luftkrieges", Militärverlag der DDR).

Die V2 war eine ballistische Rakete. Die ballistische Flugbahn einer Rakete ist durch Größe und Richtung ihrer Geschwindigkeit beim Ausbrennen der Triebwerke bestimmt. Bis zum Brennschluß kann sie gesteuert werden, ab da fliegt sie in einer Ellipse zum Ziel.

Der militärische Nutzen von V1 und V2 war wegen der Zielungenauigkeit gering, es waren blind wirkende Terrorwaffen gegen die Zivilbevölkerung. Das Ergebnis dieser Angriffe: 8.938 Tote, 24.234 Verwundete, 28.000 völlig und ca. 1 Mio. teilweise zerstörte Wohnungen.

Sie waren höchstens geeignet, Massenpanik hervorzurufen.

Die Entwicklung einer Atombombe blieb dem US-Imperialismus vorbehalten.

Am 16. Juli 1945 war der erste erfolgreiche Atombombenversuch bei Alamogordo in Neu-Mexiko unternommen worden.

Im Jahr 1953 wurde die Atombombe zur Wasserstoffbombe weiterentwickelt. Von da an gab es keine obere Grenze der Vernichtungswirkung der Waffen mehr.

Ganze 21 Tage nach dem ersten Atombombenversuch wurden ohne militärische Notwendigkeit, obwohl die ersten Friedensbemühungen Japans bekannt waren, Hiroshima und Nagasaki vom Erdboden getilgt.

Der Einsatz der Atombombe war zu diesem Zeitpunkt eine politische Drohung an die Sowjetunion und an die Völker der Welt. Der US-Imperialismus hatte die Bombe und er würde sie anwenden: *„Amerika kann bekommen, was es verlangt, wenn es darauf besteht. Schließlich haben wir sie – die Bombe –, und die anderen haben sie nicht und werden sie auch auf lange Zeit nicht haben"* (s. David Horowitz, „Kalter Krieg", Band 1+2, Wagenbach-Verlag; besonders S. 43-45 und S. 29-44, die „Atombombe", Zitat nach Baruch).

Bis zu 20 Jahren – so wurde geschätzt – würde die Sowjetunion noch zu einer Produktion einer eigenen Atombombe und entsprechender Fernbomber brauchen („Militarismus heute", Militärverlag der DDR, 1. Auflage 1979, S. 37; Kissinger, S. 28 f .). Die Konkurrenten des US-Imperialismus hatten sich gegenseitig zu Boden geworfen, die Sowjetunion war nach dem 2. Weltkrieg zur politisch zweiten Macht geworden und stand zentral einer Weltherrschaft der USA im Wege.

Dies, der Zusammenbruch des Kolonialsystems und die Entwicklung von Befreiungskämpfen sind auch gleichzeitig die Ausgangskonstellation für den 3. Weltkrieg.

Ein Oldenburger Genosse
(überarbeitet von der AK-Redaktion)
wird fortgesetzt

Literatur-Liste

Clausewitz, „Vom Kriege", rororo 138
Engels, „Kann Europa abrüsten?", in MEW Bd. 22, S. 371 - 399
Marx, „Das Kapital", in MEW Bd. 23
Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Dietzverlag
Lenin, „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie", Lenin-Werke Bd. 21, S. 14 ff
General Luddendorf, „Der totale Krieg", München 1937
Ernst Schneller, „Arbeiterschaft und Wehrpolitik", 1928 nachgedruckt in „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", Buntbuch Verlag, S. 220 - 243
Henry Kissinger, „Kernwaffen und Auswärtige Politik", R. Oldenbourg, 1974 2. Auflage Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
„Militarismus heute", Militärverlag DDR, 1. Auflage 1979
„Konzept für die ‚Neuordnung' der Welt", Dietz-Verlag 1977
Albert Schreiner: „Vom totalen Krieg zur totalen Niederlage Hitlers", Pahl-Rugenstein Röderberg Verlag
Dietrich Eichholtz, „Geschichte der Deutschen Kriegswirtschaft", Band 1 Akademie Verlag, Berlin 1971
„Dokumente zur deutschen Geschichte 1936 - 39", Herausgegenben von W. Ruge und W. Schumann, Röderbergverlag 1977
K.H. Janßen in „ZEIT-Magazin" Nr. 36: „Und morgen die ganze Welt" (S. 16)
K.H. Janßen in „ZEIT-Magazin" Nr. 26: „Die blutigste Schlacht" Juni 81, S. 15 ff
„Der 2. Weltkrieg", Militärhistorischer Abriß, Förster, Helmert, Schnitter, in Militärverlag der DDR, 4. Auflage, 1981
Olaf Groehler, „Geschichte des Luftkrieges", Militärverlag der DDR
Ploetz, „Geschichte des 2. Weltkrieges"
„Texte zur Stalinfrage", Verlag Buntbuch, 1979

»Winteroffensive« der USA gegen Mittelamerika


In den Everglades—Sümpfen in Florida: Exil-Kubaner

Die ersten Kostproben Reagan'scher Politik hatte es zu Beginn des Jahres gegeben, als die westlichen Bündnispartner in einer diplomatischen Offensive darauf eingestellt werden sollten, daß es besonders günstig sei, den subversiven Vormarsch Moskaus in Mittelamerika zu stoppen. Die aufgebaute Legende von „kommunistischen Waffenlieferungen" über Nicaragua und Cuba an die Guerilla in El Salvador mußte herhalten, um eine ganze Palette von wirtschaftlichen und militärischen Drohungen gegen die beiden Länder zu begründen. Schon damals wollte man militärische Eingriffe wie eine Seeblockade gegen Nicaragua, die Verminung der cubanischen Häfen und direktes militärisches Eingreifen nicht ausschließen (vergl. AK 1 96). Nach einer relativ ruhigen Zeit während des Sommers hat nun die „Winteroffensive", die die „FAZ" bereits im September voraussagte, begonnen. Im Augenblick findet diese Offensive hauptsächlich noch publizistisch und auf der Ebene militärischer Vorbereitungen statt, aber es wird immer dringender *„Alarm zu schlagen"*, wie Magda Enriquez (Vertreterin der nicaraguanischen Frauenorganisation AMNLAE bei einem Besuch in der BRD) sagte, weil *„ein Krieg in diesem Teil der Welt (Mittelamerika) eine Weltkrise auslösen könnte, die die Gefahr eines Weltkrieges nach sich zieht"* („UZ", 4.11.81).

Militärische Drohungen

Bisheriger Höhepunkt der offiziellen Drohungen waren drei gleichzeitige Interviews im US-amerikanischen Fernsehen, in denen Außenminister Haig, Kriegsminister Weinberger und Chefbeater Meese unter anderem zur Mittelamerikafrage Stellung nahmen. In unterschiedlicher Gewichtung und Härte liefen alle Interviews darauf hinaus, daß die Lage *„sehr, sehr besorgniserregend sei"* (Haig), weil amerikanische Lebensinteressen unmittelbar berührt würden („FAZ", 25.11.81). Der Hang der nicaraguanischen Revolution zum Totalitarismus nehme erheblich zu, die Abhängigkeit vom sozialistischen Lager wachse, der massive Aufbau von Truppen sei mit inneren, nationalen Bedürfnissen nicht zu erklären, die Opposition werde zunehmend unterdrückt und der Waffenfluß an die Aufständischen in El Salvador halte weiterhin an. Es lägen Erkenntnisse vor, daß Nicaragua sowjetische Mig-Kampfflugzeuge erhalten solle, Piloten würden bereits in Bulgarien auf sowjetische Flugzeuge umgeschult, Flughäfen in Nicaragua aus- und umgebaut und rund 1.500 cubanische Militärberater befänden sich in Nicaragua im Einsatz. Alle Behauptungen wurden von Nicaragua und Cuba dementiert und als Vorwände für eine US-Aggression charakterisiert. Selbst von nordamerikanischer Seite wurden die Vorwürfe z.T. bezweifelt, was aber Haigs Kriegshetze keinen Abbruch tut. Es gehe nicht um die Bewältigung tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Probleme, sondern um *„die Bekämpfung kommunistisch-totalitären Vordringens"* („FAZ", 25.11.81), betonte er. Die Zeit laufe sehr schnell ab und es sei dringend erforderlich, daß die USA ihre Optionen festlegten. Dabei sei eine Seeblockade durchaus nicht ausgeschlossen, und die Beteiligung der USA an Umsturz- und Subversionsversuchen gegen die FSLN-Regierung denkbar („Nicaragua-Nachten" 11/81).

Haig hat auch indirekt bestätigt, daß er das Pentagon ersucht hat, *„die Möglichkeit militärischer Aktionen in El Salvador sowie gegen Cuba und Nicaragua zu prüfen"* („SZ", 9.11.81).

Praktische Vorbereitungen

- Anfang Oktober fand ein Seemanöver vor der nicaraguanischen Atlantikküste statt, an dem US- und hondurensische Truppen beteiligt waren. Es wurden Landemanöver eingeübt.
- Am 3. November gab der Verteidigungsminister El Salvadors die Zusammenarbeit der Streitkräfte von El Salvador, Honduras und Guatemala bekannt. Dies ist zwar keine Neuauflage des mittelamerikanischen Militärpaktes Condeca – der mit dem Sturz Somozas aufflog –, aber eine neue Qualität der Koordination. Ziel dieser Allianz (nördliches Dreieck) ist zunächst ein effenktiverer Kampf gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador, in einem nächsten Schritt könnte die Allianz aber auch in anderen Gebieten Operationen durchführen („Nicaragua-Nachrichten" 11/81).
- Die karibische Task Force, schon 1979 von Carter gegründet, mit Sitz in Key West in Florida wurde im November zu einem größeren Oberkommando für die ganze Karibik erweitert. Zwar werden diesem Kommando, ebenso wie der „Schnellen Eingreiftruppe", keine Streitkräfte auf Dauer unterstellt, die können aber im „Krisenfall" schnell zusammengestellt werden.
- Die Söldner, die ehemaligen Mitglieder von Somozas Nationalgarde, und die Exil-Kubaner in Florida und Honduras stehen abrufbereit. *„Wir gehören zu euch Gringos, ihr habt uns zu der besten Armee Mittelamerikas gemacht"* – so zitiert der „Spiegel" (23.11.81) einen Hauptmann der Söldnertruppe.
- Beim Treffen der amerikanischen Heere (Coferencia de los Exércitos Americanos, das alle zwei Jahre stattfindet) Anfang November in der Nähe von Washington war das Hauptthema die verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismus- und Guerilla-Bekämpfung. Außer Cuba und Nicaragua, das trotz einer Protestnote regelrecht ausgeladen war, nahmen alle lateinamerikanischen Länder teil, außerdem USA und Kanada (Mexiko als Beobachter). Auch während dieser Konferenz erklärte Haig, daß die USA eine *„Blockade Nicaraguas und Cubas unter Einschluß von Marine und Luftwaffenoperationen erwägen und auch direkte militärische Intervention nicht ausschließen"* („Nicaragua-Nachrichten" 11/81).
- Parallel dazu wird immer noch der Aufbau einer interamerikanischen Friedensstreitmacht versucht. Im November führte eine Delegation aus 19 Ländern unter Leitung des nordamerikanischen Heeresgenerals McEnery entsprechende Verhandlungen in Santiago de Chile („FAZ", 17.11.81).
- Seit August bereits wird eine kleine Insel im Golf von Fonseca zu einem See- und Raketensützpunkt ausgebaut; von dort aus kann der gesamte zentralamerikanische Raum kontrolliert werden. *„Der Stützpunkt soll noch im Oktober und so rechtzeitig für eine angeblich geplante Winteroffensive gegen Nicaragua und die Guerillas in El Salvador einsatzfähig sein"* („FAZ", 14.9.81).

Die Haltung einiger lateinamerikanischer Länder: Kaum Widerstand gegen Interventionismus

Die gemeinsame Erklärung von Mexiko und Frankreich, mit der die Oppositionsfront FDR in El Salvador als kriegführende Partei und eine repräsentative politische Kraft des Landes anerkannt wurde, hat die Polarisierung der lateinamerikanischen Länder beschleunigt. Begrüßt wurde die Erklärung außer von der FDR nur von Cuba, Nicaragua und Grenada. Auf Initiative von Venezuela und Kolumbien gaben 9 lateinamerikanische Staaten eine gemeinsame Gegenerklärung heraus, in der Mexico und Frankreich der Einmischung in innere Angelegenheiten El Salvadors bezichtigt werden (Argentinien, Bolivien, Chile, Guatemala, Paraguay, Honduras, Dominikanische Republik, Kolumbien und Venezuela). Brasilien, Peru, Costa Rica und Uruguay hatten diese Erklärung nicht unterzeichnet, haben sich aber später in einzelnen Stellungnahmen tendenziell angeschlossen. Nur Panama und Ecuador bildeten eine Ausnahme.

Das heißt, zum aktiven Eingreifen bereit scheinen die südlichen Diktaturen, vor allem Argentinien und Chile. Nach eindeutigen Indizien hat Argentinien bereits Militärberater in Guatemala stationiert („NN" 11/81). Brasilien hält sich offensichtlich noch etwas zurück und und hat sich mehrfach gegen eine militärische Intervention ausgesprochen. Venezuela hat in der letzten Zeit die Rolle eines Vermittlers übernommen. Die christdemokratische Regierung von Herrera Campins unterstützt die US-Politik in El Salvador und stellt sich hinter die Christdemokraten mit Duarte. Bezüglich Nicaragua und Cuba wird der harte Reagan-Kurs aber noch (?) nicht aktiv mitgetragen. Bei seinem Besuch in den USA im November warnte Herrera Campins davor, daß eine nordamerikanische Aktion gegen Cuba und Nicaragua einen *„nationalistischen Solidarisierungseffekt"* haben könnte.

„Die Anwendung amerikanischer Gewalt in Zentralamerika" sei *„im höchsten Maß kontraproduktiv"*, notwendig sei vielmehr durch vorsichtige Unterstützung pluralistischer und demokratischer Gruppen in Nicaragua den Sog zum Radikalismus aufzuhalten („NZZ", 22./23.11.81). Ein Ergebnis des venezolanischen Besuchs in Washington war jedenfalls die feste Zusage, daß Venezuela 24 f-16-Kampfflugzeuge geliefert bekommt. Dies dürfte den Schluß zulassen, daß die politischen Kontroversen zwischen beiden Regierungen sich in Grenzen hielten. Und auch die „NZZ" bezweifelt, *„ob Herreras Stimme wirklich noch fest genug gewesen ist, um Reagan von drastischen Ordnungsmaßnahmen gegen Nicaragua abzuhalten"* („NZZ", 22./23.11.81).

Was bleibt, ist Mexiko, dessen Regierung mit ihrem Eintreten für die FDR und durch die Beziehungen zu Nicaragua und Cuba zumindest auf diplomatischer Ebene immer noch eine Unterstützerrolle für die fortschrittlichen Kräfte spielt.

Mexiko wird voraussichtlich nicht auf den Reagan'schen Interventionskurs einschwenken, sein Spielraum ist aber auf Grund zahlloser wirt-

Fortsetzung nächste Seite



US-Aggression gegenüber Nicaragua

US-Aggression gegenüber Nicaragua

Agencia Nueva Nicaragua, Managua: 1. Oktober 1981

Während der Wahlkampagne für Ronald Reagan bereiteten die Heritage-Foundation und die sogenannte Gruppe von Santa Fee, beides ultrarechte Organisationen, die zukünftige Lateinamerika-Politik der USA vor und gaben insbesondere bezüglich Nicaragua eine Reihe von Empfehlungen. Nach Meinung der Beratergruppen der nordamerikanischen Regierung sollte die US-Politik gegenüber Nicaragua einen Beitrag zur Verschärfung der nicaraguanischen Wirtschaftslage leisten, die ehemaligen Söldner Somozas unterstützen und Finanzmittel zurückhalten, damit im Inneren des Landes Unruhe in der Bevölkerung entsteht, mit der Schlußfolgerung, daß "den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig bleibt, als die sandinistische Regierung zu stürzen".

Die folgende Zusammenfassung der politischen, militärischen und ökonomischen Aggression der USA gegenüber Nicaragua seit Reagans Regierungsantritt zeigt, mit welcher Genauigkeit die neue nordamerikanische Regierung diesen Ratschlägen gefolgt ist.

- 22. Januar (zwei Tage nach Reagans Amtsantritt) veranlaßte das State Department, die Verwendung von 60 Millionen Dollar in Nicaragua zu "überprüfen", die die Regierung Carter der nicaraguanischen Regierung als Teil eines 75-Millionen-Dollar-Kredites ausgezahlt hatte.
- 23. Februar: Sperrung eines 9,6-Millionen-Dollar-Kredits, den Nicaragua zum Kauf von Weizen in den Vereinigten Staaten gebraucht hätte und der genehmigt und zur Auszahlung bereit war.
- 14. März: Die Tageszeitung "El Nuevo Diario" deckt eine internationale Verschwörung auf, die unter dem Namen "Operation Orion" von Washington aus angeleitet die Zielsetzung hatte, die sandinistische Regierung zu destabilisieren und die revolutionären Kräfte Mittelamerikas zu vernichten.
- 17. März: Die nordamerikanische Tageszeitung "New York Times" veröffentlicht mit großer Betonung, daß etwa 600 somozistische Ex-Gardisten in verschiedenen Lagern in Florida, USA, trainiert werden.
- 18. März: Die "Washington Post" veröffentlicht Beweise dafür, daß somozistische Gardisten und kubanische Söldner in Miami trainiert werden, um in Nicaragua einzufallen.
- 20. März: Nicaragua sendet eine Note an den nordamerikanischen Außenminister Alexander Haig, in dem die Existenz der konterrevolutionären Trainingslager von Kubanern und Nicaraguanern denunziert wird.
- 1. April: Die Vereinigten Staaten stoppen ihre Wirtschaftshilfe für Nicaragua und behaupten, daß nicaraguanisches Territorium als Brücke für einen Waffentransport "aus Kuba und der Sowjetunion" für die Guerillakräfte in El Salvador diene.
- 9. April: Alexander Haig verspricht Nicaragua, die Sache mit den Trainingslagern in Miami und anderen Staaten der USA nachprüfen zu lassen. Als Resultat der Untersuchung erklärt er, daß die Hunderte von Konterrevolutionären bloß "Übungen abhalten" und daß man in diesem Land "somozistischer Gardist oder was immer man will sein kann".
- 13. Juni: Jaime Wheelock denunziert konkrete Pläne des CIA, in denen versucht werden soll, durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten die Maßnahmen der sandinistischen Regierung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu verleumden. Als Mittel soll geheime Arbeit in den Gewerkschaften "Central de Trabajadores de Nicaragua" und "Central de Unificación Sindical" dienen, beide an den großen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten orientiert.
- 27. Juli: Die Heritage-Foundation kündigt an, daß ein Plan in Kraft gesetzt worden ist, der die diktatorischen Regime Mittelamerikas und der Karibik stärken und Kuba und Nicaragua isolieren soll.
- 30. Juli: Alexander Haig spricht Drohungen gegenüber Nicaragua aus und behauptet ohne Beweis, daß Nicaragua "hochentwickelte" sowjetische Waffen über Kuba empfängt, die für El Salvador bestimmt sind.
- 31. Juli: Der nordamerikanische Senat ratifiziert den Saccio-Vasquez-Carrizoza-Vertrag, der Nicaragua die Souveranität über die Inseln Roncador, Quitasuenos und Serrana abspricht, die auf dem nicaraguanischen Kontinentalschelf in der Karibik gelegen sind.
- 8, August: Die Reagan-Regierung ordnet den Bau der Neutronenbombe an, die als eine flagrante Aggression gegen die Menschheit angesehen wird.
- 4. August: Die nordamerikanische UNO-Botschafterin Jane Kirkpatrick erklärt auf einer Reise durch Uruguay, daß Nicaragua ein Heer von über 50.000 Soldaten habe und dies eine Streitkraft darstelle, die "mit der sowjetischen Bewaffnung sich in die schlagkräftigste der mittelamerikanischen Region verwandele".
- August: Alexander Haig beklagt sich, daß Nicaragua weiter unter Kontrolle der Sandinisten sei, und fordert die europäischen politischen Parteien, die sich mit der sandinistischen Revolution solidarisieren, dazu auf, "gemäßigte Kräfte" zu unterstützen, statt "eine Situation zu verstärken, die zu für Washington unerwünschten Extremen führen kann".
- 23. September: Gemeinsame Manöver der nordamerikanischen und der honduranischen Streitkräfte werden für den 7. Oktober bekanntgegeben. Sie sollen an der an Nicaragua angrenzenden Atlantikküste stattfinden.

Forsetzung von voriger Seite

schaftlicher und politischer Abhängigkeiten von den USA auch nicht sehr groß. Mit dem Wirtschaftplan für die Karibik wird auch Mexiko (gemeinsam mit Venezuela) in die US-Maßnahmen eingebunden. Dieser Plan (Minimarshallplan) wurde trotz zahlreicher Differenzen im Sommer ausgehandelt und sieht jährliche Wirtschaftshilfen für karibische Länder vor: 350 Mio. Dollar von den USA, 350 Mio. Dollar von Mexiko und Venezuela gemeinsam, 50 Mio. Dollar von Kanada. Die USA verfolgen mit diesem Plan das Ziel, westlich orientierte Regierungen zu stabilisieren, die Privatwirtschaft zu stärken und relativ einflußreiche Länder wie Mexiko und Venezuela (um weitere Teilnehmer wird noch geworben) in ihre Mittelamerikapolitik einzubinden.

Gelungen ist es den USA jedenfalls, die Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Regierungen im militärischen Bereich zu festigen. Die zeitweise drastische Ablehnung jeglicher Interventionspläne – auch von seiten konservativer Regierungen – wurde abgeschwächt. „Militärische Ordnungsmaßnahmen" werden als solche im interamerikanischen Rahmen diskutiert.



Exil-Kubaner und ehemalige Somoza-Söldner proben den Überfall

Solidarität mit Cuba, Nicaragua, Grenada, FDR

Für die betroffenen Länder wird die Lage immer dramatischer. Die FSLN-Regierung in Nicaragua hat die Konfrontation mit den USA nicht freiwillig gesucht. Die Einstellung der Wirtschaftshilfe trifft ein Land, das mitten im Wiederaufbau ist, wirtschaftlich hart. Kapitalflucht und Sabotage der privaten Unternehmer (65 % der Wirtschaft sind noch in privater Hand) treiben eine Polarisierung voran, die von der FSLN vorerst nicht gesucht wurde. Die imperialistischen Drohungen erfordern den Ausbau der Milizen und der Streitkräfte unter großen Opfern. Das benutzen dann Leute wie Haig, um den zunehmenden Totalitarismus zu konstatieren und militärische Aggressionen zu begründen.

Cuba kann sowieso erklären, richtigstellen und dementieren was es will, es bleibt der Vorposten Moskaus, Waffenlieferant aller Aufständischen – und Hauptvorwand für militärische Abenteuer. (Vgl. AK 180.)

In El Salvador ist mit den augenblicklichen Maßnahmen keine Entscheidung herbeizuführen. Die Pattsituation zwischen Militärs und Guerilla konnte auch durch nordamerikanische Militärhilfe und Berater nicht aufgehoben werden. Daß die von Duarte für 1982 geplanten Wahlen keine Wende bringen, solange die FDR nicht beteiligt wird, ist allgemein klar. Verhandlungen mit der FDR werden weiterhin abgelehnt. Man steuert also auf eine „militärische Lösung" zu.

Die Entwicklung des letzten Jahres zeigt, daß es der Reagan-Administration in Mittelamerika nicht um ein propagandistisches Kräftemessen geht, sondern daß die militärischen Angriffspläne gezielt und systematisch vorangetrieben wurden. Hier wird die Konfrontation gezielt gesucht und vorbereitet.

Und es geht dabei nicht allein um die Wiederherstellung „geordneter und stabiler" Verhältnisse im Hinterhof. – Gegen jede militärische Aggression der USA, Hände weg von Mittelamerika, muß zu einer zentralen Parole der Friedensbewegung werden.

Lateinamerika-Kommission

Chile:



Die nationale Leitung der Gewerkschaftszentrale CNS, 2. v.l. Manuel Bustos, 3. v.l. Alamiro Guzman (Foto: El Mercurio, 20-26.8.81)

Aufschwung der Massenbewegung

Wir hatten während einer Reise nach Chile die Gelegenheit, mit einem Aktivisten des „Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes" (CODEPU) zu sprechen. CODEPU ist der u.E. interessanteste Versuch, alle Widerstandskräfte gegen die Diktatur auf Massenbasis zu organisieren. Bei unserem Aufenthalt konnten wir uns über die im CODEPU zusammengeschlossenen Organisationen und deren konkrete politische Aktivitäten ein Bild machen.
Genossen aus Nürnberg

Frage: Könntest du uns kurz darstellen, seit wann es das ‚Comitee de derechos del pueblo' (CODEPU) gibt und welcher politische Ansatz im halblegalen Kampf damit verfolgt wird?

Antwort: Das CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) ist ein Organismus, der im November 1980 in Santiago gegründet wurde. CODEPU ist das Produkt einer gemeinsamen Überlegung von Führern der politischen Volksorganisationen (Bewohnern der Elendsviertel, Frauen, Menschenrechtskommissionen, etc.), für die Zeit nach dem Plebiszit (vergl. AK 184/185) eine neue Phase des Kampfes des chilenischen Volkes einzuleiten. Die Diktatur schloß mit dem Plebiszit alle friedlichen Wege, um sich an der Macht zu halten, und legte die Bedingungen des politischen und sozialen Lebens unseres Landes bis 1990 fest. Die Verfassung, die das politische Programm der Diktatur darstellt, verpflichtet zu einer Festsetzung eines sozialen und wirtschaftlichen Systems, das unter Preisgabe des nationalen Erbes dem ausländischen Kapital den ganzen nationalen Reichtum zuschreibt. Dieses verfassungsmäßig festgelegte System zwingt zu einer Veränderung der nationalen Kultur in Richtung des absoluten Individualismus als Lebensform und zerstört das kulturelle Erbe des Volkes. Für uns hat dieser Ausverkauf katastrophale Folgen. Ein Großteil der Chilenen wird in Armut und Elend gehalten; es findet eine nie dagewesene Entwertung der menschlichen Arbeitskraft statt, 40% der Bewohner des Landes sind arbeitslos,Entführungen,Folterungen, Inhaftierung,Verbannungen,Erschießungen auf offener Straße sind nach wie vor los,Entführungen,Folterungen,Inhaftierung,Verbannungen,Erschießungen auf offener Straße sind nach wie vor alltäglich. Die Diktatur will ein System der absoluten Kontrolle des politischen und sozialen Lebens durch das Militär aufrechterhalten. Das chilenische Volk soll definitiv in grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen werden, damit die Diktatur ungestört das Land verändern kann, um die Wiederaufnahme eines demokratischen Systems unmöglich zu machen. Diese, von Pinochet aufgezwungene Perspektive verpflichtet die Volksorganisationen, andere Kampfformen als bisher zu ergreifen. Unser Volk, das die Gewalt verabscheut, sieht sich verpflichtet, alle Kampfformen zu wählen, mit dem Ziel, die Freiheit und die Demokratie des Landes wieder zurückzugewinnen. Diese Situation hat die Volksorganisationen veranlaßt, sich zu einer Organisation zu vereinen, die die bestehenden Volksorganisationen zusammenführt und die erlaubt, Fortschritte zu machen: Im Sammeln der Kräfte, in der Stärkung der Volksorganisationen, in der Koordinierung der Auseinandersetzung mit der Diktatur, in der Ebnung eines Weges zur Herausbildung einer großen sozialen Einheit, die fähig ist, die Diktatur zu stürzen. Das ist der Grundgedanke und Ausgangspunkt in der Arbeit des CODEPU. Deswegen ist es auch ein Komitee nationalen Charakters, das zwar in Santiago gegründet wurde, nun aber schon nach wenigen Monaten auch in Temuco, Conception, Valdivia, Chillan und Valparaiso präsent ist. Es ist klar, daß in Zukunft weitere Massenorganisationen und Einzelpersonen aufgenommen werden, um die Einheit und die gemeinsame Grundlage der Arbeit voranzutreiben. Deswegen ist CODEPU Ausdruck einer Massenorganisation, die vorhat, den ersten Schritt zu tun, um gemeinsam auf Massenebene gegen die Diktatur zu kämpfen.

Frage: Wie schätzt du die Bedeutung der chilenischen Arbeiterbewegung im Widerstand ein? Was kann der nationale Streik der Minenarbeiter in Conception und der Hafenarbeiter in Valparaiso möglicherweise an positiven Ergebnissen bringen?

Antwort: Im Prinzip sind wir uns einig, daß es derzeit keine Möglichkeit für einen radikalen nationalen Wechsel der chilenischen Situation gibt. Der Streik ist nur Ausdruck dafür, daß die Arbeiterklasse die Volksbewegung faktisch anführt.

Man muß bedenken, daß die Errungenschaften der chilenischen Arbeiter vernichtet worden sind, daß außerdem die Gewerkschaftsorganisationen und der Dachverband (CUT) zerstört wurden, Gewerkschaftseigentum konfisziert und Gewerkschaftsführer eingesperrt und erschossen wurden. Erst 1977 war es wieder möglich – mit Einschränkungen sicherlich – freie Gewerkschaftswahlen abzuhalten. In vielen wieder möglich – mit Einschränkungen sicherlich – freie Gewerkschaftswahlen abzuhalten. In vielen Fällen erst ab 1980. Die meisten derzeitigen Gewerkschaftsführer sind junge Arbeiter, denen es an einer Reihe von Kampf- und Organisationserfahrung mangelt. Trotzdem ist es beachtlich, wieviel sie gelernt haben. In der Auseinandersetzung um die Forderung kollektiver Tarifverhandlungen – die durch das Arbeitsgesetz (Plan laboral) verunmöglicht sind – hat es z.B. schon mehr als 370 Streiks gegeben. Viele haben das gesetzlich zugesicherte Streiklimit von knapp 30 Tagen ausgeschöpft. So im Fall von Panal, Good Year, Promatex, Proinsa, El Teniente, Cuero Calzado (Anm.: kleinere nationale Firmen, die alle von der Schließung bedroht sind bzw. geschlossen wurden). Am Beispiel der Kohlearbeiter will ich das mal verdeutlichen: Das momentan wichtigste auf dem Arbeitssektor war der Antrag der nationalen Gewerkschaftsversammlung der CNS an die Pinochet-Diktatur. Dieses ausgearbeitete Dokument wurde Punkt für Punkt von etwa 300.000 Arbeitern diskutiert und verändert und drückt deren Forderungen und Interessen im Hinblick auf die Regierungsangebote aus. Durch das Herantragen des Dokuments an das Regime haben sie dessen Legitimität in Frage gestellt und eine Stellungnahme zu den anstehenden dringenden Interessen von ihm gefordert. Natürlich war die Antwort der Diktatur brutal: Fünf Gewerkschaftsfunktionäre der CNS wurden inhaftiert. Zwei der obersten Repräsentanten der CNS – Gusto und Guzman – sind nun schon monatelang eingesperrt. Die Unterdrückung der Gewerkschaft auf allen Ebenen deutet auf die Angst der Diktatur hin, die diese vor öffentlicher Interessensartikulation hat. Die Tatsache, daß die chilenische Arbeiterklasse trotz der Repression ein Dokument wie dieses erarbeitete und es an der Basis diskutierte, demonstriert den Grad der Festigung, den sie erreicht hat.

In der jüngsten Phase hat die Entwicklung des Streiks im Kohlegebiet und der Hafenarbeiter eine zentrale Bedeutung für den Fortschritt der Arbeiterbewegung und deren Kampf- und Mobilisierungsfähigkeit. Wir können nicht vergessen, daß die Hafenarbeiter ein Teil derjenigen waren, die sich gegen die Regierung Allende gestellt hatten und traditionell eine noch – gelinde gesagt – auf ‚Mittelposition' ausgerichtete Führung haben. Trotzdem hat sich dieser Bereich der Arbeiter für einen illegalen Streik entschieden, dessen Ziel nicht eine ökonomische Forderung war, sondern die Abschaffung des Plan Laboral, der die Rechte der Hafenarbeiter betrifft, ist. Es ist der erste illegale Streik, der das gesetzlich festgelegte Limit von 25 Tagen überschreitet. Jetzt zu den Kohlenarbeiterstreiks: Die Minenarbeiter sind ein traditionell kämpferischer Bereich, der gegen die despotischen Regierungen von Videla und Allesandro drei bis vier Monate streikte. Die Minenarbeiter wurden durch die Diktatur besonders hart getroffen. sandro drei bis vier Monate streikte. Die Minenarbeiter wurden durch die Diktatur besonders hart getroffen. Arbeitersiedlungen wurden zerstört, wenn die Arbeiter entlassen worden waren; in den letzten acht Jahren wurden mehr als 50% auf die Straße geworfen. Die noch Verbliebenen werden mit Hungerlöhnen von 92 Pesos täglich (etwa 6 DM) – bei einer durchschnittlichen Zahl von 6 Kindern – abgespeist. Trotz dieser unmenschlichen Lebensbedingungen entschlossen sich die Minenarbeiter gegen die staatliche Firma (der Chef ist Militär) zu streiken. Der Streik dauerte fürs erste 20 Tage und wird weitere Streiks anderer Minen dieser Zone nach sich ziehen. Die Mobilisierungen, die jetzt in der Region von Conception laufen, bedeuten die Wiederbelebung der massivsten und kämpferischten Bereiche in dieser Zone, haben jedoch auch nationalen Charakter. So läuft z.B. auch der Streik der Hafenarbeiter nicht nur in Valparaiso, sondern auch in Talcahuano und San Antonie (die wichtigsten Handelshäfen Chiles). Das Stilliegen der Arbeit in den Häfen bereitet der Aufrechterhaltung des unsicheren Wirtschaftsmodells der Diktatur ernsthafte Schwierigkeiten. Sollte die Arbeiterklasse auf dieser Linie der Stärkung der Einheit und des organisierten Vorgehens fortfahren, könnte sie ohne Zweifel die Wirtschaft des Landes innerhalb einiger Monate lahmlegen. Bis jetzt ist die Diktatur allerdings nicht einmal auf die Forderungen eingegangen. Es wurde nicht ein Vorteil erreicht – im Gegenteil: Jedes neue Gesetz und Dekret wirkt sich auf die Rechte der Arbeiter aus, nimmt ihnen bereits durchgesetzte Errungenschaften ab. Das Wirtschaftsmodell (Anm.: Stichwort Milton Friedmann) hat bei den chilenischen Arbeitern verheerende finanzielle und soziale Folgen. Das Monatseinkommen liegt durchschnittlich bei 150 US-Dollar. Mehr als 100.000 Menschen arbeiten im staatlichen Mindestbeschäftigungsprogramm für etwa 40 US-Dollar, ohne Sozialleistungen. Die feudalistischen Bedingungen, in denen Land- und Forstarbeiter gehalten werden, zeigen, daß die Rechte der Arbeiter auf den Stand von vor 100 Jahren zurückgeworfen wurden. Die Produktionsstruktur, die gemäß dem Wirtschaftsmodell zerstört wird, hat abertausende chilenischer Arbeiter arbeitslos gemacht, die nicht wissen, wie sie überleben können. All diese objektiven Lebensbedingungen haben die chilenischen Arbeiter verpflichtet, ihre Organisationen zu verstärken und offensivere Aktionen gegen das System in Gang zu setzen.

Frage: Könntest du uns zum Abschluß sagen, welche Bedeutung die Solidaritätsbewegung – insbesondere in Europa – für den chilenischen Widerstand hat?

Antwort: Die internationale Solidarität war vom ersten Tag des Putsches an aktiv. Wir sind uns einig und klar Antwort: Die internationale Solidarität war vom ersten Tag des Putsches an aktiv. Wir sind uns einig und klar darüber, daß wir – wie vielleicht kein anderes Land – aus allen Ländern und insbesondere aus Europa solidarisch unterstützt wurden. Die demokratische Tradition (Anm. im Vergleich zu Lateinamerika natürlich) hat für uns vor allem in der ersten Zeit eine wichtige Bedeutung gehabt: in Form von wirtschaftlichen und diplomatischen Maßnahmen gegen das Pinochet-Regime. Dadurch sind hier mehr Opfer verhindert worden. Zur Zeit wird aber die internationale Solidarität für die Volksorganisationen dringender. Alle, die gegen die Herrschaft der Diktatur ihre Stimme erheben, werden brutal unterdrückt. Denn in unserem System ist am allerwenigsten die Brutalität beendet. Im Gegenteil, sie hat sich verschärft, spezialisiert. Die Diktatur versuchte der Weltöffentlichkeit ein befriedetes Land zu demonstrieren, mit dem Ziel ihr brutales Image abzubauen. Dies ist ihr jedoch bis jetzt nicht gelungen. Die Diktatur hat es weder geschafft, das Land zu „befrieden", noch die Unterdrückung zu „humanisieren", um das mal so zu sagen. Tag für Tag werden mehr Chilenen arbeitslos und sind ohne Wohnung. Täglich werden es mehr politische Gefangene, Ausgewiesene, Entführte, Gefolterte und Verbannte. All diese alltäglichen Realitäten erfordern eine Antwort aller human Denkenden in der Welt. Es zeichnet sich ab, daß in der nächsten Uno-Konferenz europäische Regierungen ihre bisherige Position zur chilenischen Diktatur ändern wollen. Dies hieße, die Augen vor den Verbrechen der Diktatur verschließen und sich zu deren Komplizen zu machen. Für das chilenische Volk würde dies einen harten Rückschlag bedeuten.

Die Regierung Reagan, mit all den lateinamerikanischen Stützpunkten, ist verantwortlich für die Massaker in El Salvador und Guatemala, für die reaktionäre Intervention gegen die revolutionäre nicaraguensische Regierung, für maßlose Unterdrückung in Kolumbien und für die Repression in Chile. Sie versucht die europäischen Regierungen zu zwingen ihre Position abzuändern, die sie bisher zur Verurteilung der Diktatur durch die UNO während der ganzen acht Jahre eingenommen haben. Für uns, das chilenische Volk, wäre das ein harter Schlag.

Vielen Dank für das Gespräch.

»Drittes Frauenhaus Hamburg e. V.«

Kampf an allen Fronten, sogar gegen eine Kreissparkasse!



Hamburg hat bisher zwei autonome Frauenhäuser. Sie sind anonyme Zufluchtsstätten für Frauen mit ihren Kindern, die vor Prügeln bis hin zu Mordversuchen ihrer (Ehe-) Männer fliehen müssen. Daß zwei Frauenhäuser für eine Millionenstadt wie Hamburg nicht ausreichen, ist hinlänglich bekannt. Deshalb kämpft seit drei Jahren die Initiative ,,Drittes Frauenhaus Hamburg e.V.'' für ein Haus im dichtbesiedelten Süderelberaum.

Mit Schwierigkeiten von Seiten der Behörde war zu rechnen, aber daß frau sich jetzt sogar noch gegen eine Kreissparkasse in Hamburg-Harburg zur Wehr setzen muß, verschlug uns doch glatt den Atem. Mehr zu dieser traurigen Posse weiter unten.

Im April dieses Jahres wurde endlich ein Haus von der Stadt gekauft, doch erst nach einer Besetzungsaktion ist den Frauen mitgeteilt worden, daß das Haus bereits als Sitz für das neue Frauenhaus gekauft worden war. Damit wurde wieder mal deutlich, daß eine Fraueninitiative als Verhandlungspartnerin nicht ernst genommen wird.

Sämtliche weiteren Verhandlungen standen unter diesem schlechten Stern: Von der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (BAJS, als Geldgeber) und der Sprinkenhof AG (als Verwalter) wurden fast grundsätzlich Termine nicht eingehalten, wichtige Informationen nicht mitgeteilt, mündliche Zusagen nicht eingehalten, Unterlagen verlegt oder zu spät abgegeben usw. Erst als ein Mann (ein Harburger Anwalt) der Sprinkenhof AG mit der Presse drohte, wurden sie zugänglicher. Doch die Zeit drängte, weil die von der Bezirksversammlung bewilligten Gelder nur für dieses Jahr bewilligt wurden und zu verfallen drohen, wenn die Umbau- und Renovierungsarbeiten nicht in diesem Jahr noch beginnen. Deshalb hat sich die Frauenhausinitiative Mitte November mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Außerdem wurde auf dem AL-Gründungskongreß am 29.11. eine Resolution verabschiedet, die die wesentlichsten Punkte der Presseerklärung enthält. Diese Resolution, die wir nachfolgend im Wortlaut abdrukken, wurde von den Kongreßteilnehmern einstimmig angenommen.

Resolution:

,,Trotz über dreijähriger Bemühungen noch immer kein 3. autonomes Frauenhaus in Hamburg [Standort Süderelbe].
Und das, obwohl
- *das Haus von der Stadt gekauft ist,*
- *die Gelder für dieses Jahr bewilligt sind,*
- *der Mietvertrag schon abgeschlossen ist,*
- *für dieses Jahr schon ein Öffnungstermin bestanden hatte*
- *und für Juli dieses Jahres die Bezahlung einer hauptamtlichen Mitarbeiterin zugesagt wurde.*

Doch wenn dieses Jahr die Renovierungs- und Umbauarbeiten nicht beginnen, verfällt das bewilligte Geld. Eindeutig Schuld an dieser Schweinerei ist die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales [BAJS-zuständig für die Finanzierung] und die Sprinkenhof AG [Verwalter des Hauses]. Ein Beispiel für das Vorgehen der beiden ist das Tauziehen um den Mietvertrag: Die Sprinkenhof AG wollte den Mietvertrag abhängig machen von der Zuwendung der Gelder durch die Behörde; die Behörde wiederum macht die Zuwendung abhängig vom Mietvertrag. Ansonsten wurden ständig: Termine nicht eingehalten, Unterlagen verlegt, mündliche Zusagen nicht eingehalten, wichtige Informationen nicht weitergeleitet und außerdem ist üblicherweise der Zuständige entweder im Urlaub oder nicht mehr zuständig.

Bis zum 15. Dezember etwa müssen wir den Bewilligungsbescheid über die Gelder von der Behörde vorliegen haben.

Deshalb fordern wir:
- *schriftliche Anerkennung des Mietvertrages durch die BAJS und Auszahlung der bewilligten Gelder*
- *sofortiger Beginn und zügige Durchführung der Umbaumaßnahmen*
- *rückwirkende Bezahlung einer hauptamtlichen Mitarbeiterin.''*

Als Reaktion auf diese Öffentlichkeitsarbeit kam ein Schreiben von der BAJS mit einigen Zusagen, doch den versprochenen Zuwendungsbescheid haben wir immer noch nicht in den Händen. Doch gleichzeitig mit diesem Lichtschimmer kam der nächste Hammer:

Die Kreissparkasse Harburg lehnt es ab, Einzugsermächtigungen für das Konto der Initiative durchzuführen!

Zuerst ohne Begründung und dann mit der Begründung, daß sie mit dem Verwendungszweck der Gelder nicht einverstanden wäre! (s. Faksimile)

Gegen was muß sich Frau eigentlich noch wehren?

Am Donnerstag, den 10.12.81 um 17 Uhr werden wir mit vielen Frauen und Presse in die Kreissparkasse gehen und unser Konto dort löschen. Wir würden uns freuen, wenn noch viele andere mitkommen würden.

Zwei Frauen aus der Initiative ,,Drittes Frauenhaus Hamburg e.V.

Girokonto 27359 - Antrag auf Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren der Kreditwirtschaft ist besonderen Bedingungen unterworfen. Das kontoführende Institut ist nicht in der Lage, die Rechtmäßigkeit des Einzugs hinsichtlich der Ermächtigung und hinsichtlich des Grundes des Einzugs zu überprüfen. Zum Schutz des Zahlungspflichtigen sind die Kreditinstitute deshalb gehalten, besonders strenge Maßstäbe anzulegen, wenn ein Kontoinhaber die Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren wünscht.

Es steht im freien Ermessen des kontoführenden Instituts, einen derartigen Antrag anzunehmen oder abzulehnen. Eine Angabe von Gründen für eine ablehnende Entscheidung kann nicht verlangt werden. Für Ihre ultimative Aufforderung ist deshalb kein Raum. Trotzdem sind wir bereit, Ihnen mitzuteilen, daß uns insbesondere der Verwendungszweck die Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren bedenklich erscheinen läßt. Wir dürfen Sie darauf hinweisen, daß hierfür die Alternative einer Dauerauftragserteilung durch Ihre Spender besteht.

Mit freundlichen Grüßen

Kreissparkasse Harburg

Erklärung der Hamburger »Abreißerinnen«

Im AK 213 haben wir davon berichtet, daß die ,,Insel fürs Leben'' 10 Frauen, die beim Abreißen ihres Aufklebers ,,Abtreiben'' in Hamburger Verkehrsmitteln erwischt worden waren, Mahnbescheide zugeschickt hat. Die Frauen wurden darin aufgefordert, den durch das Abreißen entstandenen ,,Schaden'' von 6000 DM zu bezahlen; andernfalls würde Anzeige erstattet.

Im folgenden drucken wir einen Brief der betroffenen Frauen ab, der in der ,,tageszeitung'' vom 26.11. veröffentlicht wurde:

Zum Hamburger Kirchentag im Juni 81 ließ ein Verein namens „Insel fürs Leben" in Hamburger U-Bahnen und Bussen tausenden von Anti-Abtreibungs-Plakaten mit der Parole: „Abtreiben heißt töten — Babies wollen leben" verkleben. Wir waren und sind empört! Die meisten Frauen, die sich zu einer Abtreibung entschließen, haben sowieso schon mit sozialen und psychischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch solche Plakate sollen ihnen noch zusätzlich Schuldgefühle gemacht werden. Zudem wird ein völlig gesetzliches Verfahren diffamiert. Diese Provokation richtet sich auch gegen alle diejenigen, die den Frauen in einer Situation beistehen, in der sie ein Kind nicht zur Welt bringen können oder wollen, nämlich gegen Ärztinnen/e, Krankenschwestern, Sozialberater/innen u.a. Außerdem ist es empörend, diese Art der Propaganda in öffentlichen Verkehrsmitteln zuzulassen, einem staatlichen Betrieb, auf den wir zur Benutzung angewiesen sind. Wir dürfen ihn mit Steuergeldern und teuren Fahrscheinen finanzieren und werden dann dort noch beleidigt.

Glücklicherweise gab es nicht nur Frauen, die sich bei den Verkehrsbetrieben beschwerten (was eh nix nützte), sondern auch viele Frauen und ein paar Männer, die zur Selbsthilfe schritten und die Aufkleber kurzerhand abrissen. Einige Frauen und Männer wurden dabei erwischt. Von diesen verlangt der Verein „Insel fürs Leben" jetzt gerichtlich Schadensersatz und droht mit Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung. Gegen eine der Frauen liegt bereits eine Strafanzeige vor. Wir wollen diese Frauen nicht allein lassen (und auch die Männer nicht, die abgerissen haben). Deshalb erklären wir:

Auch ich habe abgerissen

Carola von Paczensky, R.S. Rodemann, Heidemarie Ehlke, Helma Zenker, Anette Aardeck, Gabriele Schroer, Brigitte Bach, Margot Andrée, Hannelore Michalke, Helga Rowehl, Gabriele Grimm, Beate Danker, Elke Martin, Annette Rethemeierm Florentine Hoffmann, Veronika Binger, Heike Schopp, Anita Horz, Christa Sobo, Ursula Schütt, Ralph-Holger Raben, Gisela Reimer, Edelgard Stöhr, Elke Franzki, Klaus Humann, Geka (Angelika) Hunngeburt, Elsbeth Riecken, Ulla Jelpke, Helma von Hanxleben, Marianne Brüchert, Gisela Clensen, Anke Brenneke-Eggers, Sabine Strauss, Heidi Elkermann, Hildegard Lämpe, Bernhard Storz, Susann Haltje, Karin Klein, Barbara Mansberg, Monika Stutzbach-Michelsen, Solay Leipert, Irmgard Bruhn, Katharina Volzke, Karin Ehlers, Irma Keilhack, Antonia Hilke Regnier, Karin Boine, Margit Kluge, Inge Händel, Rudolf Müller, Gisela Frowerk

Wem jetzt einfällt, daß sie/er auch einen Aufkleber abgerissen hat und sich mit uns gemeinsam der Verfolgung durch die „Insel fürs Leben" aussetzen will (Konsequenz wahrscheinlich Strafanzeige und Schadensersatzforderung), kann sich bei der Kontaktadresse melden: Anke Brenneke-Eggers, Vereinsstraße 81a, 2000 Hamburg 6

Alternative Liste Hamburg gegründet

Fortsetzung v. Seite 1

Eimsbüttel, Nord und Wandsbek, AL-Anhängern aus Bergedorf und Harburg, sowie der AL-Frauengruppe zu dem gemeinsam geplanten Kongreß kam. Neben vielen Unorganisierten waren Mitglieder aus dem KB, den SOST, dem SB, der Gruppe Arbeiterpolitik und dem KBW an den Diskussionen beteiligt. Dem Kongreß lag eine Arbeitsmappe mit Papieren zum politischen Selbstverständnis – vorgelegt von der AL-Initiative, mit teils umfangreichen Änderungsanträgen von der Bunten Liste, der BI Walddörfer sowie den SOST –, zu den basisdemokratischen Strukturen der Liste (Vorlagen von AL-Ini und BuLi) sowie Politische Leitsätze (Vorlagen von Al-Ini und BuLi) zur Diskussion vor. Sowohl die politischen Leitsätze, als auch Papiere zum Verhalten gegenüber den Grünen und zur Politik im Parlament (speziell gegenüber einem möglichen SPD-Minderheitssenat) konnten am Gründungswochenende nicht mehr behandelt werden. Aus diesem Grunde soll ein Folgekongreß am 18. und 19. Dezember diese Fragen behandeln.

Geprägt war der Gründungskongreß weniger von der politischen Diskussion um die Aufgaben einer Alternative angesichts der Krise, Sozialabbaus und der Kriegsgefahr. Geprägt war er vielmehr von der ‚neuen‘ Stimmung, die unter dem Stichwort Konsens den Kongreß beherrschte, von dem erkennbaren Bemühen, miteinander zu diskutieren, unterschiedliche Ansichten zu respektieren und zu berücksichtigen. Entsprechend war das Verfahren bei Abstimmungen, wo die häufigst gebrauchte Formel der Diskussionsleitung gegenüber Minderheiten die Frage war: „Könnt ihr mit dem Abstimmungsergebnis leben?"; wenn nein, so wurde weiter nach einem Kompromiß gesucht.

Diese Stimmung, die bei vielen nach dem Kongreß so etwas wie AL-Euphorie aufkommen ließ, ist vor allem vor dem Hintergrund der scharfen Auseinandersetzungen in Hamburg 1979/1980 in der Bunten Liste und um die Gründung der Grünen Partei zu verstehen. Die damaligen, zum Teil unversöhnlich ausgetragenen, politischen Differenzen, insbesondere zwischen dem KB und der vom KB abgespaltenen Gruppe Z,
nen, politischen Differenzen, insbesondere zwischen dem KB und der vom KB abgespaltenen Gruppe Z,
haben lange Zeit nachgewirkt und Versuche einer Neukonstellation verschiedener politischer Strömungen in einer Liste für Hamburg behindert.

Mit der AL-Gründung verbinden viele die Hoffnung, daß ein Neuanfang gemacht ist, der sogar geeignet sein könnte, die immer noch starre Front gegenüber den Hamburger Grünen und deren 50 : 50-Modell, mit dem sie sich ausdrücklich von diesem Listenbildungsprozeß ausgenommen haben, aufzubrechen.

Andererseits darf Stimmung nicht mit Politik verwechselt werden und den Blick dafür verstellen, daß die AL noch erhebliche Diskussions- und Arbeitsdefizite hat, die in den nächsten Wochen aufgearbeitet werden müssen.



Photo : AK/H.W.

DKP steigt aus

Seit dem Kommunalpolitischen Kongreß Mitte Oktober war klar, daß es ein Zusammengehen von Grünen und Alternativen mit der DKP als Partei in einer Liste nicht geben wird. Neben einer Reihe politischer Streitfragen (Selbstbestimmungsrecht der Völker, Polen, Haltung zur Kernenergie) war es vor allem das massierte Auftreten der DKP, mit dem sie ihren Anspruch auf Platz in der Alternative anmeldeten, der die AL-Gründungsteile veranlaßt hat, nach der formellen Ausgrenzung der DKP durch die Grünen ihrerseits öffentlich zu erklären, daß ein Ausklammern der inhaltlichen Streitfragen (wie von der DKP gefordert) nicht infrage komme und ein Bündnis mit der DKP als Partei abgelehnt wird (siehe dazu ausführlich AK 211). Auf dem AL-Gründungskongreß erklärte nun ein Vertreter des DKP-Bezirksvorstands, daß seine Partei aus dem Listenbildungsprozeß aussteige und die Gründung der AL ablehne. Kurios gerade aus DKP-Mund ist die Begründung: *„Eure Entwicklung zu einer immer straffer geführten Partei wird u.E. auch dadurch sichtbar, wie ihr zentralistisch und bevormundend von oben in die Diskussion auf Wahlkreisebene eingreift".* Womit Bezug genommen wird auf die Diskussion in fast allen AL-Bezirken nach dem Kommunalpolitischen Kongreß um eine Beteiligung der DKP. War die DKP bis zu diesem Zeitpunkt eher schmeichelnd gegenüber der AL und der Bunten
ligung der DKP. War die DKP bis zu diesem Zeitpunkt eher schmeichelnd gegenüber der AL und der Bunten
Liste aufgetreten, so war jetzt nichts mehr davon zu spüren. Jetzt heißt es: *„Auf dem Wege einer ‚Organisation der Unorganisierten‘ (U-Block) über Listen- und Programmentwicklung, dem Zusammengehen mit der Bunten Liste, entwickelt ihr euch zu einer eigenen politischen Organisation, die – ob ihr es wollt oder nicht – immer mehr auch durch ihre parlamentarische Ausgerichtetheit Parteiencharakter annimmt".* Einziger „Beleg" hierfür ist, daß in einer von drei Einzelpersonen unterzeichneten Stellungnahme gefordert wird, die AL solle nichts weiter als „Wahlverein" sein. Eine Position, die nicht mehrheitsfähig ist und auch an keiner Stelle der vom Gründungskongreß beschlossenen Dokumente zu finden ist, ja sogar ausdrücklich abgelehnt wurde. So bleibt die Hamburger DKP bei ihrer alten, aber wenig bewährten Position: **„Wir sind aber nicht bereit, das Recht und die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur unserer Partei in Zweifel zu ziehen".**

Demgegenüber erklärte ein bekanntes DKP-Mitglied aus einer Initiative in Eppendorf, daß er weiter am Gründungsprozeß der AL teilnehmen und eine Mitarbeit letzlich von den verabschiedeten politischen Po-
tiative in Eppendorf, daß er weiter am Gründungsprozeß der AL teilnehmen und eine Mitarbeit letzlich von den verabschiedeten politischen Po-
sitionen abhängig machen wolle.





AL - Plakat



Photo : AK / H. W.

Das Selbstverständnis-Papier der AL

Der erste Tag des Gründungskongresses befaßte sich mit den vorliegenden Entwürfen zum politischen Selbstverständnis der AL. Betont wird, daß die AL *„in der außerparlamentarischen Gegenmacht ihre Basis und Stärke"* sieht. Trotz grundsätzlicher Kritik der parlamentarischen Demokratie strebt die AL eine Beteiligung an der Arbeit im Parlament an: *„Wir haben keine parlamentarischen Illusionen und geben dem unmittelbaren Engagement in außerparlamentarischen Aktionen den Vorrang gegenüber der Parlamentsarbeit. Wir wissen, daß es mit der Formulierung von Alternativen nicht getan ist, und daß die unmittelbaren Einflußmöglichkeiten der Alternativen Liste in der Bürgerschaft und in den Bezirksversammlungen zwangsläufig begrenzt sein werden".*

Wirkliche Demokratie finde im Parlament nicht statt. *„Lebendige, glaubwürdige Demokratie, das sind heute in Hamburg und anderswo hunderte von Basis- und Bürgerinitiativen, die unmittelbar vor Ort Mißstände bekämpfen ...".* Die hier praktizierte Demokratie findet *„nicht in der Form von Beraterverträgen, Aufsichtsratsposten und Lobbies, sondern durch unmittelbare Entscheidung und Verständigung der jeweils Betroffenen und ohne persönliche Bereicherung"* statt.

Zur Parlamentsarbeit heißt es: *„Unsere Parlamentsarbeit kann verschiedene Formen annehmen, sei es durch Formulierung grundsätzlicher Alternativen oder auch sachkundige Einzelanträge. Wie unsere jeweilige Mitarbeit aussehen wird, kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen von Fall zu Fall entschieden werden. Ohne deren Zustimmung soll nichts entschieden werden. Wenn es im Interesse der Basisbewegung liegt, stimmen wir auch in einzelnen Fragen mit den bürgerlichen Parteien".* Zur „konstruktiven" Arbeit im Parlament (ein von der Gruppe Z aufgestelltes ‚Essential‘) wird vermerkt: *„Wenn wir in unserem Sinne konstruktiv mitarbeiten, bedeutet das, Sand im Getriebe zu sein, Machenschaften bloßzustellen, Pläne der Verwaltung den Betroffenen zugänglich machen, alles nützliche und konstruktive Dinge".*

Programmatische Schwächen

In den Aussagen zu politischen Grundpositionen der AL ist das ‚Selbstverständnis‘ bisher unausgegoren und unvollkommen, was bei der Debatte der politischen Leitsätze nachgeholt werden muß. Mehrfach wird zwar gegen das Kapital und die Rüstungsindustrie Stellung genommen. Es stehen auch folgende Sätze im Papier: *„Das kapitalistische Krisenmanagement der etablierten Parteien holt sich die für Rüstung und Subventionen benötigten Milliarden-Gelder von den sozial Schwächsten, von den Arbeitslosen, Lohnabhängigen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen, deren Situation sie obendrein als selbstverschuldet und Ergebnis von Faulheit (‚soziale Hängematte‘) verteufeln".* Die Formulierung der Alternative bleibt aber dürftig: da ist von *„Widerstand auf allen Ebenen"* die Rede, sowie: *„Wir setzen der unsozialen Sparpolitik unsere Politik entgegen. Rüstung und Milliardensubventionen und Abschreibungsmöglichkeiten für Großkonzerne und Spekulanten müssen eingespart und Steuerreformen zu Lasten der Reichen vorgenommen werden. Eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen und Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze streben wir an".*

Die noch mangelhaft entwickelte inhaltlich-programmatische Grundlage der AL ist der Hauptkritikpunkt der SOST (Sozialistische Studiengruppen, Eurosozialisten), die sich bislang noch nicht zu einem Eintritt ihrer Mitglieder in die AL entschließen konnten. Immerhin halten sie sich eine weitere Mitarbeit bis zur Diskussion der politischen Leitsätze offen. Die SOST waren in der Selbstverständnis-Debatte mit mehreren Anträgen gescheitert, die ihren Politikansatz im ‚Selbstverständnis‘-Text verankern sollten: die Krise des kapitalistischen Systems zu konstatieren,

Fortsetzung nächste Seite

WAHLBEWEGUNG

Fortsetzung nächste Seite

den *„an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten"* bürgerlichen Parteien die Fähigkeit *„zur Lösung* (der Krise, Anm. d. Verf.) *im Interesse der Bevölkerung"* abzusprechen, um sich, bzw. in diesem Fall die AL, als die Lösung aus der Krise anzubieten. Diesen engen, ökonomischen Ansatz zur Hauptgrundlage einer Alternativen Liste zu machen, war die große Mehrheit der Versammelten nicht bereit. Was die SOST, bei aller Berechtigung der Kritik an programmatischen Schwächen, nicht begreift, ist, daß im AL-‚Selbstverständnis' mehr an politischem Veränderungswillen, an emanzipatorischen Ansätzen vorhanden ist und sich artikuliert (gerade deswegen ja auch der enge Bezug zu solchen Emanzipationsbewegungen), als dies beim verengten Politik-Ansatz der SOST der Fall ist. Zu hoffen bleibt, daß die SOST ihre politisch-theoretischen Fähigkeiten in die weitere Programmerarbeitung einbringen.

„Wahlverein" oder Alternative?

Eine interessante Kontroverse zwischen der Bunten Liste und einzelnen Mitgliedern der AL-Initiative gab es um die Frage, wie sich die AL im politischen Spektrum versteht. Während es im AL-Ini-Vorschlag hieß: *„Die Alternative Liste kann nicht die neue Organisation, die Klammer aller oppositionellen Kräfte sein. Wir wissen aber auch, daß die Alternative Liste ohne dauernde Verbindung zu Gruppen und Initiativen hohl ist"* – hatte die BuLi formuliert: *„Die Alternative Liste soll mehr sein als reines Zweckbündnis zur Überwindung der 5 %-Hürde. Sie ist ein Zusammenschluß fortschrittlicher Kräfte, die den gemeinsamen Willen verfolgen, die praktisch inhaltliche Qualität linker Politik zu verbessern".*

Diese Formulierung wurde vehement als Anspruch einer „Über-Partei" angegriffen, wobei im Vorfeld der Diskussion der Vorwurf erhoben wurde, der KB wolle sich mit der AL seine „Massenpartei" schaffen. Demgegenüber stand eine Vorstellung von der AL als reiner ‚Wahlverein', der nur die Wahlbeteiligung und Kontrolle der Abgeordneten zur Aufgabe hat. Die Verbindung zur außerparlamentarischen Bewegung soll danach durch einerseits Wahlarbeit, andererseits Arbeit der ‚Wahlpersonen' in den Basisinitiativen hergestellt werden. Diese Position war auf

andererseits Arbeit der ‚Wahlpersonen' in den Basisinitiativen hergestellt werden. Diese Position war auf

dem Kongreß nicht mehrheitsfähig. Als Ergebnis der Diskussion ist jetzt formuliert:

„Die Alternative Liste kann nicht d i e *neue Organisation, die Klammer aller oppositionellen Kräfte sein. Sie soll aber mehr sein als reiner Wahlverein zur Überwindung der 5 %-Hürde. Als Zusammenschluß fortschrittlicher Kräfte versucht sie auch, die inhaltliche Qualität linker Politik zu verbessern. Wir wollen auf der Grundlage der praktischen Initiativenarbeit in unserer Stadt einen Rahmen schaffen, für gemeinsames Handeln und gemeinsame politische Diskussion. Dabei geht es uns besonders um die Verbindung der vielfältigen Formen des Widerstands".*

Autonomie der Frauen

Für die Frauen in der AL wurde eine weitgehende Autonomie festgeschrieben. Im auch von den AL-Männern mit verabschiedeten Selbstverständnis heißt es: *„Die Frauen sind die Hälfte der Menschheit. Die gesellschaftlichen Bedingungen wie Erziehung, doppelte Unterdrückung und Belastung behindern die Frauen noch immer, gleichberechtigt an gesellschaftsverändernden Kämpfen teilzunehmen. Die Benachteiligung von Frauen macht auch innerhalb der Bürger- und Basisinitiativen und sonstiger linker Organisationen, wie auch der Alternativen Liste, keinen Halt. Deshalb erklärt die AL die Frauenarbeit und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen als unverzichtbaren Bestandteil der AL-Politik".* Als Grundsätze für die Frauenpolitik in der AL wurde festgehalten: *„Der Frauenbereich der AL arbeitet autonom".* Über die Inhalte der Frauenpolitik entscheiden die Frauen, *„d.h. auch, daß die Frauen als eventuelle ‚Minderheit' innerhalb der Liste ihre Politik nicht von einer ‚Mehrheit' Männer überstimmen lassen".* – Es gibt autonome Frauenstrukturen (Frauenrat, -VVs, -AGs), die ausschließlich Frauen vorbehalten sind. – Bei der Besetzung von Funktionen in der Liste wird mindestens die Parität zwischen Frauen und Männern angestrebt; im Zweifelsfall sind Frauen gegenüber Männern zu bevorzugen.

Auch wenn diese Autonomie-Beschlüsse wenig Widerstand bei den anwesenden Männern fanden, war doch deutlich, daß viele Männer ihr Unbehagen mehr hinter vorgehaltener Hand formulierten.

Basisdemokratische Strukturen

Wichtigste Elemente der Struktur der AL sind: die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft und die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen *„außer gegen Mitglieder faschistischer und rassistischer Organisationen".* Organe der AL sind die mindestens dreimal im Jahr tagende Mitglieder-

„außer gegen Mitglieder faschistischer und rassistischer Organisationen". Organe der AL sind die mindestens dreimal im Jahr tagende Mitglieder-

versammlung, der Delegiertenrat, in den je 2 Delegierte aus Bezirks- und Fach- bzw. Arbeitsgruppen entsandt werden sowie der geschäftsführende Ausschuß. Letzterer ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen bzw. zwischen diesen an den Delegiertenrat gebunden. Für alle Abgeordneten gilt das imperative Mandat, Abgeordnete und ‚Funktionäre' sind jederzeit abwählbar, es gilt das Rotationsprinzip (schrittweises Auswechseln der Abgeordneten), Doppelfunktionen sind nicht erlaubt.

Auch in der Strukturdebatte deuteten sich Differenzen an zwischen einer „radikal basisdemokratischen" Minderheitsströmung, die beispielsweise forderte, daß Mitgliederversammlungen nur bei Anwesenheit von 25% der Mitglieder beschlußfähig sind (verabschiedeter Kompromiß: 15%) und die darauf drängte, Bremsen gegen Alleingänge einzubauen, die mehr einer bürokratischen Reglementierung gleichen als einer auf praktischen Erfahrungen aufbauenden basisdemokratischen Arbeitsstruktur. Am krassesten wurde der Widerspruch bei der satzungsmäßig festgehaltenen Diskussion des an diesem Wochenende praktizierten Konsensprinzips. Befürchtungen von Machtpolitik und Kampfabstimmungen machten sich fest an einer Formulierung der Bunten Liste, in der es heißt, daß als Ausnahme vom Konsensprinzip (einem Höchstmaß an Bemühen, Einigkeit zu erzielen) *„die Mehrheit entscheiden muß, falls in solchen Fällen* (des nicht erzielten Konsenses) *von außen und innen her Entscheidungen abgefordert werden. Die Handlungsfähigkeit der Liste muß erhalten bleiben".* Dahinter steht der Konflikt, eine politik- und handlungsfähige Liste auch in schwierigen Situationen zu bewahren und sich nicht zugunsten von Minderheitsmeinungen selbst lahmzulegen. Dieser Konflikt konnte formulierungsmäßig nicht geklärt werden; er muß in der Praxis der Liste erprobt werden und gegebenenfalls neu formuliert werden.

Probleme mit der grün-alternativen Einheit

Von den Grünen ist bereits am 5. September auf ihrer Landesmitgliederversammlung als „Angebot" an eine zu bildende Alternative Liste eine paritätische Besetzung der Gremien in einem grün-alternativen Wahlbündnis gefordert worden. Wieweit dies nach Gründung der AL aufrechterhalten wird, ist unklar. In der AL scheint eine deutliche Ablehnung dieser Forderung zu überwiegen, während gleichzeitig von fast allen Strömungen das Anstreben eines Zusammengehens mit den Grünen betont wird. Umstritten ist in der AL noch, welcher Weg dazu eingeschlagen wird. Der Mitgliederversammlung am 18./19.12. liegt u.a. ein Antrag vor, der zwar sehr beredt vorgibt, die 50:50-Regelung abzulehnen und sogar formuliert: *„Die AL wird langfristig versuchen, soviel*

Antrag vor, der zwar sehr beredt vorgibt, die 50:50-Regelung abzulehnen und sogar formuliert: *„Die AL wird langfristig versuchen, soviel*

Vertrauen und Attraktivität zu gewinnen, daß auch die Grünen der AL beitreten", der aber in seiner Konsequenz auf eine Übernahme der fifty-fifty-Regelung hinausläuft, wenn er als „Zwischenlösung" formuliert: *„Die 50:50-Besetzung der Gremien wird durch folgende Regelungen ergänzt: – bei der Diskussion der wichtigen Fragen des Wahlbündnisses gibt es gemeinsame VVs.*

– Auf den VVs, in den Bündnis-Gremien und in der Fraktion gilt das Konsens-Prinzip. – Mit Konsens der VV des Wahlbündnisses muß es möglich sein, von der starren Paritäts-Regelung in den Gremien der Bündnisliste abzugehen" (Antrag von Kai, Jürgen, Hans-Konrad).

Demgegenüber steht ein Antrag, der die 50:50-Regelung nicht nur verbal ablehnt, sondern gleichzeitig Wege zum Zusammengehen von Grünen und Alternativen formuliert, die auf eine Überwindung formeller Abgrenzungen abzielen und auf eine praktische und programmatische Zusammenarbeit orientieren. Ziel dieses Antrags ist es, nach einer Übergangsphase die Situation der organisatorischen Trennung der Wahlbewegung in Hamburg zu überwinden (siehe nebenstehenden Abdruck). Von grüner Seite ist bislang kein Echo bekannt. Allerdings dürfte nach Gründung der AL das Vorhaben der Grünen, sich 50% der Posten für die Realisierung exklusiver Parlamentsarbeit zu sichern, erheblich erschwert und argumentativ kaum noch aufrechtzuerhalten sein.



Photo : AK / H. W.

Vollversammlung der ALTERNATIVEN LISTE am Freitag, 18.12. um 18 Uhr und am Sonnabend, 19.12.81 um 13 Uhr in der Schule Kaiser-Friedrich-Ufer (Bundesstraße), Hamburg-Eimsbüttel. Themen: Verabschiedung Politischer Leitsätze und Haltung zu den Grünen.





Photo : AK / H. W.

Vorlage für den AL-Kongreß von: Christian, Dieter, Heiner, Peter

Alternative Liste und Grüne

Die AL strebt im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl '82 eine gemeinsame Kandidatur mit den Grünen an.

Die Grünen ihrerseits haben bisher eine gemeinsame Kandidatur von inhaltlich nicht näher bezeichneten Voraussetzungen abhängig gemacht und sind formal zu einer gemeinsamen Kandidatur nur auf der Basis eines fifty-fifty-Modells bereit. – Die AL akzeptiert eine solche Proporzregelung nicht. Sie ist bereit, ab sofort ohne Vorbedingungen in Verhandlungen mit den Grünen einzutreten, um über konkrete Schritte zur gemeinsamen Programmerarbeitung und Überwindung trennender organisatorischer Vorstellungen zu beraten.

Der GA wird beauftragt, in diese Verhandlungen folgende Vorschläge einzubringen:

1. Um der im „Selbstverständnis" der AL verankerten Basisorientierung bei der Programmarbeit Rechnung zu tragen, sollten im Januar „Programm-Foren" veranstaltet werden, die offen sind für alle interessierten Initiativen. Zu denken ist dabei vor allem an die Bereiche:
   - Ökologie und Hafenentwicklung
   - Stadtteilentwicklung, Wohnungspolitik, Verkehr
   - Gesundheit und soziale Dienste
   - Frauenpolitik
   - Ausbildungspolitik und gegebenenfalls weitere.

   AL und Grüne werden diese Foren gemeinsam mit den Inis vorbereiten und durchführen. Als inhaltlicher Ausgangspunkt sind die Ausarbeitungen des kommunalpolitischen Readers heranzuziehen.
2. Die AL wird eigene kommunalpolitische Arbeitsgruppen einrichten. Um ein unkoordiniertes Nebeneinander zu vermeiden, schlagen wir vor, periodisch gemeinsame Sitzungen von AL- und Grünen Arbeitsgruppen vorzusehen.
3. AL und Grüne bemühen sich um eine gemeinsame Basis- und Öffentlichkeitsarbeit. Wo immer möglich, sollten gemeinsame politische Aktionen durchgeführt sowie Stellungnahmen abgegeben werden. Das Projekt einer gemeinsam getragenen Kommunalpolitischen Zeitung ist zu erörtern.
4. AL und Grüne werden Ende Februar einen gemeinsamen Programmkongreß durchführen, auf dem nach Möglichkeit auch über die Kandidatenliste zur Bürgerschaft entschieden wird. Auf diesem Kongreß sind Entscheidungen nach dem von beiden Seiten geforderten Konsensprinzip (bei Sach- und Personalentscheidungen) zu treffen. Abstimmungen nach dem 50:50-Prinzip finden nicht statt.
5. Ein entsprechendes Verfahren ist – vorbehaltlich der eigenständigen Meinungsbildung in den Bezirken – im Hinblick auf die Wahlen zur Bezirksversammlung anzustreben.
6. AL und Grüne sollen in den nächsten Wochen versuchen einen Konsens zu den strittigen allgemeinen Fragen einer Wahlbeteiligung zu entwickeln, u. a. in den Fragen:
   - Art der Parlamentsarbeit
   - Verhältnis zu den etablierten Parteien
   - Zielgruppen im Wahlkampf
   - Parlamentsarbeit und Basisanbindung.
7. AL und Grüne erklären ihre Bereitschaft, das Bündnis nach einer Übergangsphase in eine gemeinsame Organisation für Hamburg überzuführen.

Diese Vorlage zum Verhältnis AL/Grüne wird auf der AL-Mitgliederversammlung am 18./19.12.81 behandelt.

Diskussion zum Verhalten gegenüber der SPD

Vorlage für den AL-Kongreß

Wie verhalten wir uns im Parlament gegenüber der SPD nach der Bürgerschaftswahl?

Unsere Teilnahme an den Parlamentswahlen orientiert sich daran, der Durchsetzung der bisherigen herrschenden Politik zusätzlich zum außerparlamentarischen Widerstand auch parlamentarisch Hemmnisse aufzuerlegen Daraus folgt, daß wir im Parlament die Rolle einer Opposition einnehmen werden und nicht anstreben, Koalitionspartner von irgendeiner der etablierten Parteien zu werden.

Opposition im Parlament wird sich nicht darin bescheiden, zur herrschenden Politik „nein" zu sagen. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, durch unser Verhalten im Parlament „Reformen" durchzusetzen. Wir werden zugleich konkrete Alternativen vortragen, die in der Grundrichtung unserer programmatischer Vorstellungen liegen. Dabei wird alternative Parlamentsarbeit sich auch mit Fragen befassen und selbständige Lösungen dafür erarbeiten, die von den Oppositionsbewegungen außerhalb des Parlaments – aus welchen Gründen auch immer – noch nicht aufgegriffen sind. Unsere Parlamentsarbeit wird in diesem Sinne ernsthaft, aber nicht systemtreu sein.

Angesichts der Tatsache, daß in einigen Kommunalparlamenten bereits ein zahlenmäßiges Kräfteverhältnis eingetreten ist, wo das Abstimmungsverhalten von grünen bzw. grün/alternativen Fraktionen bei der Regierungsbildung nicht mehr gleichgültig ist (es sei denn, SPD und CDU bilden eine Große Koalition), und daß eine solche Situation auch in Hamburg möglich werden kann, erklären wir:

1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für einen CDU-Bürgermeister zu erheben oder dessen Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren.
2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für eine sozialdemokratische Politik zu übernehmen, die nicht eine Wende im Sinne sozialer und demokratischer Forderungen einleitet.
3. Falls sich in Hamburg eine Situation ergibt, wo die SPD nur noch mit einem Minderheitssenat regieren könnte, sind wir unter bestimmten Bedingungen bereit, diesem Senat durch Stimmenthaltung (gegebenenfalls auch Zustimmung) zur Mehrheit zu verhelfen. Die von uns für eine solche Situation aufgestellten Bedingungen orientieren sich an den Fragen und Problemen, die der Verwirklichung einer sozialen, ökologischen und auf den Frieden ausgerichteten Politik dienlich sind und die mit entsprechend gravierenden Auswirkungen in der nächsten Zeit zur Entscheidung anstehen. Unabdingbar für ein solches Verhalten unsererseits sind bindende Zusagen in Form von Vereinbarungen zu folgenden Punkten:

- Rücknahme der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und verbindliche Garantie, daß diese nicht zu Lasten der Arbeitnehmer oder anderer sozial benachteiligter Schichten umgeschichtet werden. Bereitstellung von Mitteln (notfalls auch über Neuverschuldung) zur Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden mit Beschäftigungsgarantien.
- Definitiver Ausstieg aus dem Brokdorf-Projekt, kein Anschluß Hamburgs an das AKW Krümmel. Sofortiger Stop von Strompreiserhöhungen und Einleitung der Verstaatlichung der HEW (unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, Gewerkschaften und Stromverbraucher). Insbesondere der Sturz von Ex-Bürgermeister Klose über die HEW-Lobby hat gezeigt, daß eine verbraucherfreundliche Energiepolitik unter den gegebenen Bedingungen nicht realisierbar ist.
- Stop der Hafenerweiterung und Begrenzung auf die jetzt schon genutzten Gebiete. Vollständiger Erhalt von Moorburg und Francop.
- In der Wohnunspolitik fordern wir den sofortigen Stop der Abrißpolitik. Gesetze zum vollständigen Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum sowie zum Verbot der Umwandlung von Altbauwohnungen in Wohnungseigentum sind umgehend einzubringen.
- An dieser Stelle schlage ich entsprechende Forderungen der Frauen vor, die von ihnen zu diskutieren wären.
- Zur Demokratisierung Hamburgs fordern wir, daß dem Innensenator jeglicher Einsatz von Polizeihunden auf Demonstrationen untersagt wird. Der mit 50 Mio. DM geplante Ausbau der Polizeieinsatzzentrale ist zu stoppen. Maßnahmen zum Verbot der Tätigkeit der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen zum Schutz unserer ausländischen Mitbürger sind erforderlich.
- Als sichtbares Zeichen für die Einleitung einer Friedenspolitik für Hamburg fordern wir die Umwandlung des Kriegs-Denkmals am Dammtor-Bahnhof in ein Mahnmal für den Frieden sowie die Schliessung der Bundeswehrhochschule in Wandsbek.

Wir erwarten von einem mit unserer Unterstützung an die Regierung gelangten SPD-Senat, daß er in der Erfüllung dieser Forderungen Abkehr hält von einer unheilvollen Politik, wie sie in den letzten Jahren und Monaten eingeleitet wurde. Unsere Forderungen sind realisierbar und kein unerfüllbarer Maximalkatalog. Wir wissen, daß auch mit Erfüllung der Forderungen keine grundlegende Wende in der Hamburger Politik eingeleitet ist, sondern daß wir vorrangig damit in einigen Bereichen nur die Tendenz des Sozialabbaus und weiterer Vernichtung der Umwelt und des Lebensraumes der Hamburger aufhalten. Wir haben nicht die Illusion, von einer wie auch immer gearteten SPD-Regierung nach der Wahl die von uns angestrebte grundlegende Wende zu erwarten. Für uns und die Wähler der Alternativen sind diese Forderungen Prüfsteine, wieweit in der SPD noch Elemente sozialer Politik vorhanden sind oder ob der eingeleitete antisoziale, antiökologische und antidemokratische Kurs weiter verfolgt wird, z.B. indem die SPD eher eine Große Koalition mit der CDU vorzieht (oder eine CDU-Minderheits-Regierung toleriert), als mit unserer Unterstützung Schlimmeres für die Hamburger Bevölkerung zu verhindern.

eingeleitete antisoziale, antiökologische und antidemokratische Kurs weiter verfolgt wird, z.B. indem die SPD eher eine Große Koalition mit der CDU vorzieht (oder eine CDU-Minderheits-Regierung toleriert), als mit unserer Unterstützung Schlimmeres für die Hamburger Bevölkerung zu verhindern.

Auf keinen Fall bedeutet die Realisierung dieser Prüfsteine für uns eine darüberhinausgehende Bindung an einen möglichen SPD-Senat. Wir sind nicht bereit, Regierungspolitik in ihrer Gesamtheit zu tragen, die in ihren Grundlagen mit der Grundrichtung unseres Programms nicht vereinbar ist. Unsere Haltung zu den in der Bürgerschaft und in den Bezirksparlamenten unabhängig von unseren eigenen Initiativen anstehenden Fragen wird jeweils entsprechend des Themas entschieden und nicht nach der antragstellenden Partei. Wo Anträge anderer Fraktionen von der Sache her unseren Anliegen zur Durchsetzung verhelfen können, werden wir ihnen zustimmen.

Falls nach der Wahl Gespräche über die von uns vorgelegten Prüfsteine Realität werden, gilt für uns der Grundsatz, daß nicht die grün/alternative Parlamentsfraktion allein, sondern die Mitgliederversammlung der Liste zu entscheiden hat, ob die Voraussetzungen für eine tolerierende/zustimmende Bürgermeister- und Senatswahl gegeben sind.

Begründung:
Grüne und alternative Listen können angesichts ihrer Wahlerfolge und zunehmender Regierungsfähigkeitskrise der SPD selbstbewußt einen Weg auch in der parlamentarischen Arbeit gehen, Spielräume für eine – wenn auch begrenzte – Handlungsfähigkeit gegenüber der SPD auszunutzen. Es gibt eine Reihe von Beispielen aus der alternativen Wahlbewegung (Bielefeld, Marburg, Kassel), in denen (m.E. zumeist negative) Erfahrungen mit einem solchen politischen Handeln gesammelt wurden und die wir für Hamburg auswerten können. Der hier vorgelegte Vorschlag beinhaltet:

- Vorwürfen, wir würden nicht alle Möglichkeiten nutzen, Politik im Interesse der Bevölkerung zu unterstützen, wäre ein gutteil Boden entzogen.
- Wir sind nicht gebunden oder abhängig eine Politik zu stützen, die wir ansonsten gar nicht weiter beeinflussen können.
- Wir erhalten uns uneingeschränkt die Möglichkeit, Politik in grundlegender Alternative zu den Etablierten zu machen.

Für eine Strategie gegenüber dem „kleineres Übel"-Wählerpotential der SPD und gegenüber der SPD-‚Linken' bietet der Vorschlag die Möglichkeit, das was zu erwarten ist – nämlich Ablehnung unseres Vorschlages – im ‚rechten' Lichte dastehen zu lassen: daß es in der Grundorientierung der SPD-Politik liegt, eher mit der CDU zu koalieren, als die Möglichkeit von Alternativen zu nutzen. Der Vorschlag geht nicht davon aus, daß etwa eine Hamburger Dohnanyi-SPD eher als eine Westberliner Vogel-SPD zu Absprachen mit einer grün/alternativen Liste bereit ist – eine geradezu absurde Vorstellung. Der Vorschlag und seine öffentliche Verwendung soll helfen, Druck auf die SPD auszuüben und die erschütterte Identität der in der eigenen Partei in die Ecke gedrängten SPD-‚Linken' weiter zu unterminieren, um ihnen den Absprung zu einer Zusammenarbeit mit den Alternativen zu erleichtern (und sei es, indem sich auch eine parlamentarische Zusammenarbeit mit SPD-‚Linken' ergibt).

Gleichzeitig soll der Vorschlag der Listenbasis und dem Wähler der Alternativen vor den Wahlen klar ersichtlich machen, was er von unseren Parlamentariern nach den Wahlen zu erwarten hat, daß wir „konstruktiv" sind, aber keinen Kuhhandel betreiben werden.

Um sowohl Druck machen zu können, als auch Aufrichtigkeit gegenüber der Basis/dem Wähler zu beweisen, ist die Festlegung eines Handlungsrahmens vor der Wahl unbedingt notwendig (in diesem wichtigen Punkt unterscheidet sich der Antrag von ähnlichen Diskussionen bei den Grünen). Die hier aufgestellten Prüfsteine sollten in der AL weiter diskutiert werden. Allerdings sollte man sich davor hüten, einen Warenkatalog der Beliebigkeit aufzustellen, da dadurch Zweck und Glaubwürdigkeit eines solchen Vorgehens nicht verbessert, sondern nur verwässert würden. Zwei Kriterien bei der Überprüfung der Forderungen sind notwendig:

1. Sie müssen ausgerichtet sein auf wesentliche anstehende und die Bevölkerung betreffende Entscheidungen (bzw. Rückgängigmachung bereits getroffener Entscheidungen) und selbstverständlich im Einklang mit unserem Programm stehen.
2. Sie müssen gerade dort ansetzen, wo die SPD in den eigenen Reihen bzw. ihrem Wählerpotential erhebliche Schwierigkeiten hat, die von ihr vertretene Politik glaubwürdig zu vermitteln.

Letzte Anmerkung:
Der Vorschlag ist in vielen Passagen wortwörtlich angelehnt an ein Thesen-Papier von Jürgen Reents, das auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen am 18.11.81 verabschiedet wurde weil a.) der Antragsteller in vielen Punkten den Aussagen zustimmt, b) gerade in der SPD-Frage zwischen uns und den Grünen eine Einigung erzielt werden muß.

Die Unterschiede zum Grünen-Vorschlag liegen vor allem in der Präzisierung eines möglichen Vorgehens gegenüber der SPD und darin, daß wir eine eindeutige Festlegung der Liste vor den Wahlen über diese Frage für unbedingt notwendig halten, um ‚die Wähler' nicht über unsere Absichten zu täuschen und um nicht unter dem Entscheidungsdruck nach den Wahlen eine Situation zu haben, in der wegen unausdiskutierter Differenzen die Liste in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt ist und möglicherweise Entscheidungen dann ausbleiben oder – schlimmer noch – Alleingänge einzelner Abgeordneter begünstigt werden, was wir ja alle nicht wollen.

Heiner, KB

In diesem Punkt, der Konkretisierung und Festlegung v o r der Wahl, liegt der entscheidende Unterschied zum von den Grünen favorisierten Modell. Seinen politischen Wert bekommt ein solches Vorgehen, wenn es offensiv als politisches Druckmittel vor der Wahl eingesetzt wird. Das von den Grünen vorgeschlagene Vorgehen verliert bereits in der Wahlnacht jeden Wert, wenn - was am ehesten zu erwarten ist - ein SPD-Bürgermeister-Kandidat umgehend erklärt : mit den Grün/Alternativen nie. Es ist völlig wertlos, wenn die "theoretische Möglichkeit" durch CDU-Mehrheit gar nicht erst zum Zuge kommt. Es bekommt Bedeutung, wenn die Theorie zur Praxis würde, ein solcher Fall zur Verhandlung stünde. In diesem Fall stünden allerdings die Grün/Alternativen unter Verhandlungsdruck der SPD, die ihrerseits einen Kuhhandel um kleinste Zugeständnisse beginnen und die Alternativen mit immer neuen, ausgeklügelten "Angeboten" unter Entscheidungsdruck setzen könnte. Der Vorschlag der Grünen geht von der Annahme aus, mit der SPD als Ganzes taktieren zu können, ihr in Gesprächen Zugeständnisse abzuringen und eine Entscheidung darüber auf der Basis des Agierens der "Macher und Taktierer" (so eine Grünen-interne Kritik am Reents-Papier) herzustellen. Die Alternative würde so allerdings zum Behandeln werden, statt zum Handeln- den - zum Kalkül für die Herstellung einer SPD-Regierung, statt die geringeren Möglichkeiten des Druckausübens auf die linken Teile der SPD offensiv zu nutzen.
(Die hier nachstehend abgedruckte Vorlage ist in der AL noch nicht behandelt.
Ein Streitpunkt bei der Bildung einer grün/alternativen Liste für Hamburg dürfte das Verhalten gegenüber der Möglichkeit sein, daß die SPD in der Minderheit nur mit den Stimmen der Alternativen an der Regierung bleiben könnte.

Der Streit wird vermutlich zwischen "linkem" Dogmatismus und "rechter" Anpassung verlaufen. Auf der einen Seite steht das Dogma, keinerlei Koalitionen mit den Atom- und Aufrüstungsparteien einzugehen und stattdessen 'Fundamentalopposition' darzustellen. So richtig der Ansatz einer fundamentalen Opposition bei der Ausformulierung eigener politischer Ziele in Alternative zu den etablierten Parteien ist, so unbrauchbar erweist sich eine starre Handhabung dieses Ansatzes in der praktischen Politik. Gerade in Hamburg könnte eine flexible Anwendung alternativer Teilziele gegenüber der SPD, aber auch gegenüber der FDP, die Verschärfung existierender Widersprüche von linken Teilen in diesen Parteien begünstigen, die zunehmend in Widerspruch zur Regierungslinie geraten. In der SPD ist die Linke seit dem Sturz Kloses und der Amtsübernahme von Dohnanyis völlig an die Wand gedrückt und hat keinerlei Handlungsspielräume mehr. In der FDP werden alle Weichen für eine mögliche Koalition mit der CDU gestellt, der Lambsdorff-Genscher Kurs in der ehemals linksliberalen Hamburger FDP etabliert und die fortschrittlichen Kräfte kaltstellt. Eine Alternative tut gut daran, diese Entwicklung ernstzunehmen, die Bruchstellen in diesen Parteien zum Gegenstand ihres eigenen Handelns zu machen und Brücken der Zusammenarbeit zu den derzeit in die Defensive gedrängten Linken in SPD und FDP zu bauen.

Vorstellungen, denen auf der anderen Seite auch die "Z"–Strategen bei den Grünen anhängen, die ihrerseits allerdings in der Vergangenheit das Aufspüren dieser Bruchstellen mit der Entwicklung einer Zusammenarbeit mit der SPD a l s G a n z e s verwechselten. Statt einer Strategie des praktischen Nachweises, daß fortschrittliche Politik in dieser SPD nicht möglich ist, orientieren die Z-Strategen auf eine Politik, "die SPD zu Zugeständnissen zu zwingen.".Dazu sollten "eventuell realisierbare Initiativen gemeinsam mit der Sozialdemokratie" gefunden werden (vergleiche hierzu auch den ausführlichen Artikel "Koalition mit der SPD ?" in AK 209). Einen Versuch der Konkretisierung haben die Grünen mit den von Jürgen Reents (Gruppe Z) vorgelegten Thesen zur Bürgerschaftswahl vorgenommen, die auf ihrer Landesmitgliederversammlung am 18.11. behandelt wurden. In Jürgens Papier ist eine Strategie formuliert worden, der in vielen Punkten zuzustimmen ist, die allerdings in einigen entscheidenden Punkten zumindest unklar bleibt.

Der nebenstehend abgedruckte Antrag eines KB-Mitglieds für die Diskussion der Alternativen Liste konkretisiert ein mögliches Vorgehen zur Bürgerschaftswahl gegenüber der SPD und ihren linken Teilen, Er erklärt die Bereitschaft zur Wahl eines SPD-Bürgermeisters, wenn die SPD eine Reihe von Forderungen im Sinne der betroffenen Bevölkerungsteile und der Basisinitiativen akzeptiert, ohne daß damit eine Bindung der Alternative an die SPD-Regierungspolitik gekoppelt worden wäre.Ein entsprechender v o r der Wahl ausformulierter und abgestimmter Forderungskatalog soll Grundpfeiler dieses Vorgehens sein.

Demgegenüber formuliert der Vorschlag der Grünen zur Bildung eines SPD-Minderheitssenats, lediglich sehr unverbindlich, daß man *"zu Gesprächen bereit (wäre), welche Anliegen grün/alternativer Politik die SPD in ihr Senatsprogramm aufnehmen würde"*. Auch wenn festgeschrieben wird - immerhin ein Fortschritt - daß über Annahme oder Ablehnung die Mitgliederversammlung (und nicht die Parlamentsfraktion allein) zu entscheiden habe, heißt es weiter :"Weitere Festlegungen in dieser Frage halten wir so lange nicht für nötig, wie eine solche Situation in Hamburg überhaupt noch nicht akut, sondern nur theoretische Möglichkeit ist"und möglicherweise die SPD sich sowieso für eine Große Koalition entscheide.

Grünes Friedensmanifest

Grünes Friedensmanifest »redaktionell überarbeitet«

Seit Mitte November liegt das dem Offenbacher Parteitag vom 2.- 4. Oktober beschlossene Friedensmanifest der Grünen gedruckt vor. Der Parteitag hatte eine Kommission zur „redaktionellen Überarbeitung" der in Offenbach beschlossenen Formulierungen eingesetzt. Diese Kommission, bestehend aus Hans Verheyen (NRW), Klaus Wolschner, Marie-Luise Beck-Oberdorf (Baden-Württemberg), Roland Vogt und Erhard Müller (NRW), hat sich einige dichterische Freiheiten zugebilligt. Neben echten stilistischen Verbesserungen — z.B. Ersetzung der NATO/„KPD"-Formel „die Kreml-Führer" durch den neutralen Begriff „die sowjetische Regierung" — hat sie auch weitreichende Umstellungen, sachliche Änderungen und völlige Neuformulierungen vorgenommen.

Neue Vorwürfe gegen die Sowjetunion

Um die angebliche Übereinstimmung im Denken der „Militärstrategen des Westens und des Ostens" stärker zu betonen, hat sich die Redaktionskommission folgenden Satz ausgedacht: *„Die östlichen Militärs erklären, die bedrohliche Vision vom Untergang der Menschheit in einem Atomkrieg lähme nur die Siegeszuversicht und den Kampfwillen"*. Zweifellos gibt es Aussagen sowjetischer Militärs in diese Richtung. Aber auch dem oberflächlichsten Zeitungsleser dürfte nicht entgangen sein, daß die sowjetische Regierung in den vergangenen Wochen immer wieder öffentlich erklärt hat, daß sie einen atomaren Krieg für nicht begrenzbar halte — in Abgrenzung zu Reagans Aussagen über einen denkbaren begrenzten Atomkrieg in Europa.

An anderer Stelle hat die Kommission ihre höchst eigenwillige Begründung für die sowjetische Rüstung eingeschoben: *„Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereichs dominiert"*. Das ist die Sichtweise der „Exterminismus-Theorie" von Thompson und Bahro, nach der sich der Expansionsdrang militärischer Vernichtungspotentiale — als der höchsten Stufe eines selbstzerstörerischen Industriesystems — zwangsläufig, gesetzmäßig durchsetzen muß, im Westen wie im Osten. Sicherlich hat diese Theorie bei den Grünen ihre Anhänger — **auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt wurde sie allerdings nicht.**

Weiterhin Konfusion um das militärische Kräfteverhältnis

Der Offenbacher Parteitag hatte zum Rüstungswettlauf zwischen USA und Sowjetunion völlig unvereinbaren Aussagen aus verschiedenen Entwürfen seine Zustimmung gegeben (vgl. Offener Brief des KB an die Grünen). So wurde einerseits folgender Satz aus dem Antrag des Hamburger Landesverbandes beschlossen: *„Seit dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vornewegtraben* (der US-Rüstung; Anm. AK) *ein unzweifelhaftes Davongaloppieren geworden ... "*. Andererseits wurde aus dem Antrag des Landesvorstands NRW die Behauptung übernommen, die Sowjetunion habe in den letzten Jahren *„in einem gigantischen ‚Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen"*. — Diesen offenkundigen Widerspruch hat die Kommission auf elegante Art zu lösen versucht: das „Davongaloppieren" wurde gestrichen, die „gigantische sowjetische Nachrüstung" jetzt auf das *„Feld e u r o strategischer Atomwaffen"*, bezogen. Ähnlich wurde auch an anderen Stellen verfahren: der in Offenbach beschlossene Satz *„Die Grünen betrachten das Schreckgespenst einer östlichen Überlegenheit ... als das Resultat der gezielten Verbreitung von Unwahrheiten ..."* wurde durch Streichung des „Schreckgespenstes" entschärft und lautet jetzt: *„Die Grünen betrachten die S o r g e vor einer östlichen Überlegenheit ... als das Resultat der gezielten Verbreitung von Unwahrheiten ..."*.

Abgemildert wurde allerdings auch eine Aussage über die sowjetische Bedrohung. Gestrichen wurde der Satz *„Auch die Militärmacht der Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist"*. Und der in Offenbach beschlossene Satz *„Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist sie* (die Militärmacht der Sowjetunion; Anm. AK) *ein M i t t e l der Eroberung"* heißt nach der Überarbeitung durch die Kommission: *„Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht g e e i g n e t zur Eroberung"*. Diese Einschränkung wird allerdings im folgenden Satz schon wieder aufgehoben, in dem — wie in Offenbach beschlossen — von der **„sowjetischen Eroberungspolitik rund um den Globus"** die Rede ist.

Das Bemühen um weniger drastische Formulierungen kommt auch in folgendem Passus zu den SS-20-Raketen zum Ausdruck: *„Auch wenn die Sowjetunion den neuen amerikanischen Waffen nichts Vergleichbares entgegensetzen kann* (dieser Satzteil ist eine Neuformulierung der Kommission, Anm. AK) *stellt die SS-20-Atomrakete nach den Aussagen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis zu 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung — und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den p r o -*

Fortsetzung nächste Seite



Grüne bei der Anti-Breschnew-Demo in Bonn

Forsetzung von voriger Seite

pagandistischen (neu eingefügt, Anm. AK) *Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf"*. Der letzte Satz treibt die Verwirrung auf die Spitze: denn daß die Sowjetunion für die Aufrüstung der NATO den „propagandistischen Vorwand" liefert, kann ihr doch wohl kaum vorgeworfen werden – es sei denn, die NATO-Propaganda enthielte einen wahren Kern und es gäbe so etwas wie eine sowjetische Vorrüstung?!

Der Streichung zum Opfer fiel außerdem ein in Offenbach verabschiedeter Satz, der das Ziel der *„veränderten US-Globalstrategie"* konkretisiert: Die *„weiteren waffentechnischen Entwicklungen"* würden *„die Fähigkeit zum ersten und entwaffnenden Schlag immer näher rücken lassen"*.

Die weitreichenden Umstellungen, die die Kommission vorgenommen hat – Verpflanzung der Passagen zur sowjetischen Rüstung aus dem Teil „Wettrüsten" in den Abschnitt über die „Nachrüstung" – haben auch noch ein weiteres, sicher nicht unbeabsichtigtes Ergebnis: Während die in Offenbach beschlossene Version des „Nachrüstungs"-Teils mit der Unterstützung des Krefelder Appels endete (der letzte, zusammenfassende Satz lautet *„Eine solche Atompolitik zu verhindern, ist der Sinn des Krefelder Appells"*), hat die „überarbeitete" Fassung eine weniger eindeutige Stoßrichtung. Sie endet mit einem neu formulierten und gar nicht auf die „Nachrüstung" bezogenen Absatz, der sich allgemein gegen *„Abschreckungsmaßnahmen und Militarisierungen (z.B. Waffenexport und Stützpunktbildung) in der gesamten Welt"* und *„gegen die ganze* eindeutige Stoßrichtung. Sie endet mit einem neu formulierten und gar nicht auf die „Nachrüstung" bezogenen Absatz, der sich allgemein gegen *„Abschreckungsmaßnahmen und Militarisierungen (z.B. Waffenexport und Stützpunktbildung) in der gesamten Welt"* und *„gegen die ganze* *'atomare Verteidigungsstrategie' von NATO und Warschauer Pakt"* wendet.

„Wiedervereinigung" eingeschmuggelt

Die mit Abstand unverfrorensten Eigenmächtigkeiten hat die Kommission bei der „Überarbeitung" des Abschnitts „Nicht dem Osten. nicht dem Westen, sondern untereinander loyal" begangen. Drei Absätze, die dem Parteitag nicht einmal vorgelegen haben – geschweige denn, daß sie beschlossen worden wären – sind völlig neu in das Manifest aufgenommen worden: ein Absatz, in dem die „Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegungen Osteuropas" begrüßt werden; ein zweiter, in dem mal so eben die „Berlin-Frage" in das Friedensmanifest eingeführt wird: *„Durch die Auflösung der europäischen Blockkonfrontation kann auch Berlin eine Zukunftsperspektive gewinnen. Friedenspolitik muß sich auch mit dem andauernden Besatzungszustand Berlins auseinandersetzen"*. Die größte Dreistigkeit ist aber zweifellos die Übernahme eines Abschnitts aus dem Programm der AL Westberlin zur „nationalen Frage" und zur „Wiedervereinigung": *„Wir Grünen halten es für die angemessene Strategie, Paktfreiheit anzubieten. Schon das Angebot, schon das laute Nachdenken über eine militärische Paktfreiheit würde die Realität zwischen den beiden deutschen Staaten und das Verhältnis von Ost- und Westeuropa verändern. Ein Angebot der Paktfreiheit durch die Bundesrepublik oder durch die DDR kann der jeweils andere deutsche Staat nicht ignorieren. Er muß sich damit auseinandersetzen, weil das staatlich geförderte Feindbild vom anderen Deutschland zusammenbricht. Die Bundesrepublik muß nicht warten, bis die DDR gleichzeitig ein solches Angebot macht. Zwei paktfreie deutsche Staaten werden für viele Probleme, die heute unlösbar scheinen, eine Lösung ermöglichen. So würde die Grundlage geschaffen, um die Tei-* *Feindbild vom anderen Deutschland zusammenbricht. Die Bundesrepublik muß nicht warten, bis die DDR gleichzeitig ein solches Angebot macht. Zwei paktfreie deutsche Staaten werden für viele Probleme, die heute unlösbar scheinen, eine Lösung ermöglichen. So würde die Grundlage geschaffen, um die Tei-* *lung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden"*.

J., Hamburg

Aussagen des grünen Friedensmanifests zur Sowjetunion („redaktionell überarbeitete" Fassung)

Wir GRÜNEN sind in unserem Engagement gegen die NATO-Aufrüstung weit davon entfernt, in der Sowjetunion einen Hort des Friedens zu sehen! Die sowjetische Militärmacht ist mit dem politischen Apparat zu einem militärisch-bürokratischen Komplex verwachsen, in dem das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereiches dominiert. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist diese Militärmacht geeignet zur Eroberung. Das Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die „Absicherung" des eigenen Machtbereichs durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv ist die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren eine weltweit operierende Kriegsflotte ausgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge usw. in Dienst gestellt und in einer gigantischen Nachrüstung mit den USA auf dem Feld eurostrategischer Atomwaffen gleichgezogen. Auch wenn die Sowjetunion den neuen amerikanischen Waffen nichts Vergleichbares entgegensetzen kann, stellt die SS-20-Atomrakete nach den Aussagen des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis zu 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf.

Jede neue Bedrohung wird zu Gegenmaßnahmen führen und neue Waffengenerationen hervorbringen, die dem neuen Bedrohungspotential entgegengesetzt werden. Abschreckungsmaßnahmen und Militarisierung (z.B. Waffenexport und Stützpunktbildung) in der gesamten Welt werden verstärkt, dadurch die Zahl und die Gefährlichkeit der Konfliktherde potenziert, und jeder lokale Krieg in irgend einer Region der Erde kann die Eskalation der „Abschreckung" bis zum Einsatz von Atomraketen in Gang setzen. Deshalb sind wir gegen jede neue Atomwaffe in Europa, gegen die Pershing II, die Cruise missiles, und gegen die SS 20, die schließlich auch keine Friedensraketen sind. Deshalb sind wir gegen die ganze „atomare Verteidigungsstrategie" von NATO und Warschauer Pakt und für ein atomwaffenfreies Europa einschließlich seiner Randmeere.

Interview mit Marie-Luise Beck-Oberdorf

Marie-Luise Beck-Oberdorf ist Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg. Sie war Mitglied der Antragskommission auf dem Offenbacher Parteitag der Grünen, die auch für die „Überarbeitung" des in Offenbach verabschiedeten Friedensmanifests verantwortlich ist (vgl. Artikel in diesem AK).

Die Fragen wurden von uns schon vor einigen Wochen Frau Beck-Oberdorf schriftlich vorgelegt. Sie beziehen sich auf die in Offenbach verabschiedete Originalfassung des Friedensmanifests.

Frage: Der KB hat den Grünen in seinem Offenen Brief vorgeworfen, das Friedensmanifest, insbesondere die sehr weitreichenden Aussagen über die Politik der Sowjetunion, ohne ausreichende Diskussion verabschiedet zu haben. Halten Sie diesen Vorwurf für berechtigt?

MLBO: Wir hatten in Offenbach eine heiße Debatte um die Frage der Einbeziehung militärischer oder quasimilitärischer Verteidigungskonzepte neben dem Konzept der 'Sozialen Verteidigung'. Dies bezog sich aber nicht auf die von Ihnen angeschnittenen Punkte (Sowjetunion). Im Gegenteil hat eine sehr große Mehrheit auf der Bundesversammlung eindeutig Stellung genommen gegen Vorstellungen, die in Ihrer Richtung dort ja auch geäußert worden sind.

Darüberhinaus: Was ist eine „ausreichende" Debatte? Die Beschlußfassung über ein Manifest wie das vorliegende ist ja selbst Teil der Debatte innerhalb der Friedensbewegung. Ihre Behauptung, ein Großteil der Delegierten habe sich „zweifellos" noch nie mit den Details des Wettrüstens auseinandergesetzt, ist vielleicht doch ein bißchen überheblich.

Frage: Im Friedensmanifest wird behauptet, die Sowjetunion habe „in einem gigantischen 'Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen". Zur SS-20 wird gesagt: „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fordert somit den Rüstungswettlauf." Wie verträgt sich das mit Ihren Ausführungen auf dem Landesparteitag der Grünen in Baden-Württemberg, wo Sie zur SS-20 gesagt hatten: „Die Dislozierung der SS-20, deren Vorgänger SS-4 und SS-5 bereits seit 20 Jahren westeuropäischen Boden erreichen können, schaffen keine neue strategische Situation, wie man uns jetzt weismachen will – anders jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverständlich – jedenfalls nicht bei einer Politik, die ebenso wie die Politik des Westens den Gedanken **jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverständlich – jedenfalls nicht bei einer Politik, die ebenso wie die Politik des Westens den Gedanken** **des Gleichgewichts des Schreckens und damit des Aufrüstens anhängt."**

MLBO: Ihre Zeitung ist sehr an einer Nicht-„Ausgewogenheit" der Friedensbewegung interessiert. Vor allem scheint Ihnen jede Kritik an der Politik der UdSSR sehr gegen den Strich zu gehen. Allerdings befinden Sie sich da, und das sollten Sie akzeptieren, im Widerspruch zu einem großen Teil der Friedensbewegung, und insbesondere zu den Grünen, bei denen es (bei allem Zank und Zwist, der mitunter in unseren Reihen aufkommen mag) in dieser Frage eine sehr große Einmütigkeit gibt.

Den Standpunkt der Grünen hier zu verstehen fällt Ihnen vielleicht gerade aus den in Punkt 1 genannten Gründen schwer, denn der von Ihnen bemängelte Widerspruch kommt nicht aus der Denkfaulheit der Grünen, sondern aus der Wirklichkeit.

Wir behaupten zwei Dinge: Erstens, daß die USA die Hauptverantwortung für den „Rüstungswettlauf" in der Nachkriegszeit tragen. Zweitens, daß die USA und Sowjetunion beide verantwortlich sind für die Kriegsgefahr. Beides trifft zu. Möglicherweise ist die Sowjetunion im Gegensatz zu den USA nicht in der Lage, von sich aus aus dem Rüstungs- und Abschreckungskarussell auszusteigen. Tatsache ist aber, daß sie das nie versucht hat, und das auch der Bürokraten-Logik ihrer Führung völlig widersprechen würde (siehe etwa: „Atomkraftwerke im Sozialismus sind sicher"). Tatsache ist, daß die Antwort der Sowjetunion auf amerikanische Rüstung Rüstung ist, auf die dann wieder die Amerikaner mit Rüstung antworten.

Frage: Einmal abgesehen von unseren unterschiedlichen Bewertungen des grünen Friedensmanifests – wie sehen Sie generell die Gefahr, daß die Friedensbewegung sich zusehends die Forderung „Gegen 'Nachrüstung' und SS-20" aufdrängen läßt; was nach Lage der Dinge eine Unterstützung der NATO-Forderung nach einseitiger sowjetischer Abrüstung bedeuten würde?

MLBO: Wir halten es für die Aufgabe der Friedensbewegung in Westeuropa (und der Grünen in diesem Rahmen), eine Loslösung von den USA zu erreichen, ohne dabei ins Lager der Sowjetunion zu fallen. Jemand, der die Blockbildung nach dem 2. Weltkrieg für die entscheidende Ursache der jetzt wachsenden Bedrohung sieht, muß irgendwann einmal klarmachen, daß er nicht dem einen Block gegen den anderen helfen will, auch dann nicht, wenn in irgendeiner Detailfrage dieser Block vielleicht sogar mit Grund auf den „bösen anderen" verweisen kann.

Aus unserer Sicht der Dinge sind wir nicht in der Lage, einem der beiden Blöcke ein qualitativ besseres oder menschenfreundlicheres „System" zu attestieren, und deshalb können wir auch nicht, wie die DKP, aus einem solchen System „objektiv" auf die Friedensliebe der Sowjetunion schließen. Wir können nur zwei Dinge feststellen: Die USA liegen vorne, die UdSSR kurz dahinter, und beide operieren mit einem menschenverachtenden großindustriellen Machtapparat, im Interesse undemokratischer und unökologischer Wachstumsideologien.

Eine neue Qualität können wir in diese Situation nur bringen, indem wir uns grundsätzlich außerhalb dieser Blockinteressen bestimmen. Wenn wir dies in praktische Politik umsetzen wollen, müssen wir darauf sehen, daß wir uns nicht subjektiv oder objektiv zu einer „Fünften Kolonne" des gegnerischen Blocks machen. Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir zwar unsere Kritik in erster Linie gegen unsere eigene Führungsmacht und auch unsere eigene Regierung richten (und niemand kann uns vorwerfen, wir würden uns NATO-Konzepte zu eigen machen, das ist doch dummes Zeug), aber nicht unter den Tisch fallen lassen, daß unsere Hoffnung in Osteuropa sich auch dort auf die Friedensbewegung an der Basis richtet (die es ja bekanntlich mit ihren Regierungen nicht leicht hat). Das Wechseln irgendeines Landes in Europa von einem Militärblock in den anderen würde die Spannungen mit Sicherheit unberechenbar verschärfen. Es ist auch im wohlverstandenen Interesse der Sowjetunion, daß das nicht passiert.

Wieviel unser Friedensmanifest letztlich wert ist, darüber wird die Friedensbewegung entscheiden. Der Vorfall in Schweden hat jedenfalls viele von uns darin bestärkt, daß es richtig war, nicht unsere eigene Unabhängigkeit auch gegenüber Anbiederungsversuchen aus DKP-nahen das nicht passiert.

Wieviel unser Friedensmanifest letztlich wert ist, darüber wird die Friedensbewegung entscheiden. Der Vorfall in Schweden hat jedenfalls viele von uns darin bestärkt, daß es richtig war, nicht unsere eigene Unabhängigkeit auch gegenüber Anbiederungsversuchen aus DKP-nahen Kreisen infrage stellen zu lassen.

Einige Anmerkungen

Mit dem Brief von Hartmut Regenstein (Mitglied des Landesvorstandes NRW der Grünen) hat das Schreiben von Frau Beck-Oberdorf eine wesentliche Gemeinsamkeit: Beide gehen mit keinem Wort auf die in unserem Offenen Brief aufgezählten Kritikpunkte am Grünen Friedensmanifest ein. Das entspricht auch dem Verhalten des Bundesvorstandes, der sich mit dem Offenen Brief überhaupt nicht befaßt hat, sondern ihn zur Behandlung an den Bundeshauptausschuß (BHA) verwiesen hat – und dieser tagte leider erst nach Vorliegen der ersten Auflage des Friedensmanifests. Ein solcher Umgang mit Kritiken ist wirklich aussergewöhnlich solidarisch und produktiv! Es hat ganz den Anschein, als sollten um jeden Preis ein paar Angriffe gegen die Sowjetunion "verabschiedet" werden –wobei es die letztlich für die Formulierungen Verantwortlichen wenig gekümmert hat, ob diese Angriffe überhaupt Sinn machen und sachlich zutreffend sind. (Der Sowjetunion beispielsweise vorzuwerfen, wie es im Friedensmanifest getan wird, sie habe "neue Generationen" von Panzern in Dienst gestellt, macht unserer Meinung nach wenig Sinn. Erwartet man ernsthaft, daß die Sowjetunion ihre Armee bloß mit Weltkrieg-II-Stücken ausstatten darf?) Daß Frau Beck-Oberdorf über Daten zur Militär-Diskussion gut informiert ist, soll keineswegs bezweifelt werden. (Tatsächlich belegt ihre Rede auf dem letzten Landesparteitag in Baden Württemberg, daß sie ausgezeichnet informiert ist. In diesem Sinn wurde **sie auch in unserem Offenen Brief zitiert). Nur fragt sich doch sehr, ob das so auch für die Gesamtheit der Grünen Partei oder zumindest für die Delegierten des Parteitags gilt.. (Das war in unserem Offenen Brief angezweifelt worden). Daß die Diskussion dazu in der Grünen Partei noch sehr unterentwickelt ist, läßt sich kaum ernsthaft bestreiten.**

Es spricht für sich, daß der Parteitag der Grünen – anscheinend ohne Widerspruch – einen Satz ins Friedensmanifest aufnahm, demzufolge die Sowjetunion mit den USA im Bereich der "strategischen Raketen" (Langstrecken-Raketen) "gleichgezogen" habe. Erst später (ob aufgrund unseres Offenen Briefes oder ob aufgrund anderer Denkanstöße, ist uns unbekannt) fiel einigen auf, daß das wohl nicht stimmt. Statt nun aber den Satz zu streichen, änderte man : die Sowjetunion habe bei den "e u r o strategischen" Raketen (Mittelstrecken-Raketen) "gleichgezogen". Geblieben ist aber der Satz, daß die SS 20 "den propagandistischen Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen"liefert und "somit den Rüstungswettlauf fördert". Das bedeutet: Die Grünen fordern von der Sowjetunion, daß sie darauf verzichtet, mit dem Westen "gleichzuziehen". **Die Sowjetunion soll gefälligst die militärische Überlegenheit des Westens akzeptieren.** Andernfalls liefert sie "propagandistischen Vorwand" für "westliche Gegenmaß- bedeutet: Die Grünen fordern von der Sowjetunion, daß sie darauf verzichtet, mit dem Westen "gleichzuziehen". **Die Sowjetunion soll gefälligst die militärische Überlegenheit des Westens akzeptieren.** Andernfalls liefert sie "propagandistischen Vorwand" für "westliche Gegenmaß- nahmen", d.h. für weitere **westliche Vor-Rüstung..**

Wer so argumentiert, steht nicht "quer" oder "autonom" zu den Blöcken, sondern macht sich in einer wichtigen Frage die Interessen der NATO an militärischer Unterlegenheit der Sowjetunion zu eigen.

AK-Redaktion

Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Niedersachsen am 21./22.11. in Braunschweig war bestimmt von den Vorbereitungen für die Landtagswahlen im März 82.

In zahlreichen Arbeitsgruppen wurden Grundzüge eines Programmentwurfs und einer Wahlkampfplattform erarbeitet. Diese sollen demnächst auf einem öffentlichen Ökoseminar (am 12./13.12.) weiter diskutiert werden. Hierzu wollen die Grünen auch Interessenten aus BIs einladen.

Ganz unter dem Zeichen der Basisdemokratie stand die Neuwahl von vier der acht Vorstandsmitglieder. Obwohl in der Satzung gar nicht vorgeschrieben, sprach sich die überwiegende Mehrheit der Delegierten dagegen aus, daß kommunale Mandatsträger ein Parteiamt bekleiden.

Als Leitfaden für die aus Delegierten der einzelnen Arbeitsgruppen bestehende Programmkommission wurde ein Antrag von Manuel Kiper (Hannover) angenommen. Hierin werden hauptsächlich die Folgen der CDU-Politik für Niedersachsen angeprangert und die Möglichkeiten einer Grünen Alternative aufgezeigt.

Leider gab es keine ausführliche Plenumsdiskussion über die Schwerpunkte des Landtagswahlprogramms und das Vorgehen bei der Vorbereitung der Landtagswahl.

Erfreulich war, daß gegen Ende der Konferenz noch einhellig beschlossen wurde, die vom Bundesvorstand herausgegebene atomare Lagekarte der Nation, wobei als Nation das Gebiet von BRD und DDR dargestellt wird, nicht zu verbreiten. Der Bundesvorstand wurde aufgefordert, das Plakat zurückzuziehen. Ferner soll geklärt werden, wer im Bundesvorstand dieses gesamtdeutsche Machwerk (es fehlte nur noch der Stacheldraht an der Grenze) zu verantworten hat.

Prominenter Besucher am Rande der Tagung war Carl Beddermann, ehemals Landesvorsitzender der GLU Niedersachsen, 1978 nach den Landtagswahlen mit Eklat zurückgetreten und dann auch aus der GLU ausgetreten. Beddermann trat in der GLU für einen scharfen Kurs gegen den linken Flügel ein und entfaltete seine Haupttätigkeit als Reisekader in Hessen und Hamburg, wo er intensiv an der Spaltung der Wahlbewegung arbeitete. Über ihn liefen wichtige Kontakte zu Herbert Gruhl, der damals gerade zur Enttäuschung der GLU seine GAZ gegründet hatte.

Zwischenbilanz nach der Anti-Breschnew-Demonstration

Die Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11. sollte der erste Versuch sein, eine Front in der Friedensbewegung zu formieren und der Öffentlichkeit vorzustellen. Zu diesem Zweck hatten sich die Grünen mit dem Bundesvorstand des BBU, mit der AL Westberlin und mit den verbliebenen ML-Gruppen zusammengetan; am Rande dieses Bündnisses agierten Jusos und Jungdemokraten eher zurückhaltend.
Rein zahlenmäßig bot das Bündnis bei seinem ersten Auftreten am 22.11. ein schwaches Bild, zumal es ganz im Schatten der viel besser besuchten CDU-Demonstration stand. Es wäre aber falsch, die Stärke und die Zukunftsaussichten dieser Fraktion der Friedensbewegung nur an der Zahl ihrer Demonstranten am 22.11. zu messen. Andere Indizien (z. B. die breite Zustimmung zum Offenen Brief Havemanns an Breschnew und die ideologischen Breitseiten in „Pflasterstrand" und „taz" lassen vermuten, daß diese Kräfte am 22.11. noch keineswegs das Ende ihrer Entfaltungsmöglichkeiten demonstriert haben.

Der 22.11. und die ersten Reaktionen

Die Initiative, am 22.11. anläßlich des Breschnew-Besuchs in Bonn zu demonstrieren, war vom Parteitag der Grünen (Anfang Oktober) ausgegangen. (Eine ausführliche Darstellung der diversen Initiativen und Bündnisverhandlungen war in den letzten Ausgaben des AK zu finden und soll hier nicht noch einmal wiederholt werden.)

Die wichtigsten Unterzeichner des endgültigen Aufrufs zum 22.11. waren: **die Grünen; BBU; Jusos Schleswig-Holstein; Juso-Hochschulgruppen; ESG; AL Westberlin; Unterstützer der Russell-Initiative; Steinke-Initiative Westberlin (SPD-orientiert)**; Grüne Liste Schleswig-Holstein (das sind die von der grünen Bundespartei abgespaltenen Rechten um Baldur Springmann); Grüne Alternative Liste Münster; AStA Uni Bochum; AStA Uni Düsseldorf; AStA PH Hannover; DFG-VK Kleve; DFG-VK Aachen; DFG-VK Saarbrücken; KBW, KPD/ML und „Volksfront"; LHV Aachen.

Außerdem hatte als dritte verbliebene ML-Organisation auch der KABD zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen.

Wieviel Menschen sich an der Demonstration dieser **„Friedenspolitischen Initiative"** (so lautete der offizielle Name des Aktionsbündnisses) beteiligten, ist umstritten. Die bürgerlichen Medien sprachen mal von 5.000, mal von 10.000. Die Veranstalter einigten sich auf 12.000. Die „taz" gab 8.000 bis 10.000 an (23. 11.), klagte allerdings kurz darauf, daß sich, abgesehen von den „ML-Sekten", an der Demonstration nur 3.000 Menschen beteiligt hätten (25.11.). Richtig ist daran jedenfalls, daß die MLer mit ihren mehr oder weniger vaterländischen Sprüchen als stärkstes Element des Zuges hervortraten.

Daß 300.000 nach Bonn kommen würden, wie am 10.10., hatte zum traten.

Daß 300.000 nach Bonn kommen würden, wie am 10.10., hatte zum 22.11. selbstverständlich niemand erwartet. Aber maximal 12.000 sind doch allzu jammervoll, zumal, wenn man weiß, daß der KBW a l l e i n in seinen besten Zeiten schon 15.000 Menschen nach Bonn mobilisieren konnte. Und ohne die Vollmobilisierung der MLer wäre der Zug am 22. 11. sogar noch viel dünner ausgefallen.

Daß der 22.11. zahlenmäßig gesehen ein R e i n f a l l für die Veranstalter war, läßt sich selbst mit zwei zugedrückten Augen nur mühsam übersehen. Mehrere Faktoren haben dabei eine Rolle gespielt. Die Mobilisierungszeit war recht kurz, und die Mobilisierung scheint zudem nur von den MLern wirklich mit vollem Einsatz und ohne Belastung durch politische Skrupel organisiert worden zu sein. Aber nicht zuletzt ist die geringe Zahl von Teilnehmern auch als Absage von großen Teilen der Friedensbewegung an die politischen Aussagen und Absichten der Veranstalter zu interpretieren. **Für die relevanten Kräfte, die um Frontbildung innerhalb der Friedensbewegung bemüht sind, wird dieser magere erste Auftritt sicher ein Anlaß sein, ihre p r o p a g a n d i s t i s c h e n Anstrengungen zu verstärken.**

Voll befriedigt über den Verlauf der Sache geben sich allerdings die MLer:

– Die KPD/ML spricht von einem *„Erfolg für die Friedensbewegung"*, und einer *„Demonstration für die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung"*. Die Demonstration habe zum Ausdruck gebracht, *„daß Breschnew ein genauso gefährlicher Kriegstreiber wie Reagan ist"*. Für diesen Erfolg sieht sich die KPD/ML als wichtigste Kraft: *„Nicht zuletzt der Einsatz der KPD-Genossen bei den Vorbereitungsgesprächen und auch bei der Mobilisierung haben zum Erfolg dieses Tages trotz aller dieser und anderer Schwierigkeiten* (Was damit gemeint ist, wird gleich noch erklärt – Anm. AK) *beigetragen. Und auch die Demonstration wurde zum großen Teil geprägt durch das Auftreten unserer Genossen. Von allen teilnehmenden Organisationen stellte die KPD, zusammen mit der VOLKSFRONT, den stärksten Block"*. Die Demonstration hätte aber größer sein können, meint die KPD/ML, wenn die wichtigsten Unterzeichner des Aufrufs *„auch wirklich mobilisiert hätten"*. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, was die KPD/ML vor allem den Grünen ankreidet. *„Wir meinen: Der Bundesvorstand der Grünen hat der Friedensbewegung damit einen schlechten Dienst erwiesen. Und er hat den Interessen der Mitglieder seiner Organisation einen schlechten Dienst erwiesen"*. („Roter Morgen" vom 27.11.).

– Der KBW meint, daß das große Angebot an Demonstrationen in der letzten Zeit, wie auch die gleichzeitig stattfindende Demonstration in Amsterdam, dazu geführt hätten, daß „viele", die eigentlich am 22.11. in Bonn demonstrieren wollten, *„es sich dann doch noch anders überlegt haben. In manchen Orten waren Busse kurzfristig abgesagt worden. In Anbetracht dessen war die Zahl der Teilnehmer an Demonstration und Kundgebung denn doch beachtlich ... Es waren eher m e h r , als man erwartet hatte". „Der Hauptzweck, etwas beizutragen zur weiteren Klärung der Perspektive der Friedensbewegung, ist wohl erreicht worden".*



Ganz schön ausgewogen : Möllemann, Wissmann, Blüm, Geissler und Biedenkopf am 22.11. in Bonn.

– Die Berichterstattung der „taz", deren Zentralredaktion dem Anliegen der Demonstration vom 22.11. offensichtlich sehr wohlwollend gegenübersteht (dazu später noch einige Erklärungen) kann Enttäuschung über den konkreten Verlauf nicht verbergen. Bedauert wird, daß *„neben der Jungen Union und den ML-Sekten nur 3.000 Demonstranten"* teilgenommen hätten. Zwei Kommentare (am 24.11. und 25.11.) sehen den 22.11. als *„verpaßte Chance", „eigene Interessen massenhaft deutlich zu formulieren, und sich rauszuziehen aus dem derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Medienkrieg auf dem Schauplatz ,öffentliche Meinung' ".* „Warum waren **die Hundertausende nicht wieder da und ließen die Junge Union in der Friedensbewegung aufgehen ...?"**. Allerdings wurde auch ein Kommentar abgedruckt, in dem ein Redakteur seine Nichtteilnahme am 22.11. begründete (26.11.).

Klar g e g e n die Anti-Breschnew-Demonstration haben sich außer dem KB auch mehrere trotzkistische Gruppen (GIM, KL), die Marxistischen Gruppen, der BWK (Abspaltung des KBW) und – unseres Wissens als einziger Teil der Grünen – deren Hamburger Landesverband ausgesprochen; außerdem selbstverständlich die DKP.

Die KL (Kommunistische Liga) schrieb u. a.: *„Die Initiative und ihr Aufruf zielen sehr eindeutig darauf ab, den Breschnew-Besuch zu nutzen, um ihre ,Ausgewogenheit' zu demonstrieren ... Es ist übrigens genau jene ,Ausgewogenheit', die von regierungsoffiziellen Stellen und allen Ideologen des bürgerlichen Staates schon lange gefordert wird"*. Diese „Ausgewogenheit" verdecke *„die Rolle der Bundesregierung im Rahmen der neuen aggressiven NATO-Politik"*. Und sie mache *„sich die Argumentation und Propaganda der NATO zu eigen, mit der diese ihre ,Nach'rüstung und ihren aggressiven Kurs legitimiert". – „Die ,Ausgewogenheit' wird doppelt falsch, wenn man die Konfrontation zwischen West und Ost betrachtet: sie ist eine Konfrontation zwischen imperialistischen und nichtkapitalistischen Staaten. Gerade aber weil das so ist, steht die UdSSR z. B. faktisch seit ihrer Gründung im Abwehrkampf gegen die permanenten und massiven Versuche des Imperialismus, sich die entsprechenden Verwertungsräume zurückzuholen ..."* („Revolution", Nov. 1981).

Die Marxistischen Gruppen (MG) hatten außer einer ätzenden Verurteilung der Anti-Breschnew-Aktion auch zu einer eigenen Demonstration am 22.11. in Bonn aufgerufen, als Gegengewicht gegen die Demonstrationen von CDU und „Ausgewogenheit". Für diese Demonstration hatten die MG – unseres Wissens ohne Erfolg – andere Organisationen als Bündnispartner zu gewinnen versucht. Die „taz" (23.11.) gibt die Teilnehmerzahl mit 5.000 an; die MG selbst sprechen von 7.000.

Der Hamburger Landesverband der Grünen kritisierte, daß im Aufruf zum 22.11. *„ungewollt der Gedanke vermittelt"* werde, *„SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper stünden auf der gleichen Stufe des Wettrüstens. Dieses Zugeständnis an die herrschende Desinformation der Öffentlichkeit wird den Eindruck vermitteln, daß die Friedensbewegung anfinge, ihre ,Eindugigkeit' abzulegen. Deswegen halten wir die Demonstration für ungeeignet, die ursprünglichen Interessen der Bewegung zum Ausdruck zu bringen. In diesem Zusammenhang verurteilen wir alle Bestrebungen, GRÜNER Friedenspolitik den Stempel bürgerlicher ,Ausgewogenheit' aufzudrükken"*. (Sämtliche Hamburger Delegierten hatten bereits auf dem Parteitag der Grünen Anfang Oktober gegen den Demonstrations-Beschluß gestimmt).

Die DKP verhielt sich gegenüber der Demonstration vom 22.11. vorwiegend mit Stillschweigen. Das entspricht der üblichen Parteilinie, erstens solche Vorgänge „nicht hochzuspielen" und zweitens nicht durch eine scharfe Polemik den Schaden noch zu vergrößern. Der e i n z i g e Kommentar zur Demonstration war in der „UZ" vom 14.11. abgedruckt und noch nicht einmal – wie sonst bei jedem geringeren Anlaß üblich – von einem Mitglied der DKP-Führung unterzeichnet. In dem Kommentar hieß es u. a.: *„Dieser Aufruf zeichnet sich durch eine Reihe von Widersprüchen und Fragwürdigkeiten aus. Auf der einen Seite begrüßen die Unterzeichner den Besuch Leonid Breschnews in der Bundesrepublik und sprechen sich für eine ernsthafte Prüfung sowjetischer Verhandlungsvorschläge aus. Auch stellen sie in Übereinstimmung mit allen Kräften der Friedensbewegung fest: ,Es gibt keine sowjetische ,Vorrüstung', die durch eine NATO-,Nachrüstung' zu korrigieren wäre'. Dann jedoch verbinden sie die Forderung nach Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses mit der Forderung an die UdSSR, ihre Mittelstreckenraketen abzubauen. Das Ergebnis wäre ein einseitiger Vorteil der NATO: die ,Null-Lösung', so wie sie Schmidt und Genscher nach eigenem Bekunden ebenfalls anstreben.*

Hier wird offensichtlich, daß die Verfasser unter dem politischen und publizistischen Druck der Raketenbefürworter zurückweichen und Positionen der Friedensbewegung preisgeben. Um dem unsinnigen Vorwurf der ,Einseitigkeit' zu entgehen, zeigen sie sich plötzlich blind für Tatsachen, die sie wenige Zeilen zuvor noch korrekt beschreiben ...". Weitere Kritikpunkte an dem Aufruf betreffen selbstverständlich die Erwähnung Afghanistans und Polens.

Die Demonstration der CDU

Zwischen 20.000 („taz", 23.11.), 30.000 („KVZ", 27.11.) und 40.000 bis 50.000 (Springerpresse) liegen die Angaben über die Teilnehmerzahl der Demonstration der **„Aktion für Frieden und Menschenrechte"**.

Ein Blick auf die Vorgeschichte zeigt, daß diese Demonstration direkt auf einen Beschluß der NATO und auf eine Initiative der Rüstungs-Lobby zurückgeht:

1. Von der ,Nordatlantischen Versammlung' der NATO wurde in der ersten Oktoberhälfte angesichts der beginnenden Welle von Friedensdemonstrationen beschlossen, **„eine Bewegung in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und weiteren öffentlichen Versammlungen zu initiieren, um die aggressive Außenpolitik Moskaus deutlich zu machen. In der Bundesrepublik sollen im Zusammenhang mit dem Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew im November die ersten Veranstaltungen dieser Art organisiert werden"** (zitiert nach „Welt", 15.10.). Die „Welt" behauptete darüber hinaus: **„Zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien sind bereits Kontakte geknüpft worden, solche Aktionen gemeinsam zu unterstützen"**. (Eine Behauptung, die scheinbar im Widerspruch zu den späteren Vorgängen steht, aber die niemals dementiert worden ist).
2. Eine kleine „Allparteienkoalition" kam anläßlich der Bonner Friedensdemonstration am 10.10. zustande: **Die Bundestagsabgeordneten Möllemann (FDP), Horn (SPD) und Mertes (CDU) ließen am Bonner Himmel ein Flugzeug mit dem Spruchband „Wer demonstriert in Moskau?" kreisen.** Unter demselben Motto warben die drei auch in einer halbseitigen Zeitungsanzeige für eine *„realistische Friedenspolitik"* und für den NATO-„Nachrüstungsbeschluß". Dem „Spiegel" ist die wichtigste Information zu verdanken, daß hinter diesem Unternehmen ein **„Bonner Kreis – Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik"** stand, in dem u.a. ein Militär-Verlag (Mönch-Verlag Bonn/Koblenz) und die Firma Rheinmetall (*„einer der größten Waffenproduzenten in der Bundesrepublik"*) direkt engagiert sind („Spiegel", 9.11.).

FDP-Möllemann, der nebenbei auch noch unter dem Tarnnamen **„Initiative ,Freiheit für Afghanistan' "** agiert, hatte offenbar die besten Absichten, am 22.11. die am 10.10. begonnene Große Koalition fortzusetzen: Einen Aufruf mit der Bitte um Unterschrift verschickte er an alle **Bundestagsabgeordneten. Im wesentlichen unterzeichneten aber nur CDU-Leute, außerdem angeblich auch 14 FDP-Abgeordnete. Die Jungdemokraten und die SPD distanzierten sich von Möllemanns Vorstoß. Der Fraktionsvorstand der SPD erklärte, die Initiative Möllemanns sei** *„im Geist des ,Kalten Krieges' "* (laut „Welt", 12.11.).

Wie zu erwarten war, bot die Demonstration, als deren Hauptorganisator die Junge Union der CDU/CSU auftrat, auch allerlei rechtsradikalem Völkchen ein gern angenommenes Forum. Ein paar Hundert Na-

zis beteiligten sich gleich als ge- kalem Völkchen ein gern angenommenes Forum. Ein paar Hundert Na-

zis beteiligten sich gleich als geschlossener Block. Auch die „Hilfsgemeinschaft ,Freiheit für Rudolf Heß' " trat mit Flugblättern und einer ganzseitigen Anzeige in der „FAZ" („Frankfurter Allgemeinen Zeitung") in Erscheinung.

Trotz derartiger Randerscheinungen sollte nicht übersehen werden, daß sich mit dieser Demonstration die eher g e m ä ß i g t e n Teile der CDU/CSU profiliert haben. Wenn sich die CDU-Politiker **Geißler, Blüm, Biedenkopf und Wissmann** an der Spitze des Zuges zeigten, so handelt es sich durchweg um Exponenten einer innerparteilichen Strömung, die nach dem 10.10. mehr oder weniger geschickt ihr „Verständnis" für die Friedensbewegung bekundet hat und die dem „Volksfront"-Urteil von Helmut Kohl deutlich widersprochen hat. Vertreter der Scharfmacher-Mafia der CDU/CSU traten im Zusammenhang mit der Demonstration so absolut nicht in Erscheinung, daß auf Absichten und Absprachen zu schlußfolgern ist: **Hier wurde tatsächlich ein „Herankommen" der CDU/CSU an Teile der Friedensbewegung geprobt.** Dem Ziel entsprechend war der Demonstrationsaufruf so moderat gehalten, daß er ohne weiteres auch für die Veranstalter der gleichzeitigen Demonstration von Grünen, MLern usw. akzeptabel gewesen wäre. Er hatte folgenden Wortlaut: **„Er kommt, der sowjetische Staats- und Parteichef. Wir begrüßen den Besuch und die beiderseitige Bereitschaft, miteinander Gespräche zu führen. Da in der UdSSR die Bürger ihren Wunsch nach Frieden und Menschenrechten nicht offen zum Ausdruck bringen können, rufen wir anläßlich des Besuches von Leonid Breschnew in Bonn zur Demonstration auf.**

Wir fordern von Leonid Breschnew den sofortigen Abzug der Roten Armee aus Afghanistan. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch für das ganze deut-

Fortsetzung nächste Seite

Westdeutsche Linke

Fortsetzung von voriger Seite

sche Volk. Eine gleichgewichtige und ausgewogene Abrüstung in Ost und West. Und die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte. Wir rufen auf zur Demonstration: Für Frieden und Menschenrechte in Ost und West!" Und wenn gefordert wurde: „*Verschrottet die SS 20, damit uns die Nachrüstung erspart bleibt!*" (aus einem Flugblatt der CDU-Studentenorganisation RCDS) oder: „*Wenn Leonid Frieden will – SS 20 auf den Müll*" (Parole auf der Demonstration), dann zeigt sich auch hierin eine Annäherung an Tendenzen in der Friedensbewegung, die der Sowjetunion indirekt die Verantwortung für die NATO-„Nachrüstung" zuschieben und die von der „Nachrüstung" schon gar nicht mehr sprechen können, ohne zugleich auch die SS 20 zu erwähnen.

Geplant ist eine Fortführung des Versuchs, NATO-Propaganda als friedenspolitische Initiative zu verpakken. Zu Ostern 1982 soll ein „Friedensbus" von Oslo über Kopenhagen, Hamburg, Hannover nach Warschau und schließlich nach Moskau fahren. Veranstalter der Fahrt, die angeblich „*keine Provokation ..., sondern ein Symbol für den Friedens- und Abrüstungswillen aller Völker in Europa*" sein soll, ist eine „**Internationale Konferenz Demokratischer Friedensinitiativen Europas**". Ihr Motto „*Frieden in Freiheit – Abrüstung in Sicherheit*" klingt so übel nicht. Hinter dem Unternehmen verbergen sich allerdings Politiker aller bürgerlichen Parteien aus den NATO-Ländern. Westdeutsche Vertreterin in diesem Verein ist die „**Dattelner Friedensinitiative**". Das ist ein Zusammenschluß von SPD-Rechtsaußen wie Annemarie Renger, rechten FDPlern wie dem unvermeidlichen Möllemann und CDU-Politikern; auch Figuren vom rechtesten Flügel des DGB, wie Niggemeier von der IG Bergbau und Energie, sind mit von der Dattelner Partie. Der Kreis setzt sich ein für die NATO und für die „Nachrüstung" („Welt", 23.11.). In Westberlin stellte sich die „Internationale Friedensinitiative" kürzlich der Öffentlichkeit vor: Man habe es sich zur Aufgabe gestellt, „*deutlich zu machen, daß der Friede in Europa ‚auf dem Sockel der NATO und Gesprächen mit den Sowjets ruht'* ". Man habe Berlin zum Ort des ersten öffentlichen Auftretens gewählt, „*weil diese Stadt nach wie vor das Symbol der Freiheit der Demokratie gegenüber der Unfreiheit eines totalitären Regimes sei*" („Welt, 25.11.).

Nebenbei demonstrieren solche Unternehmungen auch das Verwirrspiel mit ständig wechselnden Tarnnamen und aus dem Hut gezauberten Phantasie-„Initiativen". Der bekannte Wolf aus dem Märchen würde sich heute nicht mehr damit begnügen, Kreide zu fressen. Er würde außerdem auch eine „Initiative Frieden und Sicherheit für Jungziegen" gründen.

Reagans „Null-Lösung" und die Friedensbewegung

Das zeitliche Zusammentreffen der Demonstration von Grünen, BBU, MLern usw. mit Reagans Propaganda-Vorschlag einer „Null-Lösung" setzte die politische Grundlage dieser Demonstration ins rechte Licht: **In der Argumentation ist Reagans „Null-Lösung" absolut identisch mit der Forderung im Demonstrationsaufruf, einerseits den NATO-„Nachrüstungsbeschluß" rückgängig zu machen und andererseits sämtliche sowjetischen Mittelstreckenraketen „abzubauen".**

Es mag einem taktischen Kalkül zuzuschreiben sein, wenn es in der Kritik des Hamburger Landesverbandes der Grünen sehr vorsichtig heißt, im Demonstrationsaufruf werde „*ungewollt der Gedanke vermittelt, SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper stünden auf der gleichen Stufe des Wettrüstens*" (Hervorhebung vom Verf.). Realistischerweise sollte man ruhig voraussetzen, daß die Leute, die diesen Aufruf formuliert haben, intelligent genug sind, um die Konsequenzen zu berechnen – und daß sie genau diese Konsequenz bewußt erreichen wollen. Auch dem arglosen Beobachter springt doch die Tatsache ins Auge, daß in diesem Punkt die vom Parteitag der Grünen beschlossene Formulierung nachträglich sogar noch verschärft worden ist. Dort hieß es: „*Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen*". Im Demonstrationsaufruf zum 22.11. hingegen hieß es: „ ... *die sowjetischen Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen*". Zwar war aus „sofort" ein „schrittweise" geworden, aber dafür war der Bereich der Forderung – ganz im Sinne der NATO-„Null-Lösung" – auf sämtliche sowjetischen Mittelstreckenraketen, unabhängig von ihrem Standort, ausgedehnt worden. (Unter dieser Bedingung heißt „Abbau" selbstverständlich nichts anderes als „Verschrotten").

Die Aufrechnung „Nachrüstungsverzicht der NATO gegen Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen" macht selbstverständlich nur Sinn, wenn man sich die NATO-Propagandaversion zu eigen macht: Die Sowjetunion habe mit ihren SS 20 „vorgerüstet" und müsse zum einseitigen Abbau dieser „Vorrüstung" gezwungen werden, ohne daß von der NATO eine reale Gegenleistung zu erbringen ist. Diese propagandistische Rechnung geht aber nur auf, wenn man die auf U-Booten stationierten Raketen der NATO im Mittelstrecken-Bereich „ausklammert". Das ist den Leuten, die den Demonstrationsaufruf zum 22.11. formuliert haben, bestens bekannt. Es fragt sich, woher sie trotzdem die hartnäckige Frechheit nehmen, die NATO-Propaganda „Nachrüstung = SS 20" weiterzutragen, statt – wenn schon, denn schon – für eine konsequente und vollständige „Null-Lösung" im Mittelstrecken-Bereich einzutreten.

Manche Exponenten dieser Strömung in der Friedensbewegung begnügen sich nicht mit ihrer Rolle als Wegbereiter der einschlägigen NATO-Argumentation. Sie möchten auch das Klima gegenüber Reagans „Null-

zutreten.

Manche Exponenten dieser Strömung in der Friedensbewegung begnügen sich nicht mit ihrer Rolle als Wegbereiter der einschlägigen NATO-Argumentation. Sie möchten auch das Klima gegenüber Reagans „Null-

Lösung" in der Friedensbewegung verbessern:

– **Thompson** (Repräsentant der Russel-Peace-Foundation und Erfinder der von Bahro weiterentwickelten „Exterminismus-Theorie") erklärte auf einer Veranstaltung in Westberlin, „*die Friedensbewegung dürfe nicht mit einem schlichten ‚njet' auf die Rede Reagans antworten*". Zwar sei Reagans Rede „*einseitig und schlecht*" gewesen, aber dennoch sei die „Null-Lösung" ein „*neuer Vorschlag und eine Reaktion auf die europäische Friedensbewegung*" (zitiert nach „taz", 25.11.). Tatsächlich ist die „Null-Lösung" kein neuer Vorschlag, sondern deckt sich inhaltlich mit dem NATO-„Nachrüstungsbeschluß" von 1979.

– Über die Rede von **Z. Mlynar** (ehemals CSSR) auf der Abschlußkundgebung am 22.11. meint sogar die KPD/ML: „ ... *kam ... das demagogische ‚Null-Lösungs'-Angebot Reagans entschieden zu gut weg*" („Roter Morgen", 27.11.).

– Über die Beiträge von **Agnes Heller** („*Philosophin, Budapester Schule*") bei der sich an die Demonstration anschließenden Diskussionsveranstaltung referiert die „KVZ" des KBW: „*Der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa widersprach Agnes Heller. Wenn man eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal verwirkliche, dann bedeute das in Wirklichkeit die einseitige Abrüstung Europas ... Bei den Atomwaffen stelle sich in erster Linie die Frage, wer sie kontrolliere. Und wenn man Frankreich betrachte und die Politik der Regierung Mitterand, dann müsse man zumindest sagen, daß sie nicht ohne Logik sei: die Logik nämlich, daß eine Nation sich selbst verteidigen müsse ...*" („KVZ", 27.11.).

Es ist zu wünschen, daß sowohl die Reden der Abschlußkundgebung wie auch die Podiumsbeiträge der anschließenden Diskussionsveranstaltung vom 22.11. bald veröffentlicht werden, um diese Geistesrichtung authentisch und im Zusammenhang würdigen zu können. (Wenn das, was in letzter Zeit von sogenannten „Repräsentanten der osteuropäischen Friedensbewegung" zu hören und zu lesen war, wirklich **Friedenspolitik** ist, dann hat am Ende wohl doch noch unser Bundeskanzler recht, daß die NATO die größte aller Friedensbewegungen ist).

Um den Schaden zu ermessen, der hier angerichtet werden soll, muß man einen Blick auf die absehbare Entwicklung der kommenden Monate werfen:

1. Der NATO-„Nachrüstungsbeschluß", d. h. die Stationierung von 108 Pershing II und 464 Cruise Missile in Europa ab Ende 1983, dient einer qualitativen Veränderung der Situation zwischen den Machtblöcken. Mit Hilfe dieser extrem zielgenauen Raketen und der durch die Stationierung in Europa erreichten extrem kurzen Flugzeit soll nach dem Willen der NATO-Strategen ein ‚begrenzter' Atomkrieg führbar und für die USA gewinnbar gemacht werden. **Daraus ergibt sich, daß überhaupt nicht daran gedacht ist, auf die Stationierung zu verzichten. Das würde selbst dann gelten, wenn die Sowjetunion zu relativ weitgehenden einseitigen Abrüstungsleistungen bereit wäre, da diese den angestrebten militärischen Vorteil der „Nachrüstung" nicht wettmachen könnten.**
2. Aus dieser Ausgangsposition läßt sich Problematik und Taktik der NATO-Politiker in den kommenden Monaten leicht berechnen. Bis zum geplanten Beginn der Stationierung sind es noch zwei Jahre. **Diese zwei Jahre müssen propagandistisch optimal genutzt werden, um einerseits die aktive Friedensbewegung aufzuspalten und um andererseits die breiten Volksmassen massiv zu beeinflussen.**
3. **Eine Schlüsselstellung bei dieser massenpsychologischen Aufgabe haben die jetzt begonnenen Verhandlungen. In ihrem Verlauf muß eine Massenstimmung aufgebaut werden, die in den Russen den Schuldigen für das heute schon feststehende Scheitern der Verhandlungen ausmacht und die deshalb dazu tendiert, die neuen Mittelstreckenraketen ab Ende 1989 als notwendiges Übel hinzunehmen.** (Daß dies gelingt, ist so unmöglich nicht. Wer bisher schon mehrere Tausend Atomwaffen auf deutschem Boden – genug für die gründliche Ausrottung der BRD-Bevölkerung samt zugehörigen Haustieren – ertragen hat, „um die Russen abzuschrecken", wird sich vielleicht auch mit den neuen Raketen abfinden.) – Im aktuellen Anfangsstadium der Verhandlung arbeiten die Massenmedien mit dem „Trick", riesige Erwartungen in die Ausgangsmöglichkeiten zu produzieren. Das beinhaltet auch, daß aktuell beiden Seiten, also sogar den Russen, guter Wille zu einer vernünftigen Lösung bescheinigt wird. Die unvermeidliche Enttäuschung über das Scheitern der produzierten Erwartungen wird später zu antisowjetischen Aggressionen verarbeitet werden.
4. Die NATO-Politiker kalkulieren selbst den äußerst unwahrscheinlichen Fall ein, daß die sowjetische Seite sich auf die Forderung nach einseitiger Verschrottung ihrer Mittelstreckenraketen einlassen könnte. Für dieses „Restrisiko" wird heute schon die nächste Argumentationslinie aufgebaut: „*Die USA wollen ... neben der ‚Null-Option' für atomare Mittelstreckenwaffen in Europa auch das gleichzeitige Einfrieren des Kurzstreckenwaffen-Niveaus vorschlagen ... Dadurch solle verhindert werden, daß die Sowjetunion die abzuschaffenden Mittelstreckenraketen einfach durch Kurzstreckensysteme wie die SS 21, SS 22 und SS 23 ersetzt ... Die USA befürchten, daß Moskau nach einer Vereinbarung über die ‚Null-Option' bei diesen Systemen sein Kurzstreckenpotential weiter nach Westen gegen die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland vorschieben und damit die gleiche Bedrohung für die NATO auslösen könnte, wie sie jetzt durch die SS 20 besteht*" („Welt", 26.11.). Gerade bei den „taktischen" Atomwaffen ist nämlich der erreichte Vorsprung der NATO in Mitteleuropa besonders hoch. Es zeichnet sich also die Möglichkeit ab, durch zusätzliche Forderungen zuungunsten der Sowjetunion (Festschreibung der aktuellen Situation im Bereich der Kurzstreckenwaffen) den politischen Preis für eine Verhandlungslösung in noch unrealistischere Höhen zu treiben. (Daß sich einige Leute in der Friedensbewegung zum richtigen Zeitpunkt auch von sowjetischen Kurzstreckenwaffen gehörig bedroht fühlen werden, darf als sichere Größe vorausgesetzt werden.)
5. **In Reagans „Null-Lösungs"-Rede deutet sich als spezielle Variante die Möglichkeit an, das Verhandlungsthema absolut auszuweiten und die Fiktion zu produzieren, daß die NATO am liebsten über eine totale atomare Abrüstung verhandeln möchte, wozu aber die Russen wieder einmal nicht bereit seien.** Politischer Zweck: Je mehr das Verhandlungsthema ausgeweitet wird, umso größer sind die propagandistischen Möglichkeiten der imperialistischen Massenmedien, wilde Zahlenspiele zu verbreiten, und umso größer sind die Chancen, daß erhebliche Teile der Bevölkerung nicht in der Lage sind, sich mit der Flut von Zahlen-Propaganda noch kritisch auseinanderzusetzen.
6. Während der Streit um Pershing II, Cruise Missile und SS 20 sowie die

Fortsetzung nächste Seite

Fundsache

„Zunächst ... solle über die landgestützten Mittelstreckenraketen gesprochen werden. Eine Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes etwa um die — wie es Moskau fordert — sogenannten vorgeschobenen Systeme [forward based systems] ... würde die Gespräche komplizieren und in die Länge ziehen".

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 19. November 1981 über Helmut Schmidts Auslassungen im Kabinett.

„Es hat unter den Fachleuten der westlichen Welt niemand daran gezweifelt, daß, wenn diese Gespräche über eurostrategische Waffen beginnen, die Sowjetunion aus ihrer Sicherheitsinter essenlage heraus auch die Einbeziehung der Forward Based Systems verlangen muß ... Jemand, der sagt, das wird mir zu kompliziert und dauert zuviel Zeit — tut mir leid —, den kann ich nicht ernst nehmen."

Helmut Schmidt am 7. Juli 1980 im „Spiegel".

ernst nehmen."

Helmut Schmidt am 7. Juli 1980 im „Spiegel".

„Wir machen uns Sorgen ..."

Anläßlich des Besuchs Leonid Breschnews am 23. November in

kontrollierten Abrüstung konkretisiert,

„Wir machen uns Sorgen ..."

Anläßlich des Besuchs Leonid Breschnews am 23. November in Bonn haben 54 SPD-Bundestagsabgeordnete an den sowjetischen Partei- und Regierungschef einen Brief geschrieben, in dem sie sich nachhaltig für Frieden und Abrüstung in Ost und West einsetzen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wir verstehen Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland als ein Zeichen des Willens, die Politik der Verständigung fortzusetzen, für die Sie sich mit Willy Brandt und Bundeskanzler Helmut Schmidt engagiert haben.

Vor wenigen Wochen, am 10. Oktober 1981, haben über 300000 unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Friedenssehnsucht und ihren Friedenswillen in Bonn demonstriert. Sie haben dabei nicht nur ein „Nein" zu den amerikanischen, sondern auch zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen gefordert und sind für eine umfassende Abrüstung in West und Ost eingetreten. Einige der unterzeichnenden Bundestagsabgeordneten der SPD haben diese Demonstration in einer öffentlichen Erklärung begrüßt und unterstützt. Wir möchten deshalb Ihren Besuch in der Bundesrepublik zum Anlaß nehmen, Ihnen zu verdeutlichen, daß es unter unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch Forderungen und Sorgen gibt, die die Politik der Sowjetunion betreffen.

Wir machen uns Sorgen
– über die starke Rüstung der Sowjetunion im konventionellen Bereich;
– über die beschleunigte Produktion neuer SS-20-Raketen,
– über den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan,
– ber die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch ein sowjetisches U-Boot und
– über das mangelnde Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in den Staaten des Warschauer Paktes.

So wie wir Forderungen gegenüber den USA und gegenüber der NATO vertreten, wollen wir auch Ihnen gegenüber fordern,
– daß die Sowjetunion den Rüstungswettlauf nicht weiter verschärft und ihre Bereitschaft zur kontrollierten Abrüstung konkretisiert,
– daß sie das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker respektiert,
– daß sie der Freiheit der Gewissensentscheidung gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen in ihrem Machtbereich zum Durchbruch verhilft und
– daß sie durch einen stärkeren Anteil an den internationalen Bemühungen um Entwicklungshilfe zur Sicherung des Friedens in der Welt beiträgt.

Ihr Vorschlag für ein Moratorium beim Aufstellen der Mittelstreckenraketen ist in der Bundesrepublik mit Interesse aufgenommen und von vielen positiv begrüßt worden. Wir hoffen sehr, daß diese sowjetische Bereitschaft zum Entgegenkommen auch die im November beginnenden Verhandlungen zwischen Ihrem Land und den USA bestimmen wird.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages erhoffen wir uns von Ihrem Besuch aber auch eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern.

Vor allem aber hoffen wir darauf, daß Sie unsere Sorgen über den Rüstungswettlauf und über den Unfrieden in der Welt verstehen als unsere Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt.

Mit diesen Hoffnungen grüßen wir Sie und heißen Sie in der Bundesrepublik Deutschland willkommen.

Unterzeichner: Hans Joachim Hoffmann, Peter Paterna, Volkmar Kretkowski, Robert Antretter, Freimut Duve, Georg Bamberg, Arne Börnsen, Heinz Schreiber, Uwe Holtz, Kurt Leuschner, Peter Conradi, Harald B. Schäfer, Manfred Marschall, Horst Sielaff, Thomas Schöer, Lothar Ibrügger, Rudolf Bindig, Ernst Waltemathe, Karl Weinhofer, Gert Weisskirchen, Günter Schlatter, Peter Struck, Rudolf Dreßler, Rudolf Schöfberger, Peter Büchner, Jan Oostergetelo, Heide Simonis, Dieter Auch, Hans Wallow, Hans Gottfried Bernrath, Liesel Hartenstein, Ruth Zutt, Renate Schmidt, Lieselott Blunck, Heinz Schreiber, Egon Lutz, Gerhard Schröder, Wolfgang Rayer, Uwe Lambinus, Anke Martiny, Lothar Curdt, Joachim Poß, Wolf-Michael Catenhusen, Horst Peter, Peter Feile, Bernd Reuter, Ottmar Schreiner, Rudi Schmitt, Jürgen Egert, Klaus Dieter Kühbacher, Hugo Brandt, Klaus-Dieter Osswald, Klaus Immer, Günther Jansen.

Westdeutsche Linke

Forsetzung von voriger Seite

begonnenen Verhandlungen alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wird ohne viel Lärm – (außer dem Schnarchen der Friedensbewegung ist bisher kaum ein Geräusch zu vernehmen) – bereits **eine Aufrüstung im Mittelstrecken-Bereich geplant, die mehr als ein Dreifaches der umstrittenen „Nachrüstung" bedeutet: Die USA wollen bis 1987 ihre U-Boote mit 1.700 „Mini-Bombern" (Typenbezeichnung: „Tomahawk") ausrüsten.** Es handelt sich dabei um Cruise Missile, also um sehr zielpräzise Waffen. Mit einer Reichweite von mehr als 2.700 km gehört die „Tomahawk" eindeutig in den Mittelstrecken-Bereich. Die ersten 120 Stück sollen schon 1983 gebaut werden („Welt", 26.11.).

Manche(r) Friedensbewegte mag es sich damit genug sein lassen, *„sich nicht einzulassen auf die Ebene der Diskussion von ‚Gleichgewichten'"* (Thompson), *„sich r a u s z u z i e h e n aus dem derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Medienkrieg auf dem Schauplatz ‚öffentliche Meinung'"* (Max Th. Mehr, „taz" vom 25.11.), „j e d e Abschreckungslogik abzulehnen" – und was an Sprüchen sonst noch so in Mode ist. Nur wird das keinesfalls ausreichen, um die zweifellos brutalen Meinungsschlachten der nächsten Monate durchzustehen. Die Friedensbewegung insgesamt ist immer noch weit davon entfernt, sich über die kriegerischen Reden von Reagan, Haig und Weinberger nicht bloß aufzuregen, sondern sie auch so absolut e r n s t z u n e h m e n, wie sie gemeint sind. **Was vorbereitet wird, ist der Krieg** – und zwar ein Krieg, dem mit der hübschen Parole „Stell' dir vor, es wäre Krieg – und keiner ginge hin" gar nicht beizukommen ist. Der Atomkrieg in Mitteleuropa hängt nicht davon ab, ob wir Lust haben, „hinzugehen". Er kommt ganz einfach zu uns. Zur Vorbereitung dieses Krieges gehört eine massenpsychologische Kampagne, deren Hauptgegner nach Lage der Dinge die Sowjetunion ist. Wer meint, er könne sich dem Streit „entziehen", weil ihm die Sowjetunion auch nicht sehr sympathisch ist, hat schon kapituliert. – Es wird in den nächsten Monaten e n t s c h e i d e n d darauf ankommen, der massiven Desinformation (sowjetische Bedrohung, militärische Überlegenheit der Sowjetunion) gegenzuarbeiten. Das setzt nicht voraus, negative und gefährliche Elemente der sowjetischen Politik freundlich zu übersehen und auszuklammern. Es setzt aber voraus, daß wir uns Klarheit zu verschaffen versuchen, was R e a l i t ä t und was bloß K r i e g s p r o p a g a n d a der NATO ist. Die Friedensbewegung kann nur dabei verlieren, wenn Teile dieser Bewegung bewußt, aus alternativer Nachlässigkeit oder aus Unkenntnis dem Mythos von der Bedrohung durch die Sowjetunion Hilfestellung leisten. Leider läßt sich nicht übersehen, **daß parallel zum gesamtgesellschaftlichen Trend auch bei Teilen**

Nachlässigkeit oder aus Unkenntnis dem Mythos von der Bedrohung durch die Sowjetunion Hilfestellung leisten. Leider läßt sich nicht übersehen, **daß parallel zum gesamtgesellschaftlichen Trend auch bei Teilen**

der Linken und der Friedensbewegung Antisowjetismus zur Mode zu werden droht.

„Zwischen den Stühlen"?

Zeitlich bestens auf die Demonstration vom 22.11. abgestimmt gaben der Frankfurter „Pflasterstrand" und die „taz" massiven ideologischen Flankenschutz für die Spaltung der Friedensbewegung. Speziell einen Beitrag von Cohn-Bendit im „Pflasterstrand" fand die „Welt" so *„ungewohnt"* und sympathisch, daß sie lang und breit den Inhalt zitierte und referierte. („Cohn-Bendit rechnet mit Moskau ab", „Welt" vom 19.11.). – Im folgenden sollen die einzelnen Beiträge der Friedensoffensive von „Pflasterstrand" und „taz" kurz skizziert werden.

● Im „Pflasterstrand" Nr. 118 (7.-20. 11.) nahm Cohn-Bendit persönlich Stellung zur Frage **„Wir, die 5. Kolonne Breschnews?"**. Der Artikel begann mit einer zwar geschickten, aber ganz unangebrachten Kollegialität: „*Wir*", so schrieb Cohn-Bendit, haben es schwer, *„einen autonomen Standpunkt gegenüber dem Sowjet-Imperialismus einzunehmen"*; *„unser politisches Selbstverständnis gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt zu demonstrieren"*, löse sich angesichts des Breschnew-Besuchs *„in Wohlgefallen auf"*. (Unangebracht ist diese pseudo-selbstkritische Kumpelhaftigkeit, weil Cohn-Bendit die hier bezeichneten Probleme mit der Sowjetunion bestimmt schon seit langem nicht mehr hat).

Was er uns mitteilen will, ist dies: *„Objektiv nützen wir den russischen Interessen, daran gibt es nichts zu zweifeln. Diese Tatsache könnte als Argument gegen die Bewegung mißbraucht werden, wenn es uns nicht gelingt, einen über jeden Zweifel erhabenen Standpunkt zu entwickeln. Als nützliche Idioten der sowjetischen Außenpolitik wurden schon unzählige friedliebende Menschen vernutzt. Deswegen sollte die Friedensbewegung ihren ‚Doppelbeschluß' auch durchsetzen: sowohl die westliche Nachrüstung verhindern, als auch den sowjetischen ‚Bündnispartner' in die Knie zwingen..."*. Drei Forderungen formuliert Cohn-Bendit hierzu: 1. *„Die Abkehr vom Nachrüstungsbeschluß muß begleitet werden vom gleichzeitigen Abmontieren und Verschrotten der sowjetischen SS-20-Raketen. Sozusagen eine ersatzlose Streichung beider Mittelstrecken-Raketen-Programme"*. (Von den bereits existierenden und von den außerhalb der „Nachrüstung" geplanten Mittelstrecken-Raketen der NATO ist Cohn-Bendit offensichtlich nichts bekannt). 2. Sofortige Einleitung des Rückzugs aus Afghanistan. 3. Verhinderung einer sowjetischen Intervention in Polen.

W i e diese Forderungen praktiziert und d u r c h g e s e t z t werden sollen, führt Cohn-Bendit leider nicht aus. Wollen wir den Russen damit drohen, bei Nichterfüllung unserer Forderungen unsere Aktivitäten gegen die NATO-„Nachrüstung" einzustellen, also den NATO-Militärs sozusagen grünes Licht zu geben?

Der Artikel endete mit der Ankündigung: *„Die nächste Nummer des PFLASTERSTRAND wird sich schwerpunktmäßig mit der Sowjetunion auseinandersetzen"*. Das geschah denn auch, wobei allerdings von einer k o n t r o v e r s e n Auseinandersetzung gar keine Rede sein konnte, sondern die Beiträge streng einseitig ausgewählt worden waren.

● Der „Pflasterstrand" Nr. 119 enthielt eine redaktionelle Einleitung, ein Interview mit **Castoriadis** (einschlägig bekannt als phantasievoller Warner vor der russischen Gefahr), einen Text des aus der Sowjetunion

● Der „Pflasterstrand" Nr. 119 enthielt eine redaktionelle Einleitung, ein Interview mit **Castoriadis** (einschlägig bekannt als phantasievoller Warner vor der russischen Gefahr), einen Text des aus der Sowjetunion

abgeschobenen „Dissidenten" **Bukowski** (er wurde 1976 gegen den chilenischen KP-Chef Corvalan ausgetauscht) und einen Text von **Heinz Brandt**, dessen Standort und Mentalität ausreichend durch die Tatsache zu bezeichnen sind, daß er die Grüne Partei wegen „kommunistischer Unterwanderung" verlassen hat. In der redaktionellen Einleitung geht es noch einmal um das schon bekannte schlimme Problemchen: *„Wie könnte man eine autonome Position entwickeln? Wenn Castoriadis davon spricht, daß die Sowjetunion gefährlich sei, wenn er vor Illusionen warnt, gibt's gleich den empörten Aufschrei, er sei für die Aufrüstung der NATO. Wenn Linke über ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland nachdenken, fürchtet sich das Ausland vor deutschem Nationalismus.* (Gemein, wo wir doch bloß „nachdenken"! - der Verf.). *Linker Antikommunismus will sich zu recht nicht in einen Topf setzen mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen verabschiedenden Sozialdemokraten.*

Wo man auch hinkommt, ist das Terrain schon besetzt. Zwischen zwei Stühlen sitzt's sich nicht gut. Man sollte vielleicht mal auf den Sitzplatz verzichten... Denn wenn wir kein Machtproblem haben, weil wir sie (?) nicht haben wollen, dann können wir auch ruhig und besonnen die Rolle des Narren übernehmen. Wenn wir ***heute die 5. Kolonne Breschnews sind, dann machen wir eben morgen den Lakaien Washingtons. Offensiv.***

Das fordert allerdings ein gewisses Vermögen, schizophren zu denken..."

Um im Bilde zu bleiben: Hier geht es eigentlich gar nicht um einen Stehplatz „zwischen den Stühlen", sondern wir sind so frei, uns heute auf diesen und morgen auf jenen Stuhl zu setzen, mal auf den Schoß von Reagan und mal auf den von Breschnew. Und weil Breschnew nach Bonn kommt, setzen wir uns ruhig und besonnen mit auf den Stuhl von Reagan.

● Castoriadis scheint im klassischen Sinn die chinesische „Theorie der drei Welten" zu vertreten. Die *„beiden Supermächte"* sind *„zwei Gangsterbanden, die miteinander kämpfen"*. Die „gefährlichere" der beiden Supermächte ist offensichtlich die Sowjetunion: *„Ich bin absolut sicher, daß die Sowjetunion in absehbarer Zeit kein Interesse an einem Krieg in Europa hat. Die Strategie, die gar nicht einmal groß geplant sein muß, lautet eher: Wir vergrößern einfach den militärischen Sektor, werden stärker und stärker - und versuchen bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Dritten Welt unsere Chancen zu nutzen. Und Gelegenheiten gibt es viele.*

Und so verstärkt die Sowjetunion langsam ihren Einfluß, sammelt Stützpunkte, vermehrt ihre Präsenz auf allen potentiellen Konfliktschauplätzen. In der Logik der Realpolitik bedeutet daß, daß irgendwann die Amerikaner einmal sagen können: Jetzt müssen wir endlich reagieren...". Das könne dann auch zum Krieg in Europa führen.

Castoriadis reagiert zwar sehr verärgert auf die Frage, ob seine Thesen am Ende auf die Forderung nach einer starken westlichen Rüstung hinauslaufen: *„Verdammt nochmal - habt Ihr denn Sand in den Augen? Warum können diese lieben Leute von der Friedensbewegung, warum könnt auch Ihr nicht einmal Fakten zur Kenntnis nehmen? Niemand kann wegdiskutieren, daß es eine ungeheuer starke, offensive russische Aufrüstung gibt. Und bei allen Dummheiten, die die Amerikaner machen - nicht s i e sind in einer offensiven Position! Ich fordere keine Aufrüstung des Westens! Das ist nicht mein Job, verdammt nochmal!"* Wenn er auch keine Aufrüstung fordert - weil's nicht s e i n Job ist?! - so hält Castoriadis jedenfalls **„die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Westens für**

stung des Westens! Das ist nicht mein Job, verdammt nochmal!" Wenn er auch keine Aufrüstung fordert - weil's nicht s e i n Job ist?! - so hält Castoriadis jedenfalls **„die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Westens für**

unverantwortbar". Er ist auch gegen eine Neutralisierung Europas: *„Sie wäre nicht mal soviel wert wie eine ‚Finnlandisierung'. Die Russen könnten uns mit Öl, Rohstoffen etc. total erpressen. Das sind Punkte, in denen ich die Slogans der Friedensbewegung nicht unterstützen kann"*. Und auf die Frage nach den Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens antwortet Castoriadis sichtlich amüsiert: **„Hahaha! Lächerlich. Das sind Spielzeuge"**. (Diese Spielzeuge wären heute schon ausreichend, um rund 150 Großstädte der Sowjetunion und Osteuropas zu zerstören. Bei der geplanten Ausrüstung der Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen wächst die Zahl der Ziele entsprechend. Das ist wirklich zum Totlachen!).

● Bukowski, der zweite Autor im „Pflasterstrand", verzichtet auf jeden Anschein, irgendwo z w i s c h e n den Stühlen zu stehen. Was er zu erzählen hat, ist brutalster, aggressivster Antikommunismus im Stil des „Bayernkurier" oder der „Nationalzeitung".

Über die Friedensbewegung beispielsweise urteilt Bukowski, es handele sich um **„Millionen von Kommunisten, Sympathisanten, wirrköpfigen Intellektuellen, Schwindlern, die berühmt werden wollten, Profi-Sozialisten, Dummköpfen, einer Jugend, die bereit war, gegen alles zu rebellieren, solange dabei ein Kampf mit der Polizei rauskommt, und Sowjetagenten.** *Diese eigenartige Mischung bildet überraschenderweise einen großen Teil in jeder Gesellschaft, und in ganz kurzer Zeit hatte die Kampagne ein grandioses Ausmaß erreicht. Es war jetzt einfach schick, dazuzugehören, und riskant, eine Aufforderung abzulehnen". „Die Leute aus der älteren Generation erinnern sich noch an die zahlreichen Märsche, Sternfahrten und Petitionen der fünfziger Jahre... Es ist kaum mehr ein Geheimnis, daß die gesamte Kampagne von Moskau aus organisiert, geleitet und finanziert wurde..."*.

Und über Ziele und Taktik der Sowjetunion schreibt Bukowski: *„Die Wirkung dieses Tumultes* (d.h. der Friedensbewegung - Anm. d. Verf.) *war vom Kreml aus sehr genau berechnet. Als erstes gibt es diese Bedrohung durch Nuklearwaffen. Die Angst davor lassen die Sowjets in regelmäßigen Abständen wieder aufflammen, indem sie internationale Krisen produzieren. Der Ausblick auf die Friedensbewegung soll den Bürgerlichen Angst machen und sie fügsamer werden lassen. Zweitens soll die Unterwerfung mitteleuropäischer Staaten durch die SU unmerklich akzeptiert und schnell vergessen werden. So scheinen die Sowjets nicht defensiv zu sein, sondern sie gehen in die Offensive und zwingen ihre Initiative dem Rest der Welt auf. Drittens schürt sie antiamerikanische Gefühle in Europa und ein Mißtrauen gegenüber der eigenen Regierung und vergrößert so die Chancen für einen Sieg der oppositionellen Parteien (in der Regel der Linken). Viertens macht sie Militärausgaben und die Stationierung von Nuklearwaffen so unpopulär, so sehr zur politischen Peinlichkeit, daß das Tempo sich tatsächlich sehr verlangsamt hat, in dem der Westen seine Verteidigung verstärkt hat..."*.

● Nach den Beiträgen von Castoriadis und Bukowski wirkt der Artikel von Heinz Brandt im „Pflasterstrand" geradezu beglückend maßvoll. Er beschränkt sich darauf, in einem sehr drolligen und sprunghaften Stil für die Anti-Breschnew-Demonstration zu werben und dazu einige treffende Parolen vorzuschlagen, wie etwa: *„NATO & Warschauer Pakt: Ein und derselbe Wahnsinnsakt", „Wer's ABC kyrillisch schreibt, es auch nur wie die NATO treibt"* oder *„Mit den Panzern liegt ihr vorn, und vom Ami*

Parolen vorzuschlagen, wie etwa: *„NATO & Warschauer Pakt: Ein und derselbe Wahnsinnsakt", „Wer's ABC kyrillisch schreibt, es auch nur wie die NATO treibt"* oder *„Mit den Panzern liegt ihr vorn, und vom Ami*

kauft ihr Korn".

● Im „Pflasterstrand" Nr. 120 (Anfang Dezember) wurde der Abdruck des Bukowski-Textes fortgesetzt. Der Autor kotzte noch einmal seitenweise seinen H a ß gegen die Friedensbewegung aus: Die Friedensbewegung bestehe **„aus einer eigenartigen Mischung von Kommunisten, Mitläufern, intellektuellen Wirrköpfen, Schwindlern, die berühmt werden wollen, verängstigten Bürgern und Jugendlichen, die eifrig rebellieren, um sich gegenseitig zu beweisen, daß sie ‚anders' sind... Aber ohne Zweifel wird diese bunte Mischung beherrscht von einer Handvoll Schurken, die ihre Anweisungen direkt aus Moskau beziehen"**,„... *Nachdem ich ein paar Gespräche mit Befürwortern der gegenwärtigen Friedensbewegung geführt habe, ist mir nur zu deutlich geworden, daß sie durch keine Logik zu beeindrucken sind. Sie behaupten furchtlos, es gäbe keine militärische Überlegenheit der Sowjets (sie sagen, das sei alles CIA-Propaganda, die einzig vertrauenswürdige Informationsquelle ist für sie der KGB)...", „Es ist sinnlos, all diese ‚Argumente' zu wiederholen. Mit den ‚Friedensfreunden' zu diskutieren ist so sinnlos, wie ein Gespräch mit einer alten hysterischen Frau oder mit der sowjetischen Propaganda selbst..."*. Nebenbei teilt Bukowski dem Publikum seine Ansicht mit, daß Reagan & Co. vom Volk gewählte Politiker seien, die *„nicht einfach einen Krieg erklären"* können, *„wann es ihnen gerade in den Kram paßt"*. Außerdem seien die NATO-Generäle vernünftige und besonnene Leute, die ihr Handwerk verstehen. Gefahr drohe einzig und allein von der Sowjetunion und von der hysterischen Friedensbewegung.

● Dem Bukowski-Text vorangestellt ist eine redaktionelle Einleitung, in dem zu Reagans „Null-Lösung" u.a. ausgeführt wird: *„Die armen Russen! Sie werden propagandistisch fertiggemacht. Man fordert von ihnen eine ‚einseitige Abrüstung', sagen Theoretiker der Friedensbewegung – und das könne man von ihnen nun wirklich nicht verlangen.*

Aber merkwürdig: Wir hatten doch immer einseitige Abrüstung gefordert. Hatten wir nicht erkannt, daß die Gleichgewichtslogik nichts anderes ist als die Legitimierung der Aufrüstung? Sind wir (Spätestens hier müßte mal definiert werden, wer eigentlich immer diese „wir" sind! – Anm. d. Verf.) *nicht übereingekommen, daß wir niemals herausfinden werden, ob die Russen dem Westen 10 : 1 (Bayernkurier), 4 : 1 (Zeit), 2 : 1 (Rundschau), 1 : 1 (Friedensbewegung) überlegen sind? Oder im Verhältnis 1 : 1,5 (die Russen) gar UNTERLEGEN? Auf dieses Zahlenspiel wollten wir uns nicht einlassen. Vertrauensbildende Maßnahmen, einen Anfang machen, darauf kam es uns an. Daß einseitige Abrüstung plötzlich unannehmbar wird, wenn Reagan sie fordert, hängt wohl damit zusammen, daß die Friedensbewegung selbst dies nie gefordert HAT. Stillschweigend ging sie von der Aggressivität der NATO aus, vom armen, umzingelten Russen, der ja immerhin schon eine Revolution versucht hat. Wir haben das im PS* („Pflasterstrand" –Anm. d. Verf.) *das ‚Sowjetunion-Syndrom' genannt..."*. Eine Art Verrücktheit also. Wer geistig gesund ist, hält zu den Lügen der imperialistischen Kriegspropaganda gefälligst das Maul – und je größer die Lügen sind, umso weniger werden „wir" uns „darauf einlassen", diese Lügen einer Kritik zu unterziehen!

Die redaktionelle Einleitung enthält außerdem ein paar Worte wärmsten Verständnisses für den geifernden Bukowski: *„Es wäre ein großer Fehler, wenn man die Beleidigungen, die er ihr* (der Friedensbewegung – Anm. AK) *entgegenschleudert, zum Anlaß nähme, um ihn mit dem ‚Bayernkurier' in einen Sack zu stecken.*

Unsere Aufgabe wäre vielmehr, sich mit den Bedenken derjenigen, die die ‚Indianer' des Ostens sind, solidarisch auseinanderzusetzen...". Es sei *„kein Wunder"*, daß im Osten *„ein ungeheures Mißtrauen"* gegen die Friedensbewegung herrsche. **„Da gibt es nicht wenige, die sich nach Pershing und Cruise missile geradezu sehnen** (Offensichtlich grassiert im Osten der Freudsche Todestrieb? – Anm. d. Verf.), **weil sie darin eine Freiheitsgarantie vermuten, die den Kreml zum vorsichtigeren Umgang mit Einmärschen zwingt. Es ist schwer, sich dieser Argumentation ganz zu verschliessen"**. – Das soll doch wohl heißen: Ganz tief drinnen freuen „wir" uns eigentlich auch ein bißchen über die Atomraketen der NATO.

Fortsetzung nächste Seite

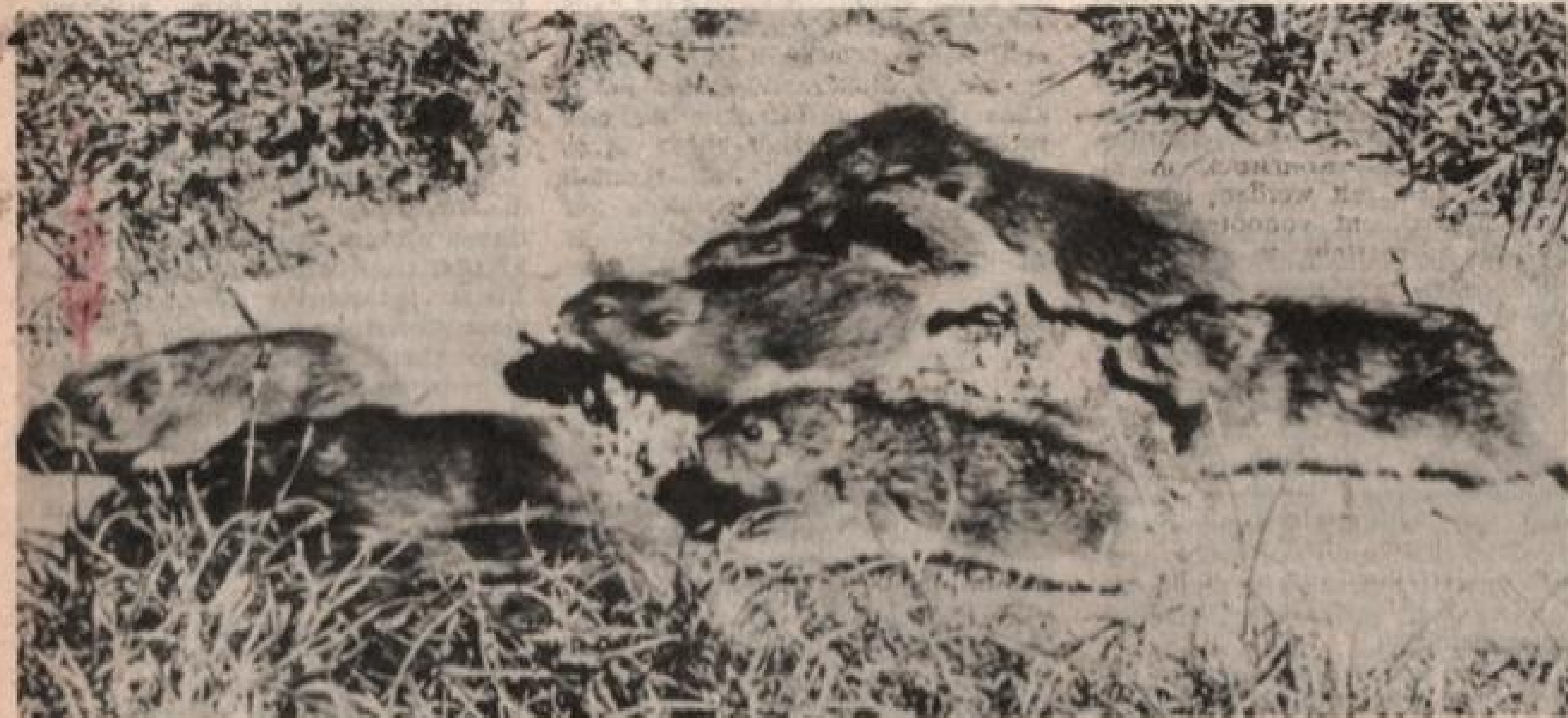
ZITAT DES TAGES



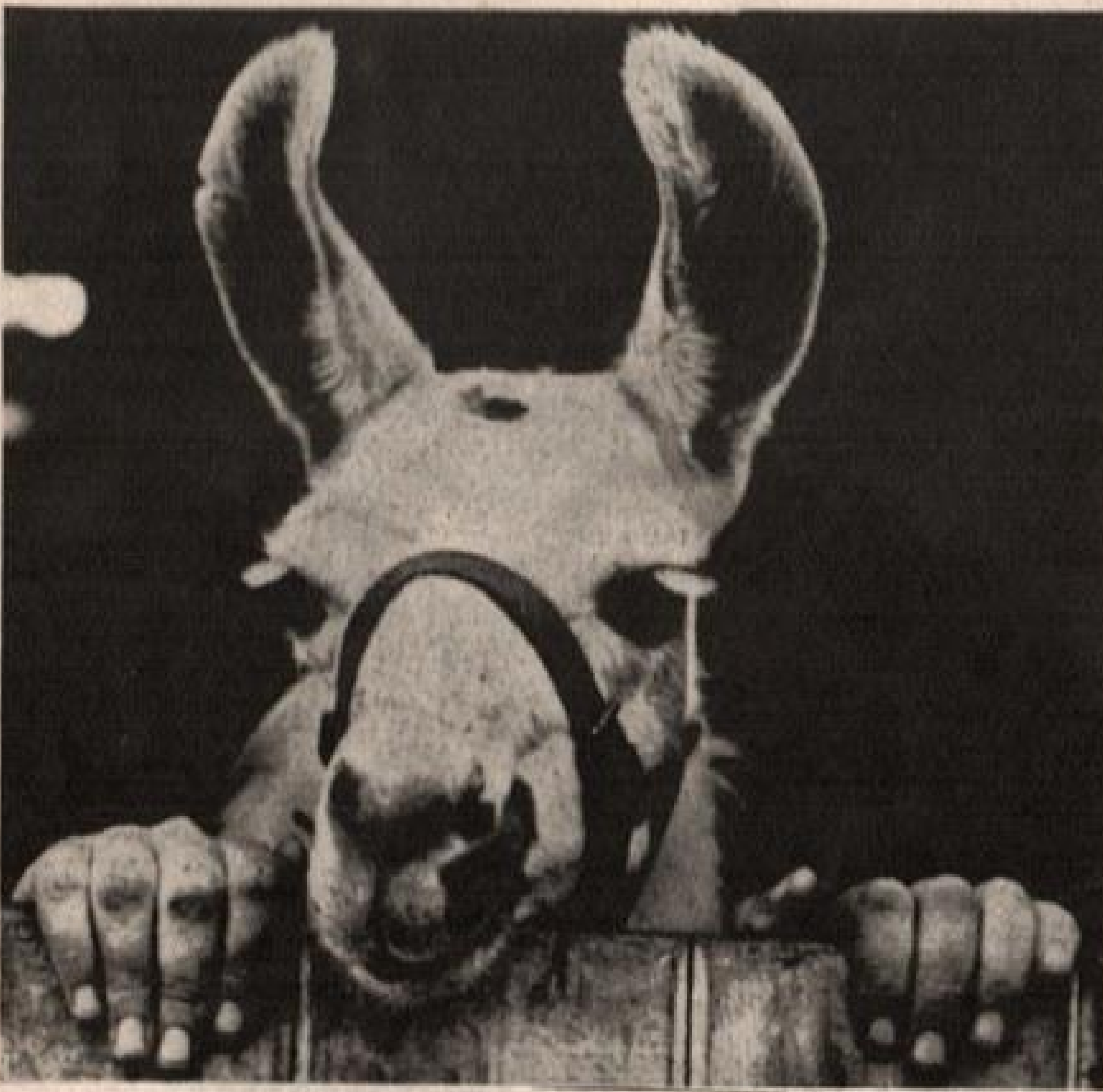
„Die neutralistische Bewegung wird dann zur Sorge werden, wenn sie bis zu einem Punkt anwächst, an dem sie Regierungen zu einseitigen Abrüstungsschritten zwingt. Das könnte die Sowjetunion ermutigen, Aggressionen zu begehen."

Caspar Weinberger, US-Verteidigungsminister, gestern in der Pariser Zeitung „Le Figaro" FOTO: POLY-PRESS

aus "Welt", 1.12.'81



Lemminge auf der Wanderung



Forsetzung von voriger Seite

Die Begleitmusik der „TAZ" zum 22.11. sah folgendermaßen aus:

● Am 20.11. wurden auf zwei vollen Seiten der **Offene Brief Havemanns** an Breschnew und die stattliche Liste der Unterzeichner abgedruckt. (Der Text wurde im AK 211 ausführlich kritisiert. Das soll hier nicht noch einmal wiederholt werden).

● Am 24.11. schockierte die „TAZ" ihre Leser(innen) schon auf der Titelseite mit der bangen Frage: **„Ist die Friedensbewegung die 5. Kolonne Moskaus?"** Publiziert wurden zwei Beiträge, in denen diese Frage mit einem „JA!" beantwortet wurde - nämlich ein Interview mit dem sowjetischen „Dissidenten" **Voslensky** (*„Er war einer der Hauptredner auf der Breschnew-Demo der Grünen am Sonntag in Bonn"*) und eines mit dem schon bekannten **Castoriadis**. Auf die klare Frage, ob die westliche Friedensbewegung ein *„nützlicher Idiot Moskaus"* sei, antwortete Voslensky ebenso klar: *„Ja, natürlich. Die sowjetische Außenpolitik will das Kräfteverhältnis in Europa verschieben. Europa gilt ihr als reich, aber politisch ahnungslos, harmlos und schwach. Durch Abtrennung Amerikas von Europa und Ankratzen der Nato sucht sie das Kräfteverhältnis zu ändern. Vor dem Nachrüstungsbeschluß hat Moskau nur lauwarm* *und schwach. Durch Abtrennung Amerikas von Europa und Ankratzen der Nato sucht sie das Kräfteverhältnis zu ändern. Vor dem Nachrüstungsbeschluß hat Moskau nur lauwarm* *protestiert, hat sich nicht bemüht, ihn zu verhindern. Nach dem Beschluß setzt die Sowjetunion alles daran, ihn rückgängig zu machen. Sie hat eben ein Interesse an der Diskussion des Beschlusses, weniger aber Angst vor den amerikanischen Mittelstreckenraketen. Sie hofft, so die Nato diskreditieren zu können. Die wichtigste Aufgabe der Friedensbewegung besteht deshalb darin, Breschnew jede Hoffnung auf psychologisch-politischen Gewinn zu nehmen, ihm klarzumachen, daß sie für den Frieden, weder eine antiamerikanische noch gar eine prosowjetische Bewegung ist"*. – Es sei *„doch geradezu eine Schweinerei"*, daß die Sowjetunion *„gerade in den Jahren der Entspannung, den 70ern, in aller Ruhe ihre für Europa bestimmten Raketen produziert"* habe. Die Friedensbewegung müsse von der Sowjetunion deshalb fordern: **„Verhandlungen um eine Nullösung! Verschrottung aller SS 20 vor den Augen einer internationalen Kommission"**.

In dem zweiten Interview trägt Castoriadis die allen Freunden der „Peking Rundschau" und der allzu früh von uns gegangenen „Roten Fahne" (KPD) wohlbekannten Geschichten vor: Es sei *„offensichtlich ..., daß die ganze Linke, und nicht nur die Linke, dauernd den Umfang des russischen Militärpotentials und sein ständiges Ansteigen unterschätzt hat..."*. Die Sowjetunion habe – anscheinend im Gegensatz zum Westen?! – in den letzten 15 Jahren wild aufgerüstet, **„und der ganze Gleichgewichtsscheiß war, wenn wir das Jahr 1980 nehmen, ein ganz großes Ungleichgewicht"**, zugunsten der Russen natürlich. *„Ich habe in meinem Buch ‚Im Angesicht des Krieges' sehr lange Quellen verwendet mit den besten verfügbaren*
Zahlen, die zu haben sind, nämlich vom Institut für strategische Forschung in London. (Ein Nato-eigenes Institut, das jeweils d i e Zahlen liefert, die die Nato-Propaganda gerade benötigt! – Anm. d. Verf.). **Die Russen haben eine Überlegenheit der Landstreitkräfte im Verhältnis vier zu eins. Eine annähernd gleiche Überlegenheit existiert auch im Bereich der atomaren Bewaffnung"**. Zum Wohl des Londoner Instituts ist anzumerken, daß diese Behauptungen keinesfalls aus seinem Material herzuleiten sind, sondern daß Castoriadis sie wahrscheinlich im Suff ausgewürfelt hat. Unter ähnlichen Umständen kam wohl auch seine Behauptung in dem Interview zustande: **„Die amerikanische Rüstungspolitik ist in Trümmern"**.

Das Ganze wäre nur drollig – wenn damit nicht der Anspruch der „TAZ"-Redaktion verbunden würde, endlich mal kritisch und rücksichtslos über die von der mißbrauchten Linken bisher übersehene Gefährlichkeit der Sowjetunion zu i n f o r m i e r e n .

● Am 25.11. wurde auf der Titelseite gefragt: **„Nur eine ‚russische' Antwort auf Reagan ?"**. Diese Frage bezog sich auf eine Rede von Thompson (Russell Peace Foundation), der (laut „TAZ") auf einer Veranstaltung am 23.11. in Berlin erklärt hatte, *„die Friedensbewegung dürfe nicht mit einem schlichten ‚njet' auf die Rede Reagans antworten"*. Reagans Rede („Null-Lösung") sei zwar *„einseitig und schlecht, mit falschen Angaben"* gewesen, aber sie sei dennoch *„ein neuer Vorschlag und eine Reaktion auf die europäische* („Null-Lösung") sei zwar *„einseitig und schlecht, mit falschen Angaben"* gewesen, aber sie sei dennoch *„ein neuer Vorschlag und eine Reaktion auf die europäische* *Friedensbewegung"* gewesen. – Aus der geringen Beteiligung an der Bonner Demonstration und aus der Tatsache, daß Petra Kelly (Mitglied des Bundesvorstands der Grünen) auf der Titelseite der SED-Zeitung „Neues Deutschland" gewürdigt wurde, schloß der „TAZ"-Redakteur resignierend, daß die westdeutsche Friedensbewegung wohl wirklich *„nur russisch mit Reagan reden"* könne. –

Im Inneren waren zwei Seiten der „TAZ" vom 25.11. dem großen Thema gewidmet. Auf einer Seite wurde der Text von Heinz Brandt aus dem „Pflasterstrand" nachgedruckt. Auf der anderen Seite gab es ein Interview/Gespräch mit Thompson, einen Kommentar zur Bonner Demo (*„Verpaßte Chancen"*) und einen Artikel *„Zur Logik osteuropäischer Militärpolitik"*; dieser beschäftigte sich mit dem Nachweis, daß die sowjetische Politik kein Stück besser sei als die amerikanische: *„Trotz mehrfacher Overkill-Kapazitäten ist bei den sowjetischen Militärs keinerlei Bereitschaft vorhanden, die mörderischen Waffensysteme notfalls b e d i n g u n g s l o s , einseitig und damit demonstrativ abzubauen ... Es ist traurig festzustellen, daß die sowjetische Rüstung niemals so stark gewachsen ist, wie in der Zeit der Abrüstungsverhandlungen ... Sowjetische Militärs sind ebenso wie ihre amerikanischen Kollegen davon überzeugt, daß eine nukleare Auseinandersetzung gewinnbar sein könnte"*. – In dem Interview legt Thompson die bekannten Standpunkte der Russell Peace Foundation dar. Insbesondere betont er die Notwendigkeit, nicht bloß den bedingungslosen Verzicht der Nato auf die „Nachrüstung" zu fordern, sondern zugleich auch den ebenso bedingungslosen und einseitigen Abbau der SS 20. Die Gleichung ist mittlerweile bekannt. Daß der Engländer Thompson jene 64 Atomraketen s e i n e s Landes, die auf U-Booten durchs Meer kutschiert werden, nicht zum Gegenstand der Rechnung macht, darf man wohl nicht mehr als Vergeßlichkeit beschönigen. (Thompson liegt damit stimmungsmäßig im Mehrheits-Trend seiner Landsleute: Laut Meinungsumfrage sind zwar bloß 31 % der britischen Bevölkerung für den „Nachrüstungsbeschluß", aber 69 % unterstützen die b r i t i s c h e n Atomwaffen. (Nach „Welt", 26.11.).

● Am 26.11. stand eine Seite der „TAZ" für Kommentare zur Westberliner Parteitags-Rede von Günter Gaus (SPD) zur Verfügung. In der redaktionellen Einleitung wurde netterweise der Eindruck erweckt, als habe man ganz pluralistisch *„Grüne, Friedensfrauen, ALer und andere Alternative und Linke"* zu Wort gebeten. Schaut man näher hin, ist die ideologische Schlagseite unübersehbar: Es kommentierten die Journalistin Sophie Behr (die sich darauf konzentrierte, die „gemeinsamen Wurzeln" von Militarismus und Patriarchat zu betonen), Heinrich Albertz (wie immer liberal und friedfertig, aber mit einem unwiderstehlichen Hang zur „nationalen Frage"), **Wolfgang Kaiser** (ehem. Chef der vaterländischen KPD in Westberlin, der jetzt die alte Linie kaum verändert in der Berlin-AG der Alternativen Liste fortsetzt), **Peter Brandt** (linker Sozialdemokrat mit Schwerpunkt „nationale Frage") und **Marieluise Beck-Oberdorf** (Landesvorsitzende der Grünen Baden-Württemberg, Befürworterin von „alternativer Verteidigung" und Gegnerin des Krefelder Appells).

Einseitige Abrüstung der Sowjetunion?

Was am Ende bei der hier betriebenen Neu-Ausrichtung der Friedensbewegung herauskommen könnte, ist dies: In unserem eigenen Land sind wir bis zum heutigen Tag nicht in der Lage gewesen, die Rüstung zum Krieg zu stoppen oder gar – behüte Gott ! – Abrüstungsmaßnahmen durchzusetzen. Daß sich das jemals ändern wird, ist immerhin noch zweifelhaft. Unter solchen trüben Bedingungen kann die Auffassung an Boden gewinnen, daß dann gefälligst die Sowjetunion mit der Abrüstung einseitig beginnen sollte. Es breitet sich sogar die Meinung aus, daß eigentlich die Sowjetunion hauptverantwortlich dafür sei, daß wir mit unserer Friedensbewegung in der Sache nicht vorankommen. Würde die Sowjetunion nicht dauernd aufrüsten und jetzt sogar eine Kriegsflotte auf die Ozeane schicken – statt die Weltmeere lieber den Amerikanern, Briten und dauernd aufrüsten und jetzt sogar eine Kriegsflotte auf die Ozeane schicken – statt die Weltmeere lieber den Amerikanern, Briten und Franzosen zu überlassen ! – hätten wir es hier bestimmt sehr viel leichter, endlich mal greifbare Erfolge zu erkämpfen! ...

Stellvertretend für das Denken vieler schreibt ein E. Müller im „Info" der Grünen Nordrheinwestfalens Nr. 7 (Sept. 81): **„Wenn wir uns gegen die SS 20 mitwenden, gegen die atomare Abschreckungskonzeption auf b e i d e n Seiten, wenn wir verstehen, daß auch der s c h e i n b a r e Antikommunismus (der oft nichts anderes ist als demokratische Empörung über undemokratische Zustände, die sich frecherweise* ‚kommunistisch' nennen) einen richtigen Kern hat, dann haben wir vielleicht eine Chance. Überhaupt hält die Mehrheit der Bundesbürger die BRD ja nur deshalb für ‚verteidigenswert', weil sie ihnen als kleineres Übel gegenüber dem ‚realen Sozialismus' erscheint".** (Hervorhebungen im Original. Ähnlichkeiten mit den Argumentationsmustern der aufgelösten „KPD" sind beabsichtigt).

Wer so engagiert die widerwärtigsten Massenstimmungen im eigenen Volk zu vergolden versucht, wird nötigenfalls auch noch den „richtigen Kern" der sich ausbreitenden („scheinbaren"!) Ausländerfeindlichkeit aufzuspüren wissen. Dabei verrät E. Müller ja eigentlich nur eine Banalität: Seit die Soldaten nicht mehr wie im 18. Jahrhundert mit dem Rohrstock in die Schlacht geprügelt werden, ist positives Engagement vonnöten. Diese Motivation entsteht in der Regel aus der Überzeugung, bedrohte Werte gegen einen minderwertigen Feind zu verteidigen. Anders hätten weder Hitlers Feldzüge noch der Vietnamkrieg der USA jahrelang geführt werden können. Nicht einmal der Völkermord an den Juden wäre ohne das im deutschen Volk weitverbreitete Gefühl von eigener Überlegenheit und Gefährlichkeit der Juden (der „s c h e i n b a r e Antisemitismus", um es zeitgemäß-ausgewogen zu formulieren) zu organisieren gewesen. Daß bestimmte Anschauungen im Volk massenhaft vorhanden sind, beweist nicht per se (= aus sich heraus), daß diese Anschauungen auch r i c h t i g sind. (Oweia, daß man solche Selbstverständlichkeiten noch extra aufschreiben muß!). –

Ähnlich populär wie die zitierten Anschauungen von E. Müller ist ein Argumentationsmuster aus dem Aufruf von Grünen, BBU u.a. zur Anti-Breschnew-Demonstration: *„Sowjetische Mittelstreckenraketen sind heute auch auf diejenigen westeuropäischen Länder gerichtet, in denen bisher keine Atomraketen stationiert sind, die die UdSSR erreichen. Dadurch wird es der Nato erleichtert, die Psychologie des Wettrüstens in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten."*.

Diese Argumentation ist von klassisch deutscher Weinerlichkeit und Selbstmitleid völlig erfüllt. „Wir" sind von russischen Atomraketen bedroht, obwohl „wir" den Russen doch gar nichts tun wollen und können. – „Wir" übersehen bei unserem Gejammer lediglich geflissentlich ein paar Umstände:

1. „Wir" unterhalten auf „unserem" Grund und Boden seit Jahren die größte Konzentration von Atomwaffen, die es überhaupt irgendwo auf der Welt gibt. Zum großen Teil handelt es sich dabei um Waffen, die ihrer Reichweite und ihren Standorten nach im Kriegsfall nur zur Zerstörung unseres eigenen Landes geeignet sein können. (Dasselbe gilt für Frankreichs ‚taktische' Atomwaffen.) Nennenswerte Erschütterungen hat diese Tatsache bis zum heutigen Tag nicht hervorgerufen – ganz im Gegensatz zu dem mit sämtlichsten verfügbaren Mitteln aufgeheizten Geschrei über die Bedrohung durch die SS 20.
2. Vom Boden der BRD aus wird zwar nicht die Sowjetunion, wohl aber z.B. die DDR und Polen mit Atomwaffen bedroht, also Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Daraus müßte sich eigentlich ergeben, daß es zwar unfair ist, wenn wir durch Mittelstreckenraketen aus der Sowjetunion bedroht werden, aber daß es recht und billig ist, wenn wir vom Boden der DDR aus atomar bedroht werden. Solche Überlegungen sind offensichtlich albern, weil es für uns ‚im Ernstfall' gar keinen spürbaren Unterschied machen würde, ob uns Atomwaffen von der DDR oder von der Sowjetunion aus vernichten.

Tatsache ist, daß vom Boden der BRD aus andere Staaten atomar bedroht werden. Solange dies so bleibt, können wir nicht glaubwürdig jammern, wenn uns andererseits die Verbündeten dieser Staaten atomar bedrohen.

3. Jedem simplen Ganoven, der sich an einem Bankraub beteiligt, ist wohl klar, daß es im Ernstfall wenig mar bedrohen. 3. Jedem simplen Ganoven, der sich an einem Bankraub beteiligt, ist wohl klar, daß es im Ernstfall wenig Unterschied machen wird, ob er bloß Schmiere gestanden oder ob er den Kassierer mit der Pistole bedroht hat. Was für einen bescheidenen Bankraub gilt, gilt selbstverständlich erst recht für die Vorbereitung von Kriegen. Die BRD ist seit Jahr und Tag der engste und gefügigste Partner der USA. Dies hat heute schon sehr handfeste Konsequenzen, wie etwa die bundesdeutsche Rolle bei Installierung und Abstützung des Terror-Regimes in der Türkei. In einem größeren Konflikt wäre unser Land zumindest militärische Basis für die USA. Solange dies so ist, werden wir die Risiken dieser Politik mitzutragen haben. **Der Gedanke, man könne sich zu eigenem Nutzen an den militärischen Abenteuern der USA beteiligen, ohne auch an den Gefahren dieser Politik teilzuhaben, ist zwar sehr verlockend, aber wenig realistisch.**

Man könnte einwenden, daß die Friedensbewegung gerade diese Politik der Anbindung an die USA nicht will, daß sie auch die Ausplünderung und Unterdrückung der 3. Welt gar nicht will usw. – Das ist selbstverständlich richtig. Es sollte aber eigentlich niemand verwundert sein, daß die Sowjetunion ihre Politik erst einmal an den R e a l i t ä t e n orientiert, und nicht am guten Willen einer Oppositionsbewegung, die in der Praxis bis zum heutigen Tag erfolglos ist.

Manchen Friedensbewegten gerät überdies die Tatsache aus den Augen, daß wir mit unserem Kampf gegen die „Nachrüstung" in allererster Linie e i g e n e Interessen wahrnehmen. Daß diese Interessen mit denen der Sowjetunion gleichlaufen, stimmt zwar, ist aber nicht Motiv der Friedensbewegung. Weil es um u n s e r e ganz und gar eigennützigen Interessen geht – die BRD nicht Schauplatz eines Atomkriegs werden zu lassen – ist jeder Gedanke makaber, wir könnten der Sowjetunion für unseren Kampf irgendeinen „politischen Preis" abverlangen. Teile der Friedensbewegung verkennen diesen Zusammenhang offensichtlich. Sie träumen davon, beim Atom-Poker der Supermächte unterm Tisch mitbieten zu können. Die Drohung mit der Nato-„Nachrüstung" ist für sie das geeignete Mittel, um nicht bloß die Forderung der Nato (Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen) zu wiederholen, sondern um noch allerlei zusätzliche Forderungen mit aufs Päckchen zu schnüren: Abzug aus Afghanistan, keine Intervention in Polen, Freiheit für Sacharow (der uns dafür zum Dank auf die Fußmatte scheißt, indem er die Springerpresse mit Beschimpfungen der Friedensbewegung bedient)...

In den kommenden Monaten wird sich für Teile der Friedensbewegung voraussichtlich noch mancherlei Gelegenheit bieten, auf den Leim von Reagan und Schmidt (bzw. eventuell dessen Nachfolger) zu rauschen: Reagan hat angekündigt, die begonnenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen unter das Motto „START" zu stellen. Das bedeutet dem Namen nach, daß im Gegensatz zu den früheren „SALT"-Verhandlungen nicht bloß über Rüstungsbegrenzungen, sondern weitergehend über Abrüstungsmaßnahmen gesprochen werden soll. **Gemeint ist selbstverständlich ausschließlich: Abrüstung der Sowjetunion!**

Der nächste Trick steht schon fest: Wenn sich demnächst die Frage der Stationierung der Neutronenbombe in Europa zuspitzt, werden die Massenmedien eine heiße Kampagne gegen die erdrückende Überlegenheit der sowjetischen Panzertruppen starten, die angeblich die Stationierung der Neutronenbombe unbe- pagne gegen die erdrückende Überlegenheit der sowjetischen Panzertruppen starten, die angeblich die Stationierung der Neutronenbombe unbe- ding erforderlich mache. Die Stationierung der Neutronenbombe könne aber vermieden werden, falls die Sowjetunion bereit wäre, 10 - 20.000 ihrer modernsten Panzer zu verschrotten. (Die genaue Zahl wird noch ausgewürfelt.) Zu diesem Zeitpunkt werden dann auch einige Friedensbewegte sich von den russischen Panzern wahnsinnig bedroht fühlen und von der Sowjetunion dringend deren Verschrottung fordern.

Das Propaganda-Muster eignet sich im Prinzip für sämtliche Bestandteile des Nato-Kriegsrüstungs-Programms der nächsten Jahre. Dieses Rüstungs-Programm ist ja so gigantisch, daß die Sowjetunion im Austausch fast total abrüsten müßte, wenn sie die diversen noch zu erwartenden „Null-Lösungen" akzeptieren wollte. Damit hätten „wir" unser Ziel ja schon zur Hälfte erreicht, oder? ...

Kt., Hamburg

Nachträge...

1) Für Freunde der kleinen Feinheiten sei angemerkt, daß Bukowski seinen "Pflasterstrand"-Artikel inzwischen auch, mit offenbar nur ganz geringfügigen Veränderungen, auch an die Londoner "Times" verkauft hat, die als eines der imperialistischen Zentralorgane gelten kann und besonders auf Warnung vor der russischen Gefahr spezialisiert ist. (Meldung der "Welt" vom 5.12.).

2) Die außerhalb der umstrittenen "Nachrüstung" geplante Aufrüstung der NATO im Mittelstrecken-Bereich ist noch erheblich umfangreicher als die von der "Welt" (26. 11.) berichtete Zahl von 1700 'Tomahawk'-Cruise Missiles (CM), die auf U-Booten stationiert werden sollen. Die genauen Zahlen dieses 'Beschaffungsprogramms' werden unterschiedlich berichtet. Gewiß ist jedenfalls, daß u.a. auch eine Ausrüstung von Flugzeugen mit Cruise Missiles (also Mittelstreckenwaffen) vorbereitet wird, und zwar handelt es sich dabei um über 3000 (in Worten : über D r e i t a u s e n d) Marschflugkörper. (Eine Übersicht des US-Departments of Defense and General Accounting Office gibt dafür eine Zahl von 3424 CM zu Gesamtkosten von 5,2 Milliarden Dollar an. - Nach der Dokumentation "Extra 2", deren Herausgeber der ESG und anderen kirchlich-pazifistischen Kreisen nahestehen.

3) Tatsächlich hat die Panzer-Kampagne, die im Artikel vorausgesagt wird, bereits begonnen. Vgl. z.B. "Auch bei Panzern liegt Moskau vorn", Bericht der "Welt" vom 4.12. über ein soeben vorgestelltes NATO-Rüstungsjahrbuch.

3. Sozialistische Konferenz

Die Differenzen werden immer offensichtlicher

Noch einmal, wahrscheinlich zum letztenmal, versammelten sich für drei Tage vom 27. bis zum 29. November in Bochum 500 Sozialist/inn/en aus der BRD und Westberlin. Diesmal wurde in zwei Plena und neun Arbeitsgruppen zu den Fragen Kriegsgefahr und Friedenspolitik diskutiert.

Auf dem Eingangsplenum am Freitagabend wurden einleitend Beiträge von Joachim Bischoff (SoSt), Heinrich Eckhoff (KB), Ralf Fücks (Komitees für Demokratie und Sozialismus, heute ISP), Beate Landefeld (DKP), Wolfgang Harich , Regenstein (Grüne NRW), und Michael Stamm (Gruppe Z, heute ISP) gehalten. Kurzfristig abgesagt hatten trotz vorheriger Zusage Gerhard Schröder (SPD), Petra Kelly (Grüne), Rudolf Bahro und Gerhard Kade (KoFAZ). Entgegen Behauptungen von interessierter Seite, diese Absagen lägen in der sektiererischen Linie der Vorbereitungsgruppe für die SK begründet, hatten sie in der Mehrzahl ganz handfeste Gründe, die außerhalb der Einflußmöglichkeiten der SK-Vorbereiter lagen: Die SPD-'Linken' haben sich darauf verständigt, die Parteiführung nicht über Gebühr zu reizen, wozu sicherlich das Auftreten auf einer 'linksradikalen' Veranstaltung zählt. Petra Kelly mußte sich zur gleichen Zeit auf einer Vorstandklausur gegen Angriffe gegen ihre friedenspolitische Linie zur Wehr setzen. Rudolf Bahro zog es vor, am gleichen Wochenende auf einer Konferenz der Bhagwan-Jünger in Westberlin zu sprechen.

Die Diskussion wurde in den drei Tagen weitgehend von Vertretern der traditionellen Linken geführt. Den stärksten Block stellten die modernen Sozialisten (auf einer während der SK durchgeführten Veranstaltung der ISP waren ca. 200 Leute anwesend); hinzu kamen Anhänger der aufgelösten KPD, des KBW, der DKP, der SoSt, wenige KBler, Grüne und eine Reihe von unorganisierten Sozialisten.

Während der Konferenz sind erwartungsgemäß kaum neue Argumente für den Friedenskampf entwickelt worden, aber sie hat doch die Aufgabe erfüllt, die Differenzen in dem sich als sozialistisch begreifenden Lager offensichtlicher zu machen. Diese Differenzen sollen an den einzelnen Abschnitten der Konferenz deutlich gemacht werden.

Gibt es eine Bedrohung durch die SU?

Schon während der Eröffnungsveranstaltung wurde das Schwergewicht von der Frage „Kriegsgefahr und Friedenskampf" auf die Frage der Einschätzung und der Rolle der SU verlagert. Für diese Richtung spielte der Beitrag von Ralf Fücks (Komitee für Demokratie und Sozialismus, ehemals KBW und heute ISP) eine besondere Rolle. Er vertrat die Ansicht, die SU sei zwar ökonomisch den USA unterlegen, könne deshalb auch auf diesem Gebiet nicht konkurrieren, sie versuche aber gerade d e s h a l b ihren Expansionismus militärisch abzusichern. Durch diesen militärischen Expansionismus versuche sie auch, ökonomische Einflußbereiche in der Welt abzusichern, wodurch sie die Kriegsgefahr anheize. Dagegen standen, in unterschiedlicher Intention, Thesen von SoSt, DKP, KB und Gruppe Z, die den Kriegstreiber in den USA und dem mit ihm verbündeten imperialistischen System sahen.

Von besonderem Interesse für die Teilnehmer der Veranstaltung war dabei die Kontroverse zwischen den Komitees für Demokratie und Sozialismus und der Gruppe Z, die jetzt beide der Initiative Sozialistische Politik angehören.

Michael Stamm sprach für die Gruppe Z im Kern von einer defensiven Rüstung der SU und leugnete einen expansionistischen Charakter. Daß schließlich beide Positionen gerade auch aus dem Lager der ISP-Anhänger viel Beifall bekamen, zeigt nur die Verwirrung, die zu diesen Fragen in diesem neuen Organismus herrscht. Beide Positionen scheinen in der ISP tendenziell mehrheitsfähig zu sein.

Diese Kontroversen setzten sich fort in den am besten besuchten Arbeitsgruppen des Sonnabends. Jeweils über 200 Teilnehmer diskutierten die Fragen „Sowjetunion – Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst?" und „Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit?". Dabei fiel auf, daß zu keinem Zeitpunkt über die Gefahr einer militärischen Aggression der SU gegenüber Westeuropa oder speziell der BRD diskutiert wurde. Diese Frage, die ja die eigentliche für den Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen ist, wurde von den Sozialimperialismustheoretikern penetrant umgangen. Stattdessen wurde immer wieder die sowjetische Politik in Angola, die Einmischung in Äthiopien, der Überfall auf Afghanistan als Elemente einer Politik der Gefährdung des Weltfriedens hochstilisiert. Es wurde sich damit glatt in die NATO-Argumentation eingegliedert, die ja gerade davon ausgeht, daß die Eingriffe der SU in traditionelle Einflußbereiche des imperialistischen Lagers der Grund der Kriegsgefahr sei.

Niemand stellte die These auf, die SU habe aggressive Absichten gegenüber Westeuropa. Dennoch wird gleichzeitig die Aufstellung der SS 20 als aggressiver Akt gegen die Staaten Westeuropas bezeichnet. Dies läßt sich nur daraus erklären, daß der SU per se aggressive Absichten unterstellt werden (im Sinne der Sozialimperialismustheorie), man den Beweis im Konkreten jedoch nicht antreten kann. Von diesem Widerspruch ist aber mit Sicherheit nicht nur die SK, sondern ebenso ein erheblicher Teil der Friedensbewegung geprägt.

Die Frage nach Blockfreiheit, Neutralismus und Austritt aus der NATO wurde der gleichen Logik entsprechend n i c h t als Mittel gegen die imperialistischen Absichten der herrschenden Klasse der BRD und ihres Staates diskutiert, sondern in erster Linie als Mittel gegen die beiden Supermächte. Auch hierbei ging es dann wiederum hauptsächlich um die Rolle der SU. Diese Diskussion wurde hauptsächlich geprägt von Kadern der ehemaligen KPD. Wie diese Frage diskutiert wurde, hat sie frappierende Ähnlichkeiten mit dem von der VR China propagierten vereinigten Europa gegen die Supermächte, vordringlich der SU. Denn bei dieser Art von Blockfreiheit geht es nicht um die Eindämmung der aggressiven Absichten der westeuropäischen Imperialisten gegen die SU, sondern um ein vereinigtes Europa unter Einschluß Osteuropas, also derjenigen Länder, die heute der SU noch als Sicherheitsgürtel dienen. Nicht verwunderlich ist dann auch, daß von diesen Kräften die Forderung nach Austritt aus der NATO kaum diskutiert wird und praktisch unter den Tisch fällt.

Die SPD, der Staat und die Friedensbewegung

Eine zweite wesentliche Frage der Konferenz war, auf wen die Sozialisten Einfluß nehmen müßten, um die Friedensbewegung zu stärken.

In vielen Konferenzen wurde die notwendige Autonomie der Friedensbewegung von den bürgerlichen Parteien und dem Staatsapparat beschworen. In der k o n k r e t e n Orientierung werden dann jedoch ganz andere Wege beschritten. Die SK-Initiative Münster, die sich im Spektrum der ISP bewegt, beantwortet die Frage: „Wie kann sich die Friedensbewegung auf Widersprüche und friedenspolitische Ansätze von SPD und Gewerkschaften beziehen?" ganz traditionell. SPD und DGB repräsentierten die Arbeiterklasse in der BRD, diese gelte es zu gewinnen, also müsse man seine Politik darauf ausrichten, auf diese Organisationen Einfluß zu gewinnen. Ausgegangen wird dabei fälschlicherweise vom Bild einer einheitlichen Friedensbewegung, die nun die SPD „erobern" müsse, als ginge es heute nicht vornehmlich um die Aufgabe, eine eigenständige Friedensbewegung mit radikal antimilitaristischer und antiimperialistischer Zielsetzung zu schaffen, die sich n i c h t in Hinblick auf bürgerliche Parteien und dem Staat definiert.

Noch einen Schritt weiter geht Frieder O.Wolf (ISP, Redaktion „MOZ"), der die Frage:„ Wie kann die Friedensbewegung in der BRD auf staatliches Handeln Einfluß nehmen, ohne integriert zu werden?" so beantwortet: *„In einer nationalstaatlich organisierten Welt kann sie nur Frieden schaffen, indem sie durchsetzt, daß die* ***R e g i e r u n g e n*** *der Nationalstaaten von einer Außenpolitik der Konfrontation und der Expansion ihrer Machtsphären und von einer Militärpolitik der Hochrüstung und der Aggressionsvorbereitungen zu deren Gegenteil übergehen – zu einer Außenpolitik der Verständigung und der Achtung der nationalen Souveränität und zu einer Militärpolitik der Abrüstung und des Verzichts auf Aggressionspotentiale"* (aus dem Vorbereitungsreader, Hervorhebung durch den Verfasser). Hiermit ist man bei der Rede von Eppler am 10.10. in Bonn angelangt. Auch er versteht seine vordringliche Aufgabe darin, die Friedensbewegung in Hinblick auf das Handeln der SPD und der Regierung zu kanalisieren. Nicht einmal der einfache Gedanke, genährt durch die Erfahrungen aus der Geschichte, daß imperialistische Staaten bisher n u r durch Aufstand oder Revolution von ihren Absichten abzubringen waren, findet sich hier als Möglichkeit wieder.

Die SK hat gezeigt, daß gerade in dieser Richtung innerhalb des sozialistischen Lagers verstärkte Auseinandersetzungen notwendig sein werden.

Die Zukunft der SK

Diese 3.SK hat ein erheblich geringeres Spektrum umfaßt als die beiden vorhergegangenen. Auch die Teilnehmerzahl war bedeutend geringer. Allein dies wäre noch kein entscheidendes Argument gegen eine Fortführung dieses Experiments. Immerhin ist die erklärte Absicht, die Rudolf Bahro mit der SK verband, die Auflösung der traditionellen linken Organisationen, gescheitert. Dennoch gibt es einige Gründe, die SK in d i e s e r Form nicht weiter fortzuführen. Zum einen hat sich innerhalb und aus der SK heraus mit der ISP eine Organisation gebildet, die ein erhebliches Spektrum der SK-Teilnehmer in sich aufgenommen hat. Weite Teile der Diskussion werden nun in dieser Organisation vorweggenommen. Die Konfrontation zwischen den verschiedenen Flügeln dieser Vereinigung, wie sie sich auf der 3.SK gezeigt haben, wird vor allem in deren Innern stattfinden, auf einer SK werden sie immer nur Spitzen davon zu erkennen geben. Damit ist mit der Gründung der ISP ein wesentlicher Strang der Diskussion herausgenommen worden.

Weiterhin hat sich auf dieser SK gezeigt, daß das sich als sozialistisch begreifende Lager an der wichtigsten Frage, der um Krieg und Frieden, heute kaum gemeinsam handlungsfähig ist. Ralf Fücks hat dies auf Nachfrage eines KB-Vertreters auch ausdrücklich verneint. Notwendige theoretische Debatten werden aber gerade durch den Druck der praktischen Notwendigkeiten beflügelt. Solange sie völlig außerhalb einer zu entfaltenden Praxis geführt wird, verliert sie sich in Beliebigkeit und schließlich in Bedeutungslosigkeit.

Eine sinvolle Fortführung der SK läge also in der Verbindung zwischen Arbeitskonferenzen über theoretische Fragen bzw. Differenzen und der Entfaltung gemeinsamer p r a k t i s c h e r Initiativen. Dies scheitert gegenwärtig jedoch an dem einfachen Umstand, daß die vaterländische Richtung mit der Reaganschen „Nulllösung" gut bedient ist.

Aufgeworfen wurde ein Vorschlag, die SK in eine Art „linke Messe" zu verwandeln, die einmal jährlich den verschiedenen linken Organisationen, Publikationen und Initiativen die Möglichkeit bietet, sich einem großen Publikum vorzustellen (abzuhalten in der Art etwa der Gesundheitstage).

Über die Zukunft der SK soll auf einem Auswertungstreffen am 30. Januar 1982 in Hannover diskutiert werden.

he., Hamburg



Soldaten der Nationalen Volksarmee in Berlin/DDR: Preußischer Kadavergehorsam statt Sozialismus!

SED: Schwierigkeiten mit der Friedensbewegung

Im Mai 1981 wandte sich eine Gruppe von jungen evangelischen Christen aus Dresden mit einem Vorschlag für einen „Sozialen Friedensdienst" an die Kirche.

Die Synode des evangelischen Kirchenbundes in der DDR beschloß am 22. September in Güstrow (Bezirk Schwerin) die Unterstützung dieses Vorschlages und forderte die Kirchenleitungen auf, über diese Forderung mit Regierungsvertretern in Verhandlungen zu treten. Der für Kirchenfragen zuständige Staatssekretär der Regierung, Klaus Gysi, ging für „realsozialistische" und speziell DDR-Verhältnisse erstaunlich moderat auf diese Forderung ein: Die Forderung sei nicht aus unlauteren Motiven gestellt, sie könne aber leider nicht realisiert werden, weil das die Aufhebung der Wehrpflicht bedeuten würde; außerdem habe die DDR schon jetzt Schwierigkeiten, die vereinbarten Kontingente für den Warschauer Pakt zu stellen.

Bislang gibt es in der DDR für Wehrpflichtige bereits die Möglichkeit, den Dienst mit der Waffe aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen abzulehnen. Im September 1964 schuf die DDR-Regierung im Zuge der Entspannung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat dafür die gesetzlichen Möglichkeiten. DDR-Jugendliche, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, werden in besonderen Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) als „Bausoldaten" eingesetzt, wo sie handwerkliche Arbeit (z.B. als Heizer) leisten. Mit dieser Regelung unterscheidet sich die DDR positiv von den anderen Warschauer-Pakt-Staaten, in denen (vor allem in der UdSSR) Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Knaststrafen verurteilt werden.

Allerdings müssen die „Bausoldaten" in der DDR eine Exerzierausbildung mitmachen und haben NVA-Offiziere als Vorgesetzte. Die Bausoldaten müssen außerdem ein Gelöbnis ablegen, in dem sie schwören, ihre *„Kraft zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft"* der DDR einzusetzen und *„aktiv dazu beizutragen, daß die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetunion und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann"* (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 16. September 1964). **Es entscheiden sich jedes Jahr nur rund 500 DDR-Jugendliche für den Dienst als „Bausoldat". Dies liegt vor allem daran, daß die „Bausoldaten" später beruflich meist erheblich benachteiligt werden. Die „Bausoldaten" sind in der DDR-Gesellschaft fast ebenso schlecht angesehen wie hierzulande „Knastologen".**

Daß die DDR-Behörden auf Pazifisten nicht gut zu sprechen sind, wurde am Weltfriedenstag (1. September) dieses Jahres in Berlin/DDR deutlich: Als eine Gruppe junger Christen Transparente mit Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen" für die Teilnahme an einer Kundgebung der FDJ (SED-Jugendverband) angefertigt hatte, wurden die Transparente von „der Sicherheit" (DDR-Jargon für den Staatssicherheitsdienst der DDR) beschlagnahmt.

Die herrschenden Bürokraten in der DDR wissen, daß die NVA von der Jugend genauso wenig geliebt **wird, wie die Bundeswehr von den westdeutschen Jugendlichen. Nicht zuletzt das verbreitete Saufen „bei der Fahne" (DDR-Jargon für NVA) zeigt dies deutlich. Die Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst erfreut sich in der Jugend der DDR (und nicht nur bei der Jugend) einer zunehmenden Popularität.**

Daher haben die DDR-Behörden bislang auch weder gegen die über 80 Unterzeichner des Briefes von Robert Havemann an Leonid Breschnew (dokumentiert in AK 211, 25.10.81, S. 39) noch gegen den christlichen Pazifisten und Jugendpfarrer Rainer Eppelmann, der sich mit einem Brief an Honecker für einen Sozialen Friedensdienst eingesetzt hat, Repressalien ergriffen. Die Gefahr einer härteren Gangart seitens des Regimes gegen die zarten Keime einer Friedensbewegung in der DDR wurde allerdings auf der dritten Tagung des auf dem X. Parteitag im Frühjahr gewählten Zentralkomitees (ZK) der SED am 19/20. November in Berlin/DDR deutlich. Im Gegensatz zu dem Integrationspolitiker Klaus Gysi, der sich in ähnlicher Weise wie seine westdeutschen Kollegen Peter Glotz und Egon Bahr bemüht hatte, die Friedensbewegung einzuseifen, wurden hier zum Teil harte Töne angeschlagen. Werner Walde, ZK-Mitglied, Kandidat (Mitglied ohne Stimmrecht) des Politbüros des ZK der SED und erster Sekretär der Bezirksleitung Cottbus, kramte die ihm in der Stalin-Ära eingetrichterte Weisheit hervor, daß es sich bei einer Opposition gegen die „realsozialistische" Regierung nur um finstere Machenschaften imperialistischer Agenten handeln kann.

Werner Walde meinte auf der ZK-Tagung: „... *der Feind hat auch keine Chance, mit der Phrase des sogenannten sozialen 'Friedensdienstes' Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wer auch zu solchen friedens-sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen aufrufen möge. Dabei vergessen diese Leute, daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist"* („Neues Deutschland" (ND), 21.11.).

Nach seiner Ansicht *„verstehen die Werktätigen immer besser die Vorzüge und die Überlegenheit des Sozialismus"* („ND", 21.11.).

Bleibt nur die Frage, wie sich dieses „immer bessere" (übrigens eine „realsozialistische" Standardphrase) Verstehen mit der Verbreitung der „verfassungsfeindlichen" Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst verträgt ...?

Der Standpunkt des Herrn Walde, der in der praktischen Durchsetzung auf Massenverhaftungen und Ausweisungen von Pazifisten hinausläuft, scheint in der SED-Spitze (noch?) nicht vereinheitlicht zu sein. In der Diskussion auf der ZK-Tagung argumentierte nur e i n weiterer SED-Funktionär (der Chef der Magdeburger SED-Bezirksleitung, Kurt Tiedtke) in die Richtung des Herrn Walde, und dies in weniger provokatorischer Form. Das ZK-Mitglied Tiedtke erklärte, *„daß die allseitige Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht und ihr sicherer Schutz der wichtigste Beitrag zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe und zur entschlossenen Verteidigung des Friedens ist"* („ND", 21.11.).

Parteichef Honecker selbst ging in seiner recht ausführlichen Rede vor dem ZK, in der er sich vor allem auch mit Fragen der Kriegsgefahr befaßte, interessanterweise mit keinem Wort

"Realer Sozialismus"

auf das Thema „Sozialer Friedensdienst" ein.

Vorerst ist also noch alles offen.

Die DDR – ein Friedensstaat?

Die DDR ist zweifellos ein wesentlich stärker an der Erhaltung des Friedens interessierter Staat als die BRD. Tatsache ist, daß in der DDR niemand an Aufrüstung verdient. Die DDR stellt im Gegensatz zur BRD, deren Politik nach wie vor auf die Integration der DDR („Wiedervereinigung Deutschlands") ausgerichtet ist, keine Gebietsansprüche an andere Staaten.

Zudem zeigt auch nicht zuletzt der technologische und wirtschaftliche (niedrige Arbeitsproduktivität) Rückstand der DDR gegenüber den kapitalistischen Ländern deutlich, daß die DDR an einer Anheizung des „Rüstungswettlaufs" kein Interesse hat, daß sie defensiv und nicht aggressiv ist.

Nicht vergessen sollte man in diesem Zusammenhang auch die materielle und politische Unterstützung der DDR (und der anderen osteuropäischen Staaten) für zahlreiche befreite Staaten und antiimperialistische Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt". Manch angolanischer und palästinensischer Genosse würde heute nicht mehr leben, wenn er nicht in der DDR medizinisch behandelt und gesundgepflegt worden wäre.

Allerdings betrachten die herrschenden „Realsozialisten" der SED ihr Militär nicht lediglich als ein notwendiges Übel, das zur Verteidigung gegen den Imperialismus notwendig ist. **Die Offiziere des Militärapparates in der DDR genießen erhebliche materielle Privilegien.** Offiziere der „Nationalen Volksarmee" (NVA) der DDR verdienen mehrfach soviel wie ein Arbeiter, sie werden auch bei der Wohnungsvergabe (in der DDR herrscht immer noch Wohnungsmangel) deutlich gegenüber Werktätigen bevorzugt.

Vom System der allgemeinen Volksbewaffnung, das seit der Pariser Commune 1871 als die sozialistische Verteidigungskonzeption angesehen werden kann, ist die DDR weit entfernt.

Von den Volksmassen, vor denen die herrschende bürokratische Klasse Angst hat, getrennt, dient der Militärapparat im „realen Sozialismus" nicht zuletzt der Herrschaftssicherung nach innen.

Bewaffnete Arbeiter gibt es nur in den „Betriebskampfgruppen", die eine kleine, der SED-Führung treu ergebene Minderheit der Arbeiterklasse umfassen. Daß diese Einheiten bald nach den Arbeiterstreiks und Demonstrationen des 17. Juni 1953 aufgebaut wurden, macht den Zweck dieses Unternehmens deutlich.

Nicht nur der in der NVA gepflegte alte preußische Stechschritt (für dessen Abschaffung Friedrich Engels bereits vor 94 Jahren erfolglos plädiert hatte) zeigt den Charakter der NVA. „Bei der Fahne" ist Kadaver-

gebene Minderheit der Arbeiterklasse umfassen. Daß diese Einheiten bald nach den Arbeiterstreiks und Demonstrationen des 17. Juni 1953 aufgebaut wurden, macht den Zweck dieses Unternehmens deutlich.

Nicht nur der in der NVA gepflegte alte preußische Stechschritt (für dessen Abschaffung Friedrich Engels bereits vor 94 Jahren erfolglos plädiert hatte) zeigt den Charakter der NVA. „Bei der Fahne" ist Kadaver-

gehorsam angesagt, preußischer Mief regiert unter „sozialistischer" Tünche. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der DDR der „Herr Leutnant" durch den „Genossen Leutnant" ersetzt wurde. Diskussionen über den Sinn von Einsätzen gibt es in der NVA ebensowenig wie in kapitalistischen Armeen.

Die NVA der DDR war im August 1968 am Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR beteiligt und steht heute gegen das polnische Volk Gewehr bei Fuß. Und die NVA leistete und leistet „selbstverständlich" an der Seite der UdSSR Waffenhilfe für den völkermörderischen Krieg der äthiopischen Militärdiktatur gegen das eritreische Volk.

Das Interesse von Jugendlichen und Schülern an Technik wird von der NVA nicht weniger skrupellos ausgenutzt wie von der Bundeswehr. Die monatliche Vierfarbdruck-Illustrierte „armeerundschau" widmet sich dann auch ausführlich der Darstellung der „faszinierenden" Militärtechnik. **Kriegsspielzeug für Kinder wird in der DDR in ebenso großem Umfang angeboten wie in der BRD.**

Einige mutige pazifistische Christen in einigen Gemeinden der DDR veranstalten gelegentlich Umtauschaktionen von Kriegsspielzeug, ähnlich wie Friedensinitiativen in der BRD. Solche Initiativen „seiner" Bürger sieht das SED-Regime nicht gern; in den Medien darf darüber nicht berichtet werden.

Seit 1978 ist „Wehrunterricht" für Schüler(innen) der 9. und 10. Klassen Pflicht, wobei allerdings dieses Fach mit acht Stunden jährlich einen vergleichsweise geringen Raum einnimmt.

Zusätzlich werden Schüler der 9. Klassen (15-jährige) in der DDR auf freiwilliger Basis für „Wehrausbildung im Lager" (Originalton SED) angeworben. Diese Wehrausbildung für männliche Jugendliche umfaßt 12 Tage à 8 Stunden. Die „Wehrausbildung im Lager" soll nach einer Direktive des Ministeriums für Volksbildung (unter Leitung von Erich Honeckers Gemahlin Margot) vom 1. Februar 1978 den Schülern „*Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung* („Auf! Nieder! Auf ... Augen geraadeaus! – Anm. AK) *anerziehen und ihr physisches Leistungsvermögen festigen*".

Durch solche Veranstaltungen sollen nach Ansicht von Volksbildungsministerin Honecker und Verteidigungsminister Hoffmann bei der Jugend der DDR „*die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit gefördert*" werden („ND", 28.6.80).

Die FDJ (Freie Deutsche Jugend) sieht ebenfalls eine ihrer wesentlichen Aufgaben in der Rekrutierung von Offiziersnachwuchs für die NVA. Der 1. Sekretär (Chef) des Zentralrates der FDJ, der 44-jährige Berufsjugendliche Egon Krenz, erklärt, es gehe darum, „*die standhaftesten Mitglieder der FDJ für die Laufbahn als Offiziere, Fähnriche und Berufsoffiziere zu gewinnen*" („ND", 18.1.80). (Die königlich-preußischen Offiziersränge haben sich nicht nur in Westdeutschland bis heute gehalten!).

Der planmäßigen Heranbildung von Offiziersnachwuchs dient speziell die paramilitärische „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST), die nur eine Minderheit der Jugendlichen umfaßt. Zwar ist die Mitgliedschaft in der GST tatsächlich freiwillig, allerdings ist die Mitgliedschaft in ihr faktisch die einzige Möglichkeit, z.B. Motorsport und Segelflieger-Sport zu betreiben.

Schulen, deren Abgänger einen hohen Prozentsatz von zukünftigen NVA-Offizieren aufweisen, werden von der SED-Presse, nicht zuletzt von der „Jungen Welt" (Tageszeitung der FDJ), wegen des 'hohen politischen Bewußtseins' hoch gelobt. Ein typisches Beispiel dafür, wie Jugendliche in der DDR dazu kommen, Offiziere zu werden, brachte unlängst ein Oberstleutnant der NVA in einer SED-Zeitung: „*In der 10. Klasse reifte bei Frank, der in der GST als Zugführer arbeitete, der Entschluß, Offizier zu werden. Als Gründe nennt er sein Interesse an der Technik* (bezeichnenderweise an erster Stelle! – Anm. AK) *und die Erkenntnis, daß es notwendig ist, Frieden und Sozialismus sicher zu schützen. Auf dem Weg zu dieser Einsicht hatte er gute Verbündete, die Lehrer, das FDJ-Bewerberkollektiv, den Bruder, der Angehöriger der Grenztruppen ist.*" („Volksstimme", Organ der Bezirksleitung Magdeburg der SED, 2.11.81).

In der privilegierten, vom Volk getrennten und nicht kontrollierten „realsozialistischen" Offizierskaste hat sich eine bemerkenswerte Ideologie und Mentalität entwickelt. So heißt es z.B. in dem im Militärverlag in Berlin/DDR erschienenen Buch „*Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung des Soldaten*" von einem sowjetischen Autorenkollektiv: „*Die Freude, die die militärische Tätigkeit erweckt, ist mit der Freude, die uns Kunstwerke bereiten können, in vieler Hinsicht verwandt*" (S. 68). „*Der Anblick einer startbereiten Rakete bewirkt beim Soldaten ästhetische Gefühle* (Orgasmus? – Anm. AK) *und ein Anwachsen moralischer Kräfte*" (S. 66). Und als Quintessenz dieses famosen Büchleins: **„Ein Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist schön"** (S. 71).

Der makabere Charakter solch perverser, klassisch militaristischer Ansichten wird um so deutlicher, wenn man/frau sich vor Augen führt, daß für die „Realsozialisten" auch Militäraktionen wie der Einmarsch in die CSSR 1968 „Verteidigung des Sozialismus" sind. Auch eine Militärintervention gegen das polnische Volk wäre gewiß nach Ansicht solcher Militärbürokraten „schön" und „ästhetisch" ... –

Während in der Propaganda der SED noch „*der Mensch das Maß aller Dinge*" ist und folglich „*im Mittelpunkt*" steht, steht für nicht wenige Warschauer-Pakt-Militärs das Militär, seine Technik und seine Möglichkeiten im Mittelpunkt des Denkens und Handelns.

Die Finsterlinge - na grade die!
Reden vom Morgenrot
Vom schönen Morgenrot
Die Generäle - na grade die
Reden vom Heldentod
Vom schönen Heldentod
aah - ja!

Nach seinem Posten schreit -
und wie!
Der kleinste Bürokrat
Gemeinste Bürokrat
Der Sozialismus hat gesiegt
Wenn er den Posten hat
Wenn er die Pfründe hat
aah - ja!

Wolf Biermann

Nach seinem Posten schreit -
und wie!
Der kleinste Bürokrat
Gemeinste Bürokrat
Der Sozialismus hat gesiegt
Wenn er den Posten hat
Wenn er die Pfründe hat
aah - ja!

Wolf Biermann

Verteidigungsminister Hoffmann: Für den Sieg im Atomkrieg!

Daß es sich bei derartigen militaristischen Ergüssen nicht um Produkte irgendwelcher durchgeknallter Leutnants handelt, macht Armeegeneral Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung der DDR und Mitglied des Politbüros (oberste Parteispitze der SED) deutlich.

Nicht genug, daß dieser Herr in realitätsferner Großmäuligkeit in seinen Reden bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit „*die militärische Überlegenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft*" gegenüber der NATO herausstreicht, was einem Erich Honecker nie in den Sinn käme. **General Hoffmann hält sogar einen Sieg im Atomkrieg für möglich.**

Im März 1976 schrieb er im theoretischen Organ der SED: „*Wir teilen die Auffassung also nicht, die selbst fortschrittliche Menschen in der Friedensbewegung vertreten, im Atomzeitalter sei ... der Raketen-Kernwaffen-Krieg ... nur noch ein atomares Inferno, Weltuntergang*" („Einheit", Nr. 3/1976). Wer so redet und denkt, dem ist grundsätzlich auch zuzutrauen, daß er in einer bedrohlichen Krisensituation „aufs Knöpfli" drücken möchte, um den „Sieg" nicht aufs Spiel zu setzen.

Es sind übrigens nicht nur „fortschrittliche Menschen in der Friedensbewegung" im Westen, deren Auffassungen Hoffmann hier kritisiert. **Es sind vorallem die politischen Führer des „realsozialistischen" Lagers von Breshnew bis Honecker, die die von Hoffmann kritisierte Auffassung vertreten, ein Atomkrieg sei nicht zu gewinnen.**

So rief Erich Honecker z.B. auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED im November dieses Jahres dazu auf, ein „*Feuer atomarer Vernichtung*" zu verhindern, und forderte die SED-Mitglieder auf, Leuten, „*die sowohl die Gefahr als auch die Folgen eines Atomkrieges verniedlichen, entschieden entgegenzutreten*" („ND", 20.11.81). Auch der sowjetische Verteidigungsminister Ustinov weist die Ansichten seines Kollegen Hoffmann aus der DDR (die auch von einigen sowjetischen Generälen geteilt werden) deutlich zurück.

In einer Rede auf der Festveranstaltung der KPdSU zum 64. Jahres-

dazu auf, ein „*Feuer atomarer Vernichtung*" zu verhindern, und forderte die SED-Mitglieder auf, Leuten, „*die sowohl die Gefahr als auch die Folgen eines Atomkrieges verniedlichen, entschieden entgegenzutreten*" („ND", 20.11.81). Auch der sowjetische Verteidigungsminister Ustinov weist die Ansichten seines Kollegen Hoffmann aus der DDR (die auch von einigen sowjetischen Generälen geteilt werden) deutlich zurück.

In einer Rede auf der Festveranstaltung der KPdSU zum 64. Jahres-

tag der Oktoberrevolution erklärte Ustinov: „*Bei den Versuchen, die sowjetische Militärdoktrin zu entstellen, verbreiten die westlichen Politiker und Strategen hartnäckig die These, daß diese Doktrin angeblich von der Möglichkeit ausgeht, einen sogenannten 'ersten entwaffnenden Kernwaffenschlag' zu führen, zu überleben und im Kernwaffenkrieg sogar den Sieg davonzutragen.* (Seit wann ist Heinz Hoffmann ein 'westlicher Politiker und Stratege'? – Anm. AK).

Das ist eine notorische Lüge. Die Zielsetzung der Militärdoktrin hängt ganz von der Klassennatur des Staates und von seiner Politik ab. Dem sozialistischen Sowjetstaat sind aggressive Ziele von Natur aus fern. Seine Außenpolitik ist eine Politik des Friedens, der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Aus dieser Politik ergibt sich auch unverändert der Verteidigungscharakter unserer Militärdoktrin" (in: „ND", 7.11.81).

Auch wenn die entscheidenden politischen und militärischen Führer der Warschauer Paktstaaten die provokatorischen und gefährlichen Ansichten eines Heinz Hoffmann ablehnen, so wirft doch die Tatsache, daß sie nicht offen gegen derartige Kräfte polemisieren und sie nicht „absägen", ein bezeichnendes Licht auf den Grad der Militarisierung der Gesellschaft in den Ländern des osteuropäischen „realen Sozialismus".

Die antimilitaristische Opposition in der DDR, die von christlichen Pazifisten wie dem Jugendpfarrer Rainer Eppelmann bis zu oppositionellen Sozialisten wie Robert Havemann reicht, verdient die Solidarität der westdeutschen Friedensbewegung.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen zum Artikel "SED: Schwierigkeiten mit der Friedensbewegung"

In U.'s Artikel wird über Auseinandersetzungen von pazifistischen Strömungen mit der SED und dem DDR-Staat gesprochen. An einer Stelle wird dann aber dies als "zarte Keime einer Friedensbewegung" (schlechthin) interpretiert, d.h. Friedensbewegung ausschließlich mit Opposition identifiziert. Das ist u.E. so falsch.

Wie bewertet man dann 'offizielle' Aufrufe für eine atomwaffenfreie Zone, wenn sie z.B. in der DDR geäußert werden?

Würde man nur zur Friedensbewegung zählen, was mit dem Warschauer Pakt gebrochen hätte oder in Opposition zum Staat stünde, so müßte man umgekehrt diesen Maßstab auch an die westeuropäische Friedensbewegung anlegen, von der man höchstens behaupten kann, sie habe mit der Kriegsstrategie der USA gebrochen; europäisch-nationale Propaganda, alternative Vaterlandsverteidigung und/oder "Rückenstärkung" der Bundesregierung gegenüber den USA gehören in der Friedensbewegung des Westens durchaus zum Spektrum. Konsequent angewendet würde das Kriterium der Anti-Staatlichkeit für die westeuropäische Friedensbewegung heißen, das lediglich Revolutionäre und vielleicht Pazifisten noch dazu zu zählen wären.

"Kompliziert" wird es bei einer solchen Betrachtungsweise, wenn man die offiziell betriebenen Friedensmanifestationen in Rumänien nimmt, die sich zwar außerhalb der "Block-Logik" des Warschauer Paktes bewegen und selbst Reagans "Null-Lösung" noch etwas Positives abgewinnen könnten, aber zugleich zweifellos eine Veranstaltung des rumänischen Staates sind: Ist das nun ein Teil der "Friedensbewegung in Osteuropa" oder nicht?

Richtiger hätte es wohl im Artikel heißen müssen, daß es sich um "zarte Keime" einer pazifistischen Bewegung in der DDR handle; ansonsten würden wir es ablehnen, politische Kräfte nur deshalb nicht zur Friedensbewegung zu zählen, weil sie dem DDR-Staat loyal gegenüberstünden; andernfalls würde nicht einmal Wolfgang Harich zur Friedensbewegung zählen.

Im Schlußkapitel wird DDR-Verteidigungsminister Hoffmann (und anderen) unterstellt, er trete "für den Sieg im Atomkrieg" ein. Diese Version macht gerade in rasanter Fahrt die Mode-Runde: Sie ist ins grüne Friedensmanifest von der Redaktionsgruppe noch nachträglich eingeschmuggelt worden, sie fand sich in der "taz" (z.B. vom 25.11., S.3), und sie war auf der SK beliebter Teil des Zitatenschatzes. Der Satz von Hoffmann wird kaum jemals ausgelassen, wo immer es darum geht, den Nachweis zu führen, daß die Politiker und Militärs des Ostens auch nicht 'besser' sind als Reagan und seine Bande. Daß sich das ganze Unternehmen auf einen Satz konzentriert (den der Genosse U. aus nicht einsichtigen Gründen auch noch um ein Drittel gekürzt hat), statt auf Zusammenhang und Sinn der Ausführungen, erklärt sich aus der politischen Absicht der Interpreten.

Man braucht dabei lediglich die unterschiedliche Ausgangsposition von Reagan und Co. einerseits, Hoffmann andererseits zu übersehen:

+ Alle militärischen Überlegungen der NATO sehen den Erst-Einsatz von 'taktischen' Atomwaffen bereits auf sehr früher und relativ 'niedriger' Stufe der Kampfhandlungen vor. Die US-Militärs gehen davon aus, einen Krieg mit Atomwaffen auf Europa begrenzen und gewinnen zu können.

+ Im Warschauer Pakt gibt es unseres Wissens keinen Militär oder Politiker der jemals mit dem Erst-Einsatz von Atomwaffen kalkuliert hat. Hinzu kommt gerade für die DDR, daß selbst ein 'begrenzter' Atomkrieg in Mitteleuropa das eigene Territorium extrem schwer treffen würde. Man müßte also Herrn Hoffmann schon unterstellen, daß er ein Idiot ist, falls er wirklich "auf Sieg im Atomkrieg" orientiert.

Es gibt aber einen äusseren Faktor, den Politiker und Militärs des Ostens nicht einfach verdrängen können, sondern mit dem sie rechnen müssen: Dieser Faktor ist die offen verkündete Neigung besonders der US-Militärs, im Kriegsfall auf frühzeitigen Erst- Einsatz ihrer Atomwaffen zu setzen. So gesehen sind die Polemiken gegen das Zitat von Hoffmann wohl eher zynisch bis bösartig. Denn die Frage ist doch: *Welche Antwort wäre angemessener?*— Bekantlich konstruiert die offizielle Politik der Sowjetunion einen Automatismus zwischen dem Einsatz 'taktischer' Atomwaffen und der Eskalation zum globalen Atomkrieg. "Humaner" als diese These von Hoffmann, der einen solchen Automatismus nicht für absolut unvermeidlich hält, ist die offizielle Doktrin wohl auch nicht. Wahrscheinlich handelt es sich bei der offiziellen Doktrin sowieso um Propaganda; d.h., die USA sollen vom Erst-Einsatz 'taktischer' Atomwaffen 'abgeschreckt werden, indem ihnen mit einem 'Gegenschlag' gedroht wird, der auch die USA selbst vernichten würde. Hoffmanns These der möglichen Begrenzbarkeit eines Atomkrieges ist sicher näher an der Realität — und *man kann Hoffmann wohl nicht zum Vorwurf machen, daß die DDR es mit einem Gegner zu tun hat, der Atomwaffen als Mittel zum militärischen Sieg betrachtet.*

Zwei Mitglieder der AK-Redaktion

No Future?

Schulungs- und Diskussions-Freizeit des Kommunistischen Bundes (KB) 2. – 6. Januar

Angesichts der galoppierenden Kriegsgefahr hat sich insbesondere in der „neuen Jugendbewegung" eine „no future"-Stimmung entwickelt, die alle Bemühungen um ein Aufhal-

Eingeladen sind — wie immer — auch unorganisierte Freunde/innen des KB und AK-Leser/innen, bevorzugt aus Süddeutschland.

Anmeldung bitte bei den AK-Verkäufern „vor Ort" oder über einen Brief an: Buchladen Jos Fritz, z.Hd. des KB, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg.

No Future?

Schulungs- und Diskussions-Freizeit des Kommunistischen Bundes (KB) 2. – 6. Januar

Angesichts der galoppierenden Kriegsgefahr hat sich insbesondere in der „neuen Jugendbewegung" eine „no future"-Stimmung entwickelt, die alle Bemühungen um ein Aufhalten des drohenden atomaren Infernos und einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel für aussichtslos hält. Die Tatsachen, die uns Tag für Tag bei der Lektüre der Morgenzeitungen um die Ohren geschlagen werden, scheinen den düsteren Erwartungen recht zu geben.

Wir halten es deshalb für uns selber für wichtig, uns GRUNDLAGEN MARXISTISCHER PHILOSOPHIE zu erarbeiten, und zwar nicht abstrakt, sondern an Beispielen aus dem alltäglichen und politischen Erfahrungsbereich jedes Einzelnen. Um folgende Fragen soll es gehen:

- Trotz Polizeistaatmethoden und Sozialabbau, trotz der unmittelbaren Bedrohung eines jeden sind wir heute von einem wirklich massenhaften bewußten Widerstand gegen diesen Staat, gegen den Kapitalismus überhaupt, noch sehr weit entfernt. „Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?"; wie sieht die materialistische Erkenntnistheorie aus?
- Was heißt es, dialektisch an Erscheinungen unseres Lebens und unserer politischen Arbeit heranzugehen?
- Was heißt dialektischer, was historischer Materialismus konkret? Bewegt sich in dieser statisch scheinenden BRD-Gesellschaft überhaupt noch etwas und wie bewegt es sich?

Die Schulung soll keine unmittelbaren „Handlungsrezepte" bringen, sondern uns helfen, eine solidere und zuversichtlichere innere Haltung zu finden. Die werden wir nämlich brauchen, um die auf uns zukommenden weltweiten Krisen, die eigenen politischen Schwierigkeiten verarbeiten zu können, ohne – wie viele Aktive – uns selbst auf verlorenem Posten zu sehen oder aber die Probleme einfach zu verdrängen.

Eingeladen sind — wie immer — auch unorganisierte Freunde/innen des KB und AK-Leser/innen, bevorzugt aus Süddeutschland.

Anmeldung bitte bei den AK-Verkäufern „vor Ort" oder über einen Brief an: Buchladen Jos Fritz, z.Hd. des KB, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg. Für ein Freizeitangebot – Abfahrt, Langlaufen, Schlittenfahren – haben wir übrigens über die Hälfte der Zeit eingeplant!

Wo steht Erhard Eppler?

»Wege aus der Gefahr«



Auszug ins Unbestimmte

Der Titel von Epplers Bestseller (im April 81, 30.000 Auflage) trifft unsere Zukunftsängste, ist vielversprechend den Verunsicherten. Er erinnert an den Auszug der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei, an deren Hoffnung auf das „Land, wo Milch und Honig fließen". Bei seinen Auszugsgedanken aber hält sich der jetzige Kirchentagspräsident nicht an die biblische Hoffnung einer menschlichen Zukunft in Vollkommenheit, was das materielle Wohlsein und die soziale Gerechtigkeit angeht. Nicht solch ungebrochene Utopie ist sein Leitbild, sondern eigene enttäuschende Kindheitserfahrungen bestimmen ihn bis heute.

„Ich wollte unbedingt sehen und erfahren, wo Himmel und Erde sich trafen. Aber als ich mit meinem geduldigen Vater die Stelle erreicht hatte, wo ... die Nahtstelle sein mußte, da sah alles aus wie überall... Himmel und Erde stießen zwar weiterhin zusammen, aber woanders, wider in der Ferne" (S. 237).

In diesem Rückblick gibt sich der Autor seinen Lesern zu erkennen. Er sagt, woran er glaubt und was er will. Keine großen Visionen, sondern kleine Schritte der Systemreform. *„Wir müssen durch kleine Schritte in der richtigen Richtung Fakten schaffen und gleichzeitig Bewußtseinswandel vorantreiben, um dann mit Hilfe des veränderten Bewußtseins den nächsten kleinen Schritt tun zu können"* (S. 147).

Man kann auch sagen: die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts. Ohne bestimmtes Ziel wird aber der Sinn der Reise fraglich. Trotzdem im folgenden ein Blick auf seine konkreteren Vorstellungen.

Von der Ohnmacht des Krisenmanagements

Der deutlich und mehrfach markierte Reibungspunkt der Epplerschen Kritik ist die Politik des Krisenmanagements, wie sie seit der Kanzlerschaft Schmidts im Westen üblich geworden und in der BRD vergleichsweise erfolgreich praktiziert wurde. Von diesem Erfolg hält Eppler allerdings wenig. Er ist der Auffassung, daß in der Mitte der 70er Jahre eine Zäsur deutlich wurde, daß eine entscheidende Veränderung der politischen und ökonomischen Bedingungen stattgefunden hat (Ölpreisschock, Grenzen des Wachstums, Bewußtseinswandel durch alternative Bewegungen).

„Die Welt hat sich fundamental verändert; mit den Mitteln ökonomischen Krisenmanagements ist dem

(Ölpreisschock, Grenzen des Wachstums, Bewußtseinswandel durch alternative Bewegungen).

„Die Welt hat sich fundamental verändert; mit den Mitteln ökonomischen Krisenmanagements ist dem

nicht beizukommen, was nun vor uns liegt" (S. 25).

Seine Kritik an diesen veralteten Methoden konzentriert sich letztlich auf zwei Punkte:

\+ Die Politik des Krisenmanagements unterwirft sich der Ideologie des Wachstums (Leitbild der 60er Jahre) und der Sachzwänge.

\+ Im Krisenmanagement wird die Politik degradiert zur Exekution sog. wirtschaftlicher Sachzwänge; sie hört auf, eigenständige Entscheidungen zu treffen.

Einen Freiraum politischer Entscheidungen, der an eigenen Wertmaßstäben sich orientiert, will Eppler gewinnen.

Wie sieht es aus um die Zukunft solcher Spielräume in unserer gesellschaftlichen Realität? Für den Autor werden sie sich wegen der Verfahrenheit und Widersprüchlichkeit des technokratischen Krisenmanagements mit Notwendigkeit ergeben. Diese Sicht stimmt den Leser optimistisch. Aber letztlich bleibt das eine kurzatmige Euphorie mit Blindheit auf dem rechten Auge. Denn die gesamte reaktionäre Entwicklung der 70er Jahre bestand ja darin, solche Möglichkeiten weltpolitisch und gesellschaftspolitisch immer weiter einzuengen. Diese politischen Hintergründe aktueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten erwähnt Eppler jedoch nirgends. So kommen bei seinem verengten ökonomistischen Blickwinkel imperialistische Kriegspolitik und Politik der nationalen Sicherheit (Aufteilung der Welt, Trilaterale Kommission) überhaupt nicht in den Blick. Muß da nicht seine Position auf ein „alternatives" Krisenmanagement hinauslaufen und s e i n e Forderung nach politischer Unabhängigkeit auf eine illusionäre Seifenblase?

Alternatives Krisenmanagement

In der Energiepolitik geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. *„So wird die Energiediskussion ein Signal für den Aufstand gegen die vorprogrammierte Zukunft. Gibt es nur diese eine Zukunft, also keine Alternative zu der Zukunft, die große Konzerne zusammen mit eingespielten Bürokratien für uns vorbereitet haben? Oder setzt sich die Einsicht durch, daß es d i e Zukunft nicht gibt, die sich zwangsläufig aus irgendwelchen Entwicklungen ergibt?"* (S. 155).

Die politische Entscheidung, die Eppler getroffen haben möchte, faßt er selber in einen Satz: *„Es ist vernünftiger, die Nachfrage nach Energie zu drosseln, als das Angebot zu erhöhen"* (S. 164).

Neue Rahmenbedingungen für Innovationsentscheidungen sollen an der Stelle unbegrenzten, unvernünftigen Wachstums „selektives Wachstum" ermöglichen. Da könne die ökologische Bewegung in politische Entscheidungen einwirken (S. 182). Was Epplers Reformdenken beschwingt, sind Stellungnahmen der Enquete-Kommission des Bundestages, die neben wirtschaftlicher internationale-, Umwelt-

sche Bewegung in politische Entscheidungen einwirken (S. 182). Was Epplers Reformdenken beschwingt, sind Stellungnahmen der Enquete-Kommission des Bundestages, die neben wirtschaftlicher internationale-, Umwelt-

und Sozialverträglichkeit als Kriterien für energiepolitische Entscheidungen nennt; weiter die zunehmenden Schwierigkeiten der AKW-Wirtschaft und das gewandelte Bewußtsein der Öffentlichkeit. Für ihn sind AKWs aber nicht nur ökologisch unverantwortbar, sondern zunächst ö k o n o m i s c h unvernünftig.

„Es ist also völlig offen, ob Atomstrom, wenn einmal alle Kosten für Entsorgung, Sicherung und den Abriß stillgelegter Reaktoren voll durchschlagen, billiger ist als Strom aus Kohle oder Erdgas. Nicht offen, sondern völlig sicher ist, daß die Einsparung von Öl billiger ist als das Ersetzen durch Atomstrom" (S. 165).

„Es geht also nicht darum, das ökologisch Richtige gegen das ökonomisch Nötige abzuwägen. Es geht darum, das ökologisch wie das ökonomisch Vernünftige gegen partikulare Wirtschaftsinteressen durchzusetzen" (S. 166).

Wie soll das vor sich gehen? Eppler denkt an *„unabhängige, pluralistisch zusammengesetzte Kommissionen, die von ökonomischen und administrativen Interessen so gut wie möglich abzuschirmen wären"* (S. 179).

Selbstkritisch ergänzt er seine Überlegungen: *„Auch bei der Wahl zwischen technischen Alternativen helfen Kriterien und Instrumente wenig, wenn es an der Macht und vor allem an der Konfliktbereitschaft fehlt. Deshalb wird nichts anderes übrigbleiben, als durch öffentliche Willensbildung neue Mehrheiten in Sachfragen zu schaffen und die Regierenden vor die Wahl zu stellen, welchen Konflikt sie vorziehen, den mit mächtigen Interessenblöcken oder den mit einem beträchtlichen, vielleicht entscheidenden Teil der Wählerschaft. Der Trampelpfad ,politische Entscheidung zwischen technischen Alternativen' ist schon ziemlich breit geworden"* (S. 180).

Trotz dieser gesehenen Konstellation von Macht und Ohnmacht fragt Eppler nicht nach p o l i t i s c h e n Alternativen!!

Und auch hier bleibt zu fragen, wieso der Autor die polizeistaatlichen Methoden, mit denen Projekte wie Gorleben oder Startbahn-West machtpolitisch durchgesetzt werden, nicht reflektiert. Öffentliche Willensbildung haben BRD-Politiker bisher meist diskriminiert; man denke an den „Krefelder Appell" oder an die Verunmöglichung von Volksabstimmungen (Startbahn-West).

Erinnert sei hier auch an die Initiative zu einer Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung der BRD 1951. Zunächst von der SPD unterstützt, trat diese später mit für das von der CDU/CSU erlassene Verbot ein. Die daraus mittlerweile entstandene Realität sieht doch so aus, daß der polizeistaatliche Trampelpfad in die technokratische Diktatur des Atomzeitalters schon ziemlich breit geworden ist. Wege aus der Gefahr sind hier nicht alleine Kommissionen und „öffentliche Meinung", sondern entschiedener öffentlicher Widerstand.

kratische Diktatur des Atomzeitalters schon ziemlich breit geworden ist. Wege aus der Gefahr sind hier nicht alleine Kommissionen und „öffentliche Meinung", sondern entschiedener öffentlicher Widerstand.

Ein weiteres Beispiel für Epplers Wege bietet das Thema der Rüstung. Seit der Bonner Demo vom 10.10. scheint erkennbar, daß der Autor als Präsidiumsmitglied der SPD mit dem Druck der Friedensbewegung in dieser Partei Politik machen will gegen den Aufrüstungskurs von Schmidt, andererseits die radikalen Forderungen der weithin pazifistischen Bewegung für eine mögliche Oppositionsrolle der SPD abschwächend, sie integrierend in Richtung auf reformerische Ziele. Eppler kritisiert in seinem Buch den aggressiven Aufrüstungskurs der US-Regierung gegen die UdSSR und erwärmt sich für eine gradualistische (schrittweise) Abrüstungspolitik. Immerhin hält er folgende politische Marschroute für notwendig: *„Die Risikobereitschaft zum Krieg muß durch die Risikobereitschaft zum Frieden ersetzt werden"* (S. 95).

Konkret laufen seine Vorstellungen auf eine Umrüstung der Bundeswehr zu einer defensiven Streitmacht hinaus. Dabei beruft er sich auf Mechtersheimer und Afheldt. Summa: Eppler sucht nach militärischen Alternativen, nicht nach Alternativen zum Militär.

Obwohl die letzten Monate doch klar stellten, daß solche Vorstellungen wie die seinen erst durch den öffentlichen Druck der außerparlamentarischen (weithin antimilitärischen) Bewegung wieder ins Gespräch kommen konnten... Stellt sich also die Frage: Wie steht der Sozialdemokrat Eppler zur radikaldemokratischen und pazifistischen Opposition?

Machtpolitische Vereinnahmung

Seine Distanz zum Pazifismus begründet Eppler wie folgt: *„Doch wird die Parole ,Ohne Rüstung leben' politisch gar nichts bewirken, so verständlich sie ist, weil sie nicht mehrheitsfähig ist"* („Stuttg. Nachr.", 11.2.81)

Mit diesem Argument gehört ein ihm verwandtes zum politischen Dogma von Erhard Eppler.

„Nichts ist in unserer Republik zu bewirken ohne Großorganisationen. Und Loyalität zu Parteifreunden, zu einer politischen Partei, die vielleicht schon mehr als 100 Jahre an Arbeit, an Erfolgen und Katastrophen, an Fehlern und Opfern und immer neuen Anläufen hinter sich hat, ist weder sentimental noch ein Zeichen moralischer Minderwertigkeit" (Vortrag „Christen in der Bürgergemeinde", 9.6.81).

Im Sinne dieser Selbstbeschreibung mit einem Hauch von Tragik (statt Analyse!) zwischen notwendiger Machtpolitik und menschlicher Glaubwürdigkeit, schließt Eppler sein Buch mit einer Apologie der Sozialdemokratischen Partei:

„Sowenig diese Partei allein imstande ist, Pfade aus der Gefahr zurechtzutrampeln, sosehr man zweifeln darf, ob sich mit dieser Partei allein neue Zukünfte öffnen ließen, so täusche sich doch niemand: Ohne diese Partei gelingt es sicher nicht" (S.

stande ist, Pfade aus der Gefahr zurechtzutrampeln, sosehr man zweifeln darf, ob sich mit dieser Partei allein neue Zukünfte öffnen ließen, so täusche sich doch niemand: Ohne diese Partei gelingt es sicher nicht" (S.

236).

Hier ist auch der Grund für seine stetig wiederholte Forderung, die Kritik der außerparlamentarischen Initiativen realistisch zur Politik zurückzukoppeln, d.h. praktisch an die Chefetagen technokratischer - bisher immer nur versprochener - Reformen.

Notwendig scheint es ihm andererseits zu sein, sich mit der Diskriminierung vergleichsweise harmloser Randalierer salonfähig zu erhalten. Oder wie sind die Bonner Ausfälle Epplers zu erklären?

„Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. ... Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet" (FR, 12.10.81).

Also Öffnung nach rechts und diskriminatorische Verzeichnung politischer Militanz?

Mehrheitsfähigkeit politischer Forderungen, Mitarbeit in Großorganisationen, Hoffnung auf die SPD, Ausgrenzung militanter Positionen: das ist der politische Katechismus Epplers; sein Inhalt genau besehen: machtpolitischer Pragmatismus. Denn mit dem Hinweis auf diese Punkte umgeht Eppler immer wieder eine tiefergehende Auseinandersetzung mit radikaleren Positionen.

Das zwangsläufige Ergebnis einer solchen Position sind schließlich die Wirklichkeit schlimm verzerrende Vereinnahmungen. *„Die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, nach langem Zögern doch noch Verhandlungen über eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa aufzunehmen, wertete er* (Eppler) *als Erfolg ,einer gemeinsamen Anstrengung der Bundesregierung und der Friedensbewegung'"* (FR, 19.10.81). Da kann einem schon der Hut hochgehen.

Fazit: Reformerisches Bemühen ohne Tiefgang

Soll man Eppler nicht das Bemühen um eine Wende absprechen, so wird eine weitergehende Beurteilung seiner Position zu begründen haben, warum die Friedensbewegung eine a n d e r e Wende braucht. Das soll nun kurz geschehen.

\- Als Sozialdemokrat fehlt bei Eppler eine durchgreifende Kritik der SPD-Politik auf dem Hintergrund der Geschichte dieser Partei und ihrer politischen Entscheidungen. Weil die SPD die Radikalität in ihren Reihen ausmerzte und die Eigentumsverhältnisse unangegriffen ließ, wurde sie zu einer konservativen Macht (s. P.Weiß, Ästhetik des Widerstands II, S. 304). Deshalb ist die Entscheidung für die NATO-„Nachrüstung" weniger als technokratischer Irrtum einer vom reformerischen Kurs Brandts abgefallenen Regierung, denn als in einer Linie mit der Bewilligung der Kriegskredite von 1914 zu sehen.

\- Als politischer Kritiker hätte Eppler zumindest eine Auseinandersetzung mit radikalen systemkritischen Positionen besser zu Gesicht gestanden, als seine dauernden Bekenntnisse zum machtpolitischen Pragmatismus. So fehlt jedes Eingehen auf vorliegende politische Analysen, die z.B. die Ursachen der gegenwärtigen Kriegs-Gefahr mehr in dem imperialistischen Drang des Kapitals nach verschärfter Absicherung und Ausweitung seiner hegemonialen Ausbeutungspolitik als nur in dem technokratischen Wahnwitz einer zur Eigendynamik verselbständigten Aufrüstung sehen. Infolgedessen fehlt in seinem Buch die für die Friedensbewegung so entscheidende internationalistische Klammer zwischen Rüstungs-, Ökologie- und Dritter Welt-Problematik.

\- Als Mensch, der Erfahrungen verarbeitet und Phantasie für die Zukunft entwickeln will, durchbricht Eppler nicht den Binnenraum seiner institutionellen Verhaftung und Verblendung. Erfahrungen polizeistaatlicher Willkür, die Entwicklung zu einer immer repressiveren Politik, Abbau von Demokratie und Zunahme des Militarismus: das alles wird nicht erwähnt, weil oder obwohl gerade die SPD diese Entwicklung trug und trägt.

\- Als Christ sieht er sich und andere lediglich als Individuen, die in Loyalitätskonflikte mit ihrer Partei oder in Gewissenskonflikte mit ihrer Identität geraten können. Sein Vortrag auf dem Kirchentag hieß eben auch typisch individualistisch „Christen in der Bürgergemeinde". Christengemeinden, die an aller Machtpolitik vorbei und im Protest gegen sie (z.B. Stromboykott) für eine neue Gesellschaftsordnung eintreten, scheint er trotz Kirchentag nicht im Blick zu haben oder politisch ernst nehmen zu wollen.

Einiges zum Umgang mit den reformerischen Kräften in der Friedensbewegung

Einiges zum Umgang mit den reformerischen Kräften in der Friedensbewegung

Das Dilemma einer radikalen Opposition in Deutschland bestand schon immer darin, ohne oder gegen die linke Sozialdemokratie nichts erreichen zu können. Es dürfte deutlich sein, daß Eppler diese Konstellation machtpolitisch auszunutzen versucht. Ziel einer sozialistischen bzw. kommunistischen Bündnispolitik muß es deshalb sein, das subjektive Wollen und Bemühen um Reform positiv aufzugreifen und auf dem Wege inhaltlicher Diskussion die unzureichende Zielbestimmung aufzudecken. Machtpolitischen Praktiken und machtpolitischer Argumentation gilt es zu widersprechen. Sie müssen unbedingt verhindert werden, weil über diesen Hebel die Integration der Friedensbewegung in die Sozialdemokratie und also ihre Beerdigung vollzogen wird. Eppler als Starredner am 10.10. war schon ein Schritt in diese verderbliche Richtung, die dem Ursprung von außerparlamentarischen Initiativen nicht entspricht. In ihrem Ursprung ist die Friedensbewegung autonom, emotional und inhaltlich radikaler als der politische Reformismus. Ihre Stärke und ihr Rückgrat ist, daß sie getragen wird von einem tiefen Mißtrauen gegen alle etablierte Politik, auch Reformpolitik. Allein die stetige Festigung machtpolitischer Kritik in der Bewegung ist dauerhaft heilsam gegen reformerische Illusionen. Die Atompolitik ist der Höhepunkt und die drohende Katastrophe kapitalistischer und anderer Machtpolitik. Daß das viele ahnen, fühlen und wissen, ist der Ursprung der Friedensbewegung. Das Atomzeitalter kommt zum Bewußtsein seines Widerspruchs. Diesen Ursprung in politischer Autonomie zu einem stabilen gesellschaftlichen Faktor wachsen zu lassen, ist der zukünftig allein aussichtsreiche Weg. Die Reformer unter uns sollten immer wieder nur schlicht gefragt werden: Was hält euch noch an eurem Ort? Oder: Was hält Eppler in einer Kriege mit in die Wege leitenden Partei und einer - realistisch besehen - Aufrüstungspartei, in der Abrüstung doch noch nie mehrheitsfähig war!

Nachdruck aus „Gegen den Strom" 8/81
(Postfach 1145, 2084 Rellingen)